J. publ. G. 869 e Walter

<366421927700018

Bayer. Staatsbibliothek

Die

Politik der Hohenzollern

bei den

Deutschen Kaiserwahlen.

Im Zusammenhange dargestellt

von

Emil Walter.

Berlin

Verlag der Liebelschen Buchhandlung

1879.

568 g

Die Politik

der

Hohenzollern

bei den

Deutschen Kaiserwahlen.

Die

Politik der Hohenzollern

bei den

Deutschen Kaiserwahlen.

Im Zusammenhange dargestellt

von

Emil Walter.

Berlin

Verlag der Liebelschen Buchhandlung

1879.

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS

Ueberſetzungsrecht vorbehalten. Nachdruck einzelner Artikel, ſowie Auszüge aus denſelben werden gerichtlich verfolgt. (Reichsgeſetz vom 11. Juni 1870.)

Vorwort.

Die durch den Ausgang des letzten Krieges veranlaßte Lektüre der Schriften Riedel's über die Anfänge des Preußischen Königshauses ließ den persönlichen Wunsch entstehen, die in denselben hervorgehobene Wichtigkeit der Beziehungen der Hohenzollern zu den jeweiligen Kaisern in Einvernehmen zu setzen mit einigen Thatsachen aus spätern Perioden, welche im gewöhnlichen Gange der geschichtlichen Darstellung übersehen oder nicht hinreichend gewürdigt zu sein schienen. So entstand ein zur Feier des 22. März 1876 gehaltener Vortrag „Ueber die reichspolitische Stellung der Hohenzollern." Derselbe schien eine im Allgemeinen weniger bekannte Seite der vaterländischen Geschichte zu berühren und darum nicht ungeeignet, in entsprechend erweiterter Gestalt als Schulschrift in eine beschränkte Oeffentlichkeit zu treten. (Progr. des Gymn. zu Salzwedel, 1877.)

Völlig unerwartet aber kam das Anerbieten der durch Veröffentlichung patriotischer Arbeiten bekannten Verlagshandlung, jenen Aufsatz in selbständiger Form erscheinen zu lassen. Nach mannigfachen Bedenken entschloß sich der Unterzeichnete zur Uebernahme des Auftrages, doch nicht ohne erneute gründliche Durchsicht der großen Geschichtswerke, und in der Hoffnung, daß die dreimal in concentrisch

erweiterten Kreisen erfolgte Durcharbeitung des Gegenstandes bewirkt habe, alle wichtigen Umstände nach Möglichkeit zu berücksichtigen und auf den wahrscheinlichen Zusammenhang zurückzuführen. Wenn es geboten erschien, durch fortlaufende Darstellung dem weitern Verständnis zu dienen, so konnte doch die Pflicht um so weniger abgewiesen werden, im Anhange über die benutzten Quellen Rechenschaft zu geben, als dadurch sowohl die Eigenthümlichkeit als die Grundlage der Arbeit klargestellt werden mußte.

Denn es lag Nichts ferner als die Absicht, für die Kenntnis unsrer vaterländischen Geschichte irgendwie neue Resultate aufstellen zu wollen; dieselbe war vielmehr darauf gerichtet, nur eine Zusammenstellung einer bestimmten Seite der Hohenzollernpolitik zu erreichen, die gegenwärtig im höchsten Grade zeitgemäß sein dürfte, in den bisherigen Darstellungen jener vielseitigen Bestrebungen aber sich leicht im Einzelnen verliert und noch nirgends mit Rücksicht auf die Ereignisse von 1871 ihre Würdigung gefunden hat. Diese Zusammenstellung geschah indessen keineswegs in tendenziöser Absicht, sondern ungesucht fand sich auch in den verschiedenartigsten Quellen eine durchgehende Kette von gleichen Bestrebungen, die oft die Gefahr nahe legte, alle einzelnen Gestalten jenes Herrscherhauses in beinahe einförmiger Weise in ihren Anschauungen darstellen zu müssen. So war es immerhin möglich, durch Zusammenstellung der im Einzelnen bereits bekannten Thatsachen neue Gesichtspunkte zu gewinnen, die eine bewußt consequente Haltung, welche diesem Hause sonst nachgerühmt wird, auch nach dieser besondern Seite hin ausgeprägt finden lassen.

So viel über Ursprung und Absicht des vorliegenden Versuches. —

Die Art der Darstellung anlangend wird es erklärlich erscheinen, daß die Frage der Kaiserwahl bei den einzelnen Herrschern nicht lediglich behandelt werden konnte, sondern auch ihre landesherrliche Wirksamkeit in ihren Hauptmomenten zugleich gekennzeichnet wurde; denn kein deutscher Staat hat eine Stellung im Reiche eingenommen, die stets so genau seiner eignen Entwickelung entsprach, wie Brandenburg-Preußen. Man hat das Emporkommen desselben wohl geradezu als einen dauernden Kampf bezeichnet, und darum mußten stets die wichtigsten Fortschritte der innern Kräftigung und besonders der militärischen Machtentfaltung als nothwendige Vorstufen für die Geltung desselben im weitern Vaterlande Erwähnung finden. Auf der andern Seite bedarf es keines besondern Hinweises darauf, daß gerade das Wahlrecht Jahrhunderte lang das erste Vorrecht und der genauste Prüfstein für den thatsächlichen Einfluß einer Dynastie im Reiche gewesen ist.

Schließlich sei es gestattet, für die Beurtheilung der Wahlverhandlungen im Voraus auf die treffende Bemerkung Ranke's hinzuweisen, daß leider unsere Geschichte über Wirkung und Gegenwirkung der Persönlichkeiten, woran bei berathenden Versammlungen so viel liegt, nur allzuhäufig stumm ist und wir nicht sagen können, wodurch die entgegengesetzte Richtung endlich die Oberhand behielt. Es ist darum der Versuch gemacht, die besprochene Seite der Politik im engsten Anschluß an die Persönlichkeiten der Herrscher zur Darstellung zu bringen, was bei den Hohenzollern gewiß am wenigsten Bedenken erregen darf.

Und gerade nach den schmerzlichen Erfahrungen des letzten Jahres hat die Theilnahme für die vaterländische Geschichte doppelten Werth, in welcher Form sie auch sich

offenbaren mag. Auch dieser kleine Beitrag will mit dafür Zeugnis ablegen, daß das kaum erstandene Reich dem Herrscherhause zu stetem Dank und treuer Liebe verpflichtet ist, dessen Streben unablässig auf Verwirklichung der Wünsche des deutschen Volkes gerichtet gewesen ist, dem auch am heutigen Tage ein erneuter Beweis allgemeinster Verehrung in der Hauptstadt des Reiches dargebracht wird.

Stettin, am 5. December 1878.

Dr. E. Walter.

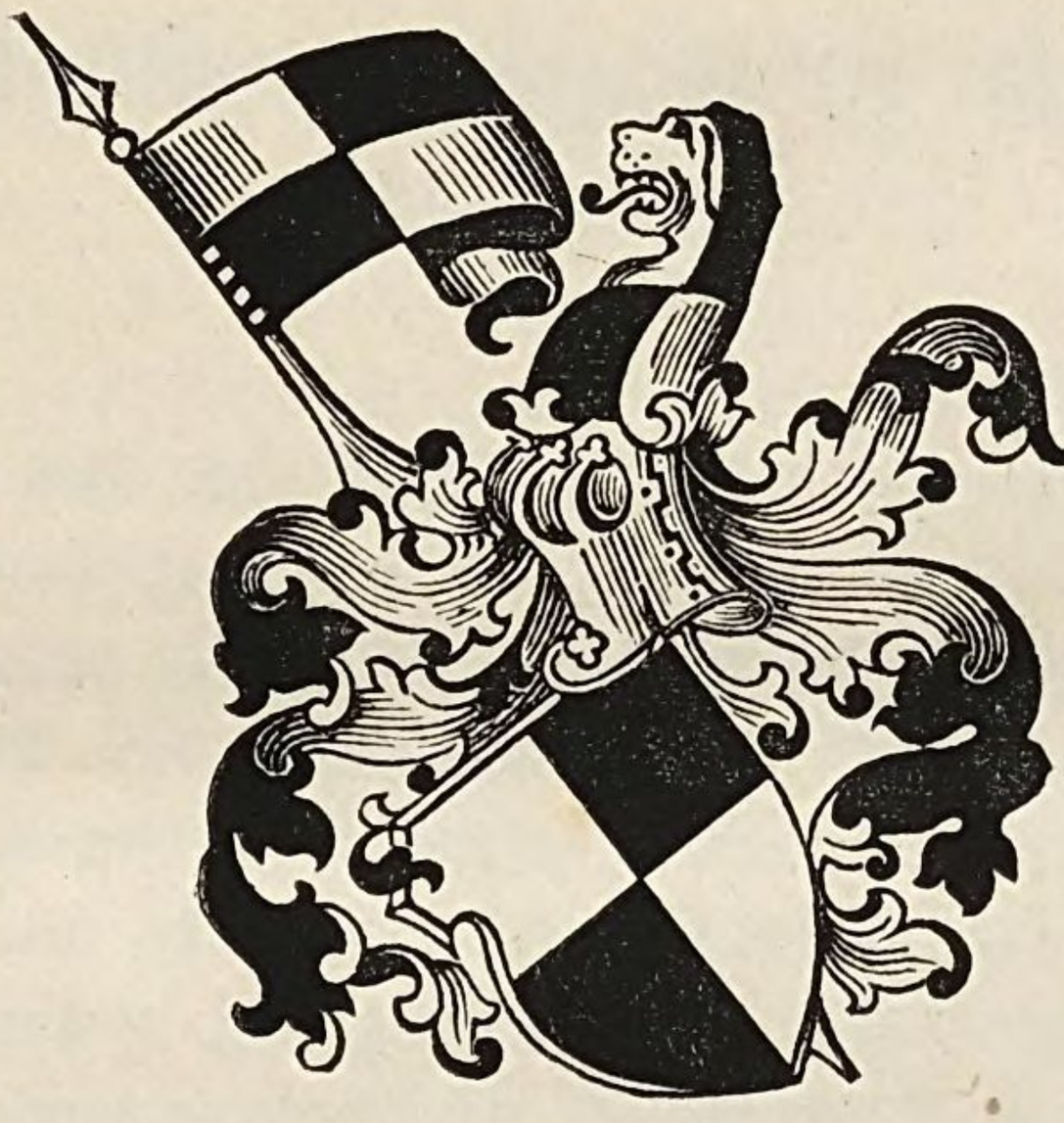
Inhalt.

Seite

I. Die deutschen Königswahlen bis zur goldenen Bulle. 1
Entstehung des deutschen Reiches. 2
Die Stammesherzöge bei den Wahlen. 3
Die Geistlichkeit bei den Wahlen. 5
Die Erzämter. 8
Das Römische Reich deutscher Nation. 9
Verhältnis zum Papstthum. Kämpfe. 10
Die goldene Bulle; Kurfürsten. 22
II. Die ältesten Beziehungen des Hauses Zollern zum Reich. 24
Name und Besitz. 24
Friedrich I. und II., Grafen von Zollern. 26
Nürnberger Burggrafschaft. 28
Burggraf Friedrich I. 27. 30
Konrad I. und Friedrich II. 31
Friedrich III. Wahlen Rudolfs von Habsburg, Adolfs von Nassau. 32
Johann I. und Friedrich IV. Wahlen der Kaiser Albrecht, Heinrich VII., Ludwig. 40
Johann II. Wahl Karls IV. 44
Albrecht 48
Friedrich V. Erneuerung des Fürstenstandes. Wahl Wenzels 50
III. Die Kurfürsten von Hohenzollern und die Kaiserwahlen. 55
Friedrich I. 55
Wahl Ruprechts, Sigismunds. 56
Erwerbung Brandenburgs und der Kurwürde. . . . 63
Wahl Albrechts II. 79
Wahl Friedrichs III. 85
Friedrich II. und Albrecht Achilles. . . . 88
Wahl Maximilians I. 95
Johann Cicero. 101

Joachim I. und II. 104
Wahl Karls V. 108
Die Reformation und Brandenburg. 117
Wahl Ferdinands I. 119
Wahl Maximilians II. 128
Johann Georg. 130
Wahl Rudolfs II. 131
Joachim Friedrich. 136
Johann Sigismund. 140
Wahl des Matthias. 146
Wahl Ferdinands II. 148
Georg Wilhelm. 152
Der dreißigjährige Krieg. 154
Wahl Ferdinands III. 161
Friedrich Wilhelm der Große. 164
Wahl Ferdinands IV. 173
Wahl Leopolds I. 180
IV. Die Könige von Preußen als deutsche Wahlfürsten. 190
Friedrich I. 190
Erwerbung der Königswürde. 193
Wahl Josefs I. 192. 199
Wahl Karls VI. 200
Friedrich Wilhelm I. 204
Friedrich der Große. 213
Wahl Karls VII. 219
Wahl Franzs I. 221
Wahl Josefs II. 224
Friedrich Wilhelm II. 227
Die letzten Kaiserwahlen, Leopold II., Franz II. . 228
Ende des deutschen Reiches. 229
V. Preußen an der Spitze Deutschlands. 230
Der Fürstenbund. 233
Der Norddeutsche Bund 1806. 240
Der Kaiserprojekt 1849. 245
Der Norddeutsche Bund 1866. 249
Das neue Reich, die Hohenzollern als Kaiserhaus . 250

Anhang. Anmerkungen und Nachweise. 251



1. Kapitel.

Die Deutschen Königswahlen bis zur goldenen Bulle.

Noch nicht acht Jahre sind seit dem 18. Januar 1871 ins Land gegangen, und schon spricht und denkt der Deutsche wieder von „Kaiser und Reich," gerade als ob es kein 1806 und keinen Frankfurter Bundestag gegeben hätte. Wohl war im Bewußtsein des Volkes keine Lücke entstanden und es scheint sehr natürlich, daß die neue Schöpfung unsrer Zeit zu Rückblicken und Vergleichen mit dem Kaiserthum vergangener Jahrhunderte mannigfachen Anlaß bieten mußte, denn die kaiserlosen Jahre vorher hatten gerade zu einer Erforschung der entschwundenen Kaiserzeiten geführt, die an Gründlichkeit und liebevollem Eingehn in das Einzelne bis auf unser Jahrhundert unerreicht gewesen war. Um so mehr lag es nun den wie immer gründlichen Deutschen nahe, ihr glücklich wieder erstandenes Kaiserreich am Maßstab der früheren vielberühmten Kaiserherrlichkeit zu prüfen und auf historischen Zusammenhang, wie sehr auch die Jahrhunderte an ursprünglichem Kern geändert, zurückzuführen. Den unzähligen Liedern von Barbarossas Erwachen in den Julitagen 1870,

den Siegesgesängen und Friedenshymnen des nächsten Jahres folgten ruhigere Ueberlegung und allseitige Beschäftigung mit der Ausbildung der neuen staatlichen Einheit, wobei oft ein historischer Klang in die praktische Geschäftigkeit hineintönte, froh des Errungenen und freudig auf Ueberwundenes zurückschauend. Immer aber beweist sich noch kräftig wie je bei den Deutschen die Macht der Persönlichkeit, und ein ganz neues Interesse concentrirt sich auf das junge Kaisergeschlecht, dem es doch sonst an Geschichtsschreibern noch nicht gefehlt hat. Festgewurzelt schon seit Jahrhunderten im deutschen Lande — warum gelangt es erst jetzt zur Führung? Haben wir uns etwa gewöhnt, Preußens Geschichte und die seiner Herrscher bisher nur im engen Rahmen einer Landesgeschichte zu betrachten? Und fordern nicht die Hohenzollern auch schon in ihrer Entwickelung nunmehr eine umfassendere, auf Deutschlands weite Reichspolitik eingehende Betrachtung? Eine derartige Würdigung der Reichspolitik der Hohenzollern, namentlich ihres Verhaltens bei den Kaiserwahlen, aus zerstreuten und weniger zugänglichen Quellen im Folgenden zusammengestellt, dürfte darum heutzutage geboten sein, dem bessern Verständnis der vaterländischen Geschichte zu dienen.—

Sehen wir zunächst, wie das Deutsche Reich selbst und wie seine Fürsten entstanden, welchen Ausgang und Fortgang die Kaisergewalt dereinst genommen; dann erst wird sich die Stellung der Hohenzollern richtig ermessen lassen.

Durch die Verträge von Verdun und Mersen hatte sich die Aussonderung der deutschen Stämme aus dem großen Frankenreiche vollzogen und zu einer selbständigen Einigung derselben geführt, welche vom Anfang an selbst durch den Zusammenhang des deutschen Herrscherhauses

mit dem fränkischen nicht mehr beeinträchtigt wurde. An der Spitze dieses neuen Reiches stand derjenige Zweig der Nachkommen Karls des Großen, der seit dem ersten jener Verträge den Namen der deutschen Karolinger führt. Wie bei den Franken hatte sich so auch bei den rechtsrheinischen Stämmen der Sachsen, Baiern, Alemannen durch das Bedürfnis einer obersten Leitung ein ständiges Königthum gebildet, und wenn auch das altgermanische Recht, dieses Oberhaupt frei zu wählen, von den Stämmen nicht aufgegeben war, so hatten sich die Großen des Reiches seit Karls des Großen Reichstage zu Aachen 813 stets mit der Erblichkeit der Herrscherwürde thatsächlich einverstanden erklärt. Demgemäß kommen auch bis zum Aussterben der deutschen Karolinger eigentliche Wahlen nicht in Frage, zumal eine förmliche Absetzung Karls des Dicken nicht zu erweisen ist; selbst die Erhebung Arnulfs als nächsten, wenn auch illegitimen Nachkommens fußte doch hauptsächlich auf dem Erbrecht, wiewohl die Anerkennung der Großen hier schon mehr als eine freiwillige hervortritt.

Wichtiger ist unstreitig die Erhebung Konrads I. 911 als erstes Beispiel eines formellen Wahlaktes mit bestimmterer Erwähnung der Wahlberechtigten. Schon lange vorbereitet, hatte sich doch erst in den letzten Jahrzehnten durch das Emporwachsen der Stammesherzöge eine Umwälzung vollziehen können, welche die einzelnen Stämme dem Reiche gegenüber selbständiger und somit die Wahl eines Allen genehmen Oberhauptes nur schwieriger machte. Stand früher das Wahlrecht allen Freien d. h. dem Volke zu, so war es eine Folge der schwachen Regierung der letzten Karolinger, daß nunmehr nur wenig begüterte Große vorhanden waren, die aus ihrer Mitte nach freier Uebereinkunft ein Reichsoberhaupt erkoren. Obwohl ein Theil dieser Herzöge ihre

Macht sich gewaltsam angemaßt hat, war ihre Wirksamkeit in den Grenzkriegen doch stets von gutem Erfolg für die Sicherung des Reiches gewesen und ihr gemeinsames Hinwirken auf Wiedereinsetzung eines Oberhauptes zeigt deutlich, daß sich die deutschen Stämme untereinander nach der Aussonderung aus dem großen fränkischen Reiche schon viel näher getreten waren. Wie groß die Gefahr einer völligen Auflösung in einzelne kleine Königreiche war und wie hoch die selbständige That der Einigung anzuschlagen ist, kann nicht genug betont werden, und in der That ist dieser Wendepunkt unsrer Geschichte durch das zum ersten Male hervortretende Streben nach nationaler Einigung ausgezeichnet. Unmöglich konnte allerdings ein bewußtes Streben dieser Art schon jenen Anfängen Deutschlands inne wohnen, doch war es auch nicht lediglich äußere Noth und Feindesfurcht, noch endlich die kirchliche Gemeinschaft, die jene erfreuliche Eintracht erzeugte; vielmehr wirkten das nie erloschene Bewußtsein der germanischen Zusammengehörigkeit und die Ahnung der eignen hohen Bestimmung inmitten unfähiger Nachbarn zusammen — „was man noch nicht wußte, war doch vorhanden; die Gemeinsamkeit des nationalen Stoffes, an die man noch nicht gedacht hatte, lebte doch in Blut und Sprache, in Neigung und Abneigung!“

Hätten doch manche Wahlen fortgeschrittener Zeiten jener ersten deutschen Wahl geglichen! Gewählt wurde Konrad von den Sachsen und Franken, während die Baiern und Alemannen ihre Vertreter zur Wahl nach Forchheim schickten, die Lothringer jedoch bei dieser Gelegenheit sich vom Reiche lossagten. Es war somit statt des ostfränkischen Theilreiches ein selbständiges Deutsches Reich durch die vier Hauptstämme begründet, deren Große das faktische

Recht besaßen, aus ihrer Mitte ein Oberhaupt frei zu wählen. Schon beginnt jedoch bei dieser Wahl auch ein Einfluß der hohen Geistlichkeit sich zu zeigen, die sich später im Kurfürstenkollegium fast die Hälfte der Stimmen neben den weltlichen Herrschern erringen sollte. Und ohne Zweifel waren die Bischöfe schon damals neben den Herzögen die mächtigsten Großen des Reiches, durch Schenkungen und Verleihungen zu großem territorialen Besitz gelangt und mit wichtigen Hoheitsrechten ausgestattet, und darum naturgemäß bei Handhabung des wichtigsten Hoheitsrechts, der Wahltheilnahme, nicht gänzlich auszuschließen. Ueberhaupt zeigten sich die Bischöfe in Deutschland, nachdem sie erst noch auf der Synode zu Trebur 895 den Schutz des Königs gesucht hatten, immer mehr als Stützen der nationalen Centralgewalt dem Adel und den einzelnen Stämmen gegenüber. Wennschon bei Konrads Wahl ein großer Einfluß des Erzbischofs von Mainz, Hatto, überliefert ist, so hatte dieser allerdings als Rathgeber Ludwig des Kindes ein beinahe unbeschränktes Ansehn im Reiche genossen, das er sich nach dessen Tode durch eine enge Verbindung mit dem Frankenherzog Konrad auch ferner zu sichern wußte; so ist seine Betheiligung an der Wahl mehr durch zufällige Umstände als durch ein bestehendes Recht der Geistlichkeit erklärlich; doch war die Macht des Klerus von nun an stets im Wachsen begriffen und schon die Synode zu Altheim 916 zeigt, daß man nicht mehr den Schutz des Königs suchte, sondern sein Ansehn heben und unterstützen wollte. Abgesehen von der ferneren, in ihren Bestrebungen allerdings mißglückten Regierung Konrads zeigt doch seine Wahl, daß der Deutsche König von den vier Hauptstämmen gewählt und von der Geistlichkeit kirchlich geweiht, also ein rechtmäßiger Herrscher war wie je ein Karolinger!

Daß die Wahl hier wie auch bei Heinrich I. das Erbrecht überwog, welches ohnehin nur auf entfernter Verwandtschaft beruhte, scheint zweifellos, wiewohl beide Arten der Nachfolge nie ganz streng getrennt wurden; denn während das Volk sein freies Wahlrecht nicht aufgab, pflegte es doch oft für die Söhne der Könige ohne Rücksicht auf die Würdigkeit derselben zu stimmen, wobei es sicherlich von großem Gewicht war, daß die Könige auf Vornahme der Neuwahl schon bei ihren Lebzeiten drangen.

Heinrich I., der mächtige Herzog der Sachsen, von Konrad bei Lebzeiten vergebens bekämpft, auf dem Todtenbett jedoch großherzig zum König vorgeschlagen, verdankte seine Erhebung 919 auch noch nicht allen deutschen Stämmen, sondern nur den vorschlagenden Franken und den zustimmenden Stammesgenossen, den Sachsen; Schwaben und Baiern mußten erst durch Concessionen zur Anerkennung gebracht werden, die ihnen zum Theil auf Kosten der Geistlichkeit zugestanden wurden. Gegen letztere hatte der neue König sich sogleich bei der Wahl ablehnend verhalten, indem er die von Heriger, Hattos Nachfolger, ihm angetragene Krönung bestimmt zurückwies und deutlich damit aussprach, daß ihm zum rechtmäßigen Königthum des Volkes Wahl genüge auch ohne Priestersegen. Ein gewichtiger Schritt war gethan von der priesterlichen Herrscherstellung der Karolinger zu einem deutschen Volkskönigthum! Durch diese Auffassung der Stammesherzogthümer im Reiche sicherte er sich auch das königliche Ansehn weit besser als Konrad, hatte aber damit die alte Verfassung auch vollständig aufgegeben, denn anstatt der karolingischen Monarchie war der Grund gelegt zu einem Staatenbund mit im Einzelnen selbständigen Stämmen, die nur ein gemeinsames Reichsoberhaupt anerkannten und in gemeinsamen Angele-

genheiten vereint unterstützten. Mochten nun auch die verfassungsmäßigen Rechte der Krone noch so gering und er selbst vornehmlich auf seine Hausmacht angewiesen sein, so wird er doch einer unsrer denkwürdigsten Herrscher bleiben, „da er den Grund legte zu der Einheit und vollen Selbständigkeit Deutschlands in echt deutscher Weise durch freie Einigung aller Stämme des Volkes.“

Wichtiger für ihn und sein Haus war es jedoch zunächst, daß seine Verwaltung, die auch Lothringen wieder zum Reiche gebracht hatte, alle Stämme so gleichmäßig befriedigte, daß sie keinen Grund hatten, bei der Wahl eines Nachfolgers vom sächsischen Hause abzusehen. Da jedoch im Schooße der Familie selbst die Meinungen über die Nachfolge verschieden waren, theilte er den Großen des Reiches noch vor dem Tode seinen eignen Wunsch mit, ohne indessen einen andern Zweck als die Wohlfahrt des Reiches im Auge zu haben und ohne sie durch eine formelle Wahl zu verpflichten, wie gar Manche der späteren Kaiser es nicht verschmäht haben. Er schlug nämlich seinen ältesten Sohn Otto als den geeignetsten Nachfolger vor, während seine Gemahlin dem jüngern Heinrich die Thronfolge zugedacht hatte, weil dieser, während der Regierung des Vaters geboren, nach strengem Erbrecht der Nächstberechtigte sei. Jedoch schlossen sich die Fürsten um so lieber dem ersten Vorschlag an, als sie damit den letzten Willen des Königs erfüllen, einen tüchtigeren Herrscher erlangen und zugleich ihr freies Wahlrecht vor dem Erbrecht betonen konnten. Otto wurde also zu Erfurt zum Nachfolger ersehen und nachmals zu Aachen gewählt. In erhebender Einigkeit erschienen die Herzöge, Heerführer und Lehnsmänner von sämmtlichen Stämmen, um ihn zum Oberhaupt einzusetzen und ihm durch Handschlag Treue zu

geloben; doch auch die hohe Geistlichkeit bewies eine schöne Eintracht, indem man willig dem Heribert von Mainz bei der kirchlichen Weihe des Herrschers den Vorrang ließ. Und nicht nur die kirchliche Weihe verherrlichte Ottos Wahl im Gegensatz zu der seines Vaters, sondern es erscheinen hier auch zum ersten Male die Stammesherzöge gleichsam als oberste Dienstleute des Königs in Ausübung der Erzämter, die zwar ceremoniell auf die alte Karolingische Hofordnung zurückweisen, aber fortan von großer politischer Bedeutung für die fernere Ausnahmestellung nur weniger Großen im Reiche sind. Da der Herrscher selbst den Sachsen angehörte, waren die Erzämter des Kämmerer, Truchseß, Mundschenk und Marschall auf die vier übrigen Stämme vertheilt, und gerade dieser Glanz, in würdiger Weise erneut in der alten Kaiserburg Karls des Großen, prägte sich seit jener Zeit dem Herzen des Volkes unauslöschlich ein, sodaß es sich die Einsetzungen seiner Kaiser als wichtigste äußere Regierungsakte und alle im Wesentlichen ähnlich dachte —

> Und alle die Wähler, die sieben,
> Wie der Sterne Chor um die Sonne sich stellt,
> Umstanden geschäftig den Herrscher der Welt,
> Die Würde des Amtes zu üben.

Was von Ottos Regierung von Einfluß auf spätere Wahlen sein konnte, läßt sich kurz dahin zusammenfassen, daß er die Herzogthümer nicht aufzuheben trachtete, sondern sie vielmehr an Männer von naher Verwandtschaft oder erprobter Treue zu verleihen begann, für einzelne Verwaltungszweige auch Pfalz- und Markgrafen den Herzögen zur Seite stellte, und schließlich die Geistlichkeit durch überaus reiche Schenkungen und Ausnahmebestimmungen sich und seinem Hause geneigt machte. Die Er-

neuerung des Kaiserthums 962 war nur eine Erweiterung seiner Macht in diesem Sinne, entsprungen aus dem Gedanken, daß das deutsche Volk unter allen an Macht das Erste und sein Kaiser unter allen christlichen Herrschern der Erste sein sollte! Bezüglich der Machtstellung war diese Anschauung Ottos durchaus den damaligen Verhältnissen entsprechend, und eine dauernde Befestigung darin ließ sich nach seiner Ueberzeugung nur durch eine Verbindung mit dem Oberhaupt der Kirche und den Besitz von Rom und Italien ermöglichen.

Das römische Reich deutscher Nation und die damit verbundene, über die Grenzen der deutschen Nationalität weit hinausreichende Politik hat bis in die neuste Zeit der beistimmenden und absprechenden Beurtheiler so Viele gefunden, daß eine gerechte Würdigung derselben nicht leicht zu einem kurzen, allseitig befriedigenden Resultat führen wird. Doch darf die Frage, ob dieser Machtzuwachs aus Ottos Ehrgeiz oder aus politischer Nothwendigkeit entsprungen sei, ebensowenig einseitig entschieden werden wie die Betrachtung, ob die Römische Kaiserkrone der deutschen Nation im Laufe der Jahrhunderte zum Aufschwung oder zum Verderben gereicht habe; denn so sicher Otto's Ehrgeiz durch seine damalige Machtstellung und des Papstes Entgegenkommen gerechtfertigt erscheint, ebenso deutlich lassen sich den für weitgehende Ziele gebrachten schmerzlichen Opfern die später und indirekt daraus gezogenen Vortheile zur Seite stellen. Mit Recht hat man die deutsche Herrschaft über Italien eine ununterbrochene kriegerische Aktion genannt, aber das in den Römerzügen vergossene Blut ist über die Maßen betrauert worden; floß es doch für die Einheit des Christenthums und erfocht für Deutschland den faktischen Vorrang durch manches Jahr-

hundert! Und waren die Errungenschaften schließlich mehr ideal, so darf uns doch ein engherziges Nationalgefühl nicht die Einsicht rauben, daß die Verfolgung großer Ziele jedem Volke zu einer Schule der Erziehung wird. Ottos Plan einer christlichen Weltherrschaft mit Hülfe des Papstthums, so gewaltig er war, wurde aber von ihm zunächst dadurch verwirklicht, daß seine nächsten Nachfolger dieselbe Stellung unbestritten einnehmen durften, obwohl Wahl und Nachfolgerecht nun wesentlich verändert sein mußten. Aus seinem Hause wurden zweimal nach einander Könige noch als Kinder bei Lebzeiten der Väter erwählt und anstandslos von den Päpsten als Kaiser gesalbt.

Nach dem Erlöschen der direkten Linie mit Otto III. war indessen, wie der Herrscherglanz schnell erloschen, so auch die Nachfolge dem nächstverwandten Heinrich III. keineswegs unbestritten, vielmehr erhielt er die Königswürde vor zwei Mitbewerbern erst nach einander von den Stämmen zugestanden. Wichtig für die Entwickelung der Wahlen ist hierbei, daß der König nicht mehr von den Herzögen allein gewählt wird, sondern von der Gesammtheit der geistlichen und weltlichen Fürsten, die während der Abwesenheit der letzten Könige in Italien zu Einfluß gelangt waren; wenn aber diese Aenderung durch die Umstände geboten und ohne thatsächliche Verschiebung der wahlberechtigten Stimmen war, so ist andrerseits der Umstand, daß die Sachsen ihm erst nach bestimmten Versprechungen ihre Stimme gaben, als Ursprung eines ganz neuen Momentes bei den Wahlen wohl größerer Aufmerksamkeit werth. Denn wenn Heinrich den Sachsen erst „viele Belohnungen verheißt und ihre Rechte durchaus nicht verletzen sowie billigen Wünschen stets sein Ohr leihen zu wollen“ verspricht, und ihm dann erst „der Erbfolge gemäß“ das

Reich übertragen wird, so ist dieses an vorhergehende Bedingungen geknüpfte Erbrecht doch schon sehr willkürlich geworden und erinnert bereits an die später so berüchtigten Wahlkapitulationen, in denen die zu wählenden Fürsten im Voraus den Wählern gegenüber durch möglichst große Versprechungen wetteiferten. Auch die römische Kaiserkrone empfing Heinrich wiederum, wiewohl in Folge der in Rom herrschenden Kämpfe nur von dem Papste seiner Partei. Mit ihm erlosch sein Stamm, der Deutschen zweites Herrscherhaus.

Berühmt durch äußere Feierlichkeit wie durch einmüthiges Resultat ist die Wahl Konrads II. Die in den sonnigen Auen des Rheins zwischen Worms und Mainz zur freien Wahl versammelten Schaaren des weiten Reiches sind sonderlich im Andenken des Volkes geblieben, verbunden mit der Erinnerung an die hohen Gestalten der Sage, die jenen Landstrich verherrlicht, und gehoben durch den Vergleich mit manch' andrer Wahl feilschender Fürsten im dumpfen Saal! Nach dem gänzlichen Aussterben des sächsischen Hauses richteten sich die Blicke wieder auf den Frankenstamm, an dessen Spitze zwei gleichnamige und gleichwürdige Vettern standen. Schwer war die Wahl zwischen ihnen und es stand zu befürchten, daß bei getroffener Entscheidung der angesehenste Stamm zwieträchtig getheilt werde; da schloß der Edelsinn der Beiden selbst durch gegenseitige Verpflichtung jedes Bedenken aus, und als nun Aribo von Mainz ohne Zaudern sich zuerst für den ältern Konrad erklärte, folgten ihm die übrigen Geistlichen willig. Die Reihe der Umfrage kam nun an die weltlichen Fürsten und noch schien der Erfolg keineswegs sicher, als plötzlich der jüngere Konrad hervortrat und laut und freudig sich seinem Vetter und Mitbewerber unter-

ordnete. Wohl konnten beide Rheinufer vom Zujauchzen der Stämme ertönen, denn mit dieser Stimme war die Schwierigkeit der Wahl beseitigt, und befreit vom ängstlichen Druck fällten auch die übrigen Stämme ihre Entscheidung in gleichem Sinne. Damit Nichts dem Glücke des Tages fehle, fügten sich auch die dem jüngern Konrad anhängenden Lothringer und der Erzbischof von Köln der Majorität. Feierlicher Zug nach Mainz und kirchliche Salbung bekräftigten auch äußerlich die Erhebung des neuen Herrschers, der nun den Eid der Bischöfe, Fürsten und Vasallen entgegennahm und die Reichsämter nach Fug und Recht vertheilte. Letztere bestanden seit Otto I. auch ohne spätere besondre Erwähnung stets weiter, wie auch das Ceremoniell der Wahl wesentlich die eben erwähnte Form behalten haben wird, die Kaplan Wipo in Konrads Lebensbeschreibung so trefflich zu schildern gewußt hat. Es scheint festzustehen, daß die Geistlichen zu einer beschließenden Stimme erst bei dieser Wahl gelangt sind, nachdem sie unter den sächsischen Königen erst zu Fürsten erhoben waren; die Geschichtsschreiber jener Zeit freilich lassen kaum einen Unterschied erkennen zwischen diesen Verhältnissen und den frühern, in denen die Betheiligung der Geistlichkeit noch mehr berathend gewesen war. Um so größer erscheint aber schon der Vorrang von Mainz bei dieser ersten Gelegenheit, da das seit Bonifacius unbestrittene Ansehn dieses Erzbisthums als des Primats von Deutschland nun zugleich auf die Wahlen übertragen werden konnte als Recht, zuerst zu stimmen und dadurch selbständiger und bestimmender als die andern zu wirken; im Uebrigen ruhte dagegen das Wahlrecht noch auf keinem Fürstenhause oder Lande, wie denn auch die Reichsgewalt selbst noch durch kein Gesetz geregelt war.

Konrads Wahl schien dem Reiche auf lange Zeit eine friedliche Folge von Herrschern gesichert zu haben, denn wie früher dem sächsischen Hause ließen auch jetzt die Fürsten dem fränkischen die Nachfolge unbestritten; Heinrich III. und Heinrich IV. waren schon zu Lebzeiten ihrer Väter als Nachfolger anerkannt. Doch schon Konrad begann die weltliche Macht der Bischöfe, die durch die Politik des sächsischen Hauses gehoben war, nicht mehr in gleicher Weise zu begünstigen; wohl aber gewann er durch bestimmte Vorschriften über die Erblichkeit der kleineren Lehen Anspruch auf die Treue der Vasallen und steuerte zugleich der Willkür der Fürsten. Mit Recht hatte er die dem Königthum von Rom aus drohende Gefahr nicht unterschätzt; daß sie trotzdem sich bis zur Höhe von Canossa erheben konnte, war auch nur durch den allzufrühen Tod Heinrichs III. und die große Jugend seines Sohnes möglich. Denn klar genug war das durch die Römische Synode 1046 ausgesprochene Gesetz, daß König Heinrich mit all seinen Nachfolgern im Reich wie einst Karl der Große Patricius von Rom sein und abwesend oder gegenwärtig die Papstwahl bestimmen solle; aber so sicher auch Heinrich III. selbst sein Schutzamt auszuüben wußte, war doch seine Wittwe als Vormünderin des Sohnes nicht im Stande, dasselbe aufrecht zu erhalten, und später ließ Heinrich IV. selbst den günstigen Augenblick zum Einschreiten unbenutzt, als Gregor VII. ihm nur seine Ernennung zum Papst ohne Nachsuchen der Zustimmung anzeigte. Gregors Energie gelangte auch gar schnell zum höchsten Ziele, die Idee des Kaiserthums, wie sie schon Otto I. vorgeschwebt hatte, durch faktische Unterordnung unter das Papstthum ihrer freien Entfaltung zu entziehen und sie lediglich in den Dienst der Kirche zu stellen. Ihm allein verdankt

Deutschland, das sich durch die scheinbar gesicherte Erblichkeit so schnell gekräftigt hatte, die Wiedereinführung des strengsten Wahlrechts und damit den Wiederbeginn der Unsicherheit und Zwietracht. Noch hätte der Hader mit den Sachsen beigelegt werden können, und selbst die deutschen Bischöfe waren Anfangs über das unerhörte Beginnen, einem römischen König mit dem Bann zu drohen, so empört, daß sie den Papst für abgesetzt erklärten; allein die unzufriedenen Fürsten der Sachsen und Schwaben überließen ausdrücklich die Entscheidung über lediglich innere Angelegenheiten des Reiches dem Papste, der nun das rechte Mittel zu finden wußte, das ihn mehr als alle Bannflüche zum Ziele führte. Traurigen Andenkens ist das Jahr 1077 durch die Januartage in Canossa, aber fast gleich folgenschwer war im März die deutsche Fürstenversammlung zu Forchheim, auf welcher päpstliche Legaten den Beschluß bewirkten, daß die bisherige Gewohnheit der Vererbung des Reiches vom Vater auf den Sohn aufgehoben sein und dem Volke frei stehen solle, ohne Rücksicht auf die Söhne der Herrscher zu wählen, welchen es wolle. Das Wahlprincip war somit in nie geübter Schärfe erneuert, das alte Recht, unter dem sich Deutschland bisher so wohl gefühlt, im kirchlichen Interesse verworfen, das Kaiserthum dem Stuhle Petri unterthan.

Natürlich wurde die Bestätigung des Papstes als für die Gültigkeit der Wahl nöthig erachtet und anstatt der zahlreichen Beispiele williger Unterordnung mächtiger Großen unter den einmal Gewählten treten nun die unseligen Gegenkönige, nicht mit Unrecht „Pfaffenkönige“ geheißen, in der deutschen Geschichte auf. Man erkor in Forchheim sofort ohne formelle Absetzung Heinrichs in der gewohnten Weise einen neuen König; Siegfried von Mainz

gab zuerst seine Stimme dem Rudolf von Schwaben, ihm stimmten die andern Fürsten zu und die kirchliche Weihe zu Mainz vollendete den Akt. Mochte er auch früh bei Mölsen seinen Tod finden, so war doch einmal ein schlimmes Beispiel gegeben und Hermann von Salm sowie Ekbert von Meißen streckten nun auch die Hände nach der Krone aus. Noch war indessen das Ansehn des Kaisers groß genug, um diesen Gegnern Stand zu halten, und Beide fanden ein kümmerliches Ende. Und doch sollte Heinrichs Lebensabend nicht ruhig sein, wie es nach der Erwählung seines Sohnes zum Nachfolger den Anschein hatte. Der schon erwählte Konrad ließ sich durch die päpstliche Partei zum Abfall vom Vater bestimmen, so daß dieser ihn als Empörer der Königswürde verlustig erklärte und den Fürsten die Nachfolge des zweiten Sohnes, Heinrich V., empfahl. Diese konnten wohl zustimmen, da sie so den Vertrag von Forchheim, freilich mit Willen des Kaisers, ausübten und auch der päpstlichen Partei sicher waren, die Konrads nicht mehr bedurfte und ihn nicht weiter schützte, nachdem sie ihn erst verleitet. Heinrich V. schien indessen der Sicherheit seiner Stellung wenig zu trauen und begann seinen Vater zu bekämpfen unter dem Vorwande, daß dieser im Banne sei; in Wahrheit aber wollte er dessen Abdankung erzwingen und sich in seiner Stellung möglichst befestigen, um sich nach dem Tode des Vaters nicht noch einmal der Wahl unterwerfen zu müssen. So empfand der greise Heinrich noch zuletzt bitter die Folgen jener Verfassungsänderung, die sein Lebensende so traurig von dem friedlichen Ausgange der frühern Herrscher unterscheidet.

In Heinrich V. sank abermals ein Herrscherhaus in das Grab, das dritte seit der vor noch nicht dreihundert

Jahren erfolgten Einigung des deutschen Reiches. Besonders klar zeigt sich an diesem Wendepunkte der Geschichte, wie man bisher von einem eigentlichen Wahlreich nicht sprechen kann, da alle drei Geschlechter bis zu ihrem letzten Sprößling den Thron inne gehabt haben; vielmehr schien Alles auf eine auch äußerlich ausgesprochene Erblichkeit hinzudrängen, die dann freilich gegen das Ende des salisch-fränkischen Hauses hin von Rom aus jäh abgeschnitten wurde. —

Der Zeitraum dieser ersten drei Dynastien mußte uns darum länger fesseln, weil in seinem Rahmen alle die Gewalten sich langsam entfalteten, welche in der Folgezeit von Einfluß blieben, so vielfach sich Wahlmodus und Generationen der Fürstenhäuser verändern mochten. Dagegen kann die Periode, in welche die Wahlfrage nunmehr eintritt bis zum Interregnum hin, um so weniger eine eingehende Betrachtung fordern, da keinerlei neue Faktoren hinzutreten, vielmehr nur ein wechselvolles Ringen der schon bestehenden Parteien, ein düsteres Bild zu dem Motto „Hie Welf! Hie Waibling!“ sich entrollt.

Die Sachsen und Franken hatten dem Reiche schon Herrscher gegeben, und nun schien das Geschick in gleichsam natürlicher Reihenfolge den Schwaben die Würde übertragen zu wollen. Deren Herrscher, Schwestersöhne Heinrichs und Erben der salischen Güter, glaubten auch mit Sicherheit auf die Nachfolge rechnen zu können, und nach alter Weise würde dies wohl der Ausgang der Wahl gewesen sein. Allein die alten Zeiten waren entschwunden und die bischöfliche Partei zu mächtig geworden, sodaß sie jetzt wagen konnte, mit Wahlumtrieben offen hervorzutreten und an Stelle eines Hohenstaufen einen Lothar von Supplinburg vorzuschlagen. Wie sonst erschienen die vier

Stämme in Mainz, aber es bleibt ungewiß, ob diesmal der Wahlmodus zuerst bestimmter geregelt oder früher die Nachrichten nur ungenau gewesen sind. Es werden nemlich bei der Wahl von 1125 vierzig fürstliche Wähler bestimmt genannt, zehn aus jedem Stamm, die zu einer Vorwahl zusammentraten, sodaß das Volk dann nur durch Akklamation noch eine Entscheidung ausüben konnte. Konrad von Hohenstaufen gehörte zu den auf die engere Wahl Gestellten, aber als er auf eine Zwischenfrage des Erzbischofs von Mainz sich bedachte, erhob sich seine schon längst einige Gegenpartei und rief in wildem Tumult Lothar zum König aus, sodaß an eine regelrechte Reihenfolge der Abstimmung nicht zu denken war. Der Schein der lauten Aklamation sprach für Lothar, aber wem er eigentlich seine Wahl zu danken hatte, zeigte er bald, indem er den Geistlichen für ihre weltlichen Güter nicht einmal den Lehnseid abforderte und so die Grundlage der königlichen Macht verlor. Da er ferner sogar die großen Lehen erblich machte, war auch die andere Stütze des Herrschers untergraben und die Ausbildung einer selbständigen Fürstenmacht angebahnt, die sich bald den Königen fühlbar machen sollte.

Durch die in Parteiinteressen und ohne Rücksicht auf das Reichswohl durchgesetzte Wahl Lothars war also der Grund gelegt worden zu einer Schmälerung der Kaisergewalt und einer Unsicherheit der Thronfolge, die schwerlich eingetreten wäre, wenn die selbstbewußten Hohenstaufen unmittelbar den Franken gefolgt wären. Zum ersten Mal entstand daher nach Lothars Tode ein förmlicher Kampf um die Nachfolge und es theilte sich das Reich in Parteien, die sich mit ungeahntem Haß befehdeten. Den alten Wahlen gegenüber zeigt so des ersten Hohenstaufen Konrad III. Erhebung 1138 Unregelmäßigkeiten verschiedner

Art; die bischöfliche Partei zog nunmehr die Hohenstaufen doch den allzu mächtigen Welfen vor und setzte selbst mit Beihülfe des Papstes die Wahl durch, die freilich in Abwesenheit der Fürsten aus Sachsen und Baiern geschah und daher örtlich und rechtlich nur eine „Winkelwahl zu Coblenz“ war. Auch die Schuld an dieser Halbwahl trägt Lothar, der die Welfen in übergroßem Eifer auch zu Herren in Sachsen, zu seinen Erben und Nachfolgern bestimmt hatte. Konrad, einmal erwählt, wußte sie indessen dem Königsansehn zu beugen und hatte gegründete Aussicht, das Reich auch hinsichtlich der Nachfolge wieder in altem Sinne zu ordnen, als der Tod seinen Sohn Heinrich dahinraffte. Da der zweite Sohn zu jung war, übte er politische Einsicht genug, indem er nicht einen direkten Nachkommen als Nachfolger wünschte, selbst wenn es ein Kind wäre, sondern seinen beliebten und bewährten Neffen Friedrich in alter Weise den Fürsten vorschlug.

Freudiges Einvernehmen sämmtlicher Wahlfürsten zeigt dann die auf Friedrich Barbarossa fallende Wahl zu Frankfurt 1152, eine Anerkennung des Vorschlags von Conrad und eine gemeinnützige Handlung, die durch Einigkeit und friedliches Einvernehmen im Gegensatz zu den vorhergehenden Wahlen eine ruhigere und wieder mehr an eine bestimmte Familie sich heftende Wahlpolitik versprach. Doch sollte es auch im Grunde die letzte Wahl sein, die eine so merkwürdige Uebereinstimmung der Wünsche der Fürsten und des Königs auszeichnet, denn nach dem plötzlichen Tode Friedrichs waren die Verhältnisse so vielgestaltet, daß von einer selbständigen Wahl Heinrichs VI. Nichts berichtet wird, der vielmehr schon unter des Vaters Regierung von den Fürsten ohne Widerspruch anerkannt war. So ist auch Friedrichs Wahl wie seine ganze Persönlichkeit merkwürdig

als abschließend für einen glänzenden Zeitraum unsrer Geschichte und um so mehr hervortretend, als die nachfolgenden Zeiten für Deutschland nur Unruhen und Demüthigungen brachten. Mag auch die vielverbreitete deutsche Volkssage vom schlafenden Kaiser auf die altgermanische Idee vom schlafenden Allvater zurückgehen, der am Weltende erwachen und eine neue bessere Welt erstehen lassen wird, so hat doch der Volksglaube diese Idee nicht mit Unrecht in Friedrich verkörpert und so allgemein auf ihn bezogen durch Jahrhunderte hindurch bis in die unvergeßlichen Julitage von 1870; denn wenn auch locale Sagen Karl den Großen oder Karl V. nennen, so konnten beide Gestalten sich unmöglich ein bleibendes Andenken für Deutschland erringen neben dem großen Hohenstaufen, dem Wächter kaiserlichen Rechtes und deutscher Macht und Einheit.

Nur kurz ist Heinrich VI mit seinem Plan zu erwähnen, die Kaiserwürde direkt erblich zu machen; denn wiewohl er bereits zweiundfünfzig Fürsten dafür gewonnen hatte, konnte er doch den Widerspruch gerade der angesehensten Fürsten von Sachsen, Mainz und Köln nicht überwinden, und es mußte bei einem schönen Plane sein Bewenden haben. Sicherlich wäre durch dessen Ausführung nicht nur sein Haus, sondern das ganze Reich zu unanfechtbarer Macht gerade durch diesen Schritt gelangt, da von nun an die Zwistigkeiten um den Thron weit heftiger als je vorher entbrannten und mehr als alles Andre zur Auflösung des Reiches als Ganzes beitrugen.

Ein trübes Bild bieten die letzten Zeiten der Hohenstaufen, wo die Wahlfürsten in den Parteien der Welfen und Waiblinger einander feindlich gegenüberstehen, statt des deutschen Mittelpunkts um den Papst geschaart und von Rom aus nach Belieben gelenkt zu immer größerer Ver-

ringerung der Reichsgewalt. Die unseligen Kämpfe begannen mit der Doppelwahl Philipps und Ottos, von denen letzterer nach früherem Recht wegen der verschwindenden Minorität der für ihn Stimmenden gar nicht in Betracht gekommen wäre — jetzt aber durfte er wohl als Gewählter aufzutreten wagen, wenn er nur den Papst sich geneigt zu machen wußte. Auf welche Weise dies geschah, zeigen die mahnenden und klagenden Lieder Walthers von der Vogelweide nur zu deutlich, der als Zeitgenosse durch die Parteiströmungen an die Höfe Beider verschlagen wurde und daselbst mit eignen Augen die Habsucht der Fürsten und die Falschheit der Geistlichkeit sehen mußte. Auch Philipps Ermordung brachte für Otto keine allgemeine Anerkennung, sondern bald erhob der Papst selbst Friedrich II. zum Gegenkönig. Dieser schien nach allmäliger Vereinigung der Fürsten die Macht seines Hauses wieder zu befestigen und erlangte von ihnen für seinen Sohn Konrad die Nachfolge, bis ihm die geistlichen Wahlfürsten Heinrich Raspe gegenüberstellten und die Wirren von Neuem begannen. Mit der Aufstellung Wilhelms von Holland, dem Richard von Cornwallis und Alfons von Castilien folgten, muß die deutsche Monarchie als gefallen angesehen werden und zwar bis zu dem Maße, daß selbst kein deutscher Fürst die Krone mehr annehmen wollte. Diese waren vielmehr seit Friedrich II. mit erblicher Landeshoheit ausgestattet und hatten so aus der Auflösung des Reiches den besten Vortheil gezogen, wie auch von den Städten schon viele seit Friedrich I. an Bedeutung gewonnen und als reichsunmittelbar nun schon sechzig selbständig dastanden.

Aber gerade die Erstarkung der Einzelgewalten ohne Oberhaupt machte das Interregnum schließlich unerträglich, und eine Einigung war ebenso nothwendig als unvermu-

thet. Die Kaiseridee hatte selbst den jähen Verfall des Reiches überlebt, aber freilich war den Fürsten ein mächtiger Kaiser immer weniger genehm geworden, obwohl sie sowohl wie die Städte und selbst der Papst einen weltlichen Schirmherrn und Mittelpunkt nicht entbehren konnten. Zwar traten wieder dieselben Wahlfürsten zusammen, doch erkoren sie absichtlich keinen mächtigen, sondern nur einen kräftigen Mann in Rudolf von Habsburg 1273 zum Herrscher. Wahl und Theilnehmer sind sonach auch nach den stärksten Stürmen dieselben geblieben, nur die Stellung der Wähler hatte sich wesentlich befestigt und aus dem bloßen Herkommen schon zu einem factischen Recht erweitert; zum ersten Male findet sich bei Richards und bestimmter bei Rudolfs Wahl die Siebenzahl der berechtigten Fürsten, abgeleitet aus den noch immer bestehenden Erzämtern, und anerkannt von den übrigen Fürsten und dem Papst. So war das Wahlprincip mit Schärfe und Klarheit nach dem Interregnum in die Verfassung eingeführt, und bei dem Tode jedes Herrschers war nun stets die Frage der Nachfolge offen und in das Belieben der Fürsten gestellt, nach deren wechselnden Interessen und Parteiungen somit des Reiches Wohlfahrt sich ferner richten mußte. Es fällt nun die Wahl schwankend auf die verschiedensten Herrscherhäuser, nachdem schon Rudolf vergebens für sein Haus die Erblichkeit angestrebt hatte; länger hielten sich die Luxemburger auf dem Throne, nachdem die von Gegenkaisern drohenden Gefahren zweimal mit Friedrich von Oesterreich und Günther von Schwarzburg schließlich auf friedliche Weise beseitigt waren. Inzwischen war im Kurverein zu Rhense die Bestimmung getroffen, daß jeder rechtmäßig erwählte deutsche König auch ohne päpstliche Krönung und Bestätigung römischer Kaiser sei,

ein wesentlicher Schritt zur Befreiung von dem Einflusse des Papstes, aber auch zur Befestigung des deutschen Wahlrechtes. Die Abhängigkeit des Kaiserthums von dem ausländischen Kirchenoberhaupt und die Unsicherheit aller seit Beginn des deutschen Reiches schwankenden Bestimmungen beseitigte aber erst Karl IV., der Begründer der modernen deutschen Staatskunst, durch die endliche Festsetzung in der goldenen Bulle 1356. Dieses erste Reichsgrundgesetz behielt neben den spätern Einrichtungen Maximilians und den Bestimmungen des Westphälischen Friedens über die Souverainetät der Fürsten von nun an Geltung, modificirt allerdings durch die von jedem Kaiser in den Wahlcapitulationen eingegangenen besondern Bedingungen. Und eben diese Erlangung möglichst großer Zugeständnisse hatte alle Wahlacte seit Rudolf so leidenschaftlich beeinflußt, daß eine bestimmte Festsetzung gerade des Wahlrechtes den eigentlichen Kern der deutschen Wirren treffen mußte. So war es ein glücklicher Gedanke Karls IV., unter Benutzung der einmüthigen Haltung der deutschen Fürsten seit dem Kurverein, die in dieser Abmachung und schon ein Jahrhundert früher im Sachsenspiegel ausgesprochnen Grundsätze zum Gesetz zu erheben. Obgleich die Bulle so nichts Neues enthielt, vielmehr nur das usuelle Recht präcisirte, war sie doch eine feste Norm für die Weiterentwicklung und erreichte, da an Einheit und Erblichkeit nicht zu denken war, durch Ausschließung angemaßter fremder Rechte und bestimmte Vorschriften über Stimmenzahl und Reihenfolge zunächst eine geregelte Wahl. Damit hängt zusammen, daß die wenigen Wahlberechtigten gegenüber den andern Fürsten nun eine eminent freie Stellung einnahmen und mit dem Kaiser mitregierend in der Weise beriethen, daß die übrigen Reichsstände ihren

Beschlüssen kaum entgegentreten konnten. Bekanntlich war die Zahl der Wähler, nunmehr Kurfürsten, auf sieben festgestellt, vier weltliche und drei geistliche, und zwar den alten Stämmen entsprechend und mit Beibehaltung der Erzämter. Von den Stämmen hatten im Laufe der Zeit nur Sachsen und Franken (in der Pfalz) das alte Recht behalten, während die Verleihung der beiden andern Stimmen an Böhmen und Brandenburg nur in dem damaligen Hausbesitze Karls daselbst ihren zufälligen Grund hat; Mainz behielt wie früher die Prärogative, und Trier und Köln schlossen sich ihm an. Als Wahlstadt galt Frankfurt, als Krönungsort Aachen. Dies ist das Grundgesetz für die Wahl durch vier und ein halbes Jahrhundert geblieben, für die damalige Zeit ein heilsamer Anfang und nationaler Entwicklung fähig, im weitern Verlauf aber bei dem Mangel an Einheit und Erblichkeit und obendrein specifisch österreichischer Politik nothwendig zu dem Ende von 1806 führend.

2. Kapitel.

Die ältesten Beziehungen des Hauses Zollern zum Reich.

Nach dem kurzen Ueberblick über die deutsche Wahlverfassung in ihrer Entwicklung wird sich die specielle Betheiligung der Hohenzollern an den Reichsgeschäften um so erfolgreicher darstellen lassen, als unter den zahlreichen edlen Geschlechtern Deutschlands gerade dieses in stetem Fortschreiten emporgewachsen ist, ganz in den Grenzen, in denen wir die Fürstengewalt sich entwickeln sahen; ist es doch aus einem schon früh landsässigen und im Reiche von Anfang an einflußreichen Grafenhause durch die Stufen des Kurfürstengrades und des Königsranges bis zur erblichen Kaiserwürde hinangestiegen!

Die Grafen von Zollern finden sich bei ihrem ersten Auftreten in der Geschichte vor fast 900 Jahren — unter Heinrich IV. — bereits als ein mit Ehren genanntes Geschlecht in Schwaben, von Tübingen und dem obern Neckar über die Donau bis zum Bodensee hin reich begütert. Haben auch die heutigen hohenzollerschen Lande allezeit den Grundstock gebildet, so war doch gerade in jener frühesten Zeit der Grundbesitz der Zollern ein weit aus-

gedehnterer und erstreckte sich ringsum in das heute württembergische Gebiet hinein, eine große Anzahl von Städten und manche feste Burg umfassend. Die Wiege des Geschlechtes stand ohne Zweifel auf der seit 1852 in altem Glanz erneuten Burg, die sammt dem Geschlechte vom Berge ihren Namen erhielt; denn wie ein „Söller“ ragt er über seine Umgebung gebieterisch empor und nach der Sitte des elften Jahrhunderts, sich nach Wohnsitzen zu benennen, konnten „die von Zollern“ sich wohl einen festen Familiennamen daher ableiten; auch der Zusatz „Hohen —“ scheint für die örtliche Erklärung des Namens zu sprechen, wiewohl die Form „Hohenzollern“ erst seit Mitte des 14. Jahrhunderts auftritt. Doch beruhte die Bedeutung des Zollernhauses nicht auf dem größeren Territorium gegenüber den unzähligen bunten Gebieten der Fürsten und Grafen, Ritter und Herren, Aebte und Städte ringsumher im Schwabenlande, auch nicht in den Vorrechten des Grafenamtes als Gerichtshalter und Kriegsbefehlshaber, sondern in einer lebendigen Familientradition mit ausgesprochen reichstreuer Politik. Es ist keine patriotische Uebertreibung, wenn ein bekannter Forscher die Zollern als beständige Führer einer Reichspartei bezeichnet; vielmehr müssen sich längst erwiesene Thatsachen allzulange der weitern Bekanntschaft entzogen haben, wenn man dieses Urtheil nicht in seinem ganzen Umfange gelten lassen wollte. Das seit Heinrich IV. immer allgemeinere Streben der Fürsten, möglichst unabhängig vom Oberhaupt in ihren eigenen Gebieten zu schalten, wie die allgemeine Betrachtung oben ergab, findet hier in der Familiengeschichte der Zollern Blatt für Blatt ihr Gegenstück in steten Bestrebungen zum Wohl des großen Reiches, in thätiger Unterstützung der Kaiser in Krieg und Frieden. Und haben etwa die

Fehden und eigenmächtigen Auflehnungen andrer Fürsten dem Reiche mehr Frieden, ihnen selbst mehr Ehre eingetragen, als den Hohenzollern die friedliche und rechtmäßige Erweiterung ihres Grundbesitzes und die ritterlichen Dienste am Kaiserhof? Wohl schwerlich hat ein Geschlecht mehr Ehren gesammelt als jene Zollern als Kampfgenossen, Räthe, Begleiter oder Gesandte der Kaiser! Vor Allem aber charakteristisch ist ihre Thätigkeit bei Aufstellung und Wahl passender Kaiser, eine Thätigkeit, die sie schon in den frühesten Zeiten als Grafen entwickeln und traditionell bis zur Erlangung der rechtlichen Kurwürde fortsetzten.

Schon die dritte Generation seit dem zuerst nachweisbaren Burchard von Zollern theilte sich in den ältern Zweig der Grafen von Hohenberg, der wie sein neuer Stammsitz bald vergessen werden sollte, während die jüngere Linie mit dem eigentlichen Zollernamen und dem Besitze der alten Stammburg bis auf unsre Zeiten weiterblühen sollte. Schon Graf Friedrich I., der Stammvater dieses jüngern Zweiges, tritt in der Geschichte als hervorragender Begleiter und vertrauter Rathgeber König Heinrich V. auf; er gehört zu den Gesandten, die in Sachen der Investitur mit dem Papst verhandeln, ist Zeuge der Krönung Heinrichs in Rom sowie der feierlichen Beisetzung der Leiche Heinrichs IV. Sein Sohn Graf Friedrich II. scheint ebenfalls noch zu Heinrich V. in einem vertrauten Verhältniß gestanden zu haben, wie sich wohl nicht mit Unrecht daraus schließen läßt, daß seine Gemahlin Gräfin Udilhild vom Kaiser einen kostbaren Seidenteppich zum Geschenk erhalten — vielleicht noch zu ihrer Hochzeitsfeier; denn in voller Manneskraft und in öffentlicher Thätigkeit tritt der Graf erst unter König Lothar auf, anfangs an dessen Hofe gegen die aufstrebenden Staufen mit thätig, bald aber nach

ihrer Versöhnung mit dem Kaiser wie nach ihrer Erhebung zum Thron ihr treuer Begleiter und Kampfgenosse gegen die Welfen. In der That war es begreiflich, daß die Hohenzollern sich einem Geschlechte anschlossen, das ihnen vor kurzem nach gleich gestanden und so nahe benachbart war; denn erst Heinrich IV. hatte den Grafen von Büren zu seinem Schwiegersohn gemacht und zum Herzog von Schwaben erhoben, und schon war das Hohenstaufenhaus, dessen Burgen nur wenige Meilen neckarabwärts vom Zollernlande lagen, vollberechtigt an die Stelle der Salier getreten. Wer vermag zu sagen, welche Aussichten beim Anblick dieses glänzenden Aufschwunges die Zollern erfüllte? Doch wer vermag auch zu läugnen, daß es eine richtige und kluge Ueberlegung war, dem befreundeten und kräftigen Herrscherhause sich rückhaltslos anzuschließen? Und Friedrich II. hat so treu des Kaisers Sache verfochten, daß er vermuthlich in dessen Dienst bei den Sachsenkämpfen seinen Tod gefunden — nicht unähnlich seinem Vater, den die allgemeine Annahme zu den am Welfesholze für Heinrich V. gefallnen edlen Schwaben rechnen zu müssen meint.

Auch Graf Friedrich III. verfolgte durchaus ghibellinische Politik in seiner Tübinger Fehde gegen die Welfen und später gegen die Zähringer; Kaiser Friedrich sah auch ihn häufig in seinem Gefolge, und vergebens versuchte Heinrich der Löwe, ihn auf seine Seite zu ziehen. Es ist von Bedeutung, die Zollern auch in diesem vielbesprochnen Streite Stellung nehmen zu sehen; wenn Heinrich der Löwe das erste Beispiel gab für die Fürsten, sich in vermeintlich gutem Rechte der zu weit gehenden Kaisergewalt zu widersetzen, ohne indessen an eine Sprengung des Reiches zu denken, so sehen wir die Zollern schon damals einer solchen Ausdehnung des Selbstgefühls abhold und nach Kräf-

ten dem Dienst des großen Ganzen zugewendet. Auch der Hohenberger Familienzweig des Hauses genoß damals ähnliches Ansehn bei Hofe, sodaß auf Barbarossas Kreuzzuge die Fahne der Franken und die Reichsfahne in deren Händen war. An diesem Zuge scheint sich Graf Friedrich, der doch sonst dem Kaiser nahe zu sein pflegte, deshalb nicht betheiligt zu haben, weil sich gerade damals für das Zollernhaus eine Erwerbung von großer Bedeutung anbahnte, die erste Stufe seiner steigenden Macht: die Erlangung der Burggrafschaft von Nürnberg. Dieses wichtige Reichsamt stand offen, als der Burggraf Conrad um diese Zeit ohne männliche Nachkommen blieb und nur eine Tochter hinterließ, die Gräfin Sophia von Raabs. Da die Burggrafschaft indessen ein Mannslehen war, so war die Anwartschaft darauf nicht von selbst mit der Hand der Gräfin verbunden, sondern konnte nur durch kaiserliche Bestimmung übertragen werden. Besondere Gunst und festes Vertrauen Kaiser Friedrichs ersah daher den Grafen von Zollern für diese Eheverbindung aus, und die faktische Belehnung gehörte zu den ersten Regierungshandlungen Kaiser Heinrichs VI. im Jahre 1191 — obgleich uns leider keine Kunde von der feierlichen Handlung übrig geblieben ist, die doch nur ein Vorbild war für die so glänzend geschilderte Belehnung zu Constanz zwei Jahrhunderte später.

Die Nürnberger Burggrafschaft war zwar erst seit Heinrich IV. zu Geltung gekommen, hatte aber schon in dessen Kämpfen und weiter unter Lothar eine wichtige Rolle gespielt als ein unmittelbares Reichsamt, das die Grafen von Raabs zu Lehn trugen. Auch nachdem die Hohenstaufen die ursprüngliche Bestimmung desselben verändert hatten, blieb es doch noch ein wichtiger Vertrau-

enspoſten zum Schutze der großen fränkiſchen Krondomaine und umfaßte ganz andere Befugniſſe, als ſie den übrigen Burggrafen im Reiche zuſtanden. Die Nürnberger Burggrafen hatten nicht mehr allein den Oberbefehl über die Dienſtmannen der Burg, ſondern ſie übten hauptſächlich das kaiſerliche Landgericht aus und hatten damit eine beſtimmte, weit über Nürnberger Gebiet hinausreichende Macht im Reiche. So mußten ſie freilich andern, mit ſelbſtändigen Landesrechten ausgeſtatteten Fürſten gegenüber auch andere Intereſſen und andere Anhaltepunkte haben und jederzeit der Partei der Ordnung und Reichsautorität aus Ueberzeugung angehören. Und in dieſem Sinne haben ſie von Anfang an redlich beharrt und es bald erreicht, daß ſie allgemein als Spitze der Ordnungspartei, als vornehmliche Rathgeber der Kaiſer, ja ſelbſt als Mitberather bei neuen Kaiſerwahlen neben den wenigen altberechtigten Herzögen angeſehen werden mußten. Nicht ohne Einfluß war hierbei die Centrallage von Franken, die häufige Anweſenheit der Kaiſer in Nürnberg und wohl auch der Brauch, die Reichskleinodien hierſelbſt aufzubewahren. Das Alles ſcheint indeſſen ſchließlich nicht im Stande, der andern Betrachtung die Waage zu halten, daß ungleich mehr die ganze Denkungsart und Verwaltungsweiſe des burggräflichen Hauſes in dieſe Bahnen trieb, und beſonders die lange ununterbrochene Reihe gleichmäßig beanlagter und gewöhnter Perſönlichkeiten dem Geſchlechte vor andern zu Statten gekommen iſt.

Es war alſo nicht eine Erweiterung an Grundbeſitz, die das Nürnberger Amt einbrachte; wohl aber ſteht mit der Heirath der Erbin von Raabs die Uebernahme ihrer Beſitzungen in Franken und Oeſterreich in Verbindung, für das Zollernhaus mehr als eine Verdoppelung ſeines

Besitzstandes. Allmälich indessen wurden die in Oesterreich belegenen Herrschaften wegen der Concentration in Franken aufgegeben, und sie dauerten nur in eigenthümlichen Lehensverhältnissen zum Theil noch bis gegen Ende des vorigen Jahrhunderts fort. Es ist bezeichnend für ihre Hauspolitik im Gegensatz zu anderen Fürstenhäusern, daß diese Ansprüche von den Zollern so wenig betont wurden, ebenso wie sie ruhig geschehen ließen, daß mit dem Aussterben des Familienzweiges Hohenberg die Güter desselben an Oesterreich fielen; endlich ist die Meranische Erbschaft später allem Anschein nach nicht völlig übernommen worden, wiewohl diese Angelegenheit noch nicht völlig klar dargethan ist. Sicherlich legte aber Friedrich, der I. Burggraf, nur durch private Erwerbungen den Grund zu den später so blühenden fränkischen Besitzungen, die durch das eigenthümliche Verwaltungstalent seines Hauses sich so ruhig, stetig und glücklich abrundeten. Mit der Uebersiedlung in die Nürnberger Burg war aber auch für die alten Stammlande die Frage entstanden, ob sie ungetheilt bei dem Hause verbleiben oder, als zu entlegen, einem neuen Zweige angehören sollten. Man entschied sich für die Theilung in eine Schwäbische und Fränkische Linie, die um 1227 statt gefunden haben muß. Die Zusammengehörigkeit wurde in einer Erbverbrüderung von 1341 und später 1695 noch einmal bestimmt ausgesprochen, wonach zu Landveräußerungen auch die Einwilligung der andern Linie erforderlich sein und dieser ein Vorkaufsrecht zustehen sollte. Beide Linien blühten und blühen noch heute in voller Kraft, und seit 1850 hat die fränkisch-preußische ihren gewaltigen inzwischen erworbenen Provinzen das altehrwürdige Stammländchen wieder einverleibt.

Des ersten Burggrafen Söhne übernahmen nach dem

Vater das neue Amt nicht sofort ihrer Jugend wegen, sondern hielten sich erst eine Zeit lang am Hofe Philipps von Schwaben auf, dem schon ihr Vater gegen Otto IV. treulich Heeresfolge geleistet hatte. Die Zollern gehören also nicht zu der Partei, welcher der Sänger Walther sein „Bekehre Dich, bekehre!“ zuruft und die Unterwerfung unter Philipp anrathet, sondern blieben ihrer staufischen Politik bis zur Ermordung des Herrschers treu. Vorübergehend mußte Burggraf Konrad freilich nun Otto IV. einmal Heeresfolge leisten, aber nach dem Auftreten Friedrich II. trat er und sein Bruder wieder in ihre frühern Bahnen zurück, die sie wohl nur gezwungen verlassen hatten und aus dem ausdrücklich angegebenen Grunde, die Bestrafung des Königsmörders von Otto zu erlangen. Nachdem er Friedrich zur Kaiserkrönung begleitet, wurde er von diesem, der in Italien zurückblieb, zum Rathgeber seines Sohnes und Reichsverwesers Heinrich genannt und unterstützte denselben bei seinem schwierigen Werk in Deutschland so lange, bis der Sohn sich wider seinen Vater empörte. Sofort verließ ihn sein Berather und vermochte nach vergeblichen Verhandlungen nicht, die gerechte Strafe von ihm abzuwenden. So im besten Sinn für den Kaiser thätig und von ihm zum Statthalter in Oesterreich eingesetzt, tritt er doch plötzlich zur Gegenpartei über und erscheint bald als eine wesentliche Stütze für die Gegenkönige Heinrich Raspe und Wilhelm von Holland, dennen er auch persönlich nahe getreten ist. Sechs Jahre lang war die Politik der Zollern den Staufen feindlich; der Vorwurf der Unbeständigkeit ist also nicht zu bestreiten, aber zu keiner Zeit entschuldbarer als beim Ausgange der Hohenstaufen, wo die Treusten zu zweifeln und zu wanken begannen und der Bannfluch noch seine schreckende Kraft nicht verloren

hatte. Doch ist es wahrscheinlicher, die Beweggründe ebenso sehr in politischen als religiösen Bedenken zu suchen, da letztere von den Forschern fast allein angeführt worden sind. Allerdings sprechen für diese Annahme des Burggrafen Alter und zahlreiche fromme Stiftungen gerade aus jener Zeit — aber sollte nicht auch die immer mehr italisch gewordene Politik des Kaisers und seine steigende Entfremdung von Deutschland einen Fürsten zuletzt zur Umkehr bewegen, der lange und oft genug seinem Kaiser in Italien zur Seite gestanden, dem schließlich aber doch Haus und Besitz in Deutschland näher lagen? Sicher fiel der Burggraf als Einer der Letzten erst ab und wandte sich den Gegnern nur zu, da sie ihm in Deutschland zur friedlichen Entfaltung seiner Besitzungen wie zur Wiederherstellung der allgemeinen Ordnung genügendes Ansehn zu besitzen schienen. Nachdem nämlich Konrads Bruder, Burggraf Friedrich II., eine Zeit lang mit ihm die Burggrafschaft gemeinschaftlich verwaltet, dann aber mit Uebernahme der schwäbischen Besitzungen jene zweite Linie gegründet hatte, verblieb das fränkische Gebiet bei Konrads Sohn und erfuhr durch denselben eine weitere Vergrößerung.

Friedrich III. erwarb durch seine Vermählung mit Elisabeth von Meran Anspruch auf weite Ländereien dieses Hauses, deren Vertheilung unter die vier Schwestern jedoch langjährige Schwierigkeiten bereitete; einen großen Theil zog der Bischof von Bamberg ein, doch war der den Zollern zufallende Antheil noch umfangreich und um so günstiger gelegen, als er sich älteren Besitzungen in Franken bequem anschloß; es war der Grundstock der spätern Fürstenthümer Bayreuth und Culmbach. Der Umstand, daß sich diese wichtige Erwerbung gerade anbahnte, als Kaiser

Friedrich in Italien offenbar Nichts dafür thun konnte, wirft auch noch mehr Licht auf den Uebertritt zu den in Deutschland damals gültigen Gewalten, wie denn auch König Wilhelm den Zollern diese Erbschaft bestätigte. Die aus fremden Ländern unrühmlich auf den deutschen Thron Berufenen haben sie dagegen niemals zu unterstützen versucht, sondern am letzten Hohenstaufen in treuer Hoffnung festgehalten. Am besten jedoch konnten die Zollern ihre Gesinnungen für das Reich erst wieder darlegen, als Konradins Untergang und die allgemeine Noth des Interregnums die Fürsten gebieterisch wieder zu einer gemeinsamen Wahlhandlung antrieb. An die einfache Thatsache, daß dann Rudolf von Habsburg einmüthig auserwählt wurde, knüpfen sich indessen mancherlei Betrachtungen, die hier als an der Schwelle der österreichischen Macht im Reiche an ihrem Platze sind, da im Lauf der Zeit die Stellung der Zollern zum Reiche mit ihrer Stellung zum Hause Habsburg gleichbedeutend wurde.

Rudolf von Habsburg war damals keineswegs begütert und sein Haus durchaus nicht angesehen vor andern Fürstengeschlechtern; was bewog also die Wahlfürsten zu seiner Erhebung und wer wies unter den Vielen gerade auf ihn hin? Zunächst war es Pfalzgraf Ludwig, Herzog von Baiern, der selbst die größte Hoffnung hegte und eine Partei für sich zu gewinnen verstand, welcher der Erzbischof von Mainz und Burggraf Friedrich angehörten — dieselben, die gerade als besonders betheiligt bei Rudolfs Wahl erscheinen! Es läßt sich nur vermuthen, warum Beide Ludwigs Candidatur fallen ließen; einmal war er noch mit dem Bann belegt, doch hätte dieser Grund allein nicht den Ausschlag gegeben, wenn nicht seine selbstsüchtige Natur in Verbindung mit allzugroßer Hausmacht einen zu kräftigen

Herrscher in ihm hätte vermuthen lassen. Daß es aber gerade nach dem Interregnum den Fürsten daran lag, ihre eben durchgesetzte Selbständigkeit durch kein mächtiges Oberhaupt wieder bedroht zu sehen und darum einen nicht durch eigne Macht starken König über sich zu erheben, zeigte schon der Blick auf die Wahlen im Allgemeinen. Was nun den Burggrafen betrifft, so konnte diese Rücksicht bei ihm schlechterdings nicht vorwalten, denn gerade Ludwig hatte als zeitweiliger Reichsverweser ihm schon einmal seinen Lieblingswunsch zugesagt, die Vererbung der Burggrafschaft auch in weiblicher Linie. Somit leuchtet ein, daß der Burggraf von Ludwig Nichts zu befürchten hatte und schließlich wohl von unnützen Bemühungen für denselben abstehen mußte, da sich doch keine Majorität für ihn bilden ließ; er mußte nunmehr mit den gegebenen Bedingungen rechnen, daß man keinen Herzog, sondern nur irgend einen schlichten Graf wählen wollte, und hierbei hat er ohne Zweifel Anregung und Ausschlag gegeben. Man dachte an die verschiedensten edlen Familien Deutschlands, aber der Burggraf allein und zuerst wies auf den Grafen von Habsburg hin; wie einst sein Haus dem benachbarten und befreundeten der Staufen freudig beigetreten, als es auf den Thron erhoben ward, so warb er jetzt mit verdoppeltem Eifer für der Habsburger Erhöhung, da er in Rudolf den Jugendfreund und Verwandten vereint sah mit einer zum Herrschen gebornen Persönlichkeit. Es klingt wunderbar, wie ein Burggraf allein Solches zu vollbringen vermochte, der den Wahlfürsten gegenüber weder Macht genug besaß, seine Ansichten durchzusetzen, noch auch rechtlich befugt war, bei einer Königswahl mitzuentscheiden. Und doch stehen wir hier an dem Punkte in der Zollerngeschichte, wo ihr Einfluß auf die Reichspolitik und besonders auf die Kaiser-

wahlen sich zum ersten Mal der Wirksamkeit der Kurfürsten ebenbürtig zeigt, um nun diesen Vorrang nicht wieder zu verlieren. Bei der Unmöglichkeit, die Geschichte der Zollern weiter zurück zu verfolgen, könnte frühstens bei Lothars Wahl ihre Mitwirkung angenommen werden, doch haben die Urkunden dafür ebensowenig wie für eine Wahl der Hohenstaufen irgend etwas verzeichnet. So tritt das Haus 1273 eigentlich zum ersten Mal und sogleich mit voller Kraft bei einer deutschen Königswahl auf. Nicht nur daß Friedrich III. die Bedenken der Kurfürsten zum Theil durch Verlobungen mit Rudolfs Töchtern beseitigte, leistete er vielmehr für ihn mit seinen gesammten Besitzungen Bürgschaft; nun erinnerte sich auch der Mainzer Bischof eines früheren Zusammentreffens mit dem Habsburger, welches mit für ihn sprach vom kirchlichen Standpunkt aus, keineswegs aber den Ausschlag gegeben hat.

Nach allseitiger Würdigung der Stellung des Burggrafen scheint nun die Bemerkung wohl kaum zutreffend, womit ein tiefer Kenner der Geschichte gerade diese Königswahl begleitet: So weit gelangten die fränkischen Zollern nicht, daß sie nach dem Untergang der alten Kaisergeschlechter selbst die Hand nach der Krone hätten ausstrecken dürfen. Aber gerade nach dem Ersterben der Babenberger, Meraner, Thüringer waren in ähnlicher Weise nur die Häuser Wittelsbach, Habsburg und Zollern erblüht; das erstere scheute man als übermächtig, das andre konnte ohne Schwierigkeiten zum Throne gelangen — sollten die Zollern nicht einmal daran gedacht haben, sich gleichfalls selbst um die Krone zu bewerben? Und wer hätte ein solches Beginnen dem Burggrafen verargen können, da er ohne Ueberhebung behaupten konnte, daß sein Geschlecht aus dem eignen Lande her eine wohl geordnete Verwaltung kenne, schon mit man-

chem Kaiser und in seinem Namen wichtige Reichsgeschäfte geführt und den besten Geschlechtern verschwägert sei? Freilich war zweifelhaft, ob dies Haus auch den damaligen Vorstellungen der Fürsten von einem Oberhaupt entsprach, oder auch zu selbstbewußt für sie erscheinen mußte. Sicheres läßt sich über dergleichen natürlich nicht ermitteln, da die Frage nicht bis zu schriftlichen Verhandlungen geführt hat; daß aber mancherlei Gerede darüber gegangen, läßt sich wohl schließen aus Aufzeichnungen, die keine strenge Glaubwürdigkeit beanspruchen, wohl aber die herrschende Meinung kennzeichnen können. So soll der Burggraf erwartet haben, von Rudolf mit Oesterreich belehnt zu werden, worauf dieser abschlägig geantwortet hätte: Dann würden meine Kinder dereinst nur wieder Grafen von Habsburg sein! Es ist deutlich zu erkennen, wessen sich Rudolf von den wachsenden Zollern zu gewärtigen müssen meinte, und die andern Fürsten werden nicht eben anders geurtheilt haben. Noch öfter sollte an die Zollern die Aussicht auf die deutsche Krone herantreten, doch war ihnen später gegenüber dem einmal erstarkten Habsburg weniger Erfolg gesichert, als sie damals vor dem noch schwachen Habsburg ohne Zweifel voraus gehabt haben; muß somit für die spätere Zeit die Resignation auf den Thron für die Zollern geboten erscheinen, so ist ihr Verhalten bei der Erhebung des ersten Habsburgers eine freiwillige That der Ueberzeugung ohne egoistische Interessen. Warum Friedrich seinem gleichstehenden Verwandten in selbstloser Bescheidenheit zum Throne verhelfen mußte, das haben aber erst die Kurfürsten von Brandenburg geahnt und die Könige von Preußen erkannt — ein fränkischer Burggraf hätte Deutschland auf die Dauer wenig fördern können!

Auch nach erreichtem Ziele blieb Friedrich seinem kö-

niglichen Freunde nah, und wir hören, daß dieser „alle Tage seines Rathes pflag und folgt' ihm nach vor Allen, die er je um sich sah." Er war auch zunächst bereit, dem neuen Oberhaupt nun die erforderlichen Mittel erringen zu helfen, um das Resultat der Wahl nicht ganz in Frage zu stellen; gerade um seiner mangelnden Hausmacht willen hatten die übrigen Fürsten Rudolf erhoben, doch Friedrich sah eine wirksame Thätigkeit desselben nur voraus, wenn er sich auf eine solche stützen könnte. So wurde er nach einer ehrenden Gesandtschaft an den Papst Unterhändler mit dem widerspenstigen Ottokar, dem er schon früher einmal als Abgesandter der deutschen Fürsten zur Zeit des Interregnums die deutsche Krone angeboten hatte; als die Verhandlungen scheiterten, waren die Fürsten wenig geneigt, König Rudolf mit Heeresmacht zu unterstützen, und wieder gelang es nur Friedrichs Ueberredung, ihm Bundesgenossen und ein Heer zu sammeln. Er schwingt auf dem blutigen Marchfelde die Sturmfahne, er entscheidet an der Spitze der Steirer den Sieg für Rudolf, und wenn es wahr ist, daß hier die Hausmacht der Habsburger ihren Anfang genommen, so hat sie kein Andrer gründen helfen, als ein Zoller! Oesterreich, Steiermark, Krain waren gewonnen und stellten plötzlich das Haus Habsburg den mächtigsten Fürsten gleich. Dagegen war die Zunahme der burggräflichen Besitzungen eine verschwindend kleine, denn reichlich hat Rudolf seinen Freund nicht bedacht, und was er ihm zugestanden, erwies sich schließlich als überflüssig. Die Linie der Zollern schwebte nemlich um diese Zeit in der größten, aber im Verlauf ihrer Geschichte stets glücklich überwundenen Gefahr, im Mannesstamme ganz zu erlöschen; die aus der Ehe mit Elisabeth von Meran entsprossenen Söhne waren früh auf eine räthselhafte Weise um-

gekommen, und so war der Burggraf schon lange bemüht gewesen, die weibliche Succession zu erlangen, welchen Wunsch ihm schon Konradin und dann der Reichsverweser Ludwig gewährt hatten. Im Grunde war es deshalb keine besondere Gunst, daß auch Rudolf dies gewährte und das Zugeständnis wurde vollends werthlos, als der bereits sechzigjährige Burggraf einen neuen Ehebund mit Helena, der Schwester des Herzogs von Sachsen, einging und zu seiner großen Freude zwei Söhne noch erblühen sah. Ihm war es auch beschieden, seinen königlichen Freund noch auf dem Grabesritt nach Speier zu begleiten, und nach alle dem, was er ihm im Leben gewesen, glauben wir wohl dem Chronisten, daß den König Niemand länger von Herzen betrauert habe, als der sinnreiche Burggraf Friedrich.

Daß die Fürsten mit Rudolfs Wahl nicht ein bleibendes Kaiserhaus wieder hatten stiften wollen, ging aus der früheren Betrachtung hervor; diese Absicht konnte nur die Ordnungspartei und an ihrer Spitze Friedrich gehabt haben. Daß er sie bis zuletzt theilte, hatte sein gemeinschaftliches Wirken mit Rudolf für dessen Sohn auf den Reichstagen zu Erfurt und Frankfurt bewiesen, doch die Sonderpolitik der andern Partei hatte gesiegt. Nun war nach Rudolfs Tode die Frage definitiv zu entscheiden, und auch jetzt wirkte Friedrich in demselben Sinne. Er selbst war natürlich zu alt, um noch andre Pläne selbstsüchtiger Art zu hegen, die ihm vielleicht vor Rudolfs Erhebung nicht ganz fremd gewesen sein mochten; aber ein andrer Sproß des Zollernstammes wurde dafür bestimmt als Nachfolger Rudolfs ins Auge gefaßt, Albrecht von Hohenberg. Rudolf selbst soll ihn zuletzt vorgeschlagen haben, um wenigstens seinem Schwager den Thron zu verschaffen, nachdem er für seinen Sohn nicht zu erlangen gewesen

war. Allein von Albrecht selbst wurde keinerlei Mühe aufgewendet, die Krone zu erlangen, sondern er wirkte so offen in habsburgischem Interesse, daß dies nach der in der nächsten Wahl erfolgten Niederlage seiner Partei ihm einträgliche Besitzungen und selbst das Leben kostete. Tragisch ist das Lebensende dieses Minnesängers unter den Zollern, des Ersten, dem die Königskrone erreichbar scheinen mußte.

Die Wahl endigte — wie vorauszusehn war — mit Uebergehung von Rudolfs Sohn, da die Wahlfürsten zur Befriedigung particularistischer Interessen wie zum Hohn auf das Reich „das arme Gräflein von Nassau“ zum König machten. Adolfs Wahl 1292 ist erst neuerdings in ihrer ganzen schmachvollen Tiefe aufgeklärt worden durch Auffindung der Privatabmachung zwischen ihm und dem Erzbischof von Köln; sie muß lediglich als ein Kaufgeschäft, verbunden mit Treulosigkeit und Habsucht, angesehen werden, wobei Adolf wie seine Wähler im unwürdigsten Lichte erscheinen; denn auch die Mehrzahl der übrigen Wahlfürsten ließ sich den Preis ihrer Stimme im Voraus thatsächlich verbriefen und versiegeln. Das also war die Folge der gewahrten Wahlfreiheit, darum scheute man sich, Rudolfs Sohn nach alter Weise auf den Thron zu heben! Es war wahrlich an das Reichswohl nie weniger gedacht als bei dieser Abmachung, und es ist begreiflich, daß bei so bestimmten Vorsätzen der Fürsten, deren Verhandlungen übrigens lichtscheu im Geheimen geführt wurden, der ehrenfeste Burggraf mit seiner Ansicht von dem, was dem Reiche förderlich sein könne, kein Gehör fand. Nachdem das ohnmächtige Oberhaupt einmal eingesetzt, zog Friedrich sich aber auch entschieden von der öffentlichen Thätigkeit zurück, den Lebensabend den Geschäften seines Hauses wid-

mend. Allein König Adolf konnte unmöglich des Burggrafen wenn auch unthätige Entfremdung auf sich beruhen lassen, dazu war dieser unter den Fürsten denn doch zu angesehen; klug berechnend suchte auch er noch den greisen Burggrafen sich geneigt zu stimmen und wußte wie der letzte König dessen vortheilhafte Freundschaft wohl zu würdigen. Er verlieh ihm größere Hennebergisch-Coburgische Reichslehen und knüpfte persönlich eine Eheversprechung seines Hauses mit den Zollern an. Doch Friedrich III. kehrte nicht mehr zu den Reichsgeschäften zurück, er konnte in Frieden seine Tage beschließen und mit Genugthuung auf den Aufschwung zurückschauen, den sein Geschlecht unter ihm genommen. Doch auch dem Reiche gegenüber hatte er stets eine ehrliche consequente Politik verfolgt, ohne freilich zuletzt mit seinen Plänen durchzudringen; indessen hat auch Adolf seine mehrfachen Verdienste um das Reich anerkannt und Friedrich hatte schließlich die Genugthuung, nachdem er einen König zum Freunde gehabt, vor seinem Tode noch zu erleben, wie ein zweiter König „sich im Reiche zu stärken" seinen Vetter der Tochter des Burggrafen vermählte. —

Friedrichs III. Söhne, Johann I. — der früh gestorben — und darauf Friedrich IV., waren noch zu jung, um einen entscheidenden Einfluß ausüben zu können, als dieselben Fürsten, die Adolf blindlings erhoben hatten, sich seiner nun widerrechtlich zu entledigen suchten mit Hülfe desselben Albrechts, den sie vorher verworfen hatten. Recht bezeichnend für die unwürdige Weise, mit welcher die Wahlfürsten damals das so schwerwiegende Wahlrecht ausübten, ist der Ausspruch Gerhards von Mainz: er habe noch manchen König in seiner Reisetasche. Dem schmachvollen Kampf von Göllheim, Albrechts Wahl und

seinem Ende durch Mörderhand blieben so die Zollern glücklich entrückt, wenn sie auch vorübergehend mit Albrecht bei dessen Anwesenheit in Nürnberg in freundschaftliche Beziehungen traten und Friedrich sich sogar mit Albrechts Nichte verheirathete. Trotz seiner großen Jugend führte Friedrich IV. ein Reichsheer gegen Meißen und konnte in dem unglücklichen Treffen bei Luka nur mit Mühe Leben und Freiheit retten. Schon war er also im Reichsdienst bewährt wie seine Ahnen, als 1308 eine Neuwahl nöthig wurde, die die Parteien des Reiches heftig erregte und neben dem Papst auch den König von Frankreich zur Einmischung veranlaßte; trotzdem geschieht des jungen Burggrafen herbei nicht Erwähnung und er scheint sich seinem väterlichen Freund und Rathgeber Berthold von Hennenberg damals ganz angeschlossen zu haben, der nach Burggraf Friedrich III. unbestritten das Haupt der Reichspartei war. Diese hatte in jenen Zeiten, die nach wenig Jahren stets einen machtlosen Herrscher aus einem neuen Geschlecht erwählt sahen, die schwierige Aufgabe, jedem dieser Kaiser nach Kräften zur Erringung einer Hausmacht und festen Stellung der Fürstenpartei gegenüber behülflich zu sein. Auch Friedrich IV. blieb hierein seiner Familientradition getreu; aber da mit jeder Neuwahl nur im 14. Jahrhundert so schnell wechselnde Herrscherhäuser im Reiche erstanden, ist auch die Politik der Zollern damals nothwendigerweise den schwankenden Verhältnissen angemessen. So kann die Bemerkung des großen Geschichtskenners kaum so mißbilligend gemeint sein, wie es zuerst den Anschein hat: „Die Burggrafen hielten sich immer an das Reich, nicht eben alle Zeit an das Geschlecht, welches die höchste Würde für sich selbst zu behaupten und zu benutzen gedachte.“

Heinrich VII., eine der schönsten Kaisergestalten seit den Staufen, dessen Gedächtnis kein böser Tadel auch seiner Feinde befleckt hat, war wohl geeignet, Vertrauen zu erwecken durch die tadellose Weise, mit welcher er seine hohe Vorstellung vom Kaiserthum zu verwirklichen suchte; und so war denn auch der Burggraf in dem Heere, welches dem Hause Luxemburg Böhmen erstritt, wie auch im italischen Feldzuge thätig. Um so schrankenloser entfalteten sich aber die Leidenschaften nach Heinrichs allzufrühem Tode bei der Neuwahl; Friedrich und Berthold von Henneberg setzten vergeblich für Heinrichs Sohn, Johann von Böhmen, ihren Einfluß ein — die Fürsten fanden es gerathener, dem Hause Luxemburg nicht weiter anzuhängen, mochten jedoch auch der Habsburger Macht nicht weiter Vorschub leisten. Bei der Unmöglichkeit, für den Luxemburger auch nur wenige Stimmen zu gewinnen, gab schließlich Friedrichs IV. Partei nach und erklärte sich für den Mittelweg, den vier Kurfüsten durch Aufstellung Ludwigs von Baiern eingeschlagen hatten. Beharrlich aber hielt die Minderheit an ihrem erwählten Oberhaupt, Friedrich von Oesterreich fest; wiederum gab es zwei Herrscher im Reiche, abermals war mit Baiern ein neues Geschlecht zum Throne berufen! Es steht fest, daß beider Gegenkönige Ringen im entscheidenden Augenblick der Schlacht von Mühldorf 1322 nur der Burggraf Friedrich zu Gunsten Ludwigs beendet hat — wie einst auch sein Vater an der March den Ausschlag gegeben hatte. Die bekannten Gestalten dieses Kampfes, der Führer Schweppermann und der Ritter Rindsmaul, und selbst Ludwigs Bannerträger sind sämmtlich Angehörige der stattlichen burggräflichen Schaar; Friedrich selbst warf an der Spitze von 400 Auserlesenen durch eine glückliche List die schon siegesgewissen Schaaren Oester-

reichs, und er selbst nahm zuerst des gefangenen Gegenkönigs Ergebung an. So hatte der Vater dem Hause Habsburg die Krone fast allein verschafft, und der Sohn entriß sie ihm nun wieder eigenhändig; es sind zwei Kriegsthaten der Hohenzollern, die den Siegen derselben aus spätern Jahren an Kühnheit der Ausführung und Größe des Erfolgs wahrlich ebenbürtig zur Seite stehen! König Ludwig selbst legte Friedrich den Ehrennamen „Retter des Reiches“ bei und zog ihn weiterhin in allen wichtigen Reichsgeschäften zu Rathe, sodaß der Sohn bald, wie einst der Vater, des Kaisers „lieber Heimlicher“ und vertrautester Rathgeber wurde und bis an seinen 1332 erfolgten Tod blieb. Neuerdings ist man bemüht gewesen, die Politik dieses Burggrafen und die Geschichte seines Antheils an jener Schlacht zu verdächtigen, als ob er dem König nur gegen große Vergünstigungen gedient und dieser seinen Beistand theuer genug habe bezahlen müssen. Scheint es schon gerechtfertigt, daß eine Entscheidungsthat, die eine Krone rettet, nicht mit gewöhnlichem Maß zu messen ist, so ist die absichtliche Entstellung noch klarer widerlegt worden durch die genaue Betrachtung der dem Burggrafen wirklich erwachsenen Vortheile. Dieselben sind nemlich lediglich Verschreibungen kaiserlicher Einkünfte für wirklich von Friedrich getragene Unkosten und uneingelöste Verpflichtungen des Kaisers, sodaß die Verdienste desselben um den Kaiser nur noch größer erscheinen müssen; nirgends aber kann von einem Mißbrauch kaiserlicher Gunst die Rede sein, da die übrigen Erweiterungen der Burggrafschaft aus jener Zeit, wie die Erwerbung von Ansbach, rein privater Natur gewesen sind. Zu einem ähnlichen Mißverständnis führten übrigens die wohlhabenden Verhältnisse des Zollernhauses noch einmal unter Sigismund bei Erwer-

bung der Mark Brandenburg, wie später zu berichten sein wird. —

Burggraf Johann II. trat ganz in seines Vaters Fußtapfen und ward dem alternden Ludwig bald unentbehrlich, wie er ihm auch unter Andern die Mark Brandenburg eine Zeit lang als Statthalter verwaltete, jedoch nur um sie dem bairischen Hause zu erhalten — gleichsam ein prüfender Versuch der Hohenzollern in der Regierung des später erblich von ihnen besessenen Landes! Aber Ludwig war nicht mehr frei geblieben von dem Streben nach maßloser Vergrößerung seines Hauses und hatte Johann in seinen erblichen Ansprüchen auf Kärnthen nicht nur nicht bestätigt, sondern dieses Land selbst mit den Oesterreichern getheilt, ebensowenig wie er seinen Geldverpflichtungen gegen das burggräfliche Haus nachkam. Schon war daher die Verstimmung Johanns groß und sein Abfall von der bairischen Partei zu befürchten, als gerade die zunehmende Zahl der Feinde, die den greisen Ludwig absetzten und mit fünf Kurstimmen Karl von Mähren wählten, ihn zu desto größerer Treue anspornte. In den letzten Tagen erscheint der Burggraf fast als die einzige Stütze des Kaisers bis zu dessen plötzlichem Tode, der abermals der neueren Parteigeschichtschreibung Veranlassung gegeben hat, die Zollern mit dem schmählichen Vorwurf des Giftmordes zu besudeln, den die Burggräfin Elisabeth ausgeführt haben soll. Doch diese Entdeckung ist zu absichtlich und neu gegenüber der erdrückenden Wahrheit alter Nachrichten, die gerade eine Habsburgische Herzogin als die Giftmischerin bezeichnen — so pflegte man noch in unserm Jahrhundert Hohenzollernsche und Habsburgische Politik abzuwägen! — Welche Vortheile Ludwigs Tod dem Burggrafen habe bringen sollen, ist bei der Stärke

der Gegenpartei und dem Fehlen jeder Verpflichtung des Nachfolgers, Ludwigs unbezahlte Verschreibungen einzulösen, ebensowenig zu erklären, wie anderseits ein geheimes Handeln für die Gegenpartei unmöglich ist, da der Burggraf dieser zunächst in offener Feindseligkeit entgegen trat.

König Karl IV. war schnell herbeigezogen und stellte dem Burggrafen unter den Mauern von Nürnberg die Wahl, mit weit überlegenen Truppen und dem Reichsoberhaupt selbst sich zu messen, oder freiwillig von der bairischen Partei abzustehen. Einer solchen Probe waren die Zollernschen Kräfte doch nicht gewachsen und ein Nachgeben war um so leichter, als Karl alle Rechte des Burggrafen anerkennen und schützen zu wollen versprach. Auch das Verhalten Baierns hatte keinen Anspruch auf besondere Opfer mehr, so daß kein Bedenken für Johann bestand, sich dem luxemburgischen Anhange anzuschließen; andrerseits wußte aber Karl sehr wohl gleich seinen Vorgängern, wie sehr der Zollern Name in seinem Gefolge ihn selbst im Reiche an Ansehen wachsen ließ; darum die Zugeständnisse, welche eine Nachgiebigkeit eher auf seiner Seite suchen lassen, darum auch die „Handsalbe", die er dem Burggrafen gleich den vollberechtigten Wählern nach der unrühmlichen Sitte jener Zeiten zubilligte. Für die Stellung der Zollern im Reiche zeigt dieser Umstand insofern eine neue Stufe an, als sie dadurch eine faktische Gleichberechtigung mit den andern höhern Wahlfürsten erlangt haben, wie denn ihr Haus von jetzt an nicht mehr die bisherige berathende, sondern wirklich beschließende Stimme bei den Wahlen ausübt. Ohne Kurfürstenrang haben sie in der That mehrmals das Wahlrecht ausgeübt, ein Triumph der Familienpolitik, der unter den andern Fürstenhäusern ohne Beispiel ist!

Gleich stark hatte die Aussicht auf die Erhaltung alter Rechte und die Ueberzeugung, daß Karl Recht und Macht auf seiner Seite habe, die einzuschlagende Politik Johanns vorgezeichnet; denn ein Vorwiegen des Gewinnes war positiv zu gering, da er meist nur in Bestätigung alter Rechte bestand. So huldigten die Zollern am 31. Oktober 1347 wieder dem Hause Luxemburg und gelobten Karl „treu, gehorsam und unterthänig zu sein als einem römischen Könige und ihrem rechten Herrn, ihm zu helfen und beizustehen gegen allermänniglich, niemand ausgenommen.“ Indessen brauchten sie doch Zeit, um einen solchen Umschwung in der Gesinnung sofort aufrichtig zu bethätigen; sie rüsteten selbst noch einmal zu einem Kampf, als Karl den Söhnen Kaiser Ludwigs gegenüber ein Mittel zur Anwendung brachte in Aufstellung des falschen Waldemar, welches sie nicht gutheißen konnten. Eine Zeit lang stand die Burggrafschaft in höchster Gefahr, gewaltsam in ihrer friedlichen Entwickelung gestört und durch Karls Erweiterungsgelüste dem böhmischen Reiche einverleibt zu werden; doch wurden die guten Dienste der Zollern, die sie sonst so oft vermittelnd geübt hatten, diesmal durch gütliche Beilegung des Zwistes in Folge bairischer Fürsprache vergolten. Daß Karl freilich seine Pläne nun auf friedliche Weise durch Erbschaft und Verheirathung zu erfüllen suchte, sollte sich bald zeigen. Johann wurde füglich Karls Begleiter auf dem Römerzuge, wo dieser klug genug den Einladungen Cola di Rienzi's und den Lobsprüchen Petrarca's widerstand, da nach dem Kurverein zu Rhense der Zusammenhang des deutschen Kaiserthums mit Italien schon faktisch gelöst war und Karl bereits darauf sann, so gut es nach den letzten Wirren anging, den Verhältnissen im Reiche Ordnung und Festigkeit zu verschaffen. Nicht den kleinsten An-

theil hat Burggraf Johann an der Berathung des Reichsgrundgesetzes „der goldnen Bulle“ von 1356 gehabt, wie er auch an den reichspolitisch wichtigen Berathungen von Frankfurt und dem Kurverein schon Theil genommen hatte. In der That mußte die dem ganzen Gesetz zu Grunde liegende Idee der burggräflichen Politik im höchsten Grade genehm sein, da sie einen guten Anfang zu machen schien in der Abänderung der Reichsverfassung, die seit dem Interregnum gerade durch die wie nie zuvor wechselnden Wahlen unsicherer als je geworden war. Freilich war es unmöglich, das Mittel durchzuführen, welches sowohl Karl als der Reichspartei und dem Burggrafen am erwünschtesten gewesen wäre, die Erblichkeit der Krone; aber es war begründete Aussicht vorhanden, daß sich eine feste Gewohnheit für ein bestimmtes Herrscherhaus ausbilden würde, die der Erblichkeit so nahe kommen konnte wie etwa in den Zeiten der ersten Königsgeschlechter. Das bedeutete offenbar die strenge Beschränkung auf sieben Wähler, der Ausschlag durch Stimmenmehrheit, endlich der Ausschluß jeder Einwirkung von Seiten des Papstes und andrer Fürsten. Um so mehr widersetzten sich naturgemäß die nicht kurberechtigten Fürsten, besonders die Habsburger, der ihnen zugedachten niedrigeren Rangstellung, da ihnen obendrein jede Schließung eigenmächtiger Bündnisse fortan untersagt war; daß die Zollern sich dagegen eifrig für das Zustandekommen des Gesetzes interessirten, liefert einen neuen Beweis für die Selbstlosigkeit ihrer Bemühungen um das Reich. Ihnen selbst wurde durch die Bulle der Einfluß gesetzlich abgeschnitten, den sie bisher nach Gewohnheit hatten ausüben dürfen; aber sie hatten in den letzten Dynastienwechseln so schlimme Erfahrungen gemacht und noch zuletzt all ihr langjähriges Besitzthum fast eingebüßt,

daß sie einer festen Ordnung um jeden Preis zustimmten. Denn unmöglich kann Johann geahnt haben, daß schon sein Enkel einen Platz unter den erhöhten Kurfürsten einnehmen werde! Nicht verschwiegen darf werden, daß Johanns jüngerer Bruder, der dem geistlichen Stande geweihte Berthold, bis 1365 als Karls Kanzler erscheint, so daß ein andres Glied der Zollern sicherlich bei der direkten Abfassung des Reichsgrundgesetzes hervorragend betheiligt gewesen ist. Ein Jahr schon nach Erlaß des denkwürdigen Gesetzes starb Johann.

Sein Bruder Albrecht war bisher schon mitbetheiligt gewesen an der Verwaltung des Burggrafenthums, da beide Brüder 1341 einen Hausvertrag geschlossen hatten, nach dem sie das Ganze gemeinschaftlich verwalten und Jeder dem Andern nach dem Tode den vollen Besitz gewährleisten wollten, wenn keine männliche Nachkommenschaft vorhanden wäre; doch selbst bis dahin solle keine Partei einzelne Besitzungen ohne Einwilligung der andern veräußern dürfen, mindestens solle diese das Verkaufsrecht haben. Es war ganz im Sinne der alten Haustradition gehandelt, die durch weises Haushalten erworbenen Güter als für immer ungetheilt zu erklären, und noch manches Hausgesetz legte in spätern Zeiten von dem Weiterbestehn des gleichen Grundgedankens Zeugnis ab. Doch trat eine Theilung diesmal noch nicht ein; Albrecht starb ohne männliche Nachkommen und ist daher selbst für den Fortbestand der Linie nicht von Bedeutung geworden; trotzdem bleibt er in mehrfacher Beziehung merkwürdig. Er war der Erste seines Stammes, der auf seinen zahlreichen Ritterfahrten auch das Land Preußen betrat, das seinen Nachkommen den Königstitel einbringen sollte; an seine Person knüpft sich die weitverbreitete Sage von der weißen Frau

auch für die Hohenzollern an, ein Nachhall altgermanischen Volksglaubens, der dem Licht der Geschichte nicht Stand hält. Für Albrecht selbst ist keine Schuld in der so willkürlichen Sage ausgesprochen, und doch haben dafür einige spätere Geschichtsschreiber ihn wieder des Giftmords zu verdächtigen gesucht; wie früher schon muß auch hier die Quelle des Gerüchtes in dem Aberglauben der damaligen Zeit gesucht werden, die ein schnelles Absterben schlechterdings mit Gift in Verbindung bringen zu müssen glaubte, und dabei in Verdächtigung nahe stehender Personen nicht eben wählerisch war. So falsch Albrechts sagenhafte Beziehungen zur Gräfin von Orlamünde sind, so wenig brachte der Tod seiner Schwiegermutter — seine geschichtliche Gemahlin war eine Gräfin von Henneberg — ihm besondere Vortheile, denn das Erbtheil seiner Gemahlin hätte ihm das Haus Henneberg beim Mangel männlicher Nachkommenschaft nicht streitig machen können.

Weit wichtiger ist aber, daß Albrecht der erste Hohenzoller ist, dem die deutsche Königskrone wirklich angeboten ist, und er muß gerade bei Betrachtung der reichspolitischen Seite in seinem Hause genannt werden. Nach König Ludwigs Tode hatte nämlich die bairische Partei gerade ihn zum Gegenkönig gegen den schon erwählten Karl ausersehen und knüpfte mit ihm darüber Verhandlungen an. Doch findet sich keine Nachricht, daß das schon erwähnte Verharren der Burggrafen in den Waffen bis zu Karls Ankunft seinen Grund in eigenen Plänen Albrechts auf die Krone gehabt habe, und noch weniger macht Albrechts sonstige Persönlichkeit dies wahrscheinlich. Nur wenig hat er sich, ungleich seinem Bruder, und den in seiner Familie herrschenden Anschauungen zuwider, mit Reichsgeschäften befaßt, sondern viel Zeit auf Ritterfahrten und an fremden

Fürstenhöfen verbracht, ganz von dem ritterlichen Thatendrange jener Zeiten erfüllt. Allein so weit ging er nicht, sich nur von dem romantischen Glanz der Krone blenden zu lassen, um die stets undankbare und damals besonders aussichtslose Rolle eines Gegenkönigs zu spielen. Ein ruhmloser Mißerfolg blieb ihm darum erspart, während Günther von Schwarzburg die Schwäche der bairischen Partei zu spät erkennen mußte. Wohl ist darum dem Urtheil beizutreten, daß er das Anerbieten ablehnte, getrieben vom gesunden, praktischen Sinn der Hohenzollern, und mit dieser Resignation „den würdigsten politischen Entschluß“ bewiesen habe. So hatte das Haus Hohenzollern wohl seine Hand nach der Krone ausstrecken dürfen, in der That aber nicht zugreifen wollen! —

Die Linie der Burggrafen blühte in Johanns Sohn Friedrich V. weiter, der auch bald zu Kaiser Karl in ein näheres Verhältnis trat. Selbst mit der Enkeltochter Kaiser Ludwigs noch aus der bairischen Zeit her vermählt, sah er auch bald seine eigne Tochter mit Kaiser Karls Sohn Wenzel verlobt, eine Verschwägerung, die wohl ehrenvoll für ihn, aber freilich noch vortheilhafter für den Kaiser war. Denn dieser beabsichtigte damit das burggräfliche Territorium seinem Sohne zuzuwenden, da kein Land sich passender an Böhmen anschließen konnte; auch war diese Einverleibung nicht etwa in weite Ferne gestellt, sondern ausdrücklich im Vertrage vorgesehen. Allein Karls Ländersucht sah bald in der Erbin der Ungarischen Krone eine noch wünschenswerthere Schwiegertochter, und deshalb löste er ohne Bedenken den Vertrag wieder, dabei zur Entschädigung für diese direkte Demüthigung dem burggräflichen Hause bedeutende Zugeständnisse einräumend. Auch sein zweiter Erwerbsplan gleicher Art mit seinem

jüngern Sohne Sigismund wurde gegenstandslos, da die Hohenzollern zum zweiten Mal der Gefahr des Aussterbens in der männlichen Linie glücklich entgingen, indem die schon bejahrte Gräfin noch zwei Söhnen das Leben schenkte. Entsprangen nun auch hieraus mancherlei Unannehmlichkeiten zwischen dem luxemburgischen und burggräflichen Hause, so wurde eine Verschwägerung doch noch durch die Vermählung der Kaisertochter mit dem jungen Grafen Johann vollzogen, sodaß Karl zu Ende seiner Regierung den Burggrafen wieder fest mit sich vereinigt sah, eine Treue, die seine selbstsüchtige Politik kaum verdient hatte. Wunderbarer Weise hatte das Haus der Zollern, das sich den Plänen Karls Anfangs nur widerstrebend fügte, ohne eignes Zuthun eine durch kaiserliche Entschließung und die Zustimmung der Fürsten sanctionirte Stellung im Reiche erhalten, die es bisher nur ausnahmsweise hatte einnehmen dürfen. Am 17. März 1363 erklärte der Kaiser urkundlich, „nach Rath der Fürsten, Herren und Großen des Reiches (namentlich sind es die Kurfürsten von Mainz und der Pfalz gewesen), daß Burggraf Friedrich von Nürnberg und seine Erben und Nachfolger auf ewig aller, den erlauchten Fürsten des h. Römischen Reiches zustehenden Gerechtsame, Würden, Freiheiten und Ehren sich bedienen und genießen sollen.“ Wenn ausdrücklich hinzugesetzt wird, daß einige Vorfahren des Burggrafen die ihnen gebührenden Freiheiten und Ehren nicht in allen Stücken so sorgfältig bewahrt hätten, wie es die Würde und Ehre des Burggrafenamts mit Recht erheische, so ist klar, daß von keiner neuen Erhebung des Hauses die Rede sein kann, sondern nur eine Anerkennung dessen in der feierlichsten Form statt fand, was die Zollern seit Jahrhunderten an Einfluß im Reiche und durch fürstliche Verschwä-

gerungen erreicht hatten. Doppelt wichtig war aber dieses Privilegium gerade in der Zeit, die der Kurfürsten Rechte vor allen andern Fürsten so genau bestimmt hatte; denn die Zusprechung der eignen Gerichtsbarkeit sowie des Bergregals stellte die Zollern einem jeden Kurfürstenhause vollständig gleich, und namentlich verschaffte die letzte Vergünstigung durch Ausbeutung der fränkischen Bergwerke dem schon wohlhabenden Geschlechte einen ganz ungewöhnlichen Reichthum unter allen Zeitgenossen. Aeltere Geschichtsschreiber haben aber vor Allem den Grund zu dieser Bestimmung Karls nicht gekannt, wenn sie ihn nur in seiner Dankbarkeit und kaiserlichem Wohlwollen suchen; bei Karls Hauspolitik und dem Jahre nach ist vielmehr sein eigenes Interesse maßgebend gewesen, da damals für ihn noch Aussicht auf Erwerbung des Burggrafenthums vorhanden war. Mit dieser Erwägung ist auch für die Zollern jeder Vorwurf unberechtigten Strebens beseitigt, und die Anerkennung der übrigen Fürsten kann ihnen nur zur Ehre gereichen. Freilich verstieß die Bestimmung auch schon gegen die kurz vorher erlassenen Bulle, die doch nur sieben Kurfürsten anerkennt; aber der diesem Gesetz zu Grunde liegende Gedanke wurde gar bald von Karl selbst immer mehr vergessen. Im geraden Gegensatz zu den Bestimmungen der Bulle steht schon die nächste Wahl, bei der sie zum ersten Mal in Anwendung gebracht werden sollte — kaum kann der Ernst der Gesetzgebung schneller zum Spott werden!

Wenzels Wahl 1376 geschah noch zu Lebzeiten des Vaters, sie fiel auf einen Unmündigen und wurde vom Papst bestätigt, so daß man in drei Hauptpunkten vom Reichsgrundgesetz abwich; die Kurfürsten hatte der greise Kaiser aber durch reichliche Summen von ihren ohnehin ge-

ringen Bedenken befreit, sodaß er nach manchem Mißerfolg doch zuletzt diesen Wunsch durchsetzen konnte. Von Gegencandidaten hörte man Nichts, und so konnte auch den Burggrafen keine Erwägung andrer Art für eine abweichende Politik bestimmen; es läßt sich nur ahnen, daß trotz seiner Treue zum luxemburgischen Hause ihm persönlich sein ehemaliger designirter Schwiegersohn nicht als der angenehmste Nachfolger im Reich erscheinen mußte. Er zog jedoch für denselben noch selbst gegen die vereinten schwäbischen Städte ins Feld und harrte bei Karl bis zu dessen Tode aus. Weniger Gelegenheit, sich als Schiedsrichter in allerlei Zwisten und als Rathgeber der Krone wie bisher zu bethätigen, fand Friedrich unter Wenzels lässiger Regierung, obwohl er auch als dessen Rath genannt wird; vergebens suchte er ihn zu kräftigen Maßregeln im Städtekriege zu ermuthigen, und mußte schließlich im eigenen Interesse sich selbst zu helfen suchen, doch überall nur vermittelnd und selbst den Nürnberger Städtern gegenüber unverdientermaßen milde. Neben solchen Geschäften sorgte er aber mit besonderm Erfolg für den Wohlstand seines Hauses; er führte zuerst eine geordnete Finanzverwaltung ein und erlangte 1372 das fürstliche Recht, eigne Münzen zu prägen. So kam es, während gerade damals andere fürstliche Geschlechter immer mehr verarmten, daß die umsichtige Verwaltung der Burggrafschaft allmälich zu einer Verdreifachung des Landbesitzes geführt und die Zollern nunmehr in den Stand gesetzt hatte, die für jene Zeiten bedeutendsten Summen in Baar aus eignen Hülfsquellen und ohne unredliche Mittel aufbringen zu können.

Größer als je sah Friedrich V. an seinem Lebensabend sein Haus nach außen und innen dastehen und ent-

schloß sich darum um so schwerer, den ausgedehnten Besitz unter seine Söhne zu theilen. Zuletzt indessen erfolgte die von ihnen gewünschte Trennung vornehmlich ihres ungleichen Charakters wegen, und zwar in der Weise, daß der ältere Johann das nördliche Fürstenthum Baireuth mit seinem Sitz zu Plassenberg übernahm, der jüngere Friedrich aber das südliche Land Ansbach erhielt; die Burggrafschaft selbst blieb ihnen gemeinschaftlich, eben so wie die Erbbestimmungen von 1341 weiter zu Recht bestanden und keine völlige Trennung des Familienbesitzes gestatteten.

3. Kapitel.

Die Kurfürsten von Hohenzollern und die Kaiserwahlen.

Friedrich I.

Es war eine ehrenvolle Bahn, die das Geschlecht der Hohenzollern durchlief von der schwäbischen Heimath in das fränkische Reichsamt bis zum Fürstenrange und blühenden Landbesitz. Unbetheiligt an dem gemeinschädlichen Treiben wechselnder Parteien hatten sie ihre Politik durch die immer erneuten Wirren des Wahlkönigthums in stets consequenter Weise hindurch zu führen gewußt im Hinblick auf Ordnung und friedliche Anerkennung der Reichsautorität. Wenige der deutschen Fürstengeschlechter hatten ihren vermittelnden Einfluß und Rath nicht erfahren, und noch jedes der zum Thron gelangten Häuser hatte für gut befunden, den Burggrafen sich durch Verschwägerung zu nähern.

Friedrich VI. sollte aber noch mehr erreichen. Wenig konnte sich seine Bedeutung darthun, als er anfänglich noch mit seinem Bruder Johann III. den König Wenzel, des letztern Schwager, zu unterstützen be-

müht war; er mußte sich vielmehr bald bei der zuneh-menden Verwirrung aller Verhältnisse des Reiches dem Wunsche nach einem kräftigern Herrscher anschließen. Frei-lich ist die Absetzung eines Königs immer ein „übler Handel“ und ganz anderer Natur als die Aufstellung von Gegenkönigen, die eine offene Partei auf den Schild erhebt; der Plan zu Wenzels förmlicher Absetzung aber entspann sich im Geheimen und die rheinischen Kurfürsten suchten die andern Fürsten und den Papst erst sicher in ihr Interesse zu ziehen, ehe sie einen solchen Umsturz der ganzen Verfassung offen zu unternehmen wagten. Selbst Karls des Dicken Beispiel war nicht klar zur Rechtferti-gung heranzuziehen, aus neuern Zeiten aber kein einziger ähnlicher Fall im Reiche vorgekommen. Und gerade die peinlichste Stellung hatten die beiden Burggrafen zwischen ihrem Schwager Wenzel, den sie bisher getreulich unter-stützt hatten, und dem andern Schwager Ruprecht von der Pfalz, den die Gegenpartei schon zum Herrscher aus-erkoren hatte. Verschieden waren aber die Beweggründe zum Handeln für Beide, und ungleich fiel die Entscheidung der Brüder aus; Johann blieb seiner Verwandtschaft und frühern Gesinnung nach auf Wenzels Seite, während Friedrich die Rücksicht der Freundschaft fallen ließ vor der bessern politischen Einsicht und der Hoffnung auf ein thätigeres Leben auf Seiten Ruprechts. Man hat in den Nachrichten eine Lücke annehmen wollen, um Friedrichs Ent-schluß erklären zu können, und vergeblich ist nach persön-lichem Vortheil gesucht worden, der ihn habe reizen können; aber das „moralisch Zweideutige“ dieses Wahlhandels trifft ihn hier nur deshalb so hervorragend vor den andern Fürsten, weil seine verwandtschaftlichen Beziehungen zu beiden Herrschern ihm noch andere Rücksichten auferlegen

mußten. Um so mehr ist aber schließlich der Ausweg beifallswerth, den er aus dieser schwierigen Lage fand; wenn er die Auswahl hatte, konnte seine ehrliche Ueberzeugung nur für Ruprecht sprechen, und wenn es gelang, diese politische Entscheidung durch unveränderte persönliche Stellung zu seinem andersdenkenden Bruder zu mildern, so war die schlimme Rathlosigkeit sicher nicht unehrenvoll beseitigt. Am wenigsten aber konnte es ihm einfallen, einer neuen Partei gegen Ruprecht beizutreten, denn auch eine solche hatten die übrigen Kurfürsten gegen die rheinischen gebildet; für ihn gab es, die Unfähigkeit Wenzels einmal zugestanden, nur die Wahl für Ruprecht, seinen Schwager und den Candidaten der bei weitem größten Mehrheit. Es kommt indessen noch ein neues Moment zur Beurtheilung von Friedrichs Politik hinzu. Ausdrücklich wurde diesmal das burggräfliche Haus unter die Wahlberechtigten aufgenommen, obwohl es nach den Bestimmungen der goldenen Bulle im Kurfürstencollegium weder Sitz noch Stimme hatte; ebenso wurde das Haus Nürnberg unter den Familien aufgezählt, aus denen man ausschließlich einen König wählen wollte — der Weg zur Krone stand den Hohenzollern wieder einmal offen! Und wiederum strebten sie selbst nicht danach, obwohl man einen solchen Wunsch nach der damaligen Politik der mit ihnen genannten Geschlechter begreiflich finden, wenn auch diesmal nicht gerade erwarten würde, da schon des Burggrafen Schwager als Bewerber aufgetreten war. War es auch Parteipolitik, die die Habsburger, Luxemburger und Welfen von den Wählbaren ausschloß, so war doch andrerseits die Aufnahme der Hohenzollern unter die wählbaren Häuser Baiern, Sachsen, Meißen, Hessen, Würtemberg durch ihre einflußreiche Stellung weit mehr geboten als durch Parteiinteressen be-

dingt. Daß Friedrich trotzdem von sich absah und dem allgemein vorgeschlagenen Ruprecht zustimmte, war eine Frucht der gewonnenen Erkenntnis, daß Wenzel seiner schwierigen Aufgabe nicht gewachsen und Ruprecht, gestützt auf das allgemeine Vertrauen, ein kräftigeres Haupt sein würde, dessen die Burggrafen zur Erhaltung ihrer blühenden Besitzungen stets so sehr bedurften. Ihre Stellung bleibt also auch hier gleichsam eine vermittelnde zwischen und über den Parteien und ihr nächster Zweck ist Kräftigung des königlichen Ansehns und Aufrechterhaltung der Ordnung. Sicherlich hat Friedrich auch dem elenden Plane des Mainzer Bischofs fern gestanden, den gleichfalls vorgeschlagenen Herzog Friedrich von Braunschweig gewaltsam zu entfernen; wie er die Neuwahl zuerst geheim betrieben, so hat der Mainzer auch durch eigne Leute unter der Hand den edlen Friedrich überfallen und ermorden lassen. Zu solchen Gräueln hatten die Parteizänkereien bei den Wahlen schon geführt! Unregelmäßig genug war auch nach der endlich ausgesprochenen Absetzung Wenzels die Wahl Ruprechts 1400 zu Lahnstein: nur die vier rheinischen Kurfürsten waren zugegen, außerdem aber der Burggraf und ein Sohn des erwählten Pfalzgrafen, und die Krönung mußte bei der Weigerung Aachens in Köln vollzogen werden. Immer seltener sollten leider völlig einmüthige Handlungen der Wahlfürsten und genaue Beobachtung aller Gesetzesvorschriften werden, so daß Theilwahlen oft ganz unvermeidlich erscheinen mußten, besonders für überzeugte Anhänger der Sache. Bezeichnend für Friedrichs Stellung am Hofe ist nun, daß der König selbst ihn mit „der schönen Else“ von Baiern verlobte, und dem Hochzeitsfeste mit seinem ganzen Gefolge beiwohnte;

zugleich brachte auch Friedrichs Bruder Johann an demselben Tage Ruprecht endlich seine Huldigung dar.

Freilich erfüllte auch Ruprecht die Hoffnungen seiner Wähler nicht, weder für das Reich, noch für ihr Haus; namentlich Friedrich gerieth beträchtlich in Schulden durch geleistete Kriegsfolge und mußte den ihm gemachten Vorschlag, nach Ungarn zu Sigismund zu kommen, gern als Ausweg annehmen. Schon früher war er daselbst thätig und in der Schlacht bei Nikopolis selbst Sigismunds Lebensretter gewesen, sodaß er auch bald wieder dessen vollstes Vertrauen errang. Nach Ruprechts Tode eröffnete sich für Sigismund und seinen Freund, der bei seiner Abwesenheit des Reiches Wohl nicht aus dem Auge gelassen hatte, ein weites Feld für die Verwirklichung großer Pläne. So verschieden nun auch die Ansichten sein mögen, die über Sigismunds Bewerbung um den Thron geltend gemacht worden sind, so muß doch allseitig zugestanden werden, daß er den deutschen Fürsten viel zu fern stand, als daß sie ihn ohne gewichtige Empfehlung erwählt haben würden; auch das Resultat des ersten Wahlganges zeigt dies noch deutlich genug. Wenn nun gerade Burggraf Friedrich diese schwierige Empfehlung übernahm und persönlich in Abwesenheit Sigismunds dazu wieder in Deutschland thätig auftrat, so ist dies Beweis genug dafür, daß nicht nur bei dem Thronbewerber, sondern auch bei den deutschen Fürsten das Ansehn des Burggrafen trotz der langen Abwesenheit in Ungarn nicht verloren hatte. Er erschien nunmehr als Sigismunds Bevollmächtigter, an die Kurfürsten im Reiche abgesandt und in Vertretung Sigismunds sogar mit der Ausübung der brandenburgischen Kurstimme bei der Neuwahl beauftragt. Es ist dies ein überaus wichtiger Wendepunkt in

der Geschichte der Zollern, daß sie hier zum ersten Mal den Rang unter den Fürsten auch rechtlich einnehmen, dessen Befugnisse sie faktisch schon so oft hatte ausüben dürfen. Bald sollte es ihnen nun auch beschieden sein, die Kur selbständig und erblich an ihr Haus zu knüpfen!

Die Erwägungen Friedrichs, selbst für Sigismund zu stimmen und die andern Fürsten für ihn zu gewinnen, zeugen wieder von seinen besten Absichten für das Wohl des Reiches, da er in ihm den Geeignetsten erkannte, der persönliche Energie mit einer reichen Hausmacht verband. Mit Recht ist gesagt worden, „daß der Staatsmann der endlich ans Ruder tretenden deutschen Politik es übernahm, die Wahl des Fürsten durchzuführen, der jene Politik durchzuführen die Macht und den Willen hatte.“ War die Aufgabe, für Sigismunds Wahl auch die andern Kurfürsten zu gewinnen, bei der Unbeliebtheit der Luxemburger auch nicht leicht, und wurde diese Wirksamkeit ihm auch gehässig verdacht, so setzte Friedrich doch seinen Plan durch und wählte mit Pfalz und Trier am 20. September 1410 zu Frankfurt trotz der auf Befehl des Mainzers verschlossenen Kirchthüren Sigismund zum König, um sich darauf sofort des Reiches im Namen des Königs anzunehmen. Auch dieser Akt giebt freilich ein klägliches Bild von der Uneinigkeit der Fürsten und den unwürdigen Mitteln, die man anzuwenden sich nicht scheute, um die Pläne der Gegner zu hintertreiben; aber nach dem Gesetz war die Wahl durch Einigkeit der anwesenden, wenn auch noch so wenigen, Kurfürsten gültig geworden und die abwesenden an sie gebunden. Und noch viel weniger waren die Gegenvorschläge der übrigen Kurfürsten geeignet, Sigismunds Persönlichkeit durch bessere Bewerber in den Schatten zu stellen; denn sie erkannten Wenzel noch als

König an und zwangen ihn doch, seine eigne Stimme gegen sich selbst und mit den übrigen Fürsten für Jobst von Mähren abzugeben! Diese unter den deutschen Wahlen kleinlichste und dem Zweck geradezu Hohn sprechende Handlung erfolgte zu Frankfurt am 1. Oktober 1410 durch Mainz, Köln, Sachsen nebst Jobst und Wenzel. Glücklicherweise führte die Gegenwahl nicht zu thatsächlichen Folgen, da Jobst schon im Januar des folgenden Jahres starb; aber Friedrich hatte sich auch ohne dies nicht beirren lassen und war bei seinem Princip geblieben, das nun freilich eine äußerliche Bestätigung erfuhr, die er für sich wohl entbehrt haben könnte, die aber der König zur Befestigung seines Ansehns und seiner ganzen Stellung für wünschenswerth hielt. Die Verhandlungen, eine erneute Wahl und somit die Zustimmung der übrigen Kurfürsten zu erhalten, hielt der Burggraf sowohl wie seine Genossen von der ersten Wahl für überflüssig und Keiner von ihnen betheiligte sich daran. Sicherlich war es nicht bloßer Rigorismus, der Friedrich hierzu trieb, sondern Ueberzeugung von seinem ursprünglichen Recht, dem man durch keine nachträglichen Zugeständnisse einen Schein von Ungewißheit geben dürfe. So sind auch wohl die den Kurfürsten von Sigismund gemachten Versprechungen vor der zweiten Wahl, die eine Stärkung der Gegenpartei und des Papstes bewirkten, ohne Vorwissen oder Billigung des Burggrafen geschehen, wenigstens hat derselbe sich der Bestechung von Mainz und Köln widersetzt; auch die ausdrücklich erwähnte Abwesenheit von Trier und Pfalz bei dem zweiten Wahlakte, zehn Monate nach dem ersten, läßt sicher darauf schließen, daß Friedrich diesen Zug in der Politik seines königlichen Freundes nicht persönlich unterstützte. Sein Bruder Johann war dagegen als Sigismunds Abgesandter bei

dieser Wahl mit Ausübung der brandenburgischen Kurstimme beauftragt, was bei dessen brüderlicher Stellung zu Friedrich an sich erklärlich sein würde, wenn Friedrich nur äußerlich abgehalten wäre; es muß jedoch für diesen innere Ueberzeugung maßgebend dafür gewesen sein, der zweiten Wahl sich zu enthalten. Da die brandenburgische Kurstimme schon zum ersten Male von ihm selbst abgegeben war, er aber zur Zeit der zweiten Wahl die Mark Brandenburg für Sigismund gerade verwaltete, so mußte er als berechtigster Vertreter auch hier erscheinen, falls nochmalige Stimmabgabe nur irgendwie nöthig war; er hielt letzteres jedoch gleich seinen Genossen von Mainz und der Pfalz für durchaus ungerechtfertigt, und kann darum unmöglich mit Sigismund damals in dem besten Einvernehmen gestanden haben, eben so wenig wie mit seinem Bruder Johann. Doch half die Beschäftigung mit den Angelegenheiten der Mark leichter über diese Meinungsverschiedenheit hinweg, und bald überhäufte Sigismund den Burggrafen Friedrich wieder mehr als je mit deutlichen Zeichen seines ungetheilten Vertrauens. So blieb die vorübergehende Uneinigkeit zwar für damals ohne nachhaltige Folgen, ist aber der Nachwelt um so wichtiger für die Beurtheilung von Friedrichs Charakter und Politik. Seines Zieles sich klar bewußt, scheute er sich nicht, dem von ihm gewählten Könige Opposition zu machen, als dieser sein gutes Recht durch Nachgiebigkeit gegen die Partei der Fürsten und des Papstes in Frage stellte, und die Hoffnungen der Reichspartei dadurch offenbar sehr herabstimmen mußte. Friedrich zeigt hierin wieder einen viel weiter gehenden staatsmännischen Blick wie sein Bruder Johann, der jetzt, wie schon bei Ruprechts Wahl, der Reichspartei nicht beizutreten den Muth hatte. Consequent

ist Friedrich endlich in weit größerem Maße als Sigismund selbst geblieben, der über die Berechtigung der brandenburgischen Stimme beim ersten Wahlakt schwankte und sich einer Nachwahl unterzog, obwohl er sich stets auf die erste Wahl berief. Wie dem sei, so steht doch fest, daß der erste Anlaß zur Berücksichtigung Sigismunds überhaupt allein vom Burggrafen ausgegangen ist, daß er den ersten Wahlakt durch persönliche Energie durchsetzte, daß ohne diesen aber keine zweite allgemeine Wahl für Sigismund möglich gewesen wäre. Man darf also wohl behaupten, daß ohne Friedrichs Hinzuthun Sigismund nie König geworden wäre! Die Politik der Zollern hatte bei dieser Königswahl den alten Einfluß in die Wagschale geworfen, obwohl sie im Lauf der Verhandlungen ungern der Fürstenpartei Concessionen hatte machen müssen. Unerklärlich bleibt auch bei dieser Wahl der Umstand, daß ein Zoller seinen ganzen bedeutenden Einfluß ohne eigene Rückgedanken in den Dienst eines Andern stellt, nur um dem Reiche einen geeigneten Lenker zu bestellen, denn von einer Aussicht auf Belohnung mit Brandenburg konnte damals noch nicht die Rede sein.

Erst nach der Wahl geschah der erste Schritt hierzu, indem Sigismund dem Burggrafen Friedrich die Hauptmannschaft über die Mark Brandenburg, und zwar erblich übertrug, indem er öffentlich erklärte, daß er dem Burggrafen volle Gewalt gebe, allein ausgeschlossen die Kur eines Römischen Königs und was dahin gehöre. Es kann nicht Wunder nehmen, wenn wir hören, daß Sigismund von Anfang seiner Regierung an die bestimmte Absicht gehegt habe, Friedrich in den Besitz der Mark und der Kurfürstenwürde gelangen zu lassen; denn groß genug waren die Dienste, die dieser ihm geleistet hatte, und zahl-

reiche Beispiele sprechen deutlich von Sigismunds auch sonst bewiesener königlicher Dankbarkeit. Nur die Streitigkeiten mit Wenzel und die Verhandlungen über die zweite Wahl schoben die Ausführung dieses Planes weiter hinaus. Aber auch Friedrichs Abneigung gegen die zweite Wahl ließen Sigismund nicht andrer Meinung werden, vielmehr hielt er es den Fürsten gegenüber immer mehr für geboten, die alte Stütze der Kaiser, das Zollernhaus, zu einer festen Macht zu erheben; man kann sagen, daß die Führer der Reichspartei nur in kaiserlichem Interesse zu einer großen Hausmacht und zum Sitz im Kurfürstenrath gelangt sind. Damit war für das Haus der Zollern jedoch ein abermaliger großer Schritt auf ihrer Bahn gethan, in natürlicher Entwickelung der vor nur zwei Jahrhunderten erfolgten Uebersiedelung aus dem schwäbischen Fürstenthum in das Nürnberger Burggrafenamt entsprechend, an Größe und Selbständigkeit aber durch Verpflanzung nach Brandenburg das Emporkommen andrer Geschlechter nun weit überflügelnd. Die Erhöhung eines andern Fürstenhauses hätte aber auch ganz andere Folgen nach sich ziehen müssen und würde schließlich nur eine Verringerung der königlichen Hausmacht und das Erstehen eines neuen Gliedes der selbstherrlichen Fürstenpartei bewirkt haben; daß es mit dem Nürnberger Hause eine ganz andere Bewandnis habe, war eine Erkenntnis Sigismunds, die nicht in persönlichen Ansichten und übergroßer Freigebigkeit wurzelte, sondern durch die Stellung der Parteien im Reiche zur politischen Nothwendigkeit geworden war und in der Folge wahrlich nicht Lügen gestraft ist.

Die Erwerbung der Mark Brandenburg durch die Zollern ist man bis in die neuesten Zeiten gewohnt gewesen als eine klug berechnete Geldspeculation anzusehen,

und selbst nachdem die eingehendsten Untersuchungen die Richtigkeit dieser Annahme urkundlich nachgewiesen haben, behauptet die alte Erzählung doch in der Geschichte noch immer zähe ihren Platz. Es ist leicht ersichtlich, wie diese Frage bei Behandlung der Stellung der Zollern zum Reich und den Königswahlen von besonderer Wichtigkeit sein muß, da mit dem Zuwachs an Landbesitz auch die Aufnahme unter die sieben Kurfürsten im Zusammenhange steht. Daß die allgemeine Vorstellung auf absichtlicher Entstellung der Thatsachen beruhe, wie wohl sonst mancher Punkt in der Geschichte der Zollern, ist nicht wahrscheinlich, sondern die Annahme eines schon alten Mißverständnisses erklärt die traditionell gewordene Erzählung hinreichend. Der Schwerpunkt liegt in der mit der Uebertragung der Marken verknüpften Erwähnung von Geldverpflichtungen zwischen Sigismund und Friedrich, die beiläufig in der Urkunde vorkommt, aber gar nicht weiter erwähnt zu werden brauchte, wenn sie nicht gerade einmal mißverstanden und von Spätern ohne Prüfung in ähnlichem Sinne weiter verbreitet wäre. Jetzt darf als feststehendes Resultat angesehen werden, daß die übliche Erzählung dem wahren Sachverhalt nicht entspricht, wie ihn die Urkunden und ein gleichzeitiger Geschichtsschreiber erscheinen lassen, daß hingegen erst ein Jahrhundert später bei den Schriftstellern von einem Verkauf die Rede und diese Nachricht demnach herrschende Meinung geworden ist. Schon bei seinem Verhältnis zu Ruprecht wurde der Mittellosigkeit Friedrichs gedacht, der gerade deshalb sein fränkisches Land verließ und Sigismund sich anschloß; und doch soll dieser nun von ihm bedeutende Summen vorgeschossen erhalten haben! Denn so nur meinte man die Wendung in der Uebertragungsurkunde verstehen zu müssen, worin Sigismund dem Burggrafen die Summe

von 100,000 Gulden aus den Einkünften der Mark verschreibt, daß Friedrich ihm diese Summe früher schlechterdings geliehen haben müsse. War dies nun bei der damaligen Finanzlage des Burggrafen unmöglich und findet sich darum nicht der geringste Beweis für diese Annahme, so steht auch der Wortlaut der Urkunden vom 8. und 11. Juli 1411 im vollsten Widerspruch dazu und läßt nur ein aus oberflächlicher Betrachtung herrührendes Mißverständnis zu. Nachdem König Sigismund erklärt, daß er zu seiner Bürde und Arbeit sich Helfer und Mitträger suchen müsse, damit diejenigen von seinen Landen, die er in eigner Person nicht regieren könne, gleichwohl versehen würden, hebt er weiter hervor, daß ihm besonders sein väterliches Erbe Brandenburg am Herzen liege. Es habe sich aber von den Fürsten Burggraf Friedrich von Nürnberg die größesten Verdienste um ihn erworben und stehe darum zu hoffen, daß seine Klugheit am geeignetsten sei, die Mark aus ihrer traurigen Lage zu befreien; darum setze er Friedrich von Nürnberg zum bevollmächtigten Verweser und obersten Hauptmann für die Mark ein und befehle dieselbe auch den Erben Friedrichs in gleicher Weise. Weiter heißt es nun in dem Erlaß an die Einwohner der Mark: „Da wir aber wissen, daß die Nutzungen der Mark, welche der Landesherrschaft angehören, so klein sind, daß er diese Verwesung ohne unsere besondre Hülfe nicht führen kann, es wenigstens unbillig sein würde, sollte er außer seiner Arbeit auch noch von seinem Vermögen etwas zusetzen, so haben wir ihm versprochen, ihm zu geben 100,000 Gulden, wie das Alles in unsern Briefen näher enthalten ist, die wir ihm darüber gegeben.“ Schon aus diesen Worten läßt sich nicht schließen, daß Sigismund diese Summe dem Friedrich geschuldet habe und ihm nun dafür die Mark

verschreibe; vielmehr will er sie außerdem zur Bestreitung der Unkosten bei Uebernahme des Landes zugeben. Der erwähnte „Brief“ zeigt aber, daß die Summe auch nicht baar an Friedrich ausgezahlt ist, denn er und seine Erben „sollen sie auf der genannten Mark, ihrer Verwesung und Hauptmannschaft und allen ihren Landen, Leuten, Schlössern, Städten, Dörfern haben“; der Betrag ist also auf die Mark pfandweise verschrieben und mußte von Friedrich aus den erschöpften Hülfsquellen des Landes erst eingetrieben werden, so gut es ging. Schließlich wird ausgemacht, daß Sigismund und seine Erben, falls sie die Mark wieder übernehmen wollten, diese Summe baar an Friedrich zurückzahlen sollten, ebenso wie die noch später hinzugefügten und gleichfalls nur pfandweise verschriebenen 50,000 Gulden. Dieser Wortlaut ist demnach freilich mit einem Geldgeschäft verbunden, aber durchaus mit keinem Verkauf noch einer Deckung früherer Schulden Sigismunds; die Abmachung entspricht aber auch genau der Sitte der damaligen Zeit, die durch zahlreiche Beispiele belegt ist, Anleihen nur durch Verpfändungen von Schlössern, Städten und Landschaften aufzubringen, die den Darleiher seines Kapitals und der Zinsen versicherten. Und dies war bei Friedrich nicht einmal der Fall, denn die Summe sollte er nicht für Sigismund aufbringen, sondern lediglich zur Verwaltung des Landes anlegen. Endlich muß aber in der ganzen Abkunft mit Rücksicht auf Sigismunds Plan, den Burggrafen in den definitiven Besitz der Mark zu setzen, wohl nur eine formelle Verschreibung gesehen werden, die jemals einzulösen Sigismund nicht beabsichtigt haben kann.

Um so auffälliger muß noch in einer neuern Darstellung der preußischen Geschichte die Bemerkung erscheinen, daß der Vertrag im Grunde doch nur eine dem damaligen Ur-

kundenstile entsprechende hochtönende Form für ein Pfandgeschäft sei, und man nicht zugestehen könne, daß der patriotische Auslegungsversuch ganz überzeugend ausgefallen wäre. Sicherlich wäre bloßer Patriotismus ein übel angebrachter Grund, aber auch zähes Festhalten am alten Mißverständnis, wenn es einmal aufgeklärt ist, muß in seiner Opposition gegen den Patriotismus wenig glücklich erscheinen, zumal wenn dem bloßen Zweifel keine Gründe zur Seite gestellt werden. Der ganze Sachverhalt, wie er aus den Urkunden dargelegt ist, vermag aber wohl viel eher zu dem Resultate gelangen zu lassen, daß die Verschreibung nicht die Sicherstellung eines mißtrauenden Gläubigers, sondern ein Ausdruck wahrhaft königlichen Vertrauens zu einem Fürsten war, von dem der König wußte, wie er die Pflicht und den Beruf des Fürstenamtes verstand.

Der Einzug Friedrichs in die Mark verzögerte sich noch bis zum Juni 1412, weil er in Reichsgeschäften für Sigismund nicht eher entbehrlich war. Diese Verzögerung trug mit einen großen Theil der Schuld daran, daß der Adel der Mark die neue Hauptmannschaft für eben so machtlos als die früheren hielt und in eigenmächtigen Handlungen immer weiter und bis zur direkten Verhöhnung des burggräflichen Ansehens ging. Ueberhaupt konnte der erste Zoller seinem neuen Stammlande bei weitem nicht soviel Zeit und Mühe znwenden, wie es für das geplagte Land wünschenswerth erscheinen mußte; dazu war seine Stellung am Hofe noch viel zu einflußreich, und Sigismund entbehrte seine Hülfe nur äußerst ungern. Auch liegt es in der Natur der Sache, daß der bisherige Burggraf sich von den Reichsgeschäften nicht sofort im Interesse landesherrlicher Sorgen zurückzog. Und doch ist sein Einzug in Brandenburg in der That der Anfang

einer ganz neuen Epoche in der Geschichte der Mark geworden, und hat auch sofort in die Entwickelung der Hohenzollern eine entscheidende Wendung eingeführt. Schon Johann II. war als Verwalter für König Ludwig den Baiern in der Mark thätig gewesen, aber sein Wirken hatte nur ein vorübergehendes sein können; erwähnt muß aber hier werden, daß auch ihm damals ausdrücklich zugesagt war, daß er die Verweserschaft behalten solle, bis ihm sein Dienst und seine Kosten vergolten sein würden. Aber Niemand hat bei diesem völlig gleichen Vertrag zwischen dem Nürnberger und Bairischen Hause die Beschuldigung eines Geldgeschäfts erhoben, wie später bei Friedrich VI. Dieser übernahm nun die Mark sechzig Jahre später abermals, um sie unverwandt bis auf unsre Tage seinem Geschlecht zu vererben. Schon zwei Jahre später glaubte er die Mark, im Innern beruhigt und nach außen hinlänglich sicher gestellt, unter der Leitung seiner Gemahlin belassen und selbst wieder sich persönlich an Sigismunds Plänen betheiligen zu können.

Und wichtig genug wurde Friedrichs Anwesenheit wiederum für Sigismund, denn dieser hatte nichts Anderes vor als bei der Lauheit der Fürsten sich ganz von den deutschen Regierungsgeschäften zurückzuziehen und nur für sein Ungarn zu sorgen. Welche unberechenbaren Folgen die Durchführung dieses Entschlusses hätte nach sich ziehen müssen, leuchtet ein; das Reich wäre sicherlich bei dem Fehlen des Oberhauptes dermaßen in Verfall gerathen, daß nach den letzten Erfahrungen seit Wenzels Absetzung alle Verfassungsrechte und jede staatliche Ordnung in Frage gestellt worden wären. Es war darum nicht nur ein neues Verdienst um Sigismund, gleich groß wie das erste um seine Wahl, als Friedrich herbeieilend ihn

in Nürnberg zu überreden wußte, diesen Vorsatz aufzugeben, sondern ein eben so wichtiger Dienst, den er der Ordnung im gesammten Reiche leistete. Schon damals glaubte man, daß Sigismund gerade hierdurch bewogen worden sei, die Mark gänzlich an Friedrich zu übertragen. Der König schien in Gegenwart seines bewährten Rathgebers wirklich neuen Muth zu schöpfen und konnte auch bald seinen Wunsch, die Krönung in Aachen zu erlangen, verwirklichen. Hier und auf dem Concil zu Constanz war Friedrich nun wieder ganz seinen engern landesherrlichen Pflichten entzogen und stand mitten im Getriebe der ganz Europa bewegenden Berathungen. Man hat seinem Ruhme zu dienen gemeint, wenn man seinen Einfluß auch auf die innern kirchlichen Fragen des Concils und den Proceß Huß's laut gepriesen hat, aber davon finden sich keine Spuren in den Akten, und ein übermäßiges Lob des Burggrafen ist wenig angebracht in Dingen, bei denen ihm keine Stimme zustand. Um so eifriger unterstützte er den Kaiser in der äußern Politik und er war es unter Andern, der den widerspenstigen Herzog Friedrich von Oesterreich unter die Autorität des Kaisers beugte und den flüchtigen Papst Johann aus Freiburg zurückführte.

Sigismund hat über allen kirchlichen Verhandlungen doch seinen längst gereiften Plan, den er mit Brandenburg und Friedrich von Nürnberg vorhatte, nicht aus den Augen gelassen. Noch während der wechselnden Verhandlungen im Hußischen Proceß erfolgte am 30. April 1415 unter einigen Abänderungen der ersten Bestimmung die endgültige Uebergabe der Mark Brandenburg sammt Kurwürde und Erzkammermeisteramt an Friedrich VI. von Nürnberg, der dann bereits in der letzten feierlichen Sitzung des Concils über Huß am 6. Juli 1415 kraft seines Amtes das

Scepter vor dem Kaiser her trug. Es hatte sich ganz den Wünschen Sigismunds gemäß gerade auf der Reichsversammlung als immer nothwendiger herausgestellt, die weltlichen Kurfürsten vollzählig den kirchlichen gegenüber zu stellen, um so mehr als Wenzel die böhmische Stimme wenig zur Geltung brachte; und so war es nur ein naturgemäßer Fortschritt auf der schon betretenen Bahn, daß Sigismund der frühern Uebertragung des Landes an Friedrich nun auch das für den Kaiser noch reservirte Recht der brandenburgischen Kurstimme hinzufügte. Friedrich hatte sich bereits in der Mark als Verweser bewährt und so konnte auch ein äußerer Grund nicht fehlen für die Handlungsweise des Kaisers, der damit seinen Rathgeber zum natürlichen Haupt der weltlichen Fürsten des Reiches einsetzte. Die Urkunde darüber motivirt die Uebergabe genau nach den Interessen des Reiches, des Kaisers und der Mark selbst, und übergiebt in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Kurfürsten und andrer Fürsten dem Friedrich und seinen Erben alle auf der Mark und dem Kurfürstenthum ruhenden Rechte unter Entbindung der Unterthanen von ihrem bisherigen Eide. Zum Schluß wird wie in der ersten Verbriefung dem Hause Luxemburg für den Fall der Wiedererwerbung eine Baarzahlung von 400,000 Gulden auferlegt, eine Summe, die beiläufig nicht geringer als auf 1,125,865 Thaler Gold zu veranschlagen ist. Die bedeutende Erhöhung seit der ersten Uebertragung war durch die von Friedrich inzwischen schon getragenen Unkosten nöthig geworden und mußte für Sigismund um so unbedenklicher sein, als er jetzt kaum noch ernstlich an eine Wiedererwerbung der Mark denken konnte. So ist auch diese abermalige Erwähnung von Geldzahlungen nur eine ganz allgemeine eventuelle Abmachung gleich der, daß Fried-

rich die Mark sammt der Kurwürde an Sigismund zurückgeben solle, wenn er Römischer König werden sollte. Die feierliche Belehnung folgte indessen der Verschreibung nicht sofort nach, da noch Verhandlungen mit Sachsen und Böhmen wegen der Zustimmung geführt werden mußten; endlich mußte man sich jedoch mit der Zustimmung der fünf Kurfürsten mit Ausnahme Böhmens begnügen, denn Wenzel hielt stets an der Ansicht fest, daß Sigismund durch maßlose Freigebigkeit das Haus Luxemburg um einen werthvollen Theil seines Erbes gebracht habe. Doch darf nicht vergessen werden, wie Karl IV. einst die Mark den Baiern für 500,000 Gulden fast gewaltsam abgedrängt hatte, wenn auch daraus kein bairisches Anrecht auf die Mark zu Sigismunds Zeit mehr hervorging.

Die Belehnung auf dem Markt zu Constanz am 18. April 1417 war eine der glänzendsten Feierlichkeiten auf dem so reichbelebten Concil, für Friedrich indessen nur der formelle Abschluß seiner schon längst rechtskräftigen Erhebung. Dieser äußerliche Akt konnte keine neuen Bedingungen zu den frühern Abmachungen hinzufügen, die vielmehr in jeder Weise auch fernerhin weiter bestanden. So war der Besitz Brandenburgs und der Kurstimme genau genommen für das Hohenzollernhaus durchaus noch kein gesicherter, da die Luxemburger jederzeit ihr Anrecht wieder geltend machen konnten; in der That trat aber bald die von Keinem im Reiche anfechtbare Sicherheit des Besitzes schon mit dem durch Wenzels und Sigismunds Tod erfolgten Aussterben der Luxemburger Linie ein, sodaß man wohl als den faktischen Beginn der Herrschaft der Hohenzollern in Brandenburg und zugleich ihres Kurfürstenranges den 30. April 1415 bezeichnen kann. Die

Erbhuldigung in Berlin selbst hat am 21. Oktober 1415 statt gefunden.

Die Uebersiedelung des fränkisch-schwäbischen Geschlechtes nach Norddeutschland war ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung. Im deutschen Reiche war es einer Kräftigung der Ordnungspartei gleichbedeutend und eine nothwendige Folge der durch viele Generationen beharrlich inne gehaltenen Politik des burggräflichen Hauses, die in Sigismunds Persönlichkeit die glücklichste Unterstützung fand. Speciell für das Hohenzollernhaus hatte endlich die Verbindung mit den Luxemburgern auf friedvoll rechtlichem Wege in Ehren und Vertrauen zur Erlangung einer Hausmacht geführt, wie sie bereits alle größeren Geschlechter des Reiches sich mehr oder weniger gewaltsam und plötzlich zu erwerben gewußt hatten. Es ist nicht gering anzuschlagen, daß Sigismund aus dem eignen ererbten Hausbesitze das Zollernhaus bereicherte, und Wenzel hatte darum von seinem Standpunkte aus wohl Recht, die dauernde Uebertragung nicht anzuerkennen. Um so mehr tritt aber Friedrichs Werth und wahrer Einfluß in Sigismunds Augen hervor, der Friedrichs Verdienste um das Reich und das Luxemburger Haus so uneigennützig belohnte. Wie wenig andere durch die Burggrafen ähnlich unterstützte Königshäuser solche Dienste vergolten hatten, lehrte die frühere Geschichte der Zollern nicht selten; wenn einst Kaiser Ludwig der Baier ohne Grund seinem getreuen Burggrafen Johann das erledigte Kärnthen und Tyrol nicht zusprach, obgleich dieser erbliche Ansprüche darauf hatte, so war jetzt Sigismunds Handlungsweise doppelt edel, da er Brandenburg nicht nur seinem eigenen Hause entzog, sondern auch weiteren Ansprüchen der bereits hinreichend versorgten Baiern und Oesterreicher ein Ziel setzte. Er erfüllte eine Pflicht

der Gerechtigkeit des Reiches gegen die Burggrafen, aber auf Kosten seines eigenen Familienbesitzes. Darum glaubte man wohl annehmen zu müssen, daß Sigismund nicht gutwillig in die definitive Uebertragung eingewilligt haben könne, und dieselbe erst auf eine bestimmte Forderung des Burggrafen hin zugestanden habe. Allein diese ganz vereinzelte Nachricht hat nirgends Glauben gefunden, selbst nicht auf der Seite, die absichtlich bei der ganzen Verhandlung eine Geldspeculation in den Vordergrund stellt. Ein untrüglicher Gewährsmann zieht vielmehr diesen Schluß: Die Wahrheit ist, der Burggraf hatte sich die Mark durch seine Theilnahme an den großen Angelegenheiten der Kirche und des Reiches verdient.

Friedrich I. Kurfürst von Brandenburg und Erzkämmerer des Reiches hat sein Haus an fürstlicher Selbständigkeit, amtlicher Stellung und Titulatur, sowie an Landbesitz dreifach gehoben. Karls IV. Erklärung über den fürstlichen Rang der Zollern hatte jetzt erst ihren wirklichen Abschluß gefunden und sie nun erst ohne Zweifel den ersten Fürsten des Reiches gleichgestellt. Auch die Stellung als Burggrafen war in die weit umfassendere der Markgrafen umgestaltet, und so nannten sich Friedrich und seine Nachfolger zunächst noch, da die Bezeichnung als Kurfürst für die weltlichen Wahlfürsten damals noch nicht üblich war. Eng verbunden damit war der Titel eines Erzkämmerers des Reiches, der seit dem zwölften Jahrhundert schon auf Brandenburg ruhte und nun auch mit auf die Hohenzollern überging. Allmälich hatten sich jedoch aus der ursprünglichen Einrichtung, daß jeder Erzbeamte zu seiner Assistenz einen Unterbeamten am Hofe hatte, auch diese Unterämter als erblich entwickelt; so bestanden Erbämter daneben und für die Erzämter, welche von den

Inhabern immer seltener persönlich ausgeübt wurden. Das Erbkämmereramt war später bei dem andern Zweige des Zollernhauses, den schwäbischen Grafen von Hohenzollern, zu der Zeit Friedrichs jedoch nach verschiedenem Wechsel noch in den Händen der Herren von Weinsberg. Uebrigens hat Friedrich I. zur großen Freude Sigismunds diese seine Würde weit öfter persönlich ausgeübt als die übrigen Erzbeamten des Reiches. Neben allen neuen Geschäften hat er aber auch nicht sein Burggrafenamt vernachlässigt, sondern dasselbe Anfangs noch mit seinem Bruder Johann weiter geführt. Dieser war in keiner Weise an der Erwerbung Brandenburgs mitbetheiligt gewesen und hatte sich, ganz seiner Denkungsart entsprechend, auf den alten Wirkungskreis beschränkt; seine Besitzungen gingen bei dem Mangel männlicher Nachkommenschaft auch noch an Friedrich über, der so die ungetheilten Lande seiner Familie mit der Mark zu einem gar stattlichen Ländercomplex in einer Hand vereinigte.

Friedrichs ganzes Streben war nunmehr auf ernstliche Ordnung und Cultivirung der in langer Herrenlosigkeit arg verwahrlosten Lande gerichtet, und nicht nur die Hohenzollern haben ihren Vortheil in der Erwerbung gefunden, sondern auch das brandenburgische Land hat den Wechsel der Herrschaft merklich wahrgenommen: „Die alte askanische Mark in ihrer elementaren Zusammensetzung, in der sie eines mächtigen Fürstenthums bedurfte, gewann durch den Eintritt der neuen Dynastie verjüngtes Leben.“ Freilich brachte es Friedrichs Stellung im Reiche mit sich, daß er sich seinen neuen Pflichten nicht lange widmen konnte, weil Sigismunds Vertrauen ihn bald dem engern Wirkungskreise entriß, um ihm die ehrenvolle Stelle als Reichsverweser und die Hauptmannschaft des Reichs-

heeres gegen die Hussiten zu übertragen. Der unglückliche Verlauf dieses Feldzuges führte zu Verhandlungen um die böhmische Krone, die Friedrich eine Zeit lang ernstlich mit Sigismund entzweiten; seine Gegner in Baiern und Oesterreich häuften die größten Beschuldigungen auf ihn, als wolle er Sigismund der deutschen und böhmischen Krone berauben, und Sigismund trat seinerseits den Plänen Friedrichs, der die erledigte sächsische Kurwürde seinem Sohne übertragen wünschte, direkt entgegen. Allerdings ist zuzugeben, daß ein so plötzliches Wachsthum der Zollern Bedenken erregen mußte, und Sigismund übte durch Uebertragung Sachsens an Friedrich den Streitbaren nur eine Pflicht der Dankbarkeit gegen einen um ihn wie einst der Burggraf wohlverdienten Fürsten; andrerseits hatte aber auch Friedrich von Hohenzollern erbliche Ansprüche auf Sachsen und mußte wohl dem Könige abgeneigt werden, der dieselben ebenso unberücksichtigt ließ wie er sich einer engeren Verbindung Brandenburgs mit Polen widersetzte. In Folge dessen mußte Friedrich sich ganz im Gesatz zu seiner früheren Politik dem zu Bingen 1424 abgeschlossenen Kurfürstenverein anschließen, der nach der zunehmenden Vernachlässigung Deutschlands durch Sigismund den monarchischen Gedanken aufzugeben genöthigt war und eine Reichsverwaltung durch die sechs Kurfürsten einsetzte, die einer förmlichen Absetzung des Königs fast gleich kam. Doch ist nicht anzunehmen, daß Friedrich dieser aristokratischen Politik sich nur angeschlossen, nachdem er einmal Kurfürst und dadurch selbstsüchtiger als früher geworden; vielmehr lag der Grund in dem völligen Wechsel in Sigismunds Politik, und Friedrichs Enttäuschung muß um so größer gewesen sein, je sicherer er Anfangs auf Sigismunds Thätigkeit zum Besten des Reiches ge-

hofft hatte. Nachdem dieser sich aber ganz der Sorge für seine eigenen Lande und die seines Schwiegersohnes Albrecht von Oesterreich überlassen hatte, konnte Friedrich seiner ganzen Anschauungsweise und seinem Charakter nach ihn nicht mehr länger unterstützen, wenn er auch andrerseits ihm zu nahe gestanden hatte, um nun einen Gegenkönig aufzustellen, oder auch selbst als Bewerber um die Krone hervorzutreten.

Daß Letzteres nicht ein neuer Gedanke gewesen wäre, sondern von Sigismund selbst in seinen frühern Jahren angestrebt ist, wird durch gewichtige Thatsagen bestätigt. Schon bei der Abtretung Brandenburgs war urkundlich des Falls gedacht, wie schon erwähnt worden, daß Friedrich Römischer König werden könnte; danach hatte Sigismund die bestimmte Absicht, seinen bewährten Rathgeber sich auch äußerlich als einzigen Theilnehmer an der Reichsregierung zur Seite zu stellen und sich selbst nur die Kaiserwürde vorzubehalten; ein weiterer Schritt war die Reichs-Statthalterschaft Friedrichs gewesen, die gleichsam einen Uebergang der vollen Regierung auf ihn hätte anbahnen können. Allein die großen Pläne, die Beide zum Besten des Reiches mit einander gefaßt und berathen hatten, wurden zuerst von Sigismund außer Acht gelassen und bald durch Einflüsterungen der Friedrich abgeneigten Partei gänzlich zum Wanken gebracht; namentlich Herzog Ludwig von Baiern war in schriftlichen wie mündlichen Verdächtigungen maßlos eifrig gegen Friedrich thätig, und des Königs Schwiegersohn, Albrecht von Oesterreich, ist recht eigentlich als Urheber der von nun an beginnenden österreichischen Politik gegen die Hohenzollern namhaft zu machen. Bei ihm als dem Erben des luxemburgischen Besitzes war natürlich die Abneigung gegen den bishe-

rigen Günstling des Königs und voraussichtlichen Nachfolger im Reiche von besonderem Grunde, da er selbst Nichts sehnlicher erstrebte als gerade diese Nachfolge. In der That gelang es, die langjährige Freundschaft gründlich zu lösen und ein herzliches Einvernehmen für immer unmöglich zu machen, wiewohl eine Versöhnung nach dem Mißerfolg des Kurfürstenvereins weitere Anfeindungen äußerlich beendigte. Nicht unbedeutsam war im Verlauf des Streites der Erfolg gewesen, den Friedrichs Energie davon getragen gelegentlich der unstatthaften Anordnung Sigismunds, die Reichskleinodien in Ungarn zu verwahren; denn indem Jener durchsetzte, daß sie wieder nach Nürnberg zurückgebracht werden mußten, verfocht er nur sein Kurfürstenrecht und wußte für eine zukünftige Neuwahl eine weit freiere Entschließung der Wahlfürsten zu wahren. Nach vergeblichen Kämpfen gegen die Hussiten war es schließlich Friedrichs milde Unterhandlungsweise, die zu einer Uebereinkunft führte und Sigismund die böhmische Krone eintrug. Aber Friedrichs Thätigkeit war auf immer in ihrer freien Entwickelung gestört und ist von nun an im Reiche weit weniger hervortretend, sodaß sie sich nur auf zeitweilige Begleitung des Königs bis an dessen Ende beschränkt. Es scheint, daß Sigismund zuletzt wieder andrer Meinung geworden ist und das seinem alten Freunde zugefügte Unrecht bereut hat, doch zu spät, um sich vom Einfluß der Hofpartei zu befreien und die alten edleren Pläne für das Reich noch einmal aufzunehmen. Endigte somit Sigismunds Regierung mit unerfüllten Hoffnungen im grellen Gegensatz zu der frohen Zuversicht, mit der Friedrich ihm einst zum Throne verholfen hatte, so schied Jener doch versöhnt, und Dieser konnte unbefleckten Gewissens ihm nachschauen.

Mit Recht ist Friedrichs Wirksamkeit im Reiche einer tragischen Handlung verglichen worden; je kürzer und doch wirksam sein Eingreifen in die heimische Zerrüttung seiner Kurlande gewesen war, um so länger mühte er sich ab um Reich und Christenheit, unermüdlich aber vergeblich; nicht hatte er dem Conflikt entgehen können, und noch sollte ihm der Sturz seiner Pläne bevorstehen. Die Folgen von Sigismunds Meinungsveränderung zeigten sich unmittelbar nach seinem Tode bei der wichtigen Frage über die Aufstellung eines Nachfolgers; noch lebten Beide, die er nach einander selbst dazu ausersehen hatte, Friedrich von Hohenzollern und Albrecht von Oesterreich, und Keiner hielt das Ziel für unerreichbar — zum ersten Male standen sich Hohenzollern und Habsburg bei Bewerbung um die höchste Würde des Reiches direkt gegenüber. Mit Rücksicht auf Friedrichs Alter pflegte man freilich lange Zeit anzunehmen, daß er freiwillig von jeder Bewerbung um die Krone abgestanden sei und vor Andern für Albrechts Erwählung gewirkt habe, ja man meinte ihn besonders zu loben durch die Bemerkung, daß er selbst über das Grab hinaus den Verpflichtungen habe treu bleiben wollen, die Sigismund ihm auferlegt. Aber diese Nachricht ist lediglich einer späteren unsichern Quelle entnommen und hat so lange Geltung behalten, bis auch hier neue Untersuchungen erst auf die ursprünglichen Berichte zurückgehen und die Sachlage wesentlich anders darstellen konnten.

Friedrichs Ansehn im Reiche erscheint demnach bei der Wahl 1438 trotz der letzten Zerwürfnisse mit Sigismund eben so unerschüttert wie früher, sodaß sich unwillkürlich Aller Blicke auf ihn richteten, als er mit seinen blühenden Söhnen zu Frankfurt einritt; „es war viel

Rede, daß der Markgraf oder seiner Söhne einer sollte gewählt werden, und sie wußten auch nicht anders und waren darum Alle da, wie man sagte.“ Diese ausdrückliche Nachricht ist wohl zu berücksichtigen und hat sicherlich die allgemeine Ansicht von damals richtig wiedergegeben; und nach der Rolle, die Friedrich bei Sigismunds Wahl und Regierung, auf dem Concil, in der Mark, in den Hussitenkämpfen eingenommen hatte, konnte sich Niemand ihm an Ansehn messen. Wohl war er wohlbetagt, allein auch für diesen Fall umgaben ihn mehrere schon bewährte Söhne, die seiner würdig waren, und die Erwählung eines derselben würde ihn mit eben so großer Genugthuung erfüllt haben. Zu diesen günstigen äußern Umständen kommt noch hinzu, daß auch Friedrich selbst den bestimmten Vorsatz hegte, eine auf sein Haus fallende Wahl nicht zurückzuweisen; dies muß nach den Plänen, die er mit Sigismund einst entworfen und nie ganz aus den Augen gelassen hatte, so sicher angenommen werden, daß sonst seine ganze Thätigkeit ziellos und unverständlich erscheinen würde. Noch konnte er freilich nach den letzten Streitigkeiten mit Albrecht nicht voraussehen, in welchen Gegensatz Oesterreich dereinst mit Brandenburg treten würde, aber die Partei, der einst Sigismunds Umstimmung gelungen, konnte er doch nicht freiwillig zur Herrschaft gelangen lassen, ohne das Streben seines ganzen Lebens zu opfern. Darum hat Friedrich die Wahl Albrechts nicht von Anfang an und aus eignem Antriebe unterstützt, sondern sich ihr vielmehr widersetzt so lange es ging; fast könnte man ihm vorwerfen, daß er seine Idee nicht rücksichtslos genug bis zuletzt verfochten, vielmehr zu arglos seinem Erfolge vertraut habe. Ganz anders verfuhr Albrecht in seinen Bemühungen um die Zustimmung der Kurfürsten, die ihm

von Anfang an durchaus nicht geneigt waren. Der Papst selbst hatte sich mit einem Schreiben an den Markgrafen Friedrich gewendet, in dem er die Wichtigkeit der Wahl sowie die Nothwendigkeit der Eintracht betonte; diese Thatsache beweist genugsam, wie Friedrich gleichsam als Statthalter im Reiche und Stimmführer des Kurfürstencollegiums galt, und die geistlichen Wahlfürsten werden füglich dem Papst nicht widersprochen haben. Allein später hat sich der Erzbischof von Mainz genöthigt gesehen, öffentlich zu erklären, daß er wider Friedrich zu stimmen nicht durch den Würzburger Bischof bewogen sei; also muß sein schließliches Votum doch zu seiner früheren Ansicht in direktem Widerspruch gestanden haben, und bei dem Mangel irgend eines andern Candidaten kann die Meinung ursprünglich nur für Friedrich gewesen sein. So standen sich bei der Vorberathung noch beide Parteien gegenüber, Anfangs nur Sachsen und Köln auf Seiten Albrechts; bei den unsichern Nachrichten steht nur fest, daß durch irgend welche geheime Unterhandlungen gerade die beiden andern geistlichen Kurfürsten trotz des Briefes des Papstes erst Stimmengleichheit und endlich eine Stimme Majorität erzielten. Bei dem Fehlen der böhmischen Stimme blieben nur Pfalz und Brandenburg auf der andern Seite, und nach den Bestimmungen der goldenen Bulle mußten sie sich der Majorität fügen. Am Wahltage selbst hatten bereits fünf Wähler für Albrecht II. gestimmt, als Friedrich zuletzt aufgerufen wurde und nun allerdings auch denselben Namen nannte. Diesem Sachverhalt entspricht doch wohl die Nachricht nicht, daß durch Friedrich gerade Albrechts Nachfolge in Gang gebracht worden sei. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß er die Krone für sich oder einen seiner Söhne wohl gewünscht hat, gegen den Anhang des Gegners aber nicht

durchdringen konnte, da er unredliche Mittel verschmähte; besonders aber ist zu berücksichtigen, daß Friedrich durch sein schnelles Emporsteigen unter den Fürsten manchen Neider erhalten hatte und endlich von den Meisten als zu kräftiger Herrscher gefürchtet wurde. Dem Zusammenwirken dieser Umstände ist es zuzuschreiben, daß die Hohenzollern nicht zum Throne gelangten, trotzdem gerade damals einer ihrer staatskundigsten und thätigsten Söhne den Zeitpunkt dazu für gekommen erachtet hatte. Das eben war der tragische Ausgang, den Friedrichs Reichspolitik nach dem hoffnungsreichen Anfang mit Sigismunds Wahl nunmehr nehmen mußte; die habsburgische Kaiserwahl bedeutete für ihn die Vereitelung aller weltlichen und geistlichen Reformpläne und lehrte ihn, daß sein Streben im Reiche umsonst gewesen sei.

Mit Albrechts Wahl kam das Haus Habsburg auf den deutschen Thron, den es trotz der stets wieder vorgenommenen Wahlen bis zuletzt behauptet hat; die Wahlen gewinnen somit von nun an eine ganz andere Gestalt als bisher, da zwar immer noch andern Häusern die höchste Würde des Reiches rechtlich offen stand, in der That aber bei jeder neuen Wahl die Verhandlungen der Kurfürsten mit dem Hause Habsburg den Mittelpunkt und eigentlichen Kern bilden, um so mehr als das letztere schließlich ein ausschließliches Recht auf die Nachfolge für sich in Anspruch nahm und dasselbe mit allen Mitteln durchzusetzen bestrebt blieb. So nimmt mit Albrecht auch die österreichische Sonderpolitik ihren Anfang für das Reich; was die Luxemburger begonnen hatten, als Karl IV. seinen Sitz in Böhmen aufgeschlagen, Wenzel größtentheils und Sigismund wenigstens zuletzt dem Reiche fern blieb, übertrafen die Habsburger sogleich bei weitem: Albrecht II.

ist nie persönlich in den Reichslanden gewesen. Allein seine kurze Regierung läßt noch keinen weitern Schluß zu, und erst sein Nachfolger bethätigte in seiner langen Regierungszeit seine Theilnahmlosigkeit für die Reichsgeschäfte in einer nie dagewesenen Weise.

Für den Markgrafen Friedrich war es jedoch Ehrenpflicht, sich nicht grollend aus seinem bisherigen Wirkungskreise als Mitglied des Kurfürstencollegiums zurückzuziehen, so zweifellos auch die Niederlage war, die seine Politik erlitten, und so offenbar ihn auch der Verlauf der Wahl Albrechts persönlich kränken mußte. Nachdem seine ursprünglichen Pläne schon unter Sigismund sich als undurchführbar erwiesen hatten, suchte er sich als praktischer Politiker in den letzten Jahren seines Lebens doch noch mit der neuen Richtung abzufinden; freilich waren die alten „ghibellinischen Reichsgedanken“ gefallen und die Persönlichkeit eines Oberherrn der Deutschen fortan in den Hintergrund getreten, aber dafür hatte Friedrich nunmehr als Kurfürst einen viel weitreichenderen Einfluß, als er jemals in gleicher Lage des Reiches hätte geltend machen können, wäre sein Haus auch jetzt noch an die engen Grenzen des Burggrafenthums gefesselt gewesen. Gegenüber der selbstbewußten Politik Habsburgs, das durch die Erbschaft der Luxemburger bedeutend gekräftigt dastand, konnte eine Vertrauensstellung, wie die alten Burggrafen sie einzunehmen pflegten, nur zur völligen Bedeutungslosigkeit im Reiche herabsinken; darum ist es eine wunderbare Fügung gewesen, daß vor Eintritt der Habsburger in die Herrschaft eine Erhöhung der Hohenzollern durch die Luxemburger angebahnt wurde, welche durch das Aussterben der Letzteren nun bleibende Bedeutung gewann. Ungleich sicherer sah Markgraf Friedrich nunmehr sein Geschlecht auf

einem Boden wurzeln, auf welchen Niemand mehr Ansprüche erheben durfte, er wußte sich im Besitz einer Würde, die nur einer engbegrenzten Zahl von Fürsten zustand und die mit dem sinkenden Ansehn des Oberhauptes im Reiche im Einzelnen nur desto mehr zu bedeuten hatte. Und gerade damals zeigte sich nothgedrungen ein engeres Zusammenhalten der Kurfürsten zur Berathung allgemeiner Angelegenheiten, und Friedrich hatte bereits 1424 der Kurfürsteneinung zu Bingen sich lebhaft angeschlossen, obwohl deren Ziel gegen seinen Freund und Wohlthäter Sigismund gerichtet war; wie viel mehr mußte er sich nun unter einem Habsburger nach dieser Seite hin bethätigen, da man systematisch anfing, an die Stelle der monarchischen Reichsgewalt einen Reichsrath einzusetzen. Als alten Führern der Ordnungspartei war den Hohenzollern nach dem Umschwung in der Reichsverfassung dieser Weg zu deutlich vorgezeichnet, als daß sie von Sitz und Stimme in diesem Rathe nicht den ausgiebigsten Gebrauch hätten machen sollen.

Waren nun auch sofort bei der Wahl Albrechts einige Bedingungen der Kurfürsten nach Art einer Wahlcapitulation ihm auferlegt, so waren dieselben doch ohne bindende Kraft, und mit Recht hat man sie als ein nur formelles Zugeständnis an die unterlegene Partei Friedrichs anzusehn. Es blieb bei guten Versicherungen, aber Nichts geschah von Seiten des Kaisers für die Ordnung in Reich und Kirche. Friedrich selbst wohnte den Reichstagen zu Nürnberg 1438 bei, denen treffliche Entwürfe vorlagen, ohne jedoch zum Gesetz erhoben zu werden; deutlich aber zeigte sich des Kaisers Absicht darin, daß bei der geplanten Kreiseintheilung Deutschlands seine Länder Böhmen und Oesterreich eine Ausnahmestellung einnehmen soll-

ten. Bei den kurfürstlichen Berathungen über den kirchlichen Zwiespalt trat auch Brandenburg der leeren Protestationen der Uebrigen bei, und so war bei dem besten Willen für Deutschlands Ordnung Nichts zu erreichen. In seinen eignen Landen freilich nahm Kaiser Albrecht die Reichshülfe direkt in Anspruch, und gerade Friedrichs Sohn Albrecht trug wesentlich zum Gelingen seiner Absichten in Böhmen bei. Doch schnell starb Kaiser Albrecht dahin, unfertig in seinen eignen Plänen, ungekrönt und ungesehen als Herrscher auf Deutschlands Boden.

Unerwartet früh war das Resultat der letzten Wahl gegenstandslos geworden; das schwarze Loos, das in die Hand der Hohenzollern gefallen, hatte um so kürzere Dauer gehabt, je bitterer es anfänglich gewesen war. Wiederum war ein Herrscher in Deutschland zu erwählen und eine Neuwahl konnte wohl bei mangelnder Nachkommenschaft Albrechts auf Markgraf Friedrich oder einen seiner Söhne fallen. Die allgemeinen Aussichten standen für die Hohenzollern diesmal günstiger als je, und Friedrichs bewiesene Mäßigung schien den Wahlfürsten doppelt Gelegenheit zu bieten, ihr voriges so übel ausgefallenes Votum wieder gut zu machen. Allein die Stellung der Parteien im Reiche war noch keine andere geworden seit Albrechts Wahl, und die rheinischen Kurfürsten vereinigten sich sogleich zu dem Versprechen, nur einen ihnen genehmen Herrscher zu erwählen und von den übrigen Kurfürsten so viele an sich zu ziehen, als zur Erlangung der Majorität erforderlich wäre. Besonders der gewandte Jakob von Trier war nach Kräften thätig, noch ehe die andern Fürsten einen Entschluß hatten fassen können; er war es auch ohne Zweifel, der zuerst Friedrich III. 1440 vorschlug und somit die Hauptschuld an dem Verfall Deutschlands trug, den

die leider so lange Regierung dieses ohnmächtigen und dem Reiche entfremdeten Herrschers im Innern nach sich zog. Ein unerhörter Schritt der geistlichen Kurfürsten war auch die Zuziehung der böhmischen Stimme, die damals doch ohne Träger war; freilich haben sie schließlich durch deren Hülfe nicht die Majorität zu erreichen vermocht. Wohl aber waren es Sachsen und Pfalz, die aus Abneigung gegen das Hohenzollernhaus der Gegenpartei zum Siege verhalfen, obwohl Pfalz bisher meistens und noch zuletzt mit den Hohenzollern gestimmt hatte. Ob bei ihnen auch schließlich der Grund den Ausschlag gegeben hat, der die rheinischen Fürsten einzig für Friedrich III. bestimmte, einen möglichst nachgiebigen Herrscher zu finden, muß dahingestellt bleiben, ist aber sehr wahrscheinlich, da beide Häuser sich gerade damals mit ehrgeizigen Erwerbsplänen trugen, die den Hohenzollernschen Interessen zuwider liefen. Da diese Sachlage im Voraus bekannt war, hat Markgraf Friedrich sicherlich gar nicht den Versuch gemacht, wie noch vor zwei Jahren, sich um die Krone zu bewerben, sondern freiwillig seinem Hause eine zweite Demüthigung erspart; doch versuchte er noch, die Gegenpartei durch Aufstellung eines andern Candidaten in der Person Ludwigs von Hessen zu theilen. Letzterer soll eine Zeit lang gute Aussichten gehabt haben, wie einzelne Nachrichten melden, sich aber bald zurückgezogen haben; bei der Wahl selbst fielen nur die brandenburgische und böhmische Stimme auf ihn, die fünf andern erklärten sich für Habsburg. Daß schließlich beide abweichende Stimmen sich formell der Majorität anschlossen, war nur eine Anwendung der Vorschriften der goldnen Bulle, daß die Mehrheit der Stimmen Alle binden solle. Um so mehr muß es befremden, daß dieser unfreiwilligen Zustimmung in einem hervorra-

genden Geschichtswerke eine unverdiente Bedeutung beigelegt wird, wie sie folgende Worte doch enthalten: Friedrichs Beistimmung, die nach einigem Bedenken erfolgte, verdankte Friedrich von Oesterreich seine Wahl! Es ist von weitreichenden Folgen, ob man schon hier die Zustimmung Brandenburgs als eine freiwillige faßt, wie dies auch noch für die beiden folgenden Wahlen behauptet worden ist; doch läßt sich Friedrichs Entscheidung unter Berücksichtigung seiner gesammten politischen Thätigkeit in Reichsangelegenheiten schwerlich anders erklären denn als eine Frucht der Resignation; und daß sein Votum nicht den Ausschlag gegeben hat, beweist schon sein unumwundenes Stimmen für einen Gegencandidaten, den man nicht beachtet haben würde, auch wenn die beiden Stimmen der Minorität auf ihm beharrt hätten.

Gegenüber einer solchen Niederlage hatte schließlich der unter andern Umständen so glänzende Beweis seines Ansehns wenig Bedeutung für ihn, daß die Böhmen ihn noch kurz vor seinem Tode mit achtunddreißig gegen neun Stimmen freiwillig zu ihrem König erwählten wegen seiner Macht, Weisheit, Freundschaft mit andern Fürsten und großen Einflusses im Concil. Doch hat sich Friedrich nicht bemüht, die böhmische Krone wirklich anzunehmen, und vergebens wartete man in Prag besonders auf klingende Beweise seiner Dankbarkeit; bald dachte er an sein Ende und traf ruhigen Herzens seine letzwilligen Anordnungen mit den eine tiefere Bedeutung in sich schließenden Worten: „Ich befinde, daß meines Lebens nicht mehr sein will.“ Am 20. September 1440 starb der erste Kurfürst aus dem Hause Hohenzollern.

Es ist freilich eine müßige Frage, welchen Gang die Geschicke unsrer Nation genommen hätten, wenn die Wahl

von 1438 oder auch noch von 1440 auf das Haus Hohenzollern gefallen wäre; denn wer kann ermessen, ob Friedrich bei der übermächtigen Fürstenpartei Deutschland in andere Bahnen zu leiten vermocht hätte, und wer mag nur annähernd vermuthen, welchen Weg Brandenburgs Geschichte dann eingeschlagen hätte! Trotzdem ist für unsern Zweck darauf hinzuweisen, daß gerade Friedrich I. unter den Hohenzollern der deutschen Kaiserkrone wiederholt würdig erachtet worden und in der Geschichte stets als der letzte Träger der monarchischen Idee im Reiche mit Ehren zu nennen ist, wenn ihm auch weder persönlich noch in anderer Gestalt das hohe Ziel erreichbar wurde. War somit seine Reichspolitik am Lebensabend zur Resignation gezwungen, so hat er doch für sein Haus große und bleibende Bedeutung gewonnen; er hinterließ den Hohenzollern den Kurfürstenrang als Grundlage höheren Strebens und vollbrachte durch Vereinigung des altbewährten Herrscherhauses mit einem erblühenden Lande die eigentliche Gründung einer neuen Macht, Preußens.

Friedrich II. und Albrecht Achilles.

Mit der Erwerbung Brandenburgs hatte der Landbesitz der Hohenzollern einen so erweiterten Umfang gewonnen, das es keine leichte Aufgabe für Friedrich I. war, nach den alten Grundsätzen seines Hauses seinen vier Söhnen gerecht zu werden. Er hatte sich endlich entschlossen, dem ältesten Johann nicht die Mark mit der Kurwürde zu übergeben, da derselbe nicht thatkräftig genug erschien; vielmehr erhielt der zweite Sohn Friedrich II. Beides, und sein Bruder Albrecht die fränkischen Besitzungen, nachdem die beiden andern Brüder ohne Nachkommen gestorben waren. Friedrich II., den man bei der vorletzten Kaiserwahl

bereits unter den Wählbaren genannt hatte, mußte von Anfang an eine seinem Vater unähnliche Thätigkeit zeigen, da es eine nothwendige Folge der letzten Wahlen war, den Reichsgeschäften nicht mehr die beste Kraft zu widmen, sondern die Macht des eignen Landes zu concentriren und bei der mangelnden Einheit des Reiches in territorialer Vereinzelung zu erstarken. Ist er darum von geringem Einfluß in den deutschen Angelegenheiten gewesen, so hat er um so mehr für die neuen Lande seines Hauses gethan, in ihnen seinen bleibenden Wohnsitz genommen und mit eiserner Energie die Stände an die Interessen seines Fürstenhauses gefesselt. Dieser Wechsel in der Politik der Hohenzollern war schon von Friedrich I. in seinen letzten Jahren angebahnt, jetzt aber um so mehr geboten, als man von allen Seiten nach dem Tode des angesehenen Vaters auf die Söhne feindselig eindrang; man erstaunt, wenn man die Zahl der Feinde genau übersieht, die dem Hause aus Neid, Vergrößerungssucht und entgegengesetzter Politik der andern Fürsten erwachsen sind, aber um so erfreulicher ist der Anblick der vier eng vereinigten Brüder, die denn auch die harte Probe nach der Erhebung ihres Geschlechtes mit Ehren bestanden. Wohl nahm Friedrich an den Verhandlungen der Kurfürsten Theil, namentlich als der Papst die Kurfürsten von Köln und Trier abzusetzen versuchte und schließlich damit doch nicht durchdrang; aber am Ende wurden alle Vorschläge zur Verbesserung der Reichsordnung durch laue Theilnahme der meisten Fürsten und durch Hinziehen der Verhandlungen gegenstandslos. Was Friedrich für sein eignes Land vom deutschen Orden und Pommern erlangte, war dagegen lediglich eine Frucht eignen Handelns, und er lebte der Aufgabe der Erhaltung der Kurmark so ausschließlich,

daß er die ihm angetragene polnische Krone zur großen Verwunderung der Zeitgenossen ausschlug. Sein Wahlrecht fand er keine Gelegenheit einmal auszuüben, wiewohl man öfters eine Neuwahl anstatt Friedrichs III. plante und Erzherzog Albrecht oder den Pfalzgrafen zum Römischen König wählen wollte. Noch 1460 dachte man ernstlich daran, Georg Podiebrad von Böhmen dem machtlosen Kaiser wider seinen Willen als Römischen König zur Seite zu stellen; bereits hatte er die rheinischen Kurfürsten durch maßlose Zugeständnisse gewonnen, aber gerade die beiden Hohenzollern in der Mark und in Franken sahen sich durch Böhmen zunächst bedroht und widersetzten sich seinen Plänen am eifrigsten. Eine Folge des entbrannten Kampfes war für Friedrich der Verlust der Lausitz an Böhmen, doch ließ er sich dafür nicht hinreißen, die vom Papst ausgesprochene Absetzung Georgs anzuerkennen und die böhmische Krone anzunehmen. Wie einst der Vater wies er selbst dies Ansinnen zurück, unterstützt durch den gleichlautenden Rath seines Bruders und genöthigt durch zunehmende Kränklichkeit; stete Unfälle in der letzten Zeit seiner Regierung, besonders im Kampf um Pommern, und die allgemeine Feindseligkeit der Fürsten gegen das Hohenzollernhaus erfüllten endlich Friedrich mit großer Schwermuth und reiften in ihm den Entschluß, Regierung und Kurwürde seinem noch ungebrochnen Bruder Albrecht 1470 abzutreten. —

Albrecht nahm in den Reichsangelegenheiten von Anfang an eine andere Stellung ein als sein Bruder; nicht Kurfürst, sondern Herrscher in Franken, glich er den burggräflichen Ahnen seines Hauses, die mit Vorliebe Reichspolitik trieben und am Hofe in ehrenvoller Vertrauensstellung zu wirken pflegten. Dazu kam bei Albrecht ein

ſtarker perſönlicher Hang zu ritterlichen und kriegeriſchen Fahrten, der ihn zu öffentlicher Thätigkeit ſtets von neuem antrieb und ihn als ruhmvolles Vorbild der kriegeriſchen Hohenzollern der Folgezeit kennzeichnet. Auch er war mit dem Vater ſchon einſt in Frankfurt von den Wählern nicht gleichgültigen Blickes gemuſtert und iſt dann nach den habsburgiſchen Wahlen bemüht geweſen, Kaiſer Friedrichs Unentſchloſſenheit nach Kräften zu heben und in ſchweren Kämpfen die Stellung ſeines Hauſes unter den übelwollenden Fürſten zu behaupten. So drängte ihn der Lauf der Dinge, trotz der veränderten Politik des Herrſchers und ohne daß er ſelbſt Kurfürſt war, in die nächſte Umgebung des habsburgiſchen Kaiſers und läßt ihn dauernd als deſſen treueſte Stütze erſcheinen, ſodaß man wohl gemeint hat, ſein Beiname ſei beſonders unglücklich gewählt, da der deutſche „Achilles“ ſeinem Agamemnon nur allzu getreu geweſen ſei. Oft hatte es den Anſchein, als ob ſelbſt unter Friedrich III. die alte Kaiſerpartei in Deutſchland noch einmal die Oberhand erlangen würde, und wiederum ſtand an ihrer Spitze ein Hohenzoller, deſſen Perſönlichkeit hauptſächlich der Sache Feſtigkeit zu verleihen vermochte. Sicherlich iſt es eine erlaubte Vermuthung, daß Albrecht unter einem andern Kaiſer ein rechter Held der deutſchen Nation geworden, als Erwählter der Kurfürſten aber eine neue monarchiſche Staatsbildung noch damals ins Werk geſetzt hätte; ſo aber war er gezwungen, einem Friedrich III. zu dienen und ſeine kühn erlangten Reſultate ſchwanden durch lähmende Verhandlungen ſtets wieder unbenutzt dahin. Mit hoher Bewunderung ſprechen die Geſchichtsſchreiber jener Zeiten von dem Hohenzollern, den ſie unumwunden für den erſten Fürſten Deutſchlands erklären ob ſeiner kriegeriſchen Kunſt und Herrſchergabe; es darf ſo nicht

überraschen, daß er amtlich als Hofmeister, Hofrichter und Hauptmann des Kaisers erscheint und in Wahrheit weit mehr den Mittelpunkt für die Reichsgeschäfte bildet als der meist abwesende Kaiser selbst; doch widerspricht er wiederholt, wenn die Fürsten unberechtigte Anforderungen an ihn stellen, und beruft sich demüthig darauf, daß er kein Kurfürst sei. Noch einmal ist die Furcht der Fürstenpartei vor einer ganz nahe bevorstehenden Succession der Hohenzollern im Reiche so groß gewesen, daß sie schon über den Preis ihrer Zustimmung nachdachten, aber Albrecht war fern davon, das augenblickliche Uebergewicht seiner Partei in diesem Sinne auszunutzen. Es folgten mit der immer verlängerten Abwesenheit des Kaisers die Versuche der Wahlfürsten, einen Römischen König nach ihrem Geschmack einzusetzen, Verhandlungen, bei denen wir Friedrich II. als Kurfürsten nur bedingt zustimmend oder neutral sahen, denen jedoch Albrecht in seiner Sellung am Hofe direkt entgegentreten mußte. In unermüdlicher Vermittelung war er für Aufrechterhaltung des Restes des kaiserlichen Ansehns thätig und glaubte, mit seinem Bruder und Sachsen vereint, noch durchdringen zu können. Die geplante Wahl Georgs zum Römischen König indessen brachte ihn dem Untergange nahe; stolz wies er die Verdächtigung zurück, im Geheimen gegen seinen Kaiser für Georg gewirkt zu haben, und zog muthig in den Kampf gegen die erdrückende Uebermacht, die ihn im unglücklichen Gefecht bei Gingen 1462 auch in die größte persönliche Gefahr brachte. Schließlich mußte er dem Einfluß im Reiche entsagen und sich begnügen, seine fränkischen Besitzungen und Burggrafenrechte nothdürftig wenigstens gerettet zu haben. Um diese Zeit traf ihn des Bruders Antrag um Uebernahme der Mark und Kurwürde, den er nur verwundert vernahm

und zögernd befolgte; durch die Vereinigung der gesamm-ten Hohenzollernschen Besitzungen wieder in Einer Hand war nun plötzlich eine große Wendung für ihn eingetreten.

Albrecht hat als Kurfürst noch einmal versucht, in dem burgundischen Kriege für den Kaiser einzutreten, als Karl der Kühne, in seinem Streben nach der deutschen Krone gehemmt, gewaltsam in Deutschland einbrach; Al-brecht war es, der das hart bedrängte Neuß entsetzte, aber keinen ehrenvollen Frieden herbeiführen konnte, denn der „deutsch unternommene Krieg endete österreichisch" d. h. durch Verlobung von Friedrichs Sohn Maximilian mit Karls Tochter. Albrechts Stellung bei den Verhandlungen ist nur durch Gerüchte als die eines Bestochenen gekennzeich-net, weil er zum Schluß des geräuschvoll unternommenen Krieges still und heimlich heimgeritten sei; aber urkundli-ches Licht fällt nicht in die geheimen Abmachungen und Al-brechts beschämender Abzug giebt darum nur zu Vermuthun-gen Anlaß, die aber jede Bestechung unerklärlich erschei-nen lassen. Seine Beschämung kann nur aus der Ueber-zeugung hervorgegangen sein, abermals und entscheidend in seiner deutschen Politik verlassen worden zu sein, was ihn am Lebensabend um so mehr kränken mußte, wenn er dadurch auch nur die alten Erfahrungen seines Vaters be-stätigt sah.

Um so schneller war es ihm andrerseits beschieden, in Brandenburg zu einem Ziele zu gelangen, welches sein Bruder vergeblich angestrebt und worüber er seinen Le-bensmuth einst verloren hatte. Sein Anrecht auf Pom-mern erstritt er sich als wohl geübter Feldherr, und aus diesem Kriege stammt die merkwürdige Nachricht über die ersten Anfänge des preußischen Kriegswesens sowie über die erste preußische Heerschau unter einem kriegbewähr-

ten Hohenzollern, die einen Bestand von 18,000 Mann aus der Mark und 2000 Fremden ergab, zwei Dritttheile zu Fuß, ein Dritttheil zu Pferde. Glücklich erlangte er die Oberlehnsherrlichkeit über Pommern und bahnte somit die Ausdehnung seiner Lande bis an die nahe Meeresküste an, gleichwie er von den in Frage gestellten Besitzungen der Kurmark auch sonst keine an seine Nachbarn Preis zu geben sich entschloß. Von besondrer Wichtigkeit für das Haus Hohenzollern ist ferner seine Bestimmung über die Erbfolge und Ländertheilung geworden, die er in dem Hausgesetze von 1473 in Gemäßheit der ehrwürdigen Tradition seines Geschlechtes von neuem ordnete und für lange Zeit in eine streng vorgezeichnete Richtung lenkte. Den Hauptnachdruck legte er, durch die Wirren im Schooße andrer Fürstenhäuser gemahnt, auf die Erhaltung der ungeschwächten Kraft der Mark und der auf ihr ruhenden Kurwürde, während trotz aller Zusammengehörigkeit der Familie die in Wahrheit so verschiedenen Interessen der fränkischen Besitzungen von jener abgezweigt und letztere als erst in zweiter Linie wichtig noch getheilt werden sollten. Demnach sollte immer der Erstgeborene die Kurlande ungetheilt erhalten, jüngere Söhne die beiden fränkischen Fürstenthümer übernehmen, nie indessen im Ganzen mehr als drei Mitglieder des Hauses zugleich herrschen, vielmehr andere Söhne stets mit Geld abgefunden werden und nicht mit Land, wie auch Töchter bei ihrer Verheirathung. Es ist deutlich, wie sehr das Gesetz den alten Familienprincipien der früheren Grafen und Burggrafen entsprach, aber durch seine Erneuerung im kurfürstlichen Hause eine über die Familie hinausgehende Bedeutung für Deutschland gewann; und nicht die kleinste Ehre für den Verwaltungssinn der Hohenzollern ist es, daß ihr Haus

das erste Gesetz ähnlicher Art aus seinem Schooße hervorgehen ließ, dem erst später andere Nachahmungen folgten. Wie sehr diese Hauspolitik aber sich besonders von der Habsburgischen unterscheidet, lehrt ein Blick auf den eben vollendeten burgundischen Feldzug.

Schon frühzeitig hatte Albrecht diese Bestimmungen getroffen, sodaß er seine letzten Sorgen noch einmal edelmüthig der Wohlfahrt des Reiches zuwenden konnte; und ein tapfrer Kämpfer fand er in Ausübung seiner Reichspflichten den Tod. Kaiser Friedrich wünschte schon lange, seinen Sohn Maximilian zum Römischen König erwählt zu sehen, und nachdem dieser siegreich aus Burgund zurückgekehrt, berief man eilig die Kurfürsten nach Frankfurt zur Wahl 1486. Es ist eine weit verbreitete Erzählung, daß Albrecht an dieser Wahl hervorragend betheiligt gewesen sei; ob aber seine Zustimmung freiwillig und freudig erfolgt ist, darf mit Recht bezweifelt werden. Briefe von ihm aus der Zeit kurz vorher beweisen nemlich deutlich seinen Unmuth über die langsame Unterstützung, die ihm der Kaiser in Franken zu Theil werden ließ; auch die Pläne, die Friedrich mit einer andern Partei für Begründung einer ständischen Reichsverfassung vorbereitete, erfüllten Albrecht mit Besorgnis, da er bei einer Mitregierung der drei Stände nur noch größere Uneinigkeit voraussah. Um so weniger glaubte der Kaiser der Stimme Albrechts sicher zu sein und betrieb darum seinen Wahlplan mit großer Heimlichkeit; dem Kurfürsten aber meldete er, er möge sich bei seinem Alter die Mühe einer Reise ersparen und nicht einmal Boten senden, sondern sich den Abmachungen des Kaisers mit den andern Kurfürsten fügen. Als Albrecht nun trotz seines Alters herbeieilte, weil er einsah, man wolle Wichtiges ohne ihn beschließen, ist

es doch kaum denkbar, daß er ohne Sträuben sich dem Wunsche Friedrichs gefügt, geschweige denn hervorragend für Maximilians Erwählung thätig gewesen sei.

Es finden sich dergleichen unbewiesene Nachrichten gerade in der preußischen Geschichte durchgehend bei einer ganzen Reihe von Schriftstellern bis in die neueste Zeit; oft ist ein Mißverständnis der Grund gewesen, welches traditionell aus einem Geschichtswerk in das andere überging und auch nach urkundlicher Aufklärung und Richtigstellung noch nicht aus allen Büchern geschwunden ist, wie die Erzählung von der Erwerbung der Mark durch Friedrich I. Doch auch völliger Mangel an Quellen für einzelne Zeitpunkte hat bei den anfänglichen Bearbeitungen der vaterländischen Geschichte hier und da mancherlei Ungenauigkeiten verursacht, indem man mit allgemeinen Bemerkungen über Thatsachen hinwegging, bei denen man erst später die Wichtigkeit der Einzelheiten erkannte. In beiden Fällen liegt also die Schuld an einer Tradition, die sich ohne Bedenken fortpflanzte und sich zwar nicht absichtlich der Wahrheit verschloß, aber doch nicht frei vom Vorwurf der Nachlässigkeit bleibt. Am schwersten wiegt ein dritter Grund, die absichtliche Entstellung geschichtlicher Thatsachen, gleichviel ob von einer Gegenpartei aus kleinlicher Mißgunst, oder vom eignen Volke Andern zu gefallen veranlaßt. Einzelne Beispiele glaubten wir schon in der früheren Geschichte der Hohenzollern anzutreffen, sie mehren sich aber mit dem Eintritt der Habsburgischen Politik. Es darf als ausgemacht gelten, daß die Wege und Mittel der letzteren oft geheim geblieben und Manches von österreichischen Geschichtsschreibern absichtlich entstellt worden ist; aber eben so gut hat es eine Zeit gegeben, wo politische Rücksichten im Bunde mit Schmeichelei auch bei unseren Geschichtsschreibern zu

demselben Fehler führten, die Reichsangelegenheiten im österreichischen Sinne zu betrachten und gut zu heißen, was für die Folgezeit Irrthümer bedenklicher Art hervorrief. Um so mehr werden auch die letzten Veränderungen in Deutschland segensreich sein, da jeder Grund der Eifersucht geschwunden und freimüthige Darlegungen bereits anstandslos ans Licht getreten sind.

Maximilians Wahl, wie sie meistens dargestellt ist, wird der Art von Nachrichten beizuzählen sein, welche mit allgemeinen Bemerkungen über eine anscheinend unwichtige Thatsache hinweggehen; forscht man dieser jedoch nach und ergiebt sie sich wesentlich anders, so tritt zu Tage, wie auch wenige allgemeine Bemerkungen auf die ganze Sachlage leicht ein schiefes Licht werfen können, das nicht beabsichtigt war. Der greise Albrecht wird hiernach in früheren Darstellungen geschildert, als ob er geahnt, daß mit dem letzten Ritter Maximilian eine bessere Zukunft für Deutschland erblühen werde, und darum sich freudig zur Wahl dieses edlen Sprosses des habsburgischen Hauses emporgerafft habe. Doch wie vereinigt sich diese Nachricht mit seiner ganzen Anschauung und seinen letzten Erfahrungen? Sollte sie nicht vielmehr in der Weise entstanden sein, daß man von den Verhandlungen weiter Nichts wußte, als daß Albrecht zugestimmt, und nun einige geläufige Lobsprüche über Maximilian hinzufügte? Auch erinnert die Ausdrucksweise noch sehr an die Zeiten, wo man Alles gut und recht fand, was mit Habsburg zusammenhing; weiterhin tritt aber Albrechts leidende Persönlichkeit in den Vordergrund, und es ist möglich, daß man ihm besonderen Eifer zuschrieb, gerade weil er sich auf einem Tragsessel zur Wahl tragen ließ und ebenso nachher das Scepter führte. Die schon erwähnten Briefe und

Verhandlungen zeigen jedoch die Eile Albrechts in einem ganz andern Lichte, nemlich hervorgegangen aus der gegründeten Befürchtung, im Falle der Abwesenheit gänzlich bei Seite geschoben zu werden in seinem Einfluß als Kurfürst — so schnell vermag ein aufgefundenes Schriftstück statt einer Allen wahrscheinlichen Annahme ein ganz entgegengesetztes Resultat als wahr hinzustellen! Zurückhaltender lauten darum schon die Nachrichten neuerer Geschichtsschreiber, wenngleich auch hervorragende unter ihnen sich dem allgemeinen bisher angenommenen Gedankengange noch nicht verschließen können und das Hauptverdienst an den drei ersten Habsburgischen Wahlen den Hohenzollern zuschreiben. Allerdings haben dieselben sich betheiligt, aber wie Friedrich I. am Lebensabend nur resignirt, so auch Albrecht als Greis nur unfreiwillig; Beiden blieb vor dem Grabe nicht erspart, die Niederlage ihrer reichstreuen Politik gerade bei der Kaiserwahl vollendet zu sehn. Es ist unbekannt geblieben, wie die einzelnen Fürsten für Habsburg von dem Kaiser im Augenblick seiner Verbannung aus den eignen Landen und der vollständigen Mittellosigkeit gewonnen werden konnten; jedenfalls pflegten sie schon längst nicht mehr umsonst ihr Stimmrecht nach einer gewünschten Seite hin auszuüben, sondern im Geheimen darüber vorher zu verhandeln, wie viel mehr bei dem lange Zeit unerhörten Falle, daß der Kaiser bei Lebzeiten seinen Sohn gewählt zu sehen wünschte. Die Bedingungen sind denn auch geheim geblieben, wenngleich einzelne Vergünstigungen aus jenem Jahre datiren; aber auch Albrecht scheint mit lockenden Aussichten gewonnen zu sein, nur daß man sie nachher nicht verwirklichte. Er trug eine Vollmacht seiner Tochter Dorothea zur Verlobung mit Maximilian bei sich, der eben gewählt werden sollte —

aber in Frankfurt hat man ihn nie danach gefragt! Da die Uebrigen schon entschlossen waren, konnte er an der Abstimmung Nichts ändern und stimmte also freilich bei, aber die Worte, mit denen er seinen Abschied vom Reichstage nahm, klingen wie ein Protest und eine freimüthige Rechtfertigung seines Verfahrens. Es ist merkwürdig, daß man nach erfolgter Wahl erst anfing, dem Kaiser Bedingungen zu stellen für die von ihm geforderte Hülfeleistung des Reiches gegen Ungarn, und daß hierbei Albrecht das Wort führte, während er bei der Wahl keine hervorragende Stellung eingenommen hatte. Er forderte die Errichtung eines unabhängigen Kammergerichtes mit von den Fürsten ernannten Beisitzern, wollte jedoch den kleineren Adel und die Städte ausgeschlossen wissen, und bahnte damit eine wesentliche Aenderung in der Verfassung an, denn die Anerkennung des Kaisers als eines höchsten Richters im Reiche war bisher beinahe das letzte Vorrecht des Herrschers gewesen. Doch mitten in diesen Entwürfen noch in Frankfurt ereilte ihn der Tod, nachdem er sich schon zur Abreise gerüstet und den Kurfürsten geschrieben hatte: „Den Anschlag, mir gethan, nehm ich an als der gehorsame, mit der Protestation, meinen Pflichten allenthalben damit nicht Abbruch gethan zu haben.“ So ist auch ein Hohenzoller als Kurfürst in der Deutschen Wahlstadt gestorben, und Kaiser, König und Reichsfürsten haben ihm das letzte Geleit gegeben. —

Wir stehen an dem Punkte, wo mit Maximilian I. die schon länger vorbereitete österreichische Politik erst klar zu Tage tritt. Kaiser Friedrich III. hatte endlich von den Fürsten die Anerkennung der Ansprüche zu erlangen vermocht, auf die sein Haus sich schon seit einem Jahrhundert berufen, und die für die österreichischen Lande eine direkte

Ausnahmestellung beanspruchten. Man weiß jetzt, daß diese Privilegien eine absichtliche Fälschung sind und von Herzog Rudolf von Oesterreich einst untergeschoben wurden, als er sein Haus beim Erlaß der goldenen Bulle von der kleinen Zahl der bevorzugten Kurfürsten ausgeschlossen sah; aber es ist kaum glaublich, daß sich die österreichische Politik bis in das neunzehnte Jahrhundert herab in ihrer Stellung zum Reiche immer wieder mit Erfolg darauf berufen durfte, seit den Zeiten Julius Cäsars und Neros keine Pflichten gegen Deutschland zu erfüllen zu haben, trotzdem schon Karl IV. jenen Rudolf gezwungen hatte, in öffentlichen Urkunden zu erklären, daß er sich solche Vorrechte widerrechtlich angemaßt habe! Und von diesen Rechten sind nur die hauptsächlichsten, daß der Herzog von Oesterreich dem Reiche keine Heeresfolge zu leisten brauche als bei einem Kriege an seinen eignen Grenzen, daß er zu keinem Reichstage zu kommen verpflichtet, aber doch an Rang der Erste nach den Kurfürsten sei, daß Niemand in seinen Landen einem Andern Gehorsam schulde, und endlich alle noch zu erwerbenden neuen Besitzungen sofort in dieselben Ausnahmerechte eintreten sollten. Diese an sich unerhörten und bei dem Mangel jeder Gegenpflicht um so ungerechtfertigteren Ansprüche sind wirklich von den Kurfürsten dem Kaiser Friedrich III. 1453 bestätigt und haben seitdem als gültiges Staatsrecht bestanden. Welche Stellung die Hohenzollern dabei eingenommen, ist nicht bekannt; besonders von dem damals noch im Besitz der Kurwürde befindlichen Friedrich II. schweigen die Nachrichten, während von Markgraf Albrecht wenigstens erzählt wird, daß er dem die Reichshülfe gegen die Türken für sich fordernden Kaiser entgegnete, auch dessen eigne Lande müßten erst zu gleicher Leistung herangezogen werden. Aber die Habs-

burgische Politik ist schließlich durchgedrungen, und sie hatte nun einen festen Grund für ihre weiteren Pläne.

Maximilian I. ist mit seinen Reformen für die Reichsverfassung fast nur überaus lobend erwähnt worden, und es hat sich die Ansicht gebildet, daß er und das Habsburger Haus sich dadurch um Deutschland ganz besondere Verdienste erworben habe. Diesem Urtheile widersprechen die Thatsachen in einer Weise, daß im geraden Gegensatz hierzu sich Nichts von einer persönlichen Theilnahme seinerseits und von Interessen seines Hauses für die neuen Einrichtungen rühmen läßt; vielmehr mußten ihm die Entwürfe aufgedrungen werden, und er hat deren Ausführung schließlich weit mehr verhindert als begünstigt. Nur stückweise, je nachdem er einmal den Beistand der Fürsten für seine Hausmachtpläne bedurfte, hat er ihnen Einzelnes bewilligt, und weder die Einrichtung des Landfriedens, noch das Reichskammergericht und die Kreisordnung sind aus seinem Antriebe und mit seiner wesentlichen Hülfe zu Stande gekommen; er verstand es aber wohl, bei allen neuen Einrichtungen zuerst den österreichischen Kreis auszunehmen, namentlich bei den Abgaben und der Gerichtsbarkeit. Das Hauptverdienst um diese die Einheit des Reiches doch immerhin wahrenden Bestimmungen hat vielmehr der umsichtige Kurfürst Berthold von Mainz, und mit ihm finden wir auch wieder die Hohenzollern thätig für die gemeinsamen Einrichtungen der Reichsstände. —

Johann Cicero hat sich dieser Partei von Anfang an angeschlossen, nachdem er durch seines Vaters Albrecht Tod plötzlich in die deutsche Politik eintreten mußte; doch nicht ohne Zagen that er es, während es für die Habsburger sehr gelegen kam, daß Albrecht sofort nach der Wahl in Frankfurt sein Leben beschloß. Johanns Ge-

sandte erscheinen auf dem wichtigen Reichstage zu Nürnberg 1487, wo man die Städte als dritten Stand zu den Reichstagen zuließ; sein Bruder Friedrich führte die Reichsfahne im Kampfe gegen den Landfriedensbrecher Albrecht von Baiern, und trug wesentlich zur Demüthigung der Fürstenpartei bei. Eigne Kränklichkeit verhinderte Johann weiterhin, den Landfrieden zu Worms 1495 mit einzuführen, doch findet sich sein Bruder daselbst im Rathe des Kaisers; es ist erfreulich, wie auch nach der durch Albrechts Hausgesetz erfolgten Abzweigung selbständiger Linien das ganze Haus Hohenzollern doch auch fernerhin ein rühmliches Beispiel einmüthiger Anschauungen giebt. Auch mit dem Zweige der schwäbischen Zollern wurde gerade damals ein engeres Band geknüpft durch Uebertragung des Erbkämmereramtes auf dieselben seitens der Kurfürsten von Brandenburg, und nicht ohne Bedeutung wird es gewesen sein, daß der Kaiser den Grafen Eitelfriedrich von Zollern zum ersten Präsidenten des Kammergerichts einsetzte trotz der auf Magnus von Anhalt gefallenen Wahl der Stände. Denn dieser schwäbische Zoller war mit einer Markgräfin von Brandenburg vermählt und dadurch die alte Stammverwandtschaft von neuem befestigt worden, und eine ausdrückliche Vereinigung der drei schwäbischen Brüder bestimmte 1488, daß sie für den Fall erblosen Ablebens das Haus Brandenburg zum Erben aller Güter einsetzen wollten. Es war ein weiterer Triumph des Hausgesetzes Albrechts eben so wie ein ehrenvolles Zeugnis für die im Lauf der Jahrhunderte nicht erloschene Familienpolitik. Zuletzt erließ Markgraf Johann noch eine Anweisung an seine Gesandten, sich auf dem Reichstag zu Lindau dem Berthold von Mainz in Allem anzuschließen, und zeigte sich damit als unbedingter Anhänger der Reformpartei;

trotz seines zunehmenden Leidens begab er sich sogar selbst noch einmal auf Ansuchen des Kaisers zum Reichstage nach Freiburg 1498, auf welchem Maximilian den Fürsten heftig vorwarf, in seinen Plänen von den Deutschen verlassen zu sein, und ihnen erklärte, lieber den kaiserlichen Eid brechen und die Krone verlieren zu wollen, als Oesterreichs Interessen aufzugeben. Die erstaunten Kurfürsten, die zu ganz andern Berathungen gekommen, sahen abermals ihr Oberhaupt von selbstsüchtigen Entwürfen allein erfüllt und mußten ihr Vorhaben mit aller Mäßigung weiterführen. Wenn Berthold von Mainz sagte, der Kaiser spreche in Parabeln zu ihnen, und Markgraf Johann in seinen Aufzeichnungen meint, Maximilian habe „mit viel wunderlichen Worten und Geberden ganz dunkel und unverständlich“ gesprochen, so ist die gleiche Beurtheilung der Habsburgischen Politik ersichtlich. Es war auch der letzte Eindruck, den Johann von dem Zustande des Reiches empfing, denn im nächsten Jahre schon verschied er. Hat er auch nicht in alter Weise als Wahlfürst wirken können, so ist seine Aufmerksamkeit doch der Verbesserung der Verfassung stets zugewendet geblieben, wobei er freilich seinem Charakter gemäß weniger selbständige Entschlüsse bewies, als seine letzten Vorfahren. Noch unter Friedrich I. hatten die Hohenzollern den Habsburgern gleichgestanden und mit ihnen nach der Krone streben können; jetzt aber war Habsburg auf dem Throne befestigt und zu einer europäischen Macht gelangt, während Brandenburg auf einem Punkte stand, daß es „seit achtzig Jahren nicht kleiner Gerücht im Reiche gehabt hatte“ — wir können hinzufügen: kaum früher als Grafen hatten die Hohenzollern so geringen Einfluß auf die Reichsgeschäfte gehabt als unter dem jetzigen Kaiserhause! Dies war die erste bemerkliche Folge der Habsburgischen Wahlen.

Joachim I. und II.

In der Geschichte der Hohenzollern beginnt nun ein Jahrhundert fast ungestörten Friedens nach außen, indem der Umschwung in der Reichsregierung sie naturgemäß von dem Felde größerer Thätigkeit in ihre engeren Landesgrenzen zurückdrängte. Denn was sie in dieser Zeit für das Reich gewirkt haben, ist mit der Thätigkeit ihrer Vorfahren kaum zu vergleichen, und in der consequent bisher befolgten Reichspolitik tritt für das rastlose und unentbehrliche Fürstengeschlecht eine Ruhepause ein, die um so unvermutheter bei ihm erscheint, als gerade jetzt die Durchführung der Reformation ein gewaltiges Mittel gegen das widerstrebende Habsburg darbot.

Bei Joachim I. ist anfänglich durch seine Jugend wohl entschuldbar, daß er bei der umfassenden Habsburgischen Reichspolitik keine Rolle spielen konnte, und er hat es sich auf der andern Seite angelegen sein lassen, durch landesherrliche Thätigkeit den Mangel eines bedeutenden reichsständischen Wirkens zu ersetzen, denn Niemand wird ihm das Verdienst schmälern, das er sich durch Einrichtung der Universität Frankfurt und Annahme des römischen Rechtes um die vaterländische Culturentwickelung erworben hat. Aber es zeigte sich bald, das sein Haus auch bei einem doppelt und dreifach gesteigerten Ansehn nun außer Stande war, irgend welches Gegengewicht in Deutschland gegen Oesterreichs Uebermacht auf die Dauer zu behaupten. Die Erhebung seines Bruders Albrecht zum Erzbischof von Mainz wurde zunächst trotz des Widerstrebens der Habsburger durchgesetzt und es geschah, was Maximilian befürchtet hatte: zwei Brüder und Glieder des Hauses Hohenzollern besaßen zugleich im kurfürstlichen Collegium Sitz und Stimme, und Albrecht hatte dabei den Vorsitz im Kurfürstenrath und

die Leitung des Erzkanzleramtes gesetzlich zu führen. Es ist dies eine im ganzen Verlauf der Zollernschen Familiengeschichte einzig dastehende Vereinigung einflußreicher Stellungen im Reiche, die noch durch die gleichzeitige Erhebung Albrechts aus der fränkischen Linie zum Hochmeister des deutschen Ordens in Preußen verstärkt wurde. Man sollte billig meinen, daß es den Hohenzollern unter solchen Umständen gelungen sein müßte, in Deutschlands Angelegenheiten nun die gewichtigste Stimme zu führen, nachdem die dazu nothwendige Macht unter den Fürsten in den verschiedensten Theilen Deutschlands begründet und die erforderliche Stellung im Rathe des Reiches erlangt, die Last aber zugleich auf mehrere kräftige Schultern vertheilt war. Es hätte nicht schwer sein können, da das alte Ansehn des Geschlechtes zunächst den Hauptausschlag für solche Erfolge gegeben, nun mit vereinter Energie das gewonnene Resultat zu befestigen und das Vertrauen der Zeitgenossen auch weiter zu rechtfertigen. Und wenn wir dabei das Haus in allen Gliedern einig, nach außen mit Polen und Dänemark verschwägert, von Habsburg und dem Papstthum bevorzugt und ausgezeichnet sehen, was konnte schließlich im Stande sein, das überaus günstige Zusammentreffen aller Umstände bedeutungslos, ja völlig erfolglos bleiben zu lassen? Haben die dermaligen Glieder des Zollernhauses die ihnen nur einmal im Lauf der Jahrhunderte gebotene Gelegenheit durch eigene Schuld unbenutzt vorübergehen lassen, oder zeigte es sich, daß dies Alles schon nicht mehr hinreichte, die zur Geltung gelangte Richtung der Reichspolitik, zumal im bewegten Zeitalter der Reformation, mit Erfolg zu überwinden?

Die Entscheidung dieser Frage werden wir hauptsächlich im Verhalten Joachims, des Familienhauptes, zu

suchen haben, und es stellt sich heraus, daß seine Ansichten über die zu befolgende Reichspolitik nicht von Anfang an dieselben geblieben sind. Berthold von Mainz, der Führer der Reformpartei, hatte ihm aus politischen Rücksichten sogleich bei der Thronbesteigung die noch nicht thatsächlich erreichte Mündigkeit zugesprochen, und gleich seinem Vater erscheint Joachim I. nun zuerst auf der Seite dieses Fürsten und Friedrichs von Sachsen. Nach dem ersten mißglückten Versuch mit dem Reichskammergericht unternahm es Maximilian damals, mit Eitelfriedrich von Zollern wieder ein kaiserliches Hofgericht einzusetzen, stieß aber bei dieser tiefgreifenden Umkehr auf einen so bestimmten Widerstand der Kurfürsten, daß dieselben ihrerseits auch wieder an eine Aufrichtung ihrer alten Rechte dachten und 1502 zu Gelnhausen den Kurverein in aller Form und ohne Rücksicht auf die ständischen Einrichtungen erneuerten. Diesem Entschluß der Fürsten hat Joachim noch zugestimmt, aber es war der letzte Schritt für diese Partei; es ist noch nicht gelungen zu ermitteln, welche Beweggründe ihn derselben entfremdet haben, doch tritt er kurz darauf schon bestimmt auf der Seite des Kaisers gegen jene Fürsten auf, die in Verfolgung ihrer Pläne sogar an die Wahl eines andern Königs gedacht hatten, und deren thätigstes Glied, der Pfalzgraf Ruprecht, nun unter nichtigem Vorwande vom Kaiser bekriegt und besiegt wurde. In diesem Streite hat Joachim dem Kaiser ausdrücklich Kriegshülfe geleistet und hierin liegt der Grund, warum er weiterhin dauernd Friedrich dem Weisen fern gestanden hat, der nach Bertholds Tode die Sache der Fürsten vertrat. Der unglückliche Wechsel seiner Politik führte also Joachim wieder dem Hause Habsburg zu, und diese Wendung ist verhängnisvoll geworden für sein Ge-

schlecht und sein Land fast auf Jahrhunderte hinaus. Die geographische Lage seines Landes, die Erfahrungen seiner Vorfahren, und die ursprünglichen guten Beziehungen zu Sachsen hätten ihn deutlich auf seine Bahn hinweisen müssen; anstatt dessen trieben ihn ebensowohl die Scheu vor der letzten Consequenz der schon begonnenen selbständigen Politik wie eine unbestimmte Hoffnung auf die Verwirklichung eigner hochstrebender Pläne dem Kaiser zu. Es dürfen bei dem absoluten Schweigen der Geschichte über seine Sinnesänderung wohl nur jene beiden Gründe seinem ganzen Charakter nach dafür verantwortlich gemacht werden, es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß bei dem Tadel, den spätere Beurtheiler ob seiner Handlungsweise fast allgemein über ihn ausgesprochen haben, nicht genug Rücksicht auf seine Jugend genommen worden ist; denn wohl konnte ein Zwanzigjähriger, vor eine solche Entscheidung gestellt, schwankend werden und die scheinbar günstigste Partei wählen, von der später zurückzutreten die Macht der Verhältnisse oder eigne Halsstarrigkeit ihm nicht gestatteten. Räthselhaft ist aber auch wieder seine jahrelange Abkehr von den Reichsgeschäften nach jenem Kampfe, in welcher Zeit er ein bei den Hohenzollern ganz ungewohntes Bild der Gleichgültigkeit gegen sein Ansehn im Reiche darbietet, und seine Gesandten an den Reichstagen eine gar demüthige Rolle spielen müssen; bei aller Sorge um sein Land, das allerdings in die Verhältnisse der nordischen Reiche damals mehr als je hineingezogen wurde, ist doch eine solche absichtlich passive Stellung zu den Angelegenheiten des Reiches nicht zu rechtfertigen und verdient um so mehr im Hinblick auf die Entwickelung seines Geschlechtes hervorgehoben zu werden, als schon seine eignen Räthe seine Unthätigkeit als Kurfürst offen bekla-

gen und tadeln, obwohl sie doch noch ohne freieren Umblick mitten im Getriebe der werdenden Thatsachen standen. Ueber diese beiden sonderbaren Erscheinungen in Joachims Wirksamkeit, Wendepunkten nachhaltigster Art für sein gesammtes Geschlecht, würde indessen schwerlich so streng zu urtheilen sein, wäre die Anfangs zufällige Parteinahme für Habsburg und die darauf folgende Theilnahmlosigkeit nicht in einen ausgesprochenen Gegensatz zur Reformpartei und eine unbedingte Unterordnung unter Habsburg übergegangen. Ein solches Resultat hat aber Maximilian durch die erwähnte doppelte Erhöhung der Zollern nur zu gut erreicht, die er nach einigem Bedenken schließlich zuließ, für welche sich aber Joachim ihm zu dauerndem Dienst verpflichtet fühlte.

Aus dieser Betrachtung ergiebt sich erst das Resultat, warum trotz alles Machtzuwachses die Politik der Hohenzollern unter Joachim keinen ehrenvollen Erfolg aufzuweisen hat, sondern in größerer Abhängigkeit als je vorher erscheint. Gerade die klug berechneten Wohlthaten seitens des Kaisers führten Joachim in ein unnatürliches Verhältnis zu der ganzen Lage des Reiches, und bald zeigte sich ihm klar genug, daß Maximilians Augenmerk nur auf die Durchführung seines letzten Wunsches gerichtet gewesen war, die Gestaltung der Kaiserwahl im Habsburgischen Sinne. So hat Joachim mit seiner Hingabe an ein Kaiserhaus, das nur unermüdlich auf den eignen Vortheil bedacht war, auch dem Reiche keinen Dienst mehr zu leisten vermocht, und gerade als er sich für unentbehrlich und hochangesehen hielt, mußte er selbst zu spät inne werden, wie er sich nur als gefügiges Werkzeug hatte brauchen lassen. Völlig unähnlich ist darum auch sein Verfahren bei der Kaiserwahl 1519 allen den

zahlreichen Beispielen wohlbewußten Handelns seiner Vorfahren bei den Wahlen, die doch nicht immer frei von Rücksichtnahmen mancher Art gewesen waren.

Drei Jahre lang haben die Verhandlungen um die Wahl eines Nachfolgers gedauert und sie sind zuletzt zu einem wirklichen Handel geworden, in dem nur Friedrich von Sachsen verhältnismäßig makellos blieb, Joachim aber, zwischen Habsucht und Ehrgeiz schwankend, nur desto empfindlicher gedemüthigt wurde.

Zwar hatte sich Maximilian schon länger mit der Frage der Neuwahl beschäftigt und an seinen jüngern Enkel Ferdinand gedacht, aber noch bevor es zu festen Abmachungen gekommen war, hatte bereits König Franz I. von Frankreich im Geheimen eingehende Unterhandlungen mit den Kurfürsten angeknüpft und die Bestechung verschwenderisch betrieben. Es ist seit dem Interregnum unerhört gewesen, daß ausländische Fürsten sich um die deutsche Kaiserkrone als höchste Würde der Christenheit bewarben, aber noch erniedrigender ist der jetzt zum ersten Mal von den Kurfürsten betretene Weg, ihre Stimme in deutschen Angelegenheiten einem fremden Herrscher so schamlos zu verkaufen. Die Möglichkeit eines ausländischen Bewerbers war aber im Grunde nur durch die zahlreichen außerdeutschen Erwerbungen Oesterreichs gegeben, und die wunderbaren Winkelzüge, die Maximilian vor Enthüllung seiner wahren Absichten einschlug, indem er die Krone erst dem König Heinrich VIII. von England und dann dem Ludwig von Ungarn anbot, sind doch nicht bedeutungslos. In dem weitläufigen Gange der Verhandlungen treten, von diesen beiden für das schließliche Resultat nicht ernstlich zu nennenden Fürsten abgesehen, nach einander vier Bewerber auf. Zunächst brachte der

Kaiser nun selbst seinen älteren Enkel Karl von Spanien in Vorschlag und war bedacht, für diesen letzten Triumph seines Strebens den Kurfürsten reichliche Zugeständnisse zu machen. Aber schon hatte Franz eine feste Partei für sich zu gewinnen gewußt, indem er klüglich alle mißgestimmten Elemente des Reiches in ihrem Trotz bestärkte und unterstützte, die rheinischen Kurfürsten durch Vermittelung von Trier und mit ansehnlichen Geldopfern sich geneigt machte, und mit Gewinnung der beiden Hohenzollern schließlich die sichere Majorität erlangt zu haben meinte. Doch war die letzte Aufgabe nicht so leicht gewesen, und nur durch das erwirkte päpstliche Versprechen, daß Albrecht zum päpstlichen Legaten in Deutschland ernannt werden sollte, war die Stimme von Mainz gewonnen worden; Joachim aber erhob in seinem Ehrgeiz noch weit größere Ansprüche. Ihm war vom Kaiser die Vermählung von Karls Schwester mit dem Kurprinzen versprochen worden, doch fürchtete sein stets reger Argwohn eine Täuschung nur zum Zweck der Wahl und gab um so lieber den schmeichelhaften Anerbietungen Frankreichs Gehör, das ihm ebenfalls eine Prinzessin versprach, dazu aber eine noch größere Aussteuer und sicherere Verschreibungen darüber. Diesen drei Gründen konnte Joachim schlechterdings nicht widerstehen, zumal in fernere Aussicht gestellt war, daß er selbst für Franz die Statthalterschaft im Reiche übernehmen solle, ja bei einer Niederlage desselben im Wahlkampfe von Frankreich selbst zur Krone befördert werden würde. Joachims Politik geht hier wie einst die des Albrecht Achilles von einem gleichen Grunde aus, einer zweifelhaft gewordenen Versprechung Oesterreichs, aber wenn dieser sich protestirend gefügt hatte, so ist Joachims Gegenmittel ungleich gewaltsamer und bedenklicher. Auch durch das Ge-

fühl jener zu tief empfundenen Kränkung und durch den eignen polischen Ehrgeiz wird dieser Schritt nur erklärt, nicht aber zugleich gerechtfertigt; denn trotz aller fremdländischen Besitzungen Oesterreichs und der halb spanischen Abkunft Karls sprach doch für Habsburg schon eine gewisse Tradition, und wenn das Reich freilich erst durch die letzten Herrscher in weitgreifende Verbindungen getreten war, so leuchtet ein, daß man die zur Aufrechterhaltung derselben nöthige Macht lieber bei einem Hause deutscher Abkunft und nicht bei einem völlig fremden und schon damals nicht beliebten suchen müsse. Immer mehr hatte in den letzten Zeiten auch das deutsche Volk an den Angelegenheiten des Reiches Theil zu nehmen begonnen, und seit den letzten Spuren einer allgemeinen Betheiligung bei der Wahl Lothars findet sich jetzt erst wieder ein wenn auch indirekter Einfluß der Volksmeinung bei einer Kaiserwahl, nachdem der Ausschlag so lange lediglich in der Hand weniger Fürsten gelegen hatte. Die Folgen der ständischen Neuerungen in der Verfassung und die beginnende Aufklärung der Geister traten gerade bei dieser Gelegenheit gewaltig hervor, und Ulrich von Hutten war nur der beredte Verkündiger der Alle erfüllenden Gedanken, wenn er damals ausrief: „Einige gehen mit dem Plane um, die Krone einem Fremden zu übertragen — ein schmählicher, undeutscher, hochverrätherischer Plan! Als ob in Deutschland das fürstliche Blut ausgestorben wäre!“ Wollten die Fürsten sich diesen Erwägungen überlassen und doch von einer Habsburgischen Wahl absehen, so war in dem „fürstlichen Blute“ Deutschlands noch mancher Würdige; aber die große Mehrzahl von ihnen und besonders Joachim verschloß sich gänzlich einer Rücksichtnahme auf die Zukunft des Reiches und war nur

auf eignen Vortheil bedacht, denn auch weiter gehende Pläne persönlichen Ehrgeizes können hier nicht auf patriotische Absichten zurückgeführt werden.

Es ist unzweifelhaft, daß die Stellung Joachims trotz aller hochfliegenden Entwürfe und der hohen Meinung, die er von sich hegte, in viel höherem Grade schwankend und unsicher gewesen ist, als die der andern Wahlfürsten. Hatte ihn früher schon der Ehrgeiz in eine ganz isolirte Lage innerhalb der deutschen Fürstenparteien gedrängt, so ist derselbe stets wachsende Trieb auch die Ursache der völligen Hinneigung zu Frankreich geworden, mit welcher außerdeutschen Macht wohl auch die andern Kurfürsten verhandelt haben, doch ohne bis zu dem Grade bestimmter Abmachungen für die Zukunft zu gelangen wie Joachim. Man kann sagen, daß die Aussicht der eignen Statthalterschaft oder wirklichen Herrschaft im Reiche Joachims eigentliches Ziel gewesen sei, und daß er zur Erlangung desselben selbst französische Hilfe nicht verschmähte. Aber dann ist er in denselben Fehler verfallen wie Franz von Frankreich, dessen Interesse vollkommen gewahrt gewesen wäre durch die Thatsache der Ausschließung Habsburgs vom Kaiserthrone; aber anstatt sich mit diesem erreichbaren Ziele zu begnügen, verlor er mit der direkten Bewerbung für sich nicht unwesentlich. Ebenso mußte Joachim erfahren, daß er doch nicht im Stande war, die eigene Politik unter so schwierigen Verhältnissen durchzuführen, nachdem er sich erst von seinen natürlichen Verbündeten und besonders Sachsen entfernt, und nun auch in Opposition zu Habsburg treten wollte. Dazu war er auch im Verein mit dem Mainzer Bruder nicht stark genug, und gerade das Schwanken zwischen Frankreich und Habsburg, wodurch er seine Selbständigkeit zu wahren trachtete, ließ

ihn den günstigen Augenblick versäumen und zu spät erkennen, daß man inzwischen zu einem Resultate gelangt war ganz ohne ihn und natürlich auch ohne Rücksicht auf seine Wünsche. Im letzten Augenblicke hatte ihn auch sein Bruder Albrecht noch verlassen, gewonnen durch noch größere Versprechungen von Seiten Karls, der ihm sogar ein viertes Bisthum in Deutschland anzunehmen gestattete; seine Entscheidung für Karl hatte selbst zur Folge, daß der Papst sich von der französischen Partei abwendete, „weil man nicht mit dem Kopfe wider die Wand rennen müsse."

Hartnäckig allein hielt Joachim an seinen besonderen Ideen fest; ihn hatten nach dem Tode Maximilians die Gesandten Karls in Berlin selbst nicht zu gewinnen vermocht, da seine Bedingungen bezüglich der Statthalterschaft für Karl unannehmbar waren. Auch sein Versprechen, für Karl zu sein, wenn vier der seinen vorangehende Stimmen sich für denselben erklärt haben würden, war im Grunde nichtig, da er sich schon für Franz verpflichtet hatte, falls nur zwei Kurfürsten vorher in diesem Sinne abstimmen würden. Vor der Wahl waren aber die Aussichten für Franz bereits gänzlich geschwunden, und als sich Joachim zum Wahltage begab, konnte bei einer vorläufigen Besprechung außer Karl nur noch Einer der Kurfürsten als wählbar in Betracht kommen. Man hatte sich schon lange gewundert, warum dieselben Keinen aus ihrer Mitte zu erheben versuchten, und nun glaubte man eine Zeit lang an eine direkte Wahl Joachims. Auch er selbst hielt den Augenblick für gekommen, daß ein Hohenzoller in offener Bewerbung vor die versammelten Wahlfürsten Deutschlands hintreten und bei den getheilten Ansichten über die beiden bisher thätigen Bewerber nun plötzlich

als Dritter leicht den Sieg davon tragen könne. Allein seine sichern Erwartungen wurden bitter getäuscht, als er, dessen beharrlich starres Wesen hinreichend bekannt war, anstatt freudiger Zustimmung auf direkten Widerspruch von Trier stieß, und sein eigner Bruder Albrecht sich durchaus nicht durch die glänzende Aussicht für sein Haus blenden ließ, sondern wiederholt erklärte, „sein Bruder, der Markgraf, sei ein Narr!“ Es ist über die Aeußerungen Albrechts bei der Wahl viel gestritten, doch zuletzt allgemein anerkannt worden, daß die angeblich von ihm gehaltenen Reden dem Inhalte nach durchaus sachgemäß sind; namentlich aber ist erwiesen, daß er allein Joachim von einer weitern Bewerbung abgehalten und ihm eine unausbleibliche öffentliche Demüthigung erspart hat. Jedenfalls lieferte er durch den Hinweis auf die näheren Pflichten gegen sein Haus und die aus der Behauptung der kaiserlichen Würde entspringenden Anstrengungen und Kosten den Beweis, daß praktische Klugheit unter den Hohenzollern noch nicht erloschen war; Joachims Ehrgeiz hatte die schrittweise Entwickelung seines Hauses plötzlich und gewaltsam durchbrechen wollen und damit gegen seine Familientradition gefehlt, aber es war einem andern Familienmitgliede vergönnt, den zur unrechten Zeit gefaßten Plan noch im Keime zu ersticken.

Zuletzt vor der Entscheidung waren die Fürsten noch einmal mit dringenden Vorstellungen zur Annahme der Wahl an Friedrich von Sachsen herangetreten, aber dieser war keinen Augenblick auch durch die sicherste Aussicht zu bewegen, als Bewerber um die Krone aufzutreten; sein Alter und seine stets vorsichtige Politik ließen ihn zu keinem Entschluß gelangen und verhinderten so, daß die eben beginnende Reformation eines kaiserlichen Beschützers sich

erfreuen konnte. Er hat dafür das Lob erworben, die Krone ehrenvoller ausgeschlagen zu haben als Andre dieselbe erstrebten. Die Wahl am 28. Juni 1519 endigte mit Einstimmigkeit für Karl V., und beide Hohenzollern haben also wieder trotz eingehender Verhandlungen und mannigfacher ihnen günstigen Umstände nicht umhin gekonnt, dem Hause Habsburg die Bahn zu größerem Aufschwunge frei zu geben.

Eine kurze Zusammenfassung aller Beweggründe, welche dem Hause Habsburg diesen neuen Triumph bereitet haben, ist nicht leicht; aber neben den persönlichen Interessen der Fürsten und der Abneigung gegen die Fremden haben doch die Künste der Unterhandlung und glücklicher Zufall vornehmlich den Ausschlag gegeben. Ein auf solche Weise erlangtes Resultat bei den Wahlen hat Oesterreich fast durchgehend aufzuweisen, während ein nahe liegender Vergleich lehrt, daß den Hohenzollern in nicht wenigen Fällen bei einer günstigen Lage der allgemeinen Verhältnisse gerade aus ihren Verhandlungen kein Erfolg erwuchs und das Glück ihnen ebenso wenig lächelte. Auch dieses Mal verließ Joachim Frankfurt, weit mehr beschämt und gedemüthigt als die übrigen Kurfürsten; auch zur Krönung nach Aachen ist er wohl darum nicht gegangen, sondern hat die Kämmererwürde durch die Grafen von Zollern ausüben lassen. Wie ganz anders achtete man Friedrich von Sachsen, dem man sogar bis dahin die Statthalterschaft im Reiche übertragen hatte, obwohl er doch schon lange als Haupt der Fürstenpartei galt! Und selbst nach erfolgter Wahl hatte er hauptsächlich die scharfen Bestimmungen der Kapitulation für Karl durchzusetzen vermocht, die den Kurfürsten wieder erhebliche Vorrechte vor den beiden andern Ständen bewilligte und auch dadurch

merkwürdig und für die Fürsten ehrenvoller ist, als die Verhandlungen vor der Wahl, daß sie fremdes Kriegsvolk von Deutschland ausschlossen und deutsche Beamte und deutsche Sprache für die Reichsverhandlungen forderten. Freilich zeigte sich bald nach der Wahl wieder die speciell österreichische Politik, die mit Leichtigkeit die ihr unbequemen Bedingungen überwand; Karl vereinigte zunächst die deutschen Lande unter Ferdinand zu einer, das Reich thatsächlich umspannenden Macht und ernannte den Inhaber derselben an Stelle des Kurfürstenrathes zu seinem Stellvertreter in Deutschland. Friedrich von Sachsen hielt bis zuletzt an den Bedingungen der Kapitulation fest, während die beiden Hohenzollern dieselben nur unsicher unterstützten; so geschah es auch durch ihre Schuld, daß Karl es endlich wagen konnte, durch einen offenen Staatsstreich die rein monarchische Herrschaft wieder einzuführen ohne Rücksicht auf die eingegangenen Verpflichtungen. Joachim und Albrecht konnten also auch die Folgen der Habsburgischen Wahl nicht mehr abwenden, nachdem sie vor derselben sich so wenig energisch erwiesen hatten. Was sie zur Abwehr dagegen 1524 mit andern Fürsten beriethen, war verspätet, und zerfiel durch Karls Sieg bei Pavia vollständig; dieser Sieg hat wie wenig andere die glücklichsten Folgen für Habsburg gehabt, denn die Unzufriedenheit in Deutschland über die eigenmächtige Politik dieses Hauses war bereits so weit gestiegen, daß man sich nicht an die Wahl mehr gebunden hielt, nachdem die Kapitulation nicht inne gehalten war, und eine Neuwahl ernstlich vorbereitete. Wieder kam Franz I. in Vorschlag, abermals setzte aber auch Joachim seine Kraft für sich wieder ein und hoffte um so mehr auf Erfolg, als der beliebte Friedrich von Sachsen nun doch bereits zu alt geworden war. An den

Höfen Polens, Ungarns und beim päpstlichen Stuhle begann er Verhandlungen, die seine Absicht deutlich durchblicken lassen, und auch sein Bruder war diesmal seinen Plänen nicht entgegen. Wiederum führten ihn auch jetzt die Verhandlungen zu weit und hinderten ein schnelles, thatkräftiges Auftreten; wiederum entschied das Glück — diesmal das Glück der Waffen — gegen ihn und sein Haus, aber für Habsburg.

So zum zweiten Male im Versuche einer selbständigen Politik unterlegen, suchte Joachim nur noch einen engen Anschluß an Oesterreich, dem er sich um so unbedingter zum Dienst verpflichten mußte, je feindseliger sein letztes Verlangen nach einer Neuwahl bei Lebzeiten des Herrschers gewesen war, und noch schwerer zu rechtfertigen, als einst die Pläne nach Maximilians Tode. Und diese Verbindung mit Habsburg wurde doppelt folgenschwer in der weltbewegenden Reformationszeit, denn durch sie allein wurde Joachim auf die Dauer in seinem Widerstande gegen die neue Lehre erhalten. An den Grenzen der Mark hatte Luther in Wittenberg seine Stimme zunächst gegen Tetzel erhoben, der mit Joachims Zustimmung für Albrecht von Mainz die schweren Summen aufzubringen bemüht war, die derselbe dem Papste für seine Erhebung zu zahlen hatte; somit war eine Familienangelegenheit des Hauses Hohenzollern die mittelbare Ursache zum Ausbruche des gewaltigen Kampfes, und die beiden Kurfürsten hatten durch diesen Zufall bei dem bald nur noch auf Reichstagen verhandelten Streite eine doppelte schwierige Stellung, da jener Zusammenhang mit den von Luther angegriffenen Mißbräuchen bekannt, und Joachim doch in Rücksicht auf seinen Bruder, den Erzbischof und päpstlichen Kardinal, der Protestantenpartei nicht leicht beitreten konnte. Er hat dies

jedoch niemals gewollt, während selbst Albrecht eine Zeit lang entschlossen war, sein Bisthum in ein weltliches Herzogthum zu verwandeln und zur neuen Lehre überzutreten, ein Schritt, den der Zollernsche Hochmeister des Ordens in Preußen 1525 ohne Bedenken gethan hat. Um so befremdlicher ist Joachims beharrlich abwehrende Haltung gegenüber dem Protestantismus, zu dessen Schutz sich das ihm benachbarte und befreundete Sachsen so bald entschloß. Friedrich von Sachsen hat zwar an dem Brauche der katholischen Kirche bis an sein Ende festgehalten und sich nicht berechtigt geglaubt, als Laie über solche Dinge zu urtheilen, wollte aber gern „geneigt und willig sein, der obsiegenden Wahrheit zu weichen." Ganz anders Joachim, der von Anfang an bemüht war, die aufgedeckten Schäden nicht zu bessern, sondern nur zu bemänteln; er hat mit Richard von Trier in Worms versucht, Luther zum Nachgeben zu bewegen, mußte aber selbst einsehen, daß dieser „Alles abgeschlagen und der Wege keinen annehmen mochte." Und Joachims Wege trennten sich immermehr von denen, welche die evangelische Lehre allen Widersachern zum Trotz siegreich einschlug; der Entscheidung seiner Stammesvettern in Preußen und Franken schloß er sich nicht an, sondern trieb nach seiner zweiten Niederlage bei den Wahlverhandlungen entschieden österreichische Politik. Nach Niederwerfung des Bauernkrieges schloß er zu Mühlhausen und später zu Dessau einen Bund mit den Braunschweigern und Georg von Sachsen, den heftigsten Gegnern der lutherischen Lehre; denn leider war das sächsische Haus nach Friedrichs Tode in gleicher Weise getrennt wie das der Hohenzollern, und Kurfürst Johann war außer Stande, im Bund zu Torgau außer Hessen sich namhafte Verbündete zu erwerben. Mißtrauisch selbst im Schooße seiner

Familie übertrug Joachim diese Schwäche auch auf die großen Fragen des Reiches und war daher bei der Protestation zu Speier in eine völlig isolirte Stellung gedrängt; zu Augsburg 1530 suchte er sich darum dem Kaiser durch doppelte Dienstbeflissenheit ergeben zu zeigen und nahm nicht nur einen äußerst heftigen Ton gegen die Confession an, sondern ging auf die dem Kaiser nicht minder wichtige Frage der Wahl Ferdinands zum Römischen König mit dem größesten Eifer ein.

Die Wahl Ferdinands I. wurde von verschiedenen Seiten bedenklich gefunden; nicht nur der einzige protestantische Wahlfürst zeigte sich ihr abhold, sondern auch die Baiernfürsten, die bereits selbst einmal die Königswürde für ihr Haus erhofft hatten, erhoben lauten Einspruch gegen die Nichtbeachtung der goldenen Bulle und sahen richtig voraus, daß die Durchsetzung dieser Wahl eine Vernichtung der Freiheit und einen beinahe schon zum Rechte gewordenen Anspruch Oesterreichs auf die Krone bedeute. Kaiser Karl aber erklärte offen, daß er gerade diese Absicht hege und gerade deshalb noch bei Lebzeiten die Wahl ansetze, um sie nach seinem bestimmten Willen zu leiten, was bei Erledigung des Reiches in Frage gestellt sei. Daß Joachim sich den Evangelischen nicht anschloß, war nach seiner bisherigen Haltung natürlich; doch selbst der Ehrgeiz, den er früher gezeigt und den die Baiernfürsten jetzt noch besaßen, war bei ihm ganz geschwunden; er war nur ein bescheidenes, gefügiges Werkzeug der österreichischen Politik bei einem Schritte, dessen Tragweite diese Partei selbst zugestand. Doch Nichts von weiter blickenden Ueberlegungen und Berücksichtigung der noch ungelösten Wirren in Deutschland enthält sein vertraulicher Brief an den Sohn, nur was ihm die Wahl einbringen werde, be-

rechnet er und schließt zufrieden: „Ich habe Gottlob! einen gnädigen Kaiser und König!“ So weit war es mit der Politik der Hohenzollern bei den Wahlen gekommen, nachdem sie ihr Interesse an Habsburg geknüpft und sich jeder freien Erwägung entschlagen hatten. Es ist dieses erst diejenige Habsburgische Wahl, die vornehmlich mit Hülfe der Hohenzollern zu Stande gebracht ist, und von nun an folgt eine ganze Reihe von ihnen ähnlich unterstützter Ansprüche desselben Hauses, während die bisherigen Zustimmungen seit Albrechts Wahl nur als widerstrebend bezeichnet werden müssen. Ihre Politik war durch das schon so lange bestehende Uebergewicht Oesterreichs nun gänzlich erlahmt, und besonders schädlich zeigten sich noch für lange Zeit die Folgen der Unentschlossenheit, welche Joachim bei der durch die Reformation so günstig gebotenen Gelegenheit zur Anbahnung einer selbständigeren Stellung bewiesen hatte. Es war die erste Wahl, die sich von früheren durch eine ganz neue Parteiung innerhalb der Kurfürsten wesentlich unterscheidet, denn der Verlauf derselben war jedenfalls schwieriger geworden, seitdem zu den verschiedenen Interessen der Kurfürsten auch noch protestantische und katholische Rücksichten hinzugetreten waren. Trotzdem blieb der Ausgang derselbe, weil die Majorität mit Karl einverstanden war und auch ohne die sächsische Stimme zur Wahl schritt; namentlich war auch Albrecht von Mainz wieder gewonnen gleich den übrigen rheinischen Kurfürsten, die sich ausdrücklich mit Ferdinand in Köln zur Durchführung der Wahl vereinigten. Seltsam diensteifrig nimmt sich Joachims Zug aus, den er für Oesterreich und eigentlich nur in dessen Gefolge von Augsburg zur Wahl nach Frankfurt, zum Bunde nach Köln und endlich zur Krönung nach Aachen unternahm. Als Erzkämmerer hat er

persönlich seines Amtes gewartet, was seit den Tagen des Kurfürsten Friedrich I. nicht mehr geschehen war, und auch dieser Umstand ist wohl nicht ganz bedeutungslos. Nach solchen Bemühungen sollte man meinen, daß er auch nach geschehener Wahl befriedigt und in gutem Einvernehmen mit Oesterreich seine Tage hätte beschließen können; allein die Thatsachen lehren mit unwiderlegbarer Klarheit, daß ihm auch die völlige Hingabe an Oesterreich nach erlangtem Ziele genau so trügerisch gelohnt wurde, wie seinen Vorfahren ihre erzwungene Zustimmung. Und selbst in den Einzelheiten gleicht die österreichische Haltung nach der Wahl Ferdinands dem Verhalten bei Maximilians und Karls Erhebung. Mit demselben fast allzu plumpen Kunstgriffe sind die Hohenzollern zweimal nicht ohne eigne Schuld bei ihrer unsicheren Haltung überlistet, jetzt aber zum dritten Mal trotz treulicher Dienste hintergangen worden. Wieder war dem Kurfürsten eine aussichtsvolle Heirath für seinen Sohn versprochen, ohne Zweifel, weil man wußte, welchen hohen Werth die Hohenzollern von jeher ehrenvollen dynastischen Verbindungen beigemessen hatten, und in jenem Briefe legt er auch selbst das Hauptgewicht auf diese Versprechung; und doch that ihm der Kaiser ein Jahr nach der Wahl die Schmach an, seinen rechtlich begründeten Antrag kurz als ungeeignet zurückzuweisen! Man kann sagen, daß ein Familienzug, der die Hohenzollern in früheren Zeiten zu Besitz und Ansehn im Reiche erhoben hatte, jetzt nur dazu diente, von überlegenen Gegnern gemißbraucht zu werden — ein deutlicher Beweis, daß die Zeit ganz andere Anforderungen an die hergebrachte Zollernpolitik stellte, zumal die Reformationszeit.

Gar mancher Hohenzoller hat den Eindruck einer eben

erfolgten Kaiserwahl, mochte sie nun mehr oder weniger seinen Wünschen entsprechend ausgefallen sein, als einen der letzten seines Lebens mit in das Grab genommen; auch Joachim I. gehört zu diesen, und ein Rückblick auf sein Leben kann ihn nicht eben dankbar und zufrieden gestimmt, noch mit frohen Hoffnungen für die Zukunft seines Hauses erfüllt haben. Wohl war sein Land durch die Segnungen des Friedens und die Befestigung der Städteordnung einem staatlichen Ganzen immer ähnlicher geworden, und was im Reiche nicht durchgesetzt worden, war im eignen Lande weit glücklicher angebahnt; aber das genügte für die Zeit der Reformation nicht, und gerade die wichtigste Frage hinterließ Joachim ungelöst. Noch zuletzt hatten sich der durch den Schmalkaldener Bund erstarkten Partei der Evangelischen in Norddeutschland dieselben Fürsten im Hallischen Bunde 1533 entgegengestellt, mit denen Joachim von jeher vereint gewesen war, aber selbst in diesen engen Grenzen hatte er keine leitende Stellung mehr, geschweige denn in den Angelegenheiten des Reiches. Und gerade seine letzten Bestimmungen, die der goldenen Bulle und Albrechts Hausgesetz zuwider die Kurlande theilten, lassen seine schließlichen Erwägungen durchschauen; die Anordnung bedurfte ausdrücklicher kaiserlicher Bestätigung, sowie er freiwillig der kaiserlichen Garantie anheimstellte, was er seinen Söhnen als Pflicht auferlegte, „zu jeglicher Zeit bei dem alten christlichen Glauben unverrückt zu bleiben und dawider in keiner Weise weder heimlich noch öffentlich zu thun.“ Alles dies zeigt nur, daß er ängstlich bemüht war, die Söhne in seiner einmal genommenen Stellung beharren zu lassen, und doch wohl ahnte, daß es trotz aller Vorsicht unmöglich sein würde, noch länger gänzlich unthätig

zwischen Oesterreich und den Protestanten in der Mitte zu stehen. —

Joachim II. und seine nächsten Nachkommen konnten bereits nicht mehr gut machen, was einmal versäumt worden, und immer tiefer sinkt seitdem das Ansehn der brandenburgischen Kurstimme im Vergleich zu früher, haltlos auf abschüssiger Bahn dahingleitend. Er wie sein Bruder Johann, der Markgraf der Neumark, folgten zwar der eignen Ueberzeugung und dem bisher gewaltsam gezügelten Drängen des Landes, indem sie der Reformation freien Lauf ließen und selbst öffentlich trotz des väterlichen Testamentes zur neuen Lehre übertraten; aber zu fest war schon die Politik ihres Hauses mit dem kaiserlichen Interesse verknüpft, als daß dieser Schritt eine wesentliche Aenderung ihrer Stellung hätte nach sich ziehen können. Am Hofe Maximilians erzogen, stand Joachim in persönlichen Beziehungen zum österreichischen Hofe, wo man ihn Vater zu nennen pflegte; aber eben darum war es ihm unmöglich, sich einer bestimmten Richtung anzuschließen, und seine ganze Thätigkeit blieb eine lediglich vermittelnde. Dabei ist höchstens von Wichtigkeit, daß er dem Feldzuge gegen den Schmalkaldener Bund mittelbar unterstützte, jedoch nach erfolgter Entscheidung sich für Philipp von Hessen verwendete; und selbst nachdem Karl V. denselben eigenmächtig in Gefangenschaft zurückhielt, trat Joachim trotz seiner Verstimmung nicht offen als evangelischer Landesfürst der Gewalt entgegen, sondern fügte sich bescheiden und demüthig. Auch das Augsburger Interim zeigte ihn willig und gefügig, obwohl er den willkürlichen Zusatz des Kaisers kannte und obgleich sein Bruder nebst Moritz von Sachsen ihre Unterschrift verweigerten. Von einer solchen Politik hätte er trotz aller Geneigtheit zum

gütlichen Ausgleich im Grunde doch keine ernstliche Abhülfe erwarten dürfen, und daß er bei seinem grundsätzlichen zähen Festhalten an den kaiserlichen Entwürfen schließlich doch, wie Viele der Hohenzollern am Lebensabend, sich gezwungen sah, den letzten Folgen derselben entgegen zu treten, beweist genug für die unbedingte Nothwendigkeit seiner Sinnesänderung. Der Erfolg lehrt aber noch mehr, nemlich daß dieselbe zu spät eingetreten ist, und daß bei der nachmals unausbleiblichen Verschärfung des confessionellen Gegensatzes die Stellung Brandenburgs eine unnatürliche und darum unbedeutende geworden war. Wohl ist zu unterscheiden zwischen der ehrlichen Absicht, die dem Charakter Joachims gemäß nur auf Frieden für die Gegenwart und nächste Zukunft zielte, und zwischen den in weite Ferne reichenden Folgen einer Mittelstellung, deren Ohnmacht erst ein Jahrhundert später von dem Großen Kurfürsten mit Mühe wieder beseitigt werden mußte. Joachim kann aber darum im Zusammenhang der Betrachtung für seine Stellung im Reiche nicht das unbedingte Lob in Anspruch nehmen, das ihm sonst wohl gespendet ist; als Landesherr freilich hat er es im Ganzen fast ebenso wie sein sparsamerer Bruder verdient. Nach dieser engern Seite hin kann daher Joachim wohl als einer der Begründer der Größe von Brandenburg mitgenannt werden, doch mit der Einschränkung, daß Alles, was er durch Mitbelehnung in Preußen und Erhaltung Magdeburgs für sein Haus erreichte, vorläufig nur anbahnenden Werth haben konnte; die Rolle indessen, die er in Moritz's von Sachsen zweideutiger Politik zuletzt dem Kaiser gegenüber spielte nach so langen Jahren der Anhänglichkeit, ist wenig ehrenvoll zu nennen. Zwar hatte Karl durch die überraschende Absicht, seinen Bruder Ferdi-

nand der Würde eines Römischen Königs entsetzt und dafür den Infanten Philipp gewählt zu sehen, noch einmal die Kurfürsten zu einer gemeinsamen Handlung gegen Karl und zum Anschluß an Ferdinand getrieben; aber bald griff Moritz allein zur Gewalt und setzte dadurch die evangelische Sache in ihrer ganzen Ausdehnung aufs Spiel, indem er obendrein zu einem unnatürlichen Bunde mit Frankreich seine Zuflucht nahm. Johann von Küstrin, bisher der protestantischen Bestrebung nach Kräften zugethan, scheute vor diesem gewagten Spiel zurück; nicht so jedoch der bisher so vorsichtige Joachim. Bei der Vollstreckung der Acht über die Stadt Magdeburg hatte er sich bereits mit Moritz in Unterhandlungen eingelassen, durch welche ihm die Verbindungen seines Hauses mit dem Bisthum gesichert wurden, und nun schloß er sich den dringenden Vorstellungen einiger Fürsten an den Kaiser an, die von ihm die Freilassung des Landgrafen forderten. Stand Joachim auch der Angelegenheit ferner als Moritz und Albrecht von Kulmbach, so ist seine Theilnahme doch eine mittelbare gewesen und der zwiefach zu deutende Passauer Vertrag ist mit sein Werk. Der nach Ursache und Wirkung sehr verschieden beurtheilte Augsburger Religionsfriede 1555 wurde von Joachim auch nur mit betrieben, weil es aus den durch Moritz gewaltsam herbeigeführten Wirren keinen andern Ausweg gab, als diese vorläufige Uebereinkunft, welche nicht nur ohne den Kaiser, sondern sogar gegen ihn von den Fürsten ermöglicht wurde, freilich mit Hülfe des Statthalters Ferdinand. Wie dieser keineswegs absichtlich die Selbständigkeit der Nation und die Sicherstellung der Protestanten wahrte, sondern sich nur nachgebend zeigte aus persönlichen und österreichischen Interessen, so ist auch Joachims Thätigkeit für das Zu-

ſtandekommen einer rechtlichen Anerkennung der Pro=teſtanten keine ſelbſtändige und hervorragende geweſen. Nach dem Untergange Moritzs und Albrechts hat er nicht gewagt, an die Spitze der Proteſtanten zu treten, ſondern erſt mit Sachſen und Heſſen vereint zum Frieden zu rathen begonnen; als er jedoch allein dem geiſtlichen Vor=behalt ſich zu widerſetzen ſuchte, im Grunde nur wegen ſeiner Abſichten auf Magdeburg, zeigte ſich ſchon deutlich, daß die Führung der Proteſtanten gänzlich auf die alber=tiniſche Linie in Sachſen übergegangen war und Oeſterreich weiterhin nur mit dieſem Kurhauſe unterhandeln konnte, ohne Rückſicht auf Brandenburg. So war die von Joachim befolgte Politik des Ausgleichs der Wahrung ſeines An=ſehns im Reiche wenig zuträglich geweſen; auch bezüglich des allgemeinen Reformationsfeſtes 1563 muß betont werden, daß die vollſtändige Abwendung vom Katholicis=mus doch ſehr verſpätet eingetreten und mehr durch das Drängen der Fürſten und die Stellung der Papſtes ver=anlaßt war. Auch war ſeine Mittelſtellung damit noch keineswegs aufgegeben, denn über ſeine Mitwirkung bei dem Friedensſchluß vermag man höchſtens zu dem Re=ſultat zu gelangen, daß ihm das Gelingen „nicht eigentlich zu danken ſei, daß es mehr ſeine Idee als ſein Werk geweſen und nur der Nothwendigkeit der Dinge entſprochen habe," der er ſich freilich allzu willig hingab. Der Um=ſtand, daß das Wirken der in vielen Hinſichten von ihren Stammesgenoſſen verſchiedenen Glieder der Hohenzollern=ſtammes gerade in die Zeit der Reformation fällt, iſt durch das eigenthümliche Verhältnis zu Oeſterreich doppelt folgen=ſchwer geworden. Die Stellung Brandenburgs iſt aber erſt in den noch ſchwereren Stürmen des dreißigjährigen

Krieges durch das abermalige Zusammentreffen beider Umstände zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Noch zweimal trat Joachim II. in seiner Eigenschaft als Wahlfürst den Reichsgeschäften näher, aber obwohl er hierbei persönlich mitthätig war wie wenige Hohenzollern, konnte seine Wirksamkeit dem Geschehenen nach doch nur in völliger Zustimmung und offenem Anschluß an Oesterreich bestehen. Zunächst sah er Karls Abdankung nicht ungern wegen der mannigfachen Störungen, die seit der Belagerung Magdeburgs in dem Verhältnis zu ihm eingetreten waren; andrerseits war begreiflich, daß Ferdinand I. als Nachfolger ihm willkommen sein mußte, dem er bereits bei der Wahl zum Römischen König seine Stimme gegeben und der zuletzt schon selbständig die Geschäfte des Reiches geführt hatte, besonders bei den Verhandlungen zu Augsburg. Es findet sich keine Nachricht über längere Berathungen der Kurfürsten vor der Wahl Ferdinands zum Kaiser, vielmehr vollzog sich dieselbe naturgemäß nach seiner schon innegehabten Stellung, und nachdem Karl die Wahl Philipps definitiv hatte aufgeben müssen. Er mußte nur im Wesentlichen dieselbe Kapitulation beschwören wie schon Karl V., obwohl man noch im Gedächtnis haben mußte, wie wenig deren Bedingungen in Wirklichkeit gehalten worden waren. Im Augenblick der Neuwahl jedoch befanden sich die Fürsten wirklich im Besitz aller der ausbedungenen Rechte und glaubten von dem milden Ferdinand Nichts für ihre Selbständigkeit befürchten zu müssen, der versprach, immer mit dem Willen und Rath der Fürsten und Stände zu regieren. Neu war nur die Verpflichtung des Kaisers, den Religionsfrieden zu beobachten, die dem deutschen Kaiserthum einen ganz anderen Charakter gab und es

namentlich ganz unabhängig vom Papstthum machte, wie die katholischen und evangelischen Fürsten damals gleichmäßig wünschten. Der erneuerte Kurfürstenverein enthielt die beiden Richtungen brüderlich und gleichberechtigt neben einander und sie gelobten ausdrücklich, sich gegenseitig bei künftigen Wahlen der Religion wegen nicht auszuschließen und das Reich bei der deutschen Nation zu behaupten. Alle diese Abmachungen, die als ein Anfang friedlicher Entwickelung gelten konnten, entsprachen dem Sinne Joachims durchaus, wiewohl sie doch ahnen ließen, daß bei dem abermals verkürzten Einfluß des Kaisers und der Ausdehnung der fürstlichen Gewalt auch auf geistliches Gebiet eine Einigkeit nicht von langer Dauer sein würde. Freudig setzte Joachim als Erzkämmerer des Reiches dem erwählten Kaiser zu Frankfurt die goldene Krone auf das Haupt; er war also einer der wenigen Hohenzollern, die selbst die Pflichten des alten Erzamtes einmal ausgeübt haben, und bei ihm war es durch seine persönlichen Beziehungen zum Kaiserhofe zu einem besondern Vertrauensakt und Ehrendienst erhoben.

In gleicher Stellung und Thätigkeit erscheint er noch nach wenigen Jahren bei der Wahl Maximilians II. zum Römischen König 1562, die durch das allgemeine Vertrauen, welches Ferdinand genoß, und durch seine Unterstützung der Protestanten gegenüber dem Papst und dem Tridentiner Concil einen unangefochtenen Verlauf nahm. Zwar hatten Spanien und Frankreich vorher ernstliche Anstrengungen dagegen gemacht, und namentlich Philipp II. war bemüht gewesen, die Wahl auf sich zu lenken; allein im Augenblick der Entscheidung waren beide Länder zu sehr mit eignen Angelegenheiten beschäftigt und hätten wohl auch kaum bei der damaligen Sachlage unter den

deutschen Kurfürsten auf einen großen Anhang rechnen können. Am wenigsten hatte Joachim Ursache, gegen Maximilian zu stimmen, wenn er seiner bisherigen Politik treu bleiben wollte; und wieder eilte er, nach kaum überstandener Krankheit nach Frankfurt, und der Kaiser ritt ihm mit allen Kurfürsten nebst siebzehn anderen Fürsten feierlich entgegen, ihm alle Ehren erzeigend und seine Begleiter auf Joachim hinweisend als ihren Vater. Dieses schöne Verhältnis nimmt nicht Wunder bei einem Fürsten wie Maximilian II., der mit Recht, wenn nicht der größte, so doch der mildeste und liebenswürdigste unter allen Kaisern aus dem Hause Habsburg war und selbst den verschiedensten Beurtheilern sympathisch geblieben ist. Aber im Zusamenhange der Betrachtung zeigt sich doch, daß der Hohenzoller Joachim ein ganz andrer geworden ist, als seine Vorfahren; diese hielten sich immer an das Reich, nicht immer an die damals noch wechselnden Geschlechter der Herrscher, während er einem zwar ununterbrochen herrschenden Hause anhing, aber unbedingt und sich immer mehr den deutschen Interessen des eignen Landes und dem alten Wesen des Reiches entfremdend, anstatt in der kirchlich-nationalen Frage einen festen Standpunkt zu suchen. Ein Beispiel seiner gutgemeinten Politik gab er noch einmal, als das drohende Uebergewicht des Katholicismus in Spanien und Frankreich einen Vernichtungskrieg gegen die deutschen Protestanten befürchten ließ. Während die Fürsten und besonders Sachsen einen Sonderbund der Evangelischen zu schließen trachteten, rieth er zu dem langwierigen Auskunftsmittel eines Reichstages und der Wahl eines Römischen Königs, und als Pfalz ein Bündnis mit den evangelischen Mächten England und Navarra vorschlug, glaubte er sich ängstlich vor jedem An-

schein eines gegen Kaiser und Reich gerichteten Sonderbundes hüten zu müssen. Die Folge dieses Festhaltens am Kaiser war aber, daß die evangelischen Fürsten zu keiner Einigung gelangten. Andrerseits verdient hervorgehoben zu werden, daß er in Verfolgung seines Mittelweges auch nach dem Gegentheil hin sich vor Maßlosigkeit zu hüten wußte, während sein Bruder Johann seine Dienste für Geld sogar dem starren Katholiken Philipp II. anbot. Aber selbst von dem milden Maximilian hatten die Hohenzollern eine ähnliche Behandlung zu erfahren, wie von Ferdinand gelegentlich der Ansprüche auf die Liegnitzer Lande. Denn damit auch dem Leben Joachims nicht eine trübe Erfahrung zum Schluß fehle, mußte er die ihm von Maximilian nach der Wahl freiwillig ertheilte Anwartschaft auf Braunschweig als eine leere Gunstbezeugung erkennen, denn er klagte noch kurz vor seinem Tode, daß seine Dienste gar nichts geachtet und er selbst hintangesetzt werde. —

Johann Georg.

Es war dieser Einbuße der Reichsstellung gegenüber ein glücklicher Zufall, daß wenigstens die Brandenburgischen Lande ungetheilt blieben; und wenn die Bemühungen der Hohenzollern nach dieser Seite hin durch Mitglieder der Familie nur selten einmal unterbrochen waren, so hat dann die Lage der Verhältnisse sie jedesmal vor einer Theilung und Schwächung glücklich bewahrt. Johann Georg vereinigte nemlich das gesammte Ländergebiet seines Großvaters wieder, indem die abgezweigte Neumark bei dem Mangel männlicher Nachkommenschaft Johanns wieder an die andere Linie zurückfiel; damit wurde auf natürliche Weise der Mißgriff Joachims I. wieder rückgängig

gemacht, den er durch die Theilung im Widerspruch mit den bestimmten Vorschriften seines Hauses einst begangen hatte, und der bei richtiger Beurtheilung seiner landesväterlichen Fürsorge nicht übersehen werden darf. Aber auch Johann Georg suchte die ohne sein Zuthun erlangte Concentrirung der Hausmacht später durch sein Testament wieder unbedachtsam zu zerstören, doch hat dann eine friedliche Vereinbarung und abermalige bestimmte Festsetzung die drohende Gefahr von den Hohenzollern abgewendet; nur durch die unverkümmerte territoriale Erhaltung in den schwersten Zeiten Deutschlands war es aber möglich, daß die Thatkraft der späteren Herrscher die alte Stellung ihres Hauses allmälich wieder zurückerobern konnte. Und gerade zur Zeit Johann Georgs wurde die Aussicht auf eine friedliche Entwickelung des Reiches im evangelischen und nationalen Sinne, die sich dem damals gewerbthätigen, reichen und einigen Deutschland zu erschließen schien, in Folge der Zwistigkeiten der fürstlichen Häuser wie Sachsen und Pfalz auf immer gestört. Brandenburg blieb dieser Gefahr im Innern überhoben, ließ jedoch abermals geschehen, daß Sachsen über die wichtigsten Angelegenheiten der Evangelischen mit Oesterreich allein entschied, während Pfalz ohne jede Unterstützung blieb.

Rudolfs II. Wahl 1575 zeigt die Hohenzollern in der bereits bei ihnen üblich gewordenen unbedingten Anhänglichkeit an Oesterreich, jetzt aber nicht mehr in der Zeit des friedlichen Ausgleiches, sondern mitten im Hereinbrechen der katholischen Gegenreformation. Die drei evangelischen Kurfürsten sahen sehr wohl ein, wie sie gerade bei den Wahlbedingungen sich ihre zukünftige Stellung sichern mußten, aber im letzten Augenblick haben weder Sachsen noch Brandenburg den Pfälzischen Bestrebun-

gen ihre Unterstützung zu Theil werden lassen, obwohl sie vereint den Widerstand der geistlichen Kurfürsten wohl hätten brechen können. Man hat behauptet, daß die evangelischen Forderungen nach langen Verhandlungen zwischen den evangelischen und katholischen Wahlfürsten schließlich nur durch den Einfluß des päpstlichen Gesandten Morone zurückgewiesen, und daß die Evangelischen von ihrem Siege diesmal überzeugt gewesen wären. Aber diese Bemerkung betrifft erst die nach erfolgter Wahl allerdings im engen Anschluß an die Wahlkapitulation geführten Verhandlungen, und es zeigt sich nur um so schärfer, wie folgenschwer das übliche Verhalten der Kurfürsten bei Berathung der Kapitulation wurde, als sie auch diesmal sich keiner Garantie für die Durchführung der Bedingungen im Voraus versichert hatten. Die Schuld für das Scheitern des Ausgleiches liegt darum nicht an den Fürsten, die sich nachher dem Kardinal verpflichteten, Nichts ohne seinen Rath zu unternehmen, sondern an der Uneinigkeit und Leichtfertigkeit der Kurfürsten bei Berathung und Annahme einer vieldeutigen Kapitulation schon vor der Wahl. Und sogleich zu Anfang hatte Pfalz in Berücksichtigung der großen Umwälzung auf kirchlichem Gebiete vorgeschlagen, den Kaiser nicht mehr als Vogt der Römischen Kirche, sondern als Vertheidiger der christlichen Kirche zu bezeichnen, allein Sachsen und Brandenburg hatten diesen Antrag eben so wenig unterstützt wie die den Kernpunkt bildende Forderung nach der Deklaration des Religionsfriedens. Zwar schienen die Verhandlungen zuerst einen gänzlichen Bruch mit den widerstrebenden Katholiken herbeizuführen, und sie wurden auf mehrere Tage ausgesetzt; die geistlichen Kurfürsten blieben aber trotz aller Anstrengungen des Kaisers fest, und wenn die evangelischen nun eine gleiche

Energie bewiesen hätten, wäre die Wahl zur Ursache eines erbitterten Kampfes geworden. Doch bei der Thatsache, daß die überwiegende Mehrzahl der Nation damals protestantisch, der Kaiser zum Nachgeben geneigt und die katholischen Fürsten nur in geringer Anzahl einflußreich waren, hätte sich die gewaltige Aenderung noch im letzten Augenblicke wohl Bahn brechen können; aber was den Katholiken zum Siege verhalf, ihre durch Papst und Jesuiten erreichte Beharrlichkeit und Einigkeit, das fehlte eben den durch theologisches Parteigezänk entzweiten Evangelischen, und sie verloren nun in Folge ihrer abweichenden Entschlüsse für immer die Gelegenheit zur Erlangung des Uebergewichts. Der Kaiser selbst verhandelte zuerst mit den geistlichen Fürsten wegen des Nachgebens ihrerseits, er muß also die Forderungen der Evangelischen für berechtigt gehalten haben; erst nach der Weigerung Jener versuchte er eine Umstimmung der andern Partei, und sie gelang ihm hier nur zu leicht. Doch soll man darum Sachsen und Brandenburg tadeln, daß sie unüberwindlichen Schwierigkeiten gegenüber endlich nachgaben? Sicherlich wären sie entschuldbar, wenn erst später der Ernst der damaligen Sachlage erkannt und sie im guten Glauben, den Frieden zu befestigen, ihren Widerspruch aufgegeben hätten. Doch kannten sie die Wichtigkeit ihrer Forderung sehr wohl und hatten im Pfalzgrafen ein redendes Beispiel vor Augen; statt einmüthigen Zusammenhaltens machte jedoch Sachsen aus seinem kleinlichen Haß gegen Pfalz auch in dieser wichtigen Entscheidung kein Hehl, sondern trat lieber in geheime Unterhandlungen mit dem Kaiser und gab das allgemeine Wohl für eigene Vergünstigungen Preis. Und nicht anders handelte Johann Georg, nur noch unselbständiger als der entschlossene Au-

guſt von Sachſen. Wenn Brandenburg, das noch eben bei der polniſchen Wahl unbedingt gegen Heinrich von Anjou und für Oeſterreich gewirkt hatte, gerade damals kaiſerliche Beſtätigungen für die Anwartſchaft auf kleinere Gebiete und die Zuſage einer Entſchädigung für Braunſchweig empfing, ſo ſind das deutliche Zeichen der öſterreichiſchen Bemühungen auch für die Kaiſerwahl; noch mehr jedoch wurde Johann Georg durch die Stellung beeinflußt, in welcher ſein Haus nun ſchon in der dritten Generation zu Habsburg ſtand und in der ihm die vermittelnde öſterreichiſche Politik der letzten Jahre nebſt dem offenbar großen Einfluß Oeſterreichs in Ungarn, Böhmen und Polen beſtärkte. Er überſah darüber die Sache der Proteſtanten, die fortan nicht mehr auf gleiche Duldung zu hoffen hatten bei der kräftig beginnenden katholiſchen Gegenwirkung und unter einem ſeinen beiden Vorgängern ſo ungleichen Kaiſer wie Rudolf II. War der Anſchluß der Hohenzollern an die jüngere deutſche Linie der Habsburger patriotiſch geweſen, als dieſelbe ſich von der ältern ſpaniſchen und Karl V. trennte, ſo hatte ſich doch inzwiſchen ſchon mit Maximilian II. eine wichtige Sinnesänderung vollzogen, nachdem ſich beide Linien nach dem Tode des ſpaniſchen Thronerben politiſch wieder näher getreten waren; darum war eine längere unbedingte Unterſtützung der Habsburgiſchen Politik jetzt nicht mehr ohne Gefahr für die Proteſtanten. Es war verhängnisvoll für die evangeliſch-nationale Entwickelung Deutſchlands, daß ſelbſt bei einer Trennung der Partei die Führerſchaft von keinem Fürſtenhauſe conſequent und erfolgreich feſtgehalten wurde. Am wenigſten ſtanden die Hohenzollern noch auf ihrem alten Platze, nachdem ſie ſich für den Mittelweg entſchieden, denn ihr Anſehn am Habsburgiſchen Hofe war

doch mit gleichzeitiger Verminderung ihres Einflusses unter den deutschen Fürsten verbunden. Die Ernestiner erlagen als Vorkämpfer der evangelischen Sache bei Mühlberg nicht ohne Mitwirkung Brandenburgs, und gerade Johann Georg war dafür von Karl V. zum Ritter geschlagen worden; die Albertiner traten durch Moritz's zweideutige Handlungsweise an ihre Stelle, aber schon August begab sich in unbedingte Abhängigkeit von Habsburg, sodaß die Führerschaft in schnellem Wechsel auf die Pfalz überging, während Brandenburg dieselbe weder für sich angestrebt noch auch nur unterstützt hat. So drang Oesterreich mit der Wahl Rudolfs durch, und die bald auf dem Regensburger Reichstage erstarkende Macht der Katholiken vereitelte die Durchführung der Wahlkapitulation, sodaß deutlich zu Tage trat, wie diese Wahl der erste Schritt zu einer kräftigen Gegenwirkung des Katholicismus gegen die bisher ungestörte Entwickelung des Protestantismus gewesen war.

Wenig hat sich Johann Georg fortan um die Reichsgeschäfte bemüht, sondern ausschließlich seinem Lande gelebt, alles Andere unbedingt dem sächsischen Kurhause überlassend und dessen Gesandte mit seinen Aufträgen in Wien betrauend. Den kleinlichen Streitigkeiten der evangelischen Theologie gegenüber führte er auch im Verein mit Sachsen die Concordienformel ein, die jedoch trotz der strengsten Durchführungsbestimmungen nicht segensreich wirkte und bald an Ansehn verlor. Größere Bedeutung hatte das Verhältnis Brandenburgs zu Magdeburg gewonnen, angebahnt schon unter Joachim I. und bei der Achtvollstreckung über die Stadt durch Moritz und Joachim II. befestigt; die Bemühungen für die Erhaltung Magdeburgs bei seinem Hause hatten Joachim II. wesent-

lich in seinem Verhalten zu Kaiser Karl, dem Interim und Religionsfrieden bestimmt, aber erst Johann Georg sicherte den Anfall Magdeburgs an sein Haus durch Ablösung der sächsischen Anrechte, und seitdem hat Magdeburg nicht mehr katholische Erzbischöfe, sondern protestantische Administratoren Hohenzollernschen Stammes gehabt. In dieser Angelegenheit, die doch nicht wenig mit dem Bestand des Protestantismus in Norddeutschland verknüpft war, haben Maximilian und Rudolf die Hohenzollern unter großen Schwierigkeiten, welche die Stände erhoben, dankbar unterstützt, und so war wenigstens für die engere Landespolitik der Brandenburger die österreichische Freundschaft trotz des religiösen Gegensatzes nicht ohne Erfolg. Freilich mußte die Energie des Nachfolgers zum größten Theil eigenmächtig die Gefahr beseitigen, in welche Johann Georg sein Haus durch seinen letzten Willen versetzt hatte. —

Joachim Friedrich bezeichnet trotz seiner kurzen Regierung, in welcher aber mancherlei Unternehmungen begonnen wurden, auch für die Politik seines Hauses eine Wendung zu größerer Entschiedenheit. Schon die selbstbewußte Weise, mit der er der testamentarischen Bestimmung seines Vaters entgegentrat, ließ dies ahnen; denn bestimmt widersetzte er sich der Abtretung der Neumark und wies auf das Hausgesetz Albrechts hin, das unbedingt aufrecht zu erhalten sei, wenn sein Haus nicht erheblich geschädigt werden solle. Es gelang ihm auch, jenes Gesetz in dem Vertrage zu Gera 1598 nicht nur zu erneuern, sondern auch noch günstiger für die Mark zu gestalten, indem er das Verhältnis derselben zu den fränkischen Landen vollständig löste. Letztere überließ er seinen jüngeren Brüdern und ihren Nachkommen, so daß für

seine eignen jüngern Söhne später kein Landbesitz übrig blieb. Der Kern dieser Bestimmung beruht aber wiederum in der Concentrirung der Mark, die nebst allen mit ihr verbundenen Gebieten und der Kurwürde auf ewige Zeiten ungetheilt dem Erstgeborenen in Gemäßheit der goldenen Bulle zukommen solle. Es war nach den beiden letzten Testamenten für ihn sehr zweifelhaft geworden, ob die Albrechtsche Bestimmung von seiner Familie stets befolgt werden würde, und darum setzte er dieselbe in treuer Fürsorge für die Größe seines Hauses rechtskräftig fest ungeachtet erheblicher Schwierigkeiten; denn Johann Georgs Wittwe hielt am Wortlaut des Testaments fest und suchte sogar Gewalt anzuwenden, und auch der Kaiser hatte das Testament bestätigt, aber Beide mußten sich schließlich in die neue Lage fügen. Man kann bei Joachim Friedrich den Grund für seine Entschiedenheit nicht in dem menschlichen Begehren suchen, lieber das Ganze als nur einen Theil zu besitzen, sondern bei dem nahe bevorstehenden Anfall Preußens und Jülich-Cleve's an Brandenburg muß er von dem Beruf seines Hauses überzeugt gewesen sein, dereinst eine hervorragende Stellung in Deutschland einzunehmen; seine vorgerückte Lebenszeit schließt endlich selbstsüchtige Beweggründe völlig aus und stempelt seine Handlungsweise zu einer zeitgemäßen Fortsetzung der Familienpolitik seiner Ahnen. Dabei ist es für die inzwischen eingetretene Veränderung ihrer Ansicht über die fränkischen Besitzungen von Bedeutung, daß dieselben jetzt ohne Bedenken aus der Hand gegeben wurden und in der That erst seit dieser Theilung bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts von Brandenburg getrennt gewesen sind, obwohl schon früher eine kürzere Trennung öfters eingetreten war. Nach der Abzweigung der fränki-

schen Linie von der ursprünglichen schwäbischen 1227 trat also eine neue Spaltung nicht sofort mit Uebernahme Brandenburgs durch Friedrich I. ein, sondern erst 1598 oder 1603 schied sich mit Joachim Friedrich eine völlig selbständige brandenburgische Linie von dem alten Stamme aus. Die Hohenzollernsche Politik begann damit, auf den Interessen des Landes zu fußen und brandenburgisch zu werden.

Schon als Administrator Magdeburgs hatte Joachim Friedrich Gelegenheit gehabt, das zunehmende Uebergewicht der Katholiken zu erfahren, indem er nicht zum Reichstage zugelassen wurde; damals hatte er sich noch gefügt im Hinblick auf andere dem Reiche drohende Gefahren und „nach Exempel seiner löblichen Vorfahren." Als jedoch auch die Wahl seines Sohnes zum Bischof von Straßburg von den Katholiken hintertrieben wurde und mehrere Entscheidungen des Kammergerichts gegen die Evangelischen ausfielen, hielt er die Lage für ernst genug, um sich einem Bunde der evangelischen Fürsten anzuschließen und namentlich vereint mit dem Pfälzischen Kurfürsten für die evangelische Sache zu wirken. Dieses Bündnis zu Friedeberg 1601 trat schon auf dem Reichstage zu Regensburg 1603 in seinen Folgen offen zu Tage, denn Sachsen wagte nicht sich unumwunden für die Revision jener Processe auszusprechen, sodaß nur zwei Stimmen den katholischen Kurfürsten entgegentraten und wirklich durch Beharrlichkeit wenigstens einen Aufschub erlangten. Der Brandenburgische Gesandte erklärte ausdrücklich, daß sein Herr sich der Sache annehme, obwohl sie ihn nicht unmittelbar berühre; sie sei jedoch für die Gesammtheit der Evangelischen von großer Bedeutung. Ein gewichtiger Schritt in der Reichspolitik war damit gethan, daß Brandenburg sich wieder dem allgemeinen Interesse zuwendete

und sich nicht mehr nur durch den Antheil bestimmen ließ, den es selbst etwa daran hätte; und im Gegensatz zu Sachsen war dieser Entschluß doppelt ehrenvoll, denn der Anschluß an die kalvinistische Pfalz bedeutete doch, daß der kleinliche Hader zwischen den evangelischen Confessionen durch höhere gemeinsame Ziele gebannt werden konnte. Es sind Joachim Friedrichs eigene Worte, daß er dem reformirten Bekenntnis sein Lebelang nicht beitreten werde — und er hat diesen Vorsatz gehalten und auch seine Söhne darauf verpflichtet — aber die Beschwerden seien allen Religionsverwandten gemein und man müsse sie erneuern, um nicht unterdrückt zu werden. Mit dieser Aenderung seiner Stellung im Kurfürstenrathe war aber für Brandenburg natürlich auch ein Wechsel in dem Verhältnis zu Oesterreich verbunden, obschon der damalige Vertreter des Kaisers bei dem Reichstage, Matthias, noch vermittelnd auftrat. Nachdem aber die Reichsstadt Donauwörth mit Gewalt besetzt und dauernd im katholischen Sinne verwaltet wurde, erschien auch der strengere Ferdinand als kaiserlicher Commissar am Reichstage, und der geheimen Thätigkeit des päpstlichen Gesandten gelang es schließlich, jeden Versuch einer Einigung zu vereiteln. Der Reichstag endete mit einem vollständigen Bruch der katholischen und evangelischen Fürsten, denen sich Sachsen nun doch noch angeschlossen hatte; doch der 1608 gestifteten Union traten noch nicht alle Evangelischen bei, und besonders Joachim Friedrich war der Meinung, man dürfe durch ein solches Schutzbündnis den Katholischen nicht Grund zu einer gleichen Vereinigung bieten, was doch den Ausbruch des Kampfes zur Folge haben würde. Sollte diese Haltung bei der drohenden Gefahr auch schwankend erscheinen, so ist der Kurfürst nicht mehr dafür verantwortlich

zu machen, denn mitten in diesen Verhandlungen starb er plötzlich, sein Haus unter doppelt schwierigen Verhältnissen zurücklassend, in Aussicht größeren Ländererwerbs und in den ersten Anfängen des Religionskrieges. Obwohl er nicht als Wahlfürst aufzutreten Gelegenheit hatte, verdanken die Hohenzollern ihm doch nichts Geringeres, als die wenn auch noch bescheidenen Anfänge einer Wendung der Reichspolitik, die freilich noch lange ringen mußte, um die mangelnde Entschiedenheit der Vorgänger ungeschehen zu machen. Jedenfalls trifft aber Joachim Friedrich in dieser Hinsicht nicht allein der Vorwurf, zu spät eingelenkt zu haben, da er schon die Folgen früherer Mißgriffe selbst zu erfahren hatte. —

Johann Sigismund.

Auch die Regierung des Nachfolgers war noch von gleichen Bestrebungen erfüllt, da die allgemeine Lage noch immer dieselbe blieb; ein unvermeidlicher Kampf stand bevor, und doch verzögerte sich der offene Ausbruch. Wenn es unter diesen schwierigen Umständen Johann Sigismund trotzdem gelang, an den äußersten Grenzen Deutschlands seinem Hause die Länder Preußen und Jülich-Cleve zu erwerben, so ist dies ein hinreichender Beweis für den energischen Charakter und die weiten Aussichten seiner Politik. Denn mit diesem doppelten Zuwachs war es für Brandenburg schlechterdings unmöglich, in Zukunft seine zurückgezogene Stellung im Reiche beizubehalten, auch wenn der große Kampf nicht sofort ausgebrochen wäre. Durch Preußen wurde es unmittelbar in die Angelegenheiten Polens und Schwedens verwickelt, und die Länder am Unterrhein brachten nicht nur Kämpfe mit andern Bewerbern, sondern gestalteten auch bei ihrer den Niederlanden

benachbarten Lage das Verhältnis Brandenburgs zu Oesterreich geradezu zu einem feindlichen. Denn nur gegen die wachsende Macht Habsburgs am Niederrhein war das Abkommen gerichtet, welches der Kurfürst mit dem andern Bewerber, dem Pfalzgrafen von Neuburg traf; und aus demselben Grunde sah sich Johann Sigismund auch plötzlich von fremden Mächten unterstützt, da Frankreich und die Niederlande keine Erweiterung Habsburgs an dieser Stelle zulassen wollten. Die eigenthümlich verwickelten Verhältnisse schienen aber andrerseits Brandenburg von Sachsen trennen und damit die ohnehin schwache Eintracht der Evangelischen in gemeinsamer Gefahr zerstören zu wollen. Die Fürsten der evangelischen Union beriefen sich auf ihr Versprechen, nur alte Rechte schützen zu wollen, und leisteten Brandenburg bei seinen neuen Ansprüchen keinen Beistand; selbst die Stammesvettern — auch der Vorsitzende des Hofgerichtes war ein Zoller — warnten den Kurfürsten vor starrem Bestehen auf seinem Rechte, denn die Reichsacht und der völlige Verlust aller Länder sammt der Kurwürde drohte. Aber Johann Sigismund hatte den Muth, in der einmal eingeschlagenen Politik sich nicht wieder vor Habsburg zu demüthigen, und glücklicherweise traute Sachsen der kaiserlichen Garantie seiner Ansprüche auf die streitigen Lande wenig und zog es vor, sich mit seinem Mitbewerber Brandenburg gütlich zu vereinigen und sogar die alte Erbverbrüderung beider Häuser zu erneuern. Der schießliche Vergleich des Kurfürsten mit dem Pfalzgrafen von Neuburg zu Xanten beendigte zwar die ganze Angelegenheit erst vorläufig, bedeutete aber doch einen im direkten Gegensatz zum Kaiserhause selbst mit den Waffen erstrittenen Erfolg Branden-

burgs und somit eine Stärkung der ganzen evangelischen Sache.

Es ist merkwürdig, daß Johann Sigismund gerade damals zum reformirten Bekenntnis übertrat und dadurch sein Haus in einen gewissen Gegensatz zu der lutherischen Mark versetzte; sehr verschieden sind aber die Beweggründe, die für diesen Schritt angeführt werden. Nach Lage der Verhältnisse läßt sich indessen schwer entscheiden, ob nur kirchliche Bedenken oder politische Rücksichten allein ihn dazu bewogen haben, und schwerlich wird man ein einseitiges Vorwiegen der einen oder andern Rücksicht bestimmt erweisen können. Er hat ausdrücklich erklärt, daß er ungeachtet seines dem Vater gegebenen Versprechens, der Bitten seiner Gemahlin und der Vorstellungen seiner Stände sowie Sachsens doch seiner Ueberzeugung folgen müsse „um Ruhe in seinem Gewissen zu haben." Aber so unbedingt ist doch nicht der Ansicht beizutreten, daß der Kurfürst diesen Schritt unternommen habe, obwohl ihm keine Vortheile daraus zu hoffen, vielmehr nur erneute Schwierigkeiten zu erwarten gewesen wären; sicherlich hat ihn die Lage der Evangelischen am Rhein und das Verhältnis zum reformirten Pfälzer Hause in seiner ursprünglichen freien Ueberzeugung bestärken müssen. Und selbst für die Mark schien es geboten, daß das Herrscherhaus sich von dem confessionellen und ständischen Uebergewicht befreite und dadurch sich über die unheilvollen Schranken stellte, welche das Reformationswerk so lange gehindert hatten. Johann Sigismund kann in der gefahrdrohenden Zeit nicht ausschließlich seiner persönlichen Ueberzeugung nachgegeben haben, wenn er nicht gedacht hätte, mit dieser Wendung zugleich den erhöhten Ansprüchen gerecht zu werden, welche die bedeutend erweiterte Ausdeh-

nung seiner Lande nun dem Herrscherhause auferlegte. Dadurch daß die Hohenzollern als Beherrscher eines größern Gebietes die verschieden gearteten Unterthanen sich frei entfalten ließen, indem sie selbst ein Beispiel von Toleranz gaben, sicherten sie sich eben den natürlichen Vorrang in Norddeutschland, der ihnen nach mannigfachen Kämpfen und dem Erliegen aller einflußreichen Fürstenhäuser schließlich zufallen mußte. Johann Sigismunds Uebertritt ist darum nicht ohne weitschauende politische Pläne geschehen und doch um so ehrenvoller durchgeführt, als er zugleich auf innerster Ueberzeugung beruhte. Freilich lassen sich die Folgen in ihrem ganzen Umfange erst nach Jahrhunderten recht ermessen und als ein Princip erkennen, dem das Erblühen des Landes in der Folgezeit hauptsächlich zu verdanken gewesen; aber es ist von persönlicher Bedeutung, daß der Kurfürst gerade in dem Augenblicke dieses geistige Princip einführte, als seinem Hause ein doppelter Länderbesitz zufiel, der freilich durch manchen Vorfahren angebahnt und durch ihn zähe behauptet war. Jedenfalls hat er den Moment richtig erkannt, und seine Handlung ist darum schlechterdings für den ersten Schritt zu einer preußischen Politik im Reiche erklärt worden, wiewohl dieselbe kurz darauf noch eine Zeit des Stillstandes und der Demüthigung erfahren mußte. Fast genau hundert Jahre nach Luthers erstem Auftreten lenkten die Hohenzollern erst in diese Bahnen, eine hinlängliche Frist, um erklärlich zu finden, daß das Versäumte nicht so bald nachzuholen war, aber auch eine Bürgschaft für dereinstiges Gelingen, da inzwischen die führenden Häuser der Protestanten dem Hause Habsburg bereits alle erlegen waren.

Friedrich der Große hat die bestimmte Meinung aus-

gesprochen, daß die Geschichte seines Hauses überhaupt erst mit Johann Sigismund beginne; wie er sonst die Untersuchungen über die Geschlechtsregister für geringfügig achtet und nur merkwürdige Thatsachen beachtet wissen will, so hat er auch bei jenem Urtheil wohl vornehmlich an den Ländererwerb und die Erhebung Brandenburgs zu einer schon mehr europäischen Macht gedacht. Immerhin bleibt seine Bemerkung für Johann Sigismunds Beurtheilung wichtig, da er selbst Grund genug hatte, auf das Verhältnis zu Oesterreich auch schon bei seinen Vorfahren mit Schärfe zu achten. Und daß die Landesangelegenheiten Johann Sigismunds im engsten Zusammenhange mit den großen Fragen standen, die Deutschland bewegten, daß sie sich zu einem direkten Gegensatz gegen Oesterreich gestalteten, ist schon berührt worden; es zeigte sich indessen die vollzogene Wendung der Hohenzollernschen Politik auch nach andern Seiten. Der ganze Umfang der Bestrebungen gewinnt mit einem Schlage einen andern Charakter an, indem die Brandenburgische Politik nicht mehr die hervorragend persönliche der Hohenzollern bleibt, wie es wohl unter den Burggrafen und auch noch unter den ersten Kurfürsten gewesen, und wie es im letzten Jahrhundert die Joachime zu ihrem Schaden noch hatten weiterführen wollen, sondern indem eine Richtung eingeschlagen wird, die auf einer engen Verbindung des Landes und Volkes mit seinem Herrscherhause beruht. Die Politik der Hohenzollern ist zur Preußischen Politik geworden und das alte Geschlecht hat seine ehrwürdige Tradition in einer Weise schließlich zu gestalten gewußt, die nach den bedeutsamen Wendepunkten der Constanzer Belehnung und der Annahme der Reformation unausbleib-

lich war, obwohl ähnliche Anregungen an andern Fürstenhäusern spurlos vorübergegangen sind.

Es ist zu erwarten, daß Johann Sigismund auch bei den Kaiserwahlen unter dem Einfluß dieser Erwägungen gestanden haben wird; in seiner verhältnismäßig kurzen Regierung hat er auch nach dieser Seite zweimal vor einer Entscheidung gestanden, und sein Verhalten rechtfertigt die gehegte Erwartung vollständig. Wenn sein Vater inmitten der Verhandlungen über Gründung der Union gestorben war, blieb es ihm vorbehalten, eine entschiedenere Haltung anzunehmen, um so mehr als seine fränkischen Stammesvettern dem Bunde bereits angehörten; dessen thätigstes Glied war merkwürdiger Weise Christian von Anhalt, obwohl das Pfälzische Kurhaus doch die Führung hätte nehmen sollen. Sigismund findet sich auch bald als Mitglied der Union erwähnt, muß sich aber von der Ohnmacht des Bundes überzeugt haben, namentlich bei Entscheidung des Jülichschen Streites, denn bereits 1617 erklärte er mit den meisten norddeutschen Fürsten seinen Austritt und begnügte sich, als „correspondirendes“ Mitglied in mittelbarem Zusammenhang mit den Bestrebungen des Bundes zu bleiben. Immerhin war es ein anderes Verhalten als dasjenige Sachsens, welches mehrfach schwankte und schließlich sogar zur katholischen Liga hinneigte; es war wenigstens offen zu erkennen, daß Brandenburg jetzt andern Sinnes geworden als einst bei Stiftung des Schmalkaldischen Bundes, indem es sich nicht aus kleinlicher Eifersucht gegen die Pfalz zurückhielt, auch nicht mehr den Vorwurf eines Sonderbündnisses im Reiche ängstlich scheute, sondern nur den praktischen Nutzen einer Vereinigung der Evangelischen im Auge hatte. Und da es nicht ausdrücklich der Union angehörte, wurde es auch

nicht in den bald danach erfolgten Sturz der Pfalz verwickelt.

Die Wahl des Matthias 1612 ließ noch einen Schein von Hoffnung für die Union bestehen, da man bei den zwieträchtigen Bestrebungen im Schooß der Habsburgischen Familie doch noch von dem Vertreter der vermittelnden Richtung einen Ausgleich erwartete. Schon unter Rudolf II. hatten Besprechungen über die Nachfolge gerade mit der Union stattgefunden, und der von seinen eigenen Verwandten bedrängte Kaiser hatte in seiner Ohnmacht sogar beschlossen, dem Katholicismus zu entsagen und sich dem Pfälzischen Hause zu verschwägern; aber ein unerwarteter Tod beendigte diese abenteuerlichen Pläne des Kaisers, in denen Markgraf Joachim Ernst von Ansbach besonders thätig gewesen war. Selbst bei der Wahlverhandlung zeigte sich noch, daß dieser für sich sogar an die Nachfolge im Reiche gedacht hatte, aber diese Aussicht des fränkischen Hohenzollern auf den Thron konnte bei dem confessionellen Standpunkt seines Hauses und der Stimmung der Kurfürsten niemals ernstlich zur Sprache kommen. Von der andren Seite war indessen das Haupt der Liga, Maximilian von Baiern, aufgestellt und selbst von Frankreich unterstützt worden; aber ein so einseitig strenger Katholik konnte schwerlich auf allseitige Zustimmung hoffen, obwohl berichtet wird, daß Pfalz und Sachsen sich für ihn entschieden haben würden, nur um die andern Glieder des Habsburgischen Hauses auszuschließen. Auch des Johann Georg von Sachsen geschieht flüchtig Erwähnung, den der Landgraf Moritz vorgeschlagen haben soll. Im Grunde aber konnte trotz aller Vorwürfe, die man der Regierung des letzten Habsburgers mit Recht machte, doch nur die Wahl eines Mitgliedes dieses Hauses zur Sprache kommen,

und der gemäßigte Matthias schien hinreichende Bürgschaft selbst für die Evangelischen zu bieten. Die Behauptung, daß Matthias dem Kurfürsten Johann Sigismund die Bestätigung seines Bruders in dem Erzbisthum Magdeburg für seine Zustimmung versprochen habe, läßt sich nicht beweisen; vielmehr hat sich herausgestellt, daß Johann Sigismund Anfangs den Matthias für zu schwach hielt, um den katholischen Ständen zu widerstehen. Doch hat er die Magdeburger Angelegenheit zur Sprache gebracht und ist von der Gesammtheit der Kurfürsten unterstützt worden. Die Hauptsache für letztere lag also zuletzt nicht in dem principiellen Ausschluß Habsburgs bei der Neuwahl, sondern in der zu vereinbarenden Kapitulation, die auf eine Sicherstellung ihrer Rechte Bedacht nehmen mußte. In diesen Verhandlungen nun hat die Brandenburgische Gesandtschaft eine hervorragende Stellung eingenommen und mit den Pfälzischen Räthen die Forderung erneuert, die sie schon einmal dem frühern Kaiser vorgelegt hatten, daß nemlich der Reichshofrath mit unparteiischen, unbestechlichen Personen von beiderlei Religion besetzt werden solle, um der einseitig ungerechten Rechtsprechung vorzubeugen. Leider hatten sie Sachsen nicht auf ihrer Seite, dessen Vorschlag wieder Alles dem Ermessen des Kaisers anheimstellte, und den Rest von bindender Zusage in der Kapitulation räumte der Widerstand der geistlichen Kurfürsten hinweg. In der letzten Sitzung erklärte der sächsische Kurfürst den beiden Gesandten, daß Nichts zu erreichen sei als das allgemeine Versprechen, der Kaiser wolle männiglich schleunig und unparteiisch Recht widerfahren lassen. Pfalz und Brandenburg mußten sich also nothgedrungen fügen, und schieden unter Vorbehaltung ihrer Vorschläge für einen Reichstag,

wohl wissend, wie wenig sie dort ausrichten würden, nachdem ein neuer Kaiser ohne bindende Zusage einmal eingesetzt sei.

Und nur zu bald zeigte sich, wie auch der Reichstag keine ersprießlichen Abänderungen in der obersten Gerichtsbarkeit anzunehmen geneigt war, obwohl des Kaisers gewandter Kanzler Klesel den offenen Bruch zu vermeiden suchte. Derselbe war auch bemüht, durch Vermittelung zwischen beiden Parteien die bei dem Alter des Kaisers nicht hinauszuschiebende Frage der Nachfolge zu ordnen, denn trotz der günstigen Haltung Sachsens hielt er Pfalz und Brandenburg jetzt für fähig, allein eine Gegenwahl vorzunehmen und Oesterreich wie die katholische Religion empfindlich zu schädigen. Allein die strengere Richtung in der Habsburgischen Familie entfernte ihn gewaltsam und zerstörte jede friedliche Aussicht mit dem Vorschlag des einseitigen und gefürchteten Ferdinand bei der Neuwahl 1519. Selbst die geistlichen Kurfürsten zeigten wenig Empfänglichkeit für ihn und neigten sich auf die Seite Maximilians von Baiern, den doch nicht minder eifrige Gesinnung empfahl; und sogar den Evangelischen erschien dieser wünschenswerther, da man doch keinesfalls einen Protestanten durchbringen würde, mit der Erhebung Baierns aber den Habsburgern ein angemaßtes Recht entziehen könne und doch auch auf die Dankbarkeit Maximilians rechnen dürfe. Nach dem vorübergehenden Gedanken, den Herzog von Savoyen vorzuschlagen, gingen die Mitglieder der Union sogar so weit, den Baiernherzog an seinen Ahnen Ludwig zu erinnern und ihm durch den Pfalzgrafen ihre Stimmen anzubieten; es war eine schwere Versuchung für den ehrgeizigen Maximilian, und er hat sie nicht sofort abgewiesen, sondern seine Räthe

erst zur Begutachtung aufgefordert, die der Zustimmung hauptsächlich religiöse Bedenken entgegensetzten. Weil das Anerbieten nicht vom Papst und den katholischen Fürsten ausging, entschloß er sich lieber zurückzustehn und dem Hause Habsburg eine sehr fraglich gewordene Stellung wieder einzuräumen, seinem Hause und Lande und besonders Deutschland zu unberechenbarem Unheil. Nach der Erledigung dieser Vorbesprechung war eigentlich die persönliche Frage nicht mehr zweifelhaft und Ferdinand durch die Haltung Sachsens seines Sieges gewiß; denn die in Ferdinands Cabinet verfaßte Schrift, die von der Wahl eines calvinistischen Kaisers spricht und Pfalz, Brandenburg oder Moritz von Oranien als vorgeschlagen nennt, trägt doch die absichtlich einseitige Darstellung zu sehr zur Schau, um in dieser Beziehung Glauben zu verdienen. Daran haben die Evangelischen sicher nicht denken können, aber das ihnen zugedachte Schicksal kennen zu lernen, ist um so lehrreicher. Man müsse, heißt es, Pfalz und Brandenburg der Kur entsetzen, und um die Wahl Ferdinands zu ermöglichen, lieber den Lutheranern Gunst erweisen; es ist merkwürdig, wie schnell die Pfalz diesem Schicksal verfiel, und wie wunderbar Brandenburg vor dem gleichen bewahrt blieb.

Die Berichte seiner Gesandten vom Frankfurter Wahltage sind ziemlich die letzten Sorgen Johann Sigismunds gewesen; was seine Politik erreichen konnte, ist nach der für Ferdinand II. im Voraus getroffenen Entscheidung leicht zu ermessen. Bereits waren die Unruhen in Böhmen ausgebrochen und die spanischen Hülfstruppen im Anzuge, selbst die Umgegend Frankfurts trug kriegerisches Gepräge und der Einzug Ferdinands veranlaßte einen offenen Tumult. So erschien es als das Wichtigste, noch

vor der Wahl den beginnenden böhmischen Kampf beizulegen, um nicht nachher in die blutige Entscheidung verwickelt zu werden; wenn selbst England dringend zum Frieden rieth, so mußten die unmittelbar bedrohten weltlichen Kurfürsten doppelt eifrig die Beilegung alles Haders noch vor der Wahl wünschen. Und trotz der priesterlichen Umgebung Ferdinands und der offenkundigen Hingebung der geistlichen Fürsten an ihn verlangten sie muthig, in Gemäßheit der goldenen Bulle allen Unfrieden und Kriegswesen sowohl im Reiche als in Böhmen aufzuheben, und dann erst zur Wahl zu schreiten, die ganz frei sein müsse. Soweit war auch Sachsen mit ihnen einig, und Pfalz setzte erklärend hinzu, unter den vorwaltenden Kriegszuständen könne es die Wahl nicht für frei erachten. Brandenburg endlich legte ausführlich dar, wie es kein Privatinteresse an der Krone trage und sie dem nicht mißgönne, dem sie von Gott und durch eine rechte Wahl zufiele; doch sei es durch den Kurfürsteneid gebunden, den dem Reiche Nützlichsten zu erwählen. Bisher habe man Oesterreich bei der kaiserlichen Würde erhalten, weil es als eine Vormauer gegen die Türken und als das erste Fürstenhaus an Macht gegolten, aber beide Gründe hätten jetzt ihren Inhalt verloren, und Oesterreich müsse erst innerlich wieder einig sein, ehe es an die Spitze des Reiches treten könne.

Es war eine kühne Sprache, die der Gesandte von Putlitz in der wilderregten Zeit zu führen wagte, ein ofener Fehdehandschuh, dem Hause Habsburg hingeworfen. Sie enthielt aber auch die völlig zutreffende Erklärung für dies plötzliche Auftreten gegen Oesterreich, denn er führt an, daß die letzten auf dieses Haus gefallenen Wahlen wirklich noch Frieden und Ruhe im Reiche erhalten hätten,

die bedingungslose Wahl Ferdinands aber zum sofortigen Ausbruch des Kampfes führen müsse. Die Ereignisse haben diese Voraussagung nur zu bald und buchstäblich bestätigt! Die unselige Politik der Vertagung wichtiger Fragen und die athemlose Hast, erst gerade die Wahl vorzunehmen, wurde aber auch diesmal von den geistlichen Kurfürsten so zähe befolgt, daß die warnenden Stimmen auch in der äußersten Gefahr kein Gehör fanden; freilich konnten auch sie nicht bis zum Aeußersten gehen, da die sächsische Stimme sich schließlich wieder von ihnen trennte und in unerklärlich eigenwilliger Anwandlung den Dingen ihren Lauf ließ. So hat die Albertinische Stimme für Ferdinands Wahl mittelbar den Ausbruch des Religionskampfes verschuldet, dem die Pfalz jäh zum Opfer fiel und auch Brandenburg allmälig erlegen wäre ohne den Enkel Johann Sigismunds.

Es war nur ein schwacher Versuch der Minorität, die Zulassung der böhmischen Gesandten zu erwirken, die doch keine Majorität erzielen konnten; und über diese Forderung siegte die schlaue Gegenpartei mit dem Hinweis auf die Bulle, welche die Zulassung eines Jeden verbot, der die Verhandlungen stören werde. Daß sie eine andere Forderung derselben Bulle, betreffend die vorherige Beilegung aller Streitigkeiten, noch eben zurückgewiesen, kümmerte die geistlichen Fürsten nicht; Ferdinand wurde nun als Vertreter der böhmischen Stimme selbst zugelassen und die Wahl begann am 18. August. Trier gedachte mit leeren Worten erst andrer Candidaten und stimmte dann für Ferdinand, desgleichen Köln; der Pfälzische Gesandte erklärte Maximilian von Baiern für den Würdigsten, wollte sich aber einer andern Majorität anschließen; ebenso wiederholte der Brandenburgische Abge-

ordnete seine früheren Bedenken und stellte sogar die persönliche Bedingung der völligen Gleichheit zwischen den Religionsparteien, trat aber schließlich der Majorität bei. Sachsen und Mainz stimmten einfach für Ferdinand, der die Wahl auch sofort annahm. Gleichzeitig traf die Meldung ein, daß die Böhmen den Pfalzgrafen Friedrich zu ihrem König gewählt hätten, eine Nachricht, die noch wenige Tage früher vielleicht Alles hätte ändern können; nun aber war der Kampf entschieden und Deutschlands Loos auf Jahrhunderte besiegelt. Die Brandenburgischen Gesandten fühlten dies wohl, sie dachten an das Evangelium des letzten Sonntags, nach welchem Christus über Jerusalem weinte: so werde im Himmel keine Freude sein über diese Wahl, man werde über das Elend weinen, das sie über Deutschland bringe! Kann man Brandenburgs Politik kurzsichtig nennen? Oder mußte es bei seiner klaren Einsicht in die Folgen dieser Handlung auch bis zuletzt auf seiner Ueberzeugung bestehen? Man wird zugeben müssen, daß es jetzt nicht mehr allein den Ausschlag geben konnte, ganz abgesehen von dem Alter Johann Sigismunds; auch Friedrich von der Pfalz nahm die böhmische Wahl als einen Ruf Gottes, und er erlag ohne die Hülfe der Glaubensgenossen der Wuth der Feinde. Und wohl nicht zuletzt ist das Geschick zu preisen, das Brandenburgs Herrscher und Land vor dem jähen Verderben zu retten wußte. —

Georg Wilhelm.

Die Lage der evangelischen Kurfürsten war nach diesen Vorgängen in viel höherem Grade gefährdet als nach der Mühlberger Schlacht unter Karl V. Die katholischen Eiferer hatten jetzt einen gleichgesinnten Kaiser auf ihrer Seite, der die vermittelnde Politik seiner Vorgänger un-

bedingt verwarf und in Maximilian einen um so treueren Rückhalt hatte, als er ihm die Pfälzische Kurwürde versprechen durfte. Denn trotz der Abmahnungen sämmtlicher Kurfürsten, denen auch die Gesandten Brandenburgs beistimmten, eilte der Pfalzgraf zur Königskrönung nach Prag, eben so sehr in der Meinung, seinem Hause zu größerem Glanze zu verhelfen als der evangelischen Sache in Deutschland zu dienen. Der Ausgang seines Unternehmens ist bekannt, eine vollständige Niederlage des vereinzelt kämpfenden evangelischen Fürsten, der Verlust der Kurwürde für sein Haus, endlich in Böhmen die gewaltsame Wiedereinführung des Katholicismus und ein nicht wieder unterbrochener Anschluß an Oesterreich.

Georg Wilhelm hatte noch unter seines Vaters Regierung als Statthalter der neuen rheinischen Lande eine Politik eingeschlagen, die den Plänen Johann Sigismunds nicht immer genehm war. So hatte er eigenmächtig in das Verhältnis zu Pfalz-Neuburg in der Frage der Besetzung Cleve's eingegriffen, und sich der Absicht seines Vaters widersetzt, Brandenburgs Stellung im Norden durch eine Verschwägerung mit Schweden zu kräftigen. Dafür rieth er zu einem engen Anschluß an Polen und zeigte damit eine entschiedene Abneigung gegen jede umfassendere Politik, denn der Hauptzweck blieb nur die Erreichung der preußischen Belehnung von Polen und die Vermeidung des österreichischen Argwohns. Allein es ist zu bedenken, daß bei jener Statthalterschaft ihm derselbe Rathgeber schon zur Seite stand, dem er auch später zu folgen gewohnt war, Adam von Schwarzenberg; mag man über letzteren urtheilen wie man will, so ist doch nicht zu läugnen, daß er als Katholik handelte und stets bemüht war, den Kurfürsten im guten Einvernehmen mit

dem Kaiser zu erhalten — zwei Bestrebungen, deren unbedingte Durchführung der Stellung Brandenburgs durchaus nicht entsprachen. Uebrigens konnte bei der Zurückhaltung der Union auch Georg Wilhelm, obwohl ein Schwager des Pfalzgrafen, nicht allein an dessen Unterstützung denken; zwar zog eine Schaar englischer Hilfstruppen durch sein Land nach Böhmen, aber es bedurfte keiner Erlaubnis seinerseits dazu, denn er war durchaus außer Stande, die Grenzen seines Landes vor gewaltsamen Einfällen zu schützen. Es zeigte sich der noch frische Gegensatz des reformirten Herrscherhauses und des lutherischen Volkes, geschürt durch die eigenmächtigen Pläne der Wittwe Johann Sigismunds, für das Land ebenso nachtheilig, wie derselbe Streit schon seit einem Jahrhundert die Einigkeit und Stärke der evangelischen Fürsten im Reiche gehindert hatte. Für den calvinistischen Pfälzer bewilligten die Stände keine Hülfe, sie jubelten in thörichter Kurzsichtigkeit über seine Niederlage am Weißen Berge und stellten endlich zur Sicherung des eignen Landes in diesem ungeheuren Kampfe nur 1000 Mann Fußvolk und 300 Reiter auf! Es ist wahr, Georg Wilhelm hat wenig Unterstützung bei seinen Unterthanen und in seiner Familie gefunden in dem Augenblick der Entscheidung, er mußte sogar in seiner Abwesenheit geschehen lassen, daß wider seinen Willen die Verbindung der Schwester mit Gustav Adolf von Schweden vollzogen wurde; aber kaum würde er auch im andern Falle so entschlossen Partei genommen haben wie sein Stammesvetter Johann Georg von Jägerndorf, der die Unterstützung des Böhmenkönigs mit ungerechtfertigter Acht und dem Verlust des Landes büßte. Vielmehr klingt durch alle Maßnahmen Georg Wilhelms immer wieder die Furcht vor dem Kaiser

hindurch, vor dem er wie auch vor dem Könige von Polen alle jene unverschuldeten Vorfälle demüthig entschuldigt. Und wer wollte läugnen, daß des Kaisers Sieg das Haus Brandenburg nicht auch direkt getroffen habe, trotzdem es weder der Union angehört noch Friedrich V. unterstützt hatte?

Mit dem Verlust Jägerndorfs an Oesterreich verlor das gesammte Haus ein wichtiges Land, noch dazu auf eine völlig rechtlose Weise, da der gegen Ferdinand als Böhmischen König unternommene Kampf von diesem als Kaiser bestraft wurde und mit Reichsacht und Ländereinziehungen endigte, denen Sachsen und Brandenburg mit Berufung auf die Verfassung und die Kapitulation Ferdinands widersprachen. Die geistlichen Kurfürsten freilich fanden die Handlungsweise des Kaisers nach ihrem Sinne und zeigten sich somit wenigstens consequent; wie konnte aber Sachsen jetzt auf die Kapitulation zurückgehen, die es bei der Wahl so leichtsinnig gedeutet hatte! Die Vorhersagungen der Brandenburgischen Gesandten am letzten Wahltage aber waren buchstäblich in Erfüllung gegangen, der Kaiser und die katholische Majorität band sich bereits an kein Versprechen mehr, eine evangelische Kurwürde war bereits unterdrückt und dem thätigsten Katholiken übertragen, und die beiden andern durften kaum auf Schonung rechnen. Brandenburg erklärte darum 1623 zu Regensburg wie früher bei der Wahl Ferdinands protestirend, daß es sich nicht an die zu fassenden Beschlüsse binden werde. Diesmal war es Samuel von Winterfeld, der als Gesandter kühn erklärte, daß bei solchem Verfahren ein deutscher Fürst übler daran wäre, als jeder polnische Edelmann. Die Stellung Georg Wilhelms ist also doch der des Vaters wieder nahe gekommen, freilich durch eine

offenbare Verletzung der Verfassung und die drohende Gefahr für das eigne Fortbestehn erzwungen; wenn bei jener Wahl ein Protest die einzige Möglichkeit blieb, so hätte freilich die unmittelbare Gefahr jetzt mehr Thatkraft erfordern müssen, zumal selbst Sachsen endlich die Lage ernst zu nehmen anfing. Doch schon trat die europäische Bedeutung des Kampfes in den Vordergrund, und außerdeutsche Mächte übernahmen die Durchfechtung der evangelischen Sache gegen das Kaiserhaus und seinen Anhang. Gerade Brandenburg mußte nach der eben erreichten Ausdehnung und den engen Beziehungen zu fremden Mächten als berufenster Vorkämpfer der Evangelischen erscheinen, und diese Ansicht drängte sich selbst Dänemark und Schweden auf, die in dem großen gegen Oesterreich gerichteten Bündnis die Leitung des Kampfes in die Hand des Kurfürsten legen wollten. Eine großartige Aussicht eröffnete sich den Hohenzollern in der äußersten Gefahr, an der Spitze einer europäischen Vereinigung die echt deutschen und zugleich die eigensten Interessen gegenüber dem übermächtigen Habsburg zu vertreten; es konnte im Falle des Gelingens nur die dauernde Führerschaft Brandenburgs im Reiche die Folge sein, und selbst nach einer Niederlage mußten die Großmächte den Rückzug decken können und ein Loos abwenden, wie es den vereinzelten Pfalzgrafen getroffen hatte. Georg Wilhelm scheint einverstanden gewesen zu sein, auf diese von seinen meist calvinistischen Räthen und dem Hofe befürworteten Pläne einzugehen, doch der Widerstand der Stände brachte seinen Entschluß nicht zur Ausführung, da diese sich zu keiner Kriegsleistung gegen den Kaiser und für Calvinisten verstanden. Es bleibe dahingestellt, wie weit der Entschluß in ihm schon gereift und welchen Einfluß der einzige ka-

tholische Rath, Schwarzenberg, den andern gegenüber gestellt haben mag; doch stammen die ergreifendsten Klagen des verzweifelnden Fürsten gerade aus jener Zeit, in denen er sich als von seinen Räthen und Ständen verlassen hinstellt und das Urtheil der Nachwelt über sich als einen unthätigen Herrscher unverschuldet hereinbrechen sieht. Sicherlich hatten aber wenigstens die Stände keinen Grund, sich als Schafe ohne Hirten zu bezeichnen, da sie beharrlich aus Sparsamkeit und kleinlich religiösen Bedenken jede Rüstung unterließen. So trieben mancherlei Umstände den Kurfürsten in eine Neutralität, die in den entfesselten Stürmen von den Feinden nicht beachtet und von ihm nicht vertheidigt werden konnte, die jedoch abermals Brandenburg nach erneuten Siegen Oesterreichs vor dem Untergange bewahrte. Dagegen wurde bereits ein zweites Glied der Hohenzollernschen Familie, der Administrator Magdeburgs, der sich gegen den Kaiser mit erhoben hatte, durch den Verlust seines Besitzes gestraft, wiewohl Magdeburg später dem Hause nicht verloren gehen sollte, wie Jägerndorf.

Die Forderung, die man wohl an Georg Wilhelm gestellt hat, daß er gerade durch die getrennte Lage und die Verschiedenheit seiner drei Gebietsmassen auf Bündnisse mit fremden Mächten um so kühner hätte bedacht sein müssen, ist sonach nicht unbeachtet geblieben; ebenso sehr muß aber auch die Thatsache Beachtung finden, daß ein thatkräftiges Eingreifen noch in der Dänischen Periode des Krieges zunächst durch die Stände vereitelt wurde, aber auch ohne Zweifel mit der vollständigen Unterwerfung Brandenburgs geendigt hätte. Denn alle Anstrengungen der fremden Mächte blieben vor Tilly und Wallenstein erfolglos und die Leiden der neutralen Mark lassen einen Schluß auf ihre Behandlung im feindlichen Falle ziehen.

So zog der Kurfürst unter tausend Widerwärtigkeiten den bescheidenen Schluß: „Ich sehe nicht anders, ich werde mich zum Kaiser schlagen müssen in der Zeit, da ich noch etwas habe.“

Im weitern Verlauf des Krieges, besonders nach der Einmischung Gustav Adolfs, war die unmittelbare Gefahr für Brandenburg dadurch gemindert, daß Schweden und Frankreich bereits hervorragend an ihren eignen Vortheil dachten, sodaß Oesterreich sich ihrer mehr zu erwehren hatte und die deutschen Evangelischen nicht ausschließlich bekämpfen konnte. Nach der zu Anfang des Kampfes eingenommenen Stellung Brandenburgs ist es daher erklärlich, daß es im großen europäischen Völkerstreite noch weniger hervorragendes leisten konnte und sich willenlos dem Schicksal Preis gegeben sah, einen Tummelplatz für die entfesselten Leidenschaften der Großmächte zu bilden. Es kann nicht von Bedeutung sein, die allen Wechselfällen der endlosen Kriegszüge sich nothgedrungen anpassende Haltung des Kurfürsten oder seines vornehmsten Rathgebers im Einzelnen zu verfolgen, denn sie entbehrt erklärlicher Weise jeder Stetigkeit und wird von der gerade einflußreichen Richtung widerstandslos geleitet; nur die fernere Gestaltung des Verhältnisses zum Kaiser verdient hier Beachtung, nachdem einmal die Thatsache festgestellt, daß die evangelischen Kurfüsten Deutschlands aus eignem Antriebe sich zu keiner gemeinsamen Handlung aufrafften, vielmehr durch fremde Intervention nur gehalten wurden und aus der Ausdehnung des Kampfes schließlich doch mittelbare Vortheile ziehen durften.

Brandenburg hatte wohl die Uebertragung der Kurwürde an Baiern anerkennen müssen, war aber fortwäh-

rend auf den Kurfürstentagen, wie 1627 zu Mühlhausen, nicht unrühmlich für die Pfälzischen Rechte eingetreten; und selbst nach dem Erlaß des tiefeinschneidenden Restitutionsediktes, das alle seit dem Passauer Vertrage eingezogenen Kirchengüter den Evangelischen zu entziehen suchte und namentlich durch Magdeburg eine große Bedeutung für Brandenburg bekam, warf sich Georg Wilhelm dem ankommenden Gustav Adolf nicht sofort in die Arme, sondern suchte noch nach alter Weise im Verein mit Sachsen auf dem Fürstentage zu Leipzig durch eine gemeinsame entschiedene Vorstellung an den Kaiser ohne fremde Einmischung zum Ziele zu gelangen. Die höchste Entfaltung der Macht Oesterreichs hatte trotz Wallensteins stolzen Worten, daß es keiner Kurfürsten und Fürsten mehr bedürfe, doch nicht zur Vernichtung der Reichsfürsten und der Errichtung einer militairischen Monarchie geführt, weil solchen Extremen auch die katholischen Fürsten entgegen traten; aber auf die Dauer hätten auch gemeinsame Vorstellungen Nichts erreicht, und des Kurfürsten nur gezwungener Anschluß an Schweden kann doch die Thatsache nicht ändern, daß ohne den Sieg von Breitenfeld die norddeutsche Kirche verloren gewesen, und ohne Gustav Adolf Brandenburg sich nicht wieder hätte erheben können. Der Retter war noch einmal von außen gekommen und nach seinem frühen Tode wurde klar, daß die Absichten Oesterreichs in Zukunft nicht mehr auf eine Vernichtung Brandenburgs gerichtet waren, denn neben der Aufhebung des Restitutionsediktes erlangte Brandenburg im Prager Frieden die kaiserliche Bestätigung für Pommern, welches Schweden ihm gerade zu entreißen bemüht war. Diese Aussicht und der feste Anschluß an Sachsen, von dem er sich unter keiner Be-

dingung sondern wollte, trieben Georg Wilhelm wieder aus der nie ganz freiwilligen schwedischen Freundschaft auf die deutsche Seite des Kaisers, dessen Pläne jetzt bedeutend an Schärfe verloren und mit dessen Bewilligung seine Länder zu behaupten ihm besser erschien, als selbst durch eine neue Verschwägerung mit Schweden sein Haus in größere Verwickelungen zu stürzen. Sachsen hatte nach der Schlacht von Breitenfeld dem Könige von Schweden seine Dienste angeboten, um ihm die Römische Krone auf das Haupt zu setzen; aber Gustav Adolfs Pläne gingen über diesen Vorschlag hinaus. Schon sprach er von einem evangelischen Bunde, ohne Oesterreich und die alten Formen von Kaiser und Reich, von der Einziehung der geistlichen Fürstenthümer und der vollen Durchführung des Reformationswerkes. Brandenburg war ihm weniger entgegen gekommen, erhielt aber doch die Aussicht auf österreichische Gebiete in Schlesien und der Lausitz, denn Pommern behielt Schweden sich nebst Mainz unweigerlich vor. Des Königs Tod ließ diese Pläne nicht zur Reife kommen und ersparte namentlich Georg Wilhelm längeres Zweifeln. Zwar folgten darauf die grausamen Repressalien der Schweden und die noch lange bestehende Besetzung Pommerns, aber es blieb doch sein Besitz in der Hauptsache unangetastet; ein Fortschritt in der Politik Georg Wilhelms ist darum sehr wohl bemerklich, er beruht in dem Uebertritt zu Schweden, als die eigne Existenz wirklich gefährdet war, und wiederum in der Rückkehr zu dem gemäßigteren Kaiser, als Schweden sich der ersehnten Ausdehnung Brandenburgs in Pommern widersetzte. Das Resultat war immerhin die äußerliche Rettung der Religion und des Landes aus dem europäischen Kampfe, freilich nur der des lecken Schiffes aus dem Schiffbruche gleichend.

Georg Wilhelm hat den Ausgang des dreißigjährigen Kampfes nicht erlebt; doch war die Stellung Oesterreichs schon vorher deutlich verändert, und dieses wenigstens entzog sich seiner Wahrnehmung nicht. Denn schon bald nach dem Prager Frieden und der Schlacht von Wittstock hielt Ferdinand den Augenblick für besonders günstig, um seinem Hause die Krone zu erhalten, und forderte Sachsen und Brandenburg auf, persönlich zur Wahl 1636 nach Regensburg zu kommen; so bot sich also Georg Wilhelm die Gelegenheit, auch einmal als Wahlfürst aufzutreten und dadurch klarer, als bisher in dem Wechsel des Kampfes möglich gewesen war, seine Stellung zu Oesterreich zum Ausdruck zu bringen. Ebenso sehr war aber auch der Augenblick für Brandenburg günstig, um seine Bedeutung nach beiden Seiten hin fühlen zu lassen. Die Schweden standen siegreich in der Mark und bemühten sich doch um Gewinnung Brandenburgs für ihre Partei, unterstützt von der allgemeinen Meinung im Lande und der Mehrzahl der Räthe; Schwarzenberg dagegen weilte zum Wahltage in Regensburg, besorgt um die unterdessen in Berlin mögliche Entschließung, aber gleich den sächsischen Gesandten dahin instruirt, nicht in die Wahl zu willigen, bevor der Kaiser nicht die allgemeine Amnestie verkündigt und damit das Reich innerlich beruhigt habe. Es war dieselbe Bedingung, die der Kurfürst schon beim Prager Frieden ohne bestimmten Erfolg gestellt hatte, die er jedoch jetzt vor der Wahl viel geeigneter geltend machte; und sicherlich haben seine redlichen Absichten für die Rechte der gebannten Pfälzischen Familie auch auf die Stellung des kurfürstlichen Collegiums Bedacht genommen, entsprungen aus der Ueberzeugung, noch immer ohne fremde Einmischung lieber mit dem Kaiser den Frieden herbeiführen

zu können. Andrerseits führte die augenblickliche Noth im eignen Lande zu hinhaltenden Verhandlungen mit Wrangel, abgesehen davon, daß Mainz und Brandenburg beauftragt waren, im Namen des Reiches mit Schweden zu unterhandeln. In dieser Doppelstellung konnte füglich die Entscheidung nicht lange zweifelhaft sein, und Georg Wilhelm verblieb schließlich auf der einmal betretenen Bahn, die ihm sowohl seine kurfürstliche Stellung als auch das Anrecht auf Pommern schützte. Was er anstatt dessen auf schwedischer Seite gewonnen oder wie er eine abermalige Neutralität hätte durchführen sollen, ist kaum abzusehen. Hatte er einmal dem Kaiser schon Bedingungen stellen können, so beharrte er nun auch auf ihnen und erreichte zunächst die militärische Unterstützung Oesterreichs für sein Land; auch die wirklich durchgesetzte Wahlkapitulation für Ferdinand III. enthielt Bedingungen, die für die Zukunft die Evangelischen vor kaiserlichen Uebergriffen sicher stellen konnten, indem kein Reichsstand selbst in offener Empörung hinfort ohne Zustimmung der Kurfürsten geächtet und kein Lehen nach kaiserlicher Willkür eingezogen werden sollte. Auch Brandenburgs Ansprüche auf Pommern wurden von den versammelten Fürsten anerkannt und jede Entschädigung der Schweden zurückgewiesen. Nur ein Punkt in den Verhandlungen, der schließlich den Ausschlag gab, ist nicht mehr genügend festzustellen; die Anfangs geforderte Amnestie wurde schließlich nur noch von Sachsen aufrecht erhalten, nachdem Schwarzenberg sie noch vor der Wahlhandlung von Seiten Brandenburgs zurückgezogen hatte. Es ist nicht möglich, zu entscheiden, ob dies eine eigenmächtige Handlung seinerseits gewesen oder im Auftrage des Kurfürsten geschehen ist; ersteres läßt seine vereinzelte Stellung fern von

den ihm widerstrebenden Räthen und die Besorgnis vor inzwischen etwa eintretender Annäherung an Schweden vermuthen, sowie auch sein späteres Auftreten gegen die übrigen Mitglieder des Geheimenrathes. Jedenfalls ist ein Nachgeben Georg Wilhelms in diesem Punkte nicht direkt zu erweisen, und was er sonst erreichte, war nicht ohne Beharrlichkeit durchgesetzt und keineswegs in einem unbedingten Anschluß an Oesterreich. So kam die Wahl Ferdinands III. ohne Schwierigkeit für Oesterreich zu Stande, wiewohl Schweden und Frankreich protestirten, da die Stimmen von Trier und Kurpfalz fehlten; erstaunt sahen die Mächte das von ihnen bekämpfte Oesterreich so leicht in einer Angelegenheit siegen, die für dasselbe eine Lebensfrage sein mußte, und siegen gerade mit Hülfe Brandenburgs und Sachsens.

Nicht eine unmittelbare Belohnung für Brandenburg war die Erhebung Georg Wilhelms zum kaiserlichen Generalissimus, denn er hatte schon vorher eine Theilnahme an der Kriegsleitung erstrebt; auch war die Stellung wenig denen zu vergleichen, die wohl früher die Hohenzollern im Auftrage der Kaiser eingenommen, da sie ohne ernstliche Selbständigkeit blieb. Aber es war doch die Unterordnung unter Sachsen aufgehoben und auf jeden Fall endlich eine Möglichkeit geboten, mit bedeutenden Streitkräften einmal die Schweden zurückdrängen zu können. In Erwägung alles dessen mußte der Anschluß an den Kaiser entschieden vortheilhafter erscheinen als ein Zuwenden zu den feindlichen Mächten; freilich war dagegen die Meinung der Stände dauernd den Schweden günstig, und der Umstand, daß Schwarzenberg gerade jene Richtung der Politik weiter verfolgte, ließ dunkeln Hintergedanken Raum. Derselbe setzte nun auch nach seiner

Rückkehr von Regensburg die Entfernung der noch übrigen Räthe des Kurfürsten durch — denn Winterfeld war schon früher beseitigt worden — und schaltete hinfort unumschränkt selbst ohne Anhörung der Stände. Bald zeigte sich auch, daß bei der für Brandenburg wichtigsten Frage wegen Pommerns der Kaiser nicht im Stande war, seinen Versprechungen Nachdruck zu verleihen; ruhmlos zerstreuten sich die Truppen, und ihr Generalissimus floh nach Königsberg, außer Stande, den entfesselten Gewalten länger zu widerstehen, geschweige denn ihrer Herr zu werden. Noch zuletzt hatte er Hülfe vom Kaiser gehofft, aber einsehen gelernt, daß die Zeiten des alten Deutschlands vorbei waren und höhere Mächte auch über Oesterreich mitbestimmten. Seines Rathgebers nicht sicher, dem einzigen Sohne entfremdet, in den fernsten Winkel seiner zerrütteten Lande zurückgewichen, so schied Georg Wilhelm aus dem Leben, so verzweifelt war die Lage Brandenburgs unter den ringenden Mächten Europas. —

Friedrich Wilhelm der Große.

Es ist überflüssig, den Gegensatz näher zu erörtern, in welchen Brandenburg durch die Bemühungen des Nachfolgers im Verhältnis zu seiner bisherigen Lage nach außen und innen versetzt wurde: Jedermann kennt Friedrich Wilhelms Verdienste um die Kräftigung und gleichsam Neugründung seines Landes, und ebenso anerkannt sind auch seine Bestrebungen für das deutsche Reich. Doch hat seine Regierung, im Zusammenhang mit der Entwickelung seines Hauses betrachtet, eine besondere Bedeutung; sie beginnt in tiefster Ohnmacht, einer Folge der Reichspolitik seiner letzten Vorfahren, und nimmt trotz der ungeheuern Umwälzung des Reiches einen schnellen

Aufschwung zur hervorragendsten Macht Deutschlands; sie ist aber im Grunde nur die Erfüllung Jahrhunderte alter Pläne seines Hauses, die jetzt nicht erst neu hervortraten, sondern nur durch falsche Auffassung der Stellung Brandenburgs in Deutschland bisher gehemmt, durch eine thatkräftige Hand aber sofort verwirklicht wurden.

Seit Johann Sigismund war Brandenburg den engen Grenzen des Reichsfürstenstandes entrückt, es war im Begriff sich über Deutschland hinaus zu erweitern, und darum blieb von erster Bedeutung sein Verhältnis zum Kaiserthum, oder nach Lage der Dinge zu Oesterreich. Nach den verschiedensten Umständen, die Georg Wilhelm an einer Geltendmachung seiner Stellung verhinderten, schien Friedrich Wilhelm von Anfang an um so bestimmter auf den Gegensatz zu Oesterreich hingeführt zu werden. Selbst Neffe des geächteten Pfalzgrafen Friedrich und zugleich Gustav Adolfs, sogar als Nachfolger des Letzteren eine Zeit lang ausersehen, trat er durch seine Heirath auch noch mit dem Hause Oranien in nähere Verbindung; dazu kam eine seinem Vater fremde Entschlossenheit und die sofortige Entfernung des zweifelhaften Rathgebers, Umstände, die über die Richtung seiner Politik keinen Zweifel aufkommen lassen. Und selbst die Thatsache, daß er bei seinem Regierungsantritt wenig mehr als einen Titel übernahm, schreckte ihn doch nicht vom entschlossenen Vorgehn zurück.

Groß ist die Gefahr gewesen, in der das Hohenzollernhaus schwebte, da er der einzige Erbe war; selbst wenn man den Nachstellungen Schwarzenbergs weniger Gewicht beilegt, mußte sein vorzeitiges Ableben dem Kaiser zu Gute kommen, oder wenigstens diese Kurwürde den Evangelischen gleichfalls verloren gehen wie die Pfalz.

Man ist dann bemüht gewesen, ihn nicht nur gewaltsam aus den Niederlanden und der Cleveschen Statthalterschaft zurückzurufen, sondern auch durch eine Heirath an das Kaiserhaus zu fesseln, und ferner, als er sich an die Spitze des Heeres gegen die Schweden stellen zu wollen schien, zur Unthätigkeit in Königsberg zu verbannen. Alle diese Pläne durchkreuzte der junge Fürst mit kühner Hand, nach besserer Einsicht seinen Staat zu leiten entschlossen, doch vorher erst gezwungen, denselben gänzlich neu zu schaffen. Niemals hatte er den Prager Frieden gebilligt, doch konnte ein plötzlicher Anschluß an Schweden auch nicht der rechte Weg sein, der ohne Anstoß zu dem für Brandenburg allein wünschenswerthen Ziele führte.

Von besonderer Vorsicht zeugen daher seine ersten Maßregeln nach allen Seiten hin; er trachtete zunächst nach Einstellung der Feindseligkeiten, um Land und Leute zur Ruhe kommen zu lassen, und in Ausübung dieser landesherrlichen Pflicht glaubte er zugleich vor Kaiser und Reich gerechtfertigt zu sein. Trotz der anfänglichen Verwunderung des Kaisers über so ungewohnte Brandenburgische Pläne und der dagegen ergriffenen Mittel wußte Friedrich Wilhelm sich des Sohnes von Schwarzenberg, der einen gleichen Einfluß wie sein Vater zu erlangen strebte, zu entledigen; ebenso entließ er die unzuverlässigen Führer der Truppen und nahm den wenigen bleibenden Regimentern anstatt des Eides auf den Kaiser nur den auf den neuen Landesherrn ab. Die erste selbständige Regung seiner Politik führte zu dem Erfolg, daß die Gesandten Brandenburgs auf dem Reichstage 1641 dem mißtrauischen Kaiser erklären konnten, ihr Herr habe ohne Zuthun des Kaisers eine Waffenruhe mit Schweden geschlossen, wie er sie für nöthig gehalten. Der Bescheid,

der ihnen darauf vom Kaiser wurde, war natürlich wenig freundlich, und ebenso blieben die sofort aufgestellten Forderungen des Kurfürsten nach einer Amnestie und Herstellung des Zustandes von 1618 begreiflicherweise ohne Erfolg. Aber wenige Monate hatten genügt, nach Jahre langen Leiden dem Lande eine vorläufige Ruhe zu verschaffen und im Reiche einen mannhaften Ton anzuschlagen, dessen Bedeutung Oesterreich zu erkennen begann.

Weniger berühren die Bestrebungen Friedrich Wilhelms um die Preußische Belehnung seine allgemeine Stellung, doch gelangte er zu einer neuen Anknüpfung des nach Georg Wilhelms Tode zweifelhaft gewordenen Successionsrechtes; und in dem dritten Theil seiner getrennten Lande, dem von Georg Wilhelm nur dem Namen nach behaupteten Cleveschen Gebiete, setzte Friedrich Wilhelm bald mit Hülfe Frankreichs und gegen Oesterreich die Neutralität durch. Ueberall erhob sich Brandenburgs Macht wieder langsam, und voll freudigen Selbstgefühles dienten die altbewährten Räthe neben auserkorenen jungen Kräften der herzhaften und ehrlichen Politik ihres Herrn. Dieser aber unternahm nun nach Beruhigung seiner Lande, die mit dem günstigen Vertrage von Stettin 1643 die Schwedenplage vollständig überstanden hatten, ein weit größeres Werk, von welchem Deutschlands Existenz abhing, dessen Gelingen aber dem glücklichen Vollbringer den Vorrang in Deutschland, und Ehre und Dank für immer sichern mußte. Mit der bewußten Absicht des Großen Kurfürsten, dem Reiche den Frieden zu verschaffen und zu diesem großen Zwecke ohne eignen Vortheil kräftig zu handeln, dem Kaiser aber und dem willkürlichen Ziel seiner Hauspolitik entgegen zu treten, beginnt der neue Aufschwung des Hohenzollernhauses aus

langer Thatenlosigkeit. Es zeigte sich sogleich, daß das demüthige Brandenburg der letzten Herrscher in der Hand des jungen Kurfürsten eine selbstbewußte Richtung erhielt, daß es im Rahmen Deutschlands doch europäische Beachtung fand, vor Allem aber eigne Stärke nur in der Kräftigung des Deutschen Reiches suchte. So war erst Friedrich Wilhelm im Stande, eine selbständige Politik Preußens einzuschlagen, und doch war es zugleich der Anfang der deutschen Politik Preußens.

Die Anträge des Kurfürsten blieben zunächst dieselben wie auf dem Reichstage von 1641, als die Kurfürsten zu einer Vorberathung in Frankfurt 1643 zusammentraten, selbst Köln mit Mainz und Baiern zum Frieden geneigt und der Fortsetzung des Kampfes für rein österreichisch-spanische Zwecke abhold. Der Brandenburgische Gesandte Wesenbeck mußte aber bald wahrnehmen, daß seine bestimmte Instruktion bei weitem nicht für alle Verhandlungen hinreichte, die man in die Hauptsache hineinmischte. Jene drei Kurfürsten wurden bei dem Schwanken des Kriegsglückes bald wieder andrer Meinung, und Sachsen war auch nur auf eine dem Prager Frieden ähnliche Abkunft bedacht. Fest allein stand Brandenburg mit seinen Forderungen, als reformirte Macht merkwürdigerweise eine Stütze der kleineren katholischen Stände; persönliche Angriffe häuften sich auf den Gesandten, und die Kurfürsten erklärten sogar in einer gemeinsamen Zuschrift nach Berlin, daß die Haltung des Gesandten sie in Erstaunen setze und man Brandenburg ersuchen müsse, sich der Majorität zu fügen und bei dem Kurverein und löblichen Herkommen zu bleiben — so sehr wunderte man sich über ein selbständiges Auftreten Brandenburgs, so sehr war man aber auch sofort allgemein bemüht, es in die

Bahn der Alltäglichkeit zurückzudrängen! Und doch war dies löbliche Herkommen in allen Punkten nachgerade unerträglich geworden, dagegen die von Brandenburg vertretenen Grundsätze allein noch im Stande, eine dauernde Beruhigung anzubahnen. Noch zuletzt versuchte man, ein katholisch-bairisches Deutschland unter französischem, und ein sächsisch-evangelisches unter schwedischem Schutz dem österreichischen entgegen zu stellen, aber Friedrich Wilhelm beharrte auf seinen Bemühungen um eine Versöhnung im Innern durch vollständige Amnestie, und versuchte eine friedliche Auseinandersetzung mit den fremden Mächten herbeizuführen. Die Berathungen endigten ohne Resultat, denn schon begannen die Friedensverhandlungen zu Münster und Osnabrück. Daß aber keine Beschlußfassung nach alter nichssagender Weise möglich gewesen, war einzig der unwandelbaren Haltung Brandenburgs zuzuschreiben, und schon damals erkannte Frankreich die sichtbaren Folgen der Festigkeit, mit der Brandenburg den Kaiserlichen widerstand, und nannte Friedrich Wilhelm einen Fürsten von großer Erwartung.

Nachdem auch Brandenburgs Gesandte die kleinlichen Zwiste um Rang und Titel mit durchgefochten, stellte sich für die gesammten Friedensverhandlungen die Frage der Entschädigung Schwedens durch Pommern als die wichtigste dar, wie viel mehr für Brandenburg. Aber Nichts konnte den Kurfürsten von seinem Rechtsanspruche abbringen und den lange vorbereiteten Ausweg einer Heirath mit der Königin von Schweden verwarf er schließlich direkt, um noch vor der Friedensentscheidung sich durch die oranische Heirath mit den Niederlanden zu verbünden. Er sah sich in seinen Ansprüchen auf Pommern vom Kaiser völlig verlassen und dachte wohl eine Zeit daran, mit Waffengewalt

kühn den Ausschlag zu geben, mußte aber den Vorstellungen seiner Räthe schließlich beipflichten, daß Alle sich dann gegen ihn vereinigen würden. Es war ein muthiges Ringen bis zuletzt, in dem kein redliches Mittel unversucht blieb, aber endlich war kein Ausweg, als in die Abtretung des vorpommerschen Landes zu willigen, von dem er auch durch die größten Opfer weder Stettin noch das rechte Oderufer auszunehmen vermochte. Daß wenigstens Hinterpommern für Brandenburg gerettet wurde, verdankte er auch nur eignen Anstrengungen, denn der Kaiser hatte bis zuletzt Schweden in allen Punkten in deutlicher Absichtlichkeit unterstützt. So war also Friedrich Wilhelms Politik bei der endlichen Abrechnung auf sich allein angewiesen und erlitt einen empfindlichen Verlust, den der Kaiser in seiner Verblendung als einen Verlust deutschen Landes gar nicht zu hindern versuchte. Der Schritt hätte dem Kurfürsten erspart werden können durch gemeinsamen Widerstand, er hätte ihn sogar am einfachsten selbst durch die schwedische Heirath vermeiden können, aber seine deutsche Politik ließ ihn nicht dazu kommen und hinderte damit, daß die Hohenzollern und Brandenburg den Interessen des Reiches so entfremdet wurden wie das Haus Habsburg. Daß Oesterreich ihnen dafür weder Dank noch Hülfe erwies, war nicht die erste Erfahrung der Hohenzollern, und noch nicht die letzte.

Glücklicher war Brandenburgs Einfluß bei den Berathungen über die religiöse Seite des Friedensschlusses, indem es ausdrücklich durchsetzte, daß die widerrechtliche Acht über das Pfälzer Haus zurückgenommen und ihm die Kurwürde zurückerstattet wurde. Wohl war es ein wichtiger Erfolg im Gegensatz zu der Thatsache, daß die ernestinische Linie Sachsens das gleiche Recht einst nach dem

Schmalkaldischen Kriege nicht hatte erringen können, aber freilich blieb diesmal Baiern in dem vollen Besitz der einmal erlangten Kurwürde und des größten Theiles der Pfälzischen Lande, sodaß nunmehr acht Kurfürsten verfassungsmäßig im Reiche bestanden, darunter nur drei evangelische. Weit großartiger war der Sieg Brandenburgs bei seiner Forderung, daß Reformirte und Lutheraner gleichberechtigt in den Frieden eingeschlossen sein sollten. Es war eine edle Erweiterung des Augsburger Religionsfriedens, ein über kleinliche Parteiungen innerhalb des Bekenntnisses erhabenes evangelisches Friedenswerk, das, durch Johann Sigismund angebahnt, nun den Hohenzollern die Führerschaft der Evangelischen in Deutschland einbrachte. Wie klein erschien daneben der zähe Widerstand Sachsens gegen diese Bestimmung noch bis zuletzt, nachdem sogar schon Oesterreich seine Einwilligung gegeben; nun erst war die Stellung Sachsens unter den evangelischen Fürsten als dem freieren Streben Brandenburgs unterlegen zu betrachten. Die andern Punkte, als speciell Oesterreich betreffend, entzogen sich natürlich dem Einfluß des Kurfürsten weit mehr; die Ausdehnung der Amnestie auf die österreichischen Erblande wollte er nach dem einmal Erreichten nicht zum Grunde des völligen Scheiterns aller Verhandlungen machen, und so blieben diese Länder auch jetzt in einer Ausnahmestellung und ernteten die traurigen Früchte des zu diesem Zweck unternommenen Kampfes. Daß sich Oesterreich von Spanien trennen und seine Beherrschung Deutschlands fortan mit Frankreich und Schweden theilen mußte, diese für Deutschland so folgenschwere Frage entschieden aber einzig die Waffen der fremden Mächte.

Brandenburgs Mitwirkung am Westfälischen Friedens-

schlusse ist somit keine bedeutungslose gewesen und gerade die Persönlichkeit des herrschenden Hohenzollern erhob es aus der noch eben vollständigen Ohnmacht zu einem im Völkerrathe Europas mitstimmenden Staate. Und die Stellung desselben war dabei die makelloseste unter allen Staaten, denn Brandenburg hatte keine neuen Besitzungen erworben wie die fremden Mächte sowie Baiern und selbst das evangelische Sachsen; nur sein gutes Recht hatte es gefordert, und es ist bezeichnend, daß gerade dieses den Grund zu so viel Zwist gegeben hat und das ganze Friedenswerk in Frage stellen konnte. Zwar wurden die Gebiete von Magdeburg, Halberstadt, Minden und Kamin zum Ersatz dem Brandenburgischen Staate einverleibt, aber der Besitz dieser geistlichen Gebiete schien noch keineswegs gesichert und fußte doch nicht auf dem alten Rechte wie der Anspruch auf Pommern. Was also für Brandenburg an Landbesitz zum Schaden der staatlichen Einheit verloren ging, wurde durch den Druck allseitigen Uebergewichts veranlaßt, was dagegen in der allgemeinen Stellung der Evangelischen im Reiche gewonnen wurde, war aus eigner Beharrlichkeit und im Gegensatz zu Oesterreich erlangt. So ergiebt sich von selbst, daß der Große Kurfürst nicht an eine Auflösung des Reiches und seiner Stellung zu demselben dachte, sondern nur den Wegen entgegentrat, auf welchen Habsburg seine Kaiserpflicht zu erfüllen suchte. Und die alte Verfassung des Reiches war nicht nur durch den Friedensschluß dahin, sondern auch Oesterreichs Stellung im alten Sinne gebrochen. Nicht der Kaiser hatte den Frieden geschlossen, sondern die fremden Mächte; ihm standen nun nicht mehr die Fürsten des Reiches untergeordnet wie einem Monarchen, sondern sie hatten Alle volle Souverainetät erlangt und konnten jeden Augenblick sich

auf ihre völkerrechtliche Stellung zurückziehen, wenn ihnen die reichsrechtliche unbequem wurde. Habsburg aber hatte den Gegensatz seiner eignen Kron- und Erblande zu Deutschland noch verschärft durch die Durchführung der religiösen Ausnahmebestimmungen des Friedens, es war bereits vollständig zur österreichischen Monarchie und europäischen Großmacht über Deutschland hinaus geworden. Ob die Fürsten Deutschlands bei den verschiedensten Interessen ihrer einzelnen Territorien fortan sich zu einer gemeinsamen Handlung vereinigen wollten, war lediglich in ihr Belieben gestellt, denn auch der alte Gegensatz der evangelischen und katholischen Kurfürsten war nun trotz Einrichtung der achten Kurwürde nicht mehr von Bedeutung, da Alle gleichberechtigt neben einander standen. Die anfänglich von dem permanenten Regensburger Reichstage gehegten Erwartungen für die Neugestaltung der Verfassung blieben unerfüllt, und der Kaiser, mehr nur ein Landesherr der Oesterreichischen Staaten, trat nur aus seiner Unthätigkeit heraus, wenn es galt, die Krone bei dem Hause Habsburg zu erhalten. In dem Wahlrecht beruhte darum noch fast einzig ein Vorrang der Kurfürsten vor den andern Reichsständen; bei den Wahlen konnte also nur erfolgreich seinen Einfluß einsetzen, wer Grund zur Mißbilligung und Aenderung der Oesterreichischen Reichspolitik zu haben meinte.

Die bevorstehende Wahl 1653 bot denn auch die nächste Gelegenheit, das Verhältnis zwischen dem Kaiserhause und Brandenburg klar zu legen, da ersteres nach seinem Gebrauch die Nachfolge für sich in der Person Ferdinands IV. zu behaupten trachtete und den Wahlfürsten darum ohne Stolz entgegenkam. Brandenburg hatte noch soeben in der Cleveschen Frage den Versuch, sich eigenmächtig

Recht zu schaffen, aus dem Grunde aufgeben müssen, daß sich ihm nirgends eine Bundesgenossenschaft eröffnete, selbst nicht bei den reformirten Häusern Pfalz und Hessen. So hatte sich mit der Nothwendigkeit eines behutsameren Vorgehens nach außen auch innerlich ein Wechsel vollzogen; nach der Entfernung des bisherigen ersten Rathgebers Burgsdorf suchte der Kurfürst in Gemeinschaft mit Männern wie Pfuel, Waldeck, Blumenthal für seine zerstreuten Provinzen eine einheitliche Verwaltung, eine neue Finanzordnung und eine gründliche militärische Reorganisation durchzuführen. Doch war die Errichtung einer wirklichen Monarchie noch nicht möglich, so lange die Bedingungen des westfälischen Friedens für die Lande des Kurfürsten noch nicht erfüllt waren, namentlich so lange Schweden noch gänzlich im Besitz Pommerns blieb. Darum griff Friedrich Wilhelm zur Wiederanregung der fast vergessenen Kurfürsteneinung und drang auf Einberufung eines Reichstages, da es nur auf diese Weise möglich schien, den Schweden gegenüber Ernst zu zeigen. Der Kaiser aber mußte bei seinen Absichten für die Wahl jetzt endlich Brandenburgs Rechte unterstützen, wollte er nicht die ganze Aussicht seines Hauses auf die Krone verlieren, denn standhaft blieb der Kurfürst in seiner Forderung, daß vor jedem andern Reichsgeschäft erst die Schweden zur Räumung Hinterpommerns anzuhalten seien. Natürlich waren die katholischen Kurfürsten den Wünschen des Kaisers durchaus geneigt und nicht weniger Sachsen; selbst Pfalz hatte von Schweden Nichts zu erwarten und erhielt nach alter Weise vom Kaiser gleich den andern Fürsten verschiedene Zugeständnisse. Bei der eifersüchtigen Stellung Schwedens mußte indessen jede Zwietracht vermieden werden und Habsburg sich also die Gewinnung Brandenburgs um jeden

Preis angelegen sein lassen; das hier zu machende Zugeständnis war jedoch nur ein wohlerworbenes Recht, das schon der Friedensschluß gewährleistet hatte. Wie merkwürdig ist bei diesen Wahlverhandlungen wieder die Stellung des Hohenzollern von dem Verhalten der übrigen Kurfürsten durch grundsätzliche Gegensätze getrennt! Sie fordern und sorgen nur für eine Vergrößerung ihrer eigenen engsten Interessen, während Friedrich Wilhelm Nichts begehrte, was ihm nicht rechtlich zustand, dessen Bewilligung wohl seinem Lande zu Gute kam, aber doch wesentlich auch des Reiches Macht und Ansehn kräftigen mußte. Um dies zu erreichen, entschloß er sich endlich zu einem Anschluß an Oesterreich, wird aber wohl kaum dafür den Vorwurf selbstsüchtiger oder unfreier Politik zu befürchten haben.

Ehrenvoll eingeladen begab sich der Kurfürst an den Kaiserhof zu Prag und erfuhr zu seiner Freude neben der zuvorkommendsten Aufnahme auch sachlich die größte Bereitwilligkeit im Betreff seiner Wünsche. Selbst die schon lange schwebende Frage der Rückgabe Jägerndorfs scheute er sich nicht zu erneuern und fand selbst hierin wider Erwarten volle Anerkennung seiner Rechte bei dem Kaiser, und kräftige Fürsprache bei Mainz. Es erging ein kaiserlicher Erlaß, der den Schweden die schleunige Räumung Hinterpommerns auferlegte und sogar eine Entschädigung Brandenburgs für den bisherigen Nichtbesitz versprach. Voller Hoffnung trat daher der Kurfürst den Rückweg an und schloß sich in Dresden der alten Kurfürsteneinung an; seine Gesandten aber begaben sich mit der bestimmten Absicht, nun für Oesterreich einzutreten, zum Reichstage nach Regensburg. Aber es zeigte sich gar bald, daß die Schweden meinten, dem Reichstage mit Uebermuth begegnen zu dürfen, indem sie absichtlich ihr

Verhalten in Pommern nicht änderten, trotzdem sie wohl wußten, daß der gesammte Reichstag nur auf Erledigung dieser Angelegenheit wartete. Der Kaiser aber hielt sich nicht für stark genug, dem Drängen der übrigen Fürsten nachzugeben und Brandenburgs Forderungen unentschieden zu lassen, vielmehr bewilligte er dem Kurfürsten einen neuen Aufschub wegen der noch schwebenden Verhandlungen mit Schweden, während dessen man in die Berathung der Wahlkapitulation eintrat. Aber erst auf eine erneute kaiserliche Botschaft an Schweden entschloß sich diese Macht zur vertragsmäßigen Räumung von Hinterpommern, und der Kurfürst hatte so vor den versammelten Fürsten Deutschlands in seiner deutschen Politik einen glänzenden Triumph errungen, denn man konnte sich kaum seinen Ausführungen verschließen, in denen er mit Vorbedacht geltend machte, daß seine Weigerung nicht sein eigenes Interesse allein verfolgt, sondern die gemeine Wohlfahrt und die Vollziehung des innern Friedens im Reiche vor Augen gehabt habe. Und diesen Erfolg hatte er ganz allein errungen, oder vielmehr Kaiser und Reich geradezu gezwungen, sein Ansehn geltend zu machen und die demüthigenden Bestimmungen des westfälischen Friedens nicht noch mehr durch Unthätigkeit zu verschlimmern. Aber auch die Zusagen betreffs Jägerndorfs ließ er keineswegs fallen und offenbarte damit einen ungewöhnlichen Scharfblick für die eigenthümliche Habsburgische Handlungsweise bei den Wahlen, welche die übrigen Fürsten noch immer nicht durchschaut zu haben schienen. Die beliebte Ausrede, alle unbequemen Verhandlungen bis nach der Wahl zu verschieben, wo sie dann erfahrungsmäßig nicht mehr von Oesterreich berücksichtigt wurden, vermochte ihn nicht zu verlocken, und selbst als die Wahl bereits in Augsburg begonnen wurde,

drang Blumenthal immer noch auf Sicherstellung seines Herrn. Aber allmälich schwand die Geduld der schon längst unbedenklich zur Wahl geneigten Fürsten und fast schien es, als ob man zum großen Schimpf für Brandenburg ohne dasselbe zur Wahl schreiten würde; man überhörte geflissentlich die wichtigen Bemerkungen Brandenburgs bei Durchnahme der Wahlkapitulation, und weder Sachsen noch Pfalz unterstützten auch nur mit einem Worte die für ihren Glauben so wichtigen Forderungen der Gleichberechtigung im Reichshofrath und der freien Religionsübung in den österreichischen Erblanden — wiederum nur dem allgemeinen Besten dienende Forderungen, für welche die blinde Hast der andern Fürsten kein Ohr und allerdings auch kein Herz hatte. Noch im letzten Augenblicke trafen neue Verhaltungsmaßregeln vom Kurfürsten ein, der unbedingt auf seinen Vorschlägen bestand und sogar andere Candidaten in Betracht zu ziehen rieth, aber schon war die Entscheidung vor der Thür; Ferdinand IV. wurde einstimmig gewählt, und der Kurfürst mußte wohl die endliche Haltung seines Gesandten billigen. Aber er erklärte freimüthig, daß er mehr Anlaß habe, gegen den Kaiser disgustirt zu sein, als dieser gegen ihn, könne auch in der endlichen Erhaltung Pommerns keine große Gnade und Wohlthat des Kaisers erkennen. Fast erwartet man nach frühern Beispielen mit Bestimmtheit, daß unmittelbar nach erfolgter Wahl alle Zusicherungen des Kaisers absichtlich nicht erfüllt werden, wie denn auch wirklich der Gesandte des Kurfürsten bald bitter melden muß, daß der Hof sich sehr geändert habe und man gar nicht mehr an die in Prag gegebenen Versprechungen denke. Blumenthal klagte sich selbst an, daß er nicht wohl gerathen habe, und in der That hatte der Anschluß an Oesterreich nicht zu

dem Ziele geführt, welches Friedrich Wilhelm vorgeschwebt hatte.

Allerdings hatte er durch die den Schweden abgenöthigte Achtung des Reiches auch seinem Lande wenigstens einen Theil der ersehnten Meeresküste hinzufügen können; mehr als je einer seiner Vorfahren hatte er es verstanden, die in vollständiger Zerrüttung überkommenen Lande in kurzer Zeit zu kräftigen und durch ansehnlichen Zuwachs zur ersten Macht in Deutschland zu machen. Auf dieser Grundlage nun durfte er es unternehmen, nachdem seiner Reichspolitik von Seiten Habsburgs nur Widerstand entgegengesetzt war, immer bestimmter die Rechte des Fürstenthums und der evangelischen Religion zu behaupten, und schon damals sah man in Brandenburg die erste Macht Norddeutschlands. Der nun folgende Reichstag läßt unter Brandenburgs Führung eine energische Bemühung um die Verbesserung der Verfassung erkennen, aber es war unmöglich, dem nach erfolgter Wahl unzugänglichen Oesterreich und den unentschlossenen Fürsten Beschlüsse zu entlocken, trotzdem Friedrich Wilhelm kleinere Vorrechte der Kurfürsten aufzugeben und nach der Anbahnung des Friedensschlusses unter den Ständen des Reiches eine Gleichheit eintreten zu lassen entschlossen war. Schließlich war Nichts erreicht als die Wahl und die unter Protest Brandenburgs durchgesetzte Erhebung einer Anzahl katholischer Edelleute in den Fürstenstand, eine Maßregel, die nur auf die Wiederherstellung der katholischen Majorität zielte, welche durch die Einziehungen geistlicher Gebiete bedeutend geschwächt war. Eigenhändige Briefe Friedrich Wilhelms an den Kaiser und seine Gesandten forderten ausdrücklich die Fortsetzung des Reichstages nun auch im Interesse des Reichswohles, nachdem dasjenige

Oesterreichs gebührend durch die Wahl berücksichtigt sei, sonst aber der Frieden noch nirgends befestigt sei und rings an den Grenzen bewaffnete Mächte drohend anrückten. Nur das wurde erreicht, daß nach Auflösung des Reichstags in der weiter tagenden Deputation einer der drei evangelischen Kurfürsten zwei Stimmen führen sollte und das mit Baierns Eintritt erneute Uebergewicht der Katholischen damit ohne Gefahr blieb. Groß war nach diesen kleinen Resultaten aber doch Brandenburgs Ansehn bei Frankreich und einer großen Anzahl deutscher Fürsten, denn die selbstbewußte und consequente Durchführung einer Grundidee nöthigte Allen Achtung ab. Trotzdem konnte Friedrich Wilhelm sich keines Beistandes erfreuen, vermied auch ängstlich jeden Schein eines Zerfalls mit dem Kaiser und gab sich zunächst nur mit ganzer Energie der Aufklärung der eigenthümlichen Verhältnisse Preußens hin, wozu ihm der neue König von Schweden durch seinen Angriff auf Polen nothwendig Veranlassung gab.

Die Ansicht, Friedrich Wilhelms Stellung im schwedisch-polnischen Kriege und das bekannte welthistorische Resultat der Befreiung Preußens vom Einflusse Schwedens und Polens als natürliche Folge aus dem Gange der Thatsachen hinzustellen, ist nicht mit der schwierigen Lage zu vereinigen, in der nur eigner Entschluß und Entfaltung achtunggebietender Streitkräfte helfen konnten. Billig muß man die Kunst bewundern, mit der Friedrich Wilhelm seine Stellung zwischen zwei Großmächten nahm und erst nach langen Verhandlungen und fast unter Einbuße seiner Selbständigkeit den Anschluß an Schweden wählte, gegen dessen Macht Kaiser und Reich ihn durchaus nicht zu schützen vermochten. Die ruhmreichen Kämpfe um Warschau, die erste große Waffenthat der brandenburgisch-

preußischen Armee, befreiten ihn freilich bald wieder aus dem erniedrigenden Verhältnisse, in welches ihn die Unthätigkeit des Kaisers gestürzt hatte; nur durch eignes Handeln konnte er sich dem Schwedenkönig ebenbürtig zur Seite stellen und den Labiauer Vertrag zur Grundlage der Souverainetät in Preußen gestalten. Daß aber zugleich das ebenso demüthigende Lehensverhältnis zu Polen gelöst wurde, dafür wirkte in erster Reihe die Rücksicht auf die neue Kaiserwahl erfolgreich mit.

Der bereits erwählte Ferdinand IV. war gestorben, ohne daß Oesterreich die Früchte der Wahl von 1653 hatte genießen können; um so eifriger war es bemüht, für Leopold von Ungarn zu werben und die Stimmen sich geneigt zu machen, als inzwischen schon Karl Gustav von Schweden mit Mazarin und Cromwell in Verbindung getreten war zu dem Zwecke, bei der nächsten Wahl das Haus Oesterreich auszuschließen und den Pfalzgrafen von Neuburg auf den Thron zu erheben. Dieser Plan war freilich geeignet, den deutschgesinnten Kurfürsten der schwedischen Partei zu entfremden und lieber in eine weitere Erhaltung Oesterreichs bei der Kaiserwürde willigen zu lassen, als daß fremde Mächte Einfluß auf die innersten Angelegenheiten des Reiches gewännen und sein rheinischer Nachbar die Krone erlangte. Mit Freuden ergriff er deshalb die Gelegenheit, zugleich Preußen völlig vom polnischen Einfluß befreien zu können, und gab auch in schwieriger Lage den Beweis, daß er nur die Partei ergriff, welche ihm sowohl in Rücksicht auf seine landesherrlichen Pläne als im Punkte der Ehre des Reiches als die wirksamste erschien.

In der That war die Gefahr für Oesterreich sehr groß, bei der Neuwahl nach dem Tode Ferdinands den

vereinten Gegenbestrebungen derjenigen Mächte zu erliegen, die nach dem westfälischen Frieden über Deutschland bestimmen durften und die Bestimmungen der goldenen Bulle bedenklich in Frage stellten. Frankreich drohte mit Waffengewalt nach Frankfurt zu ziehen und hatte bereits Mainz, Köln und Pfalz für sich gewonnen, während aus verschiedenen Gründen die drei andern Stimmen von Trier, Baiern und Sachsen für Leopold einzutreten entschlossen blieben; da man Böhmen von der Vorberathung ausschloß, so lag die Entscheidung der ganzen Sache allein in der Hand Brandenburgs. Diesem hatte sich Leopolds Vermittelung des Wehlauer Vertrages, der die Unabhängigkeit Preußens auch von Polen aussprach, von Nutzen erwiesen, und der Kaiser hoffte damit schon des Sieges in Frankfurt gewiß zu sein und alle alten Ansprüche Brandenburgs, die es schon vor der letzten Wahl vergeblich vorgebracht hatte, außer Acht lassen zu können trotz der dringlichen Vorstellung des spanischen Gesandten, daß man schlechterdings sich mit Brandenburg einigen müsse. Endlich mußte indessen Oesterreich doch seine zweideutige Politik aufgeben und den Antrag Brandenburgs zur Friedensstiftung zwischen Polen und Schweden gutheißen, und nun erst trat man in die Berathung der Wahlkapitulation ein, die noch immer für alle außerdeutschen Mächte von Wichtigkeit war. Denn Leopold sollte sich ausdrücklich verpflichten, die Feinde Frankreichs nicht unterstützen zu wollen, erklärte aber, auf diese Bedingung nicht eingehen zu können und fand aus katholischen Rücksichten die Unterstützung des päpstlichen Nuntius; eine gleiche Beschränkung bezüglich Schwedens aber hintertrieb Brandenburgs energischer Protest, das vielmehr die gleiche Verpflichtung für Frankreich vorschlug, keinem Feinde des Kaisers und

des Reiches Hülfe leisten zu wollen. Es war der einzig mögliche Mittelweg, denn andern Falles war vorauszusehen, daß bei Zurückweisung der ersten Bedingung seitens Oesterreichs jene drei Kurfürsten sich ohne Vollziehung der Wahl an die fremden Mächte anschließen und dem Kaiserhause jede Aussicht der Nachfolge für immer abschneiden würden. Oesterreich konnte also die Kapitulation nur mit jener Klausel annehmen, und man beeilte sich nun, dem Kurfürsten von Brandenburg alle seine Ansprüche bereitwilligst zu gewährleisten. Nach verschiedenen Abänderungen des Wortlautes gelang es schließlich doch, die Zustimmung der Minderheit auch zu erlangen, und die Wahl Leopolds I. einstimmig ins Werk zu setzen.

Es ist auch bei dieser Wahl wieder einmal die Rede davon gewesen, die Hohenzollern auf den Kaiserthron zu erheben, und Mainz hat bezeichnend genug bemerkt, daß sich Niemand als Friedrich Wilhelm besser zum Kaiser schicke, denn er habe unter andern fürstlichen Tugenden auch die, freigebig zu sein. Wie die Kurfürsten aber im Grunde über die Tüchtigkeit des Herrschers dachten, zeigt deutlich ihr Bedenken wegen seiner Religion; zwar erklärten die Gesandten Brandenburgs mit Recht, katholisch zu sein wäre kein wesentliches Erfordernis für den zukünftigen Kaiser, aber sie fügten auch hinzu, daß ihr Fürst auch eine regelrecht auf ihn fallende Wahl nicht annehmen würde. Auch Trier hat anerkannt, diesmal sei es Brandenburgs Stimme, die den Kaiser allein mache; aber um so größer erscheint die Weisheit des politischen Entschlusses bei Friedrich Wilhelm, keine Pläne ehrgeiziger Art durch sein momentanes Uebergewicht zu fassen, sondern sich und sein Haus dem Throne noch fern zu halten, da noch manche inneren Fragen seines Landes ihrer Lösung

harrten. Für die Reichspolitik indessen konnte er das immerhin günstige Resultat der Verhandlungen mit Recht größtentheils seinem Verhalten zuschreiben, denn in den eigenartigen Anträgen und ihrer beharrlichen Behauptung ließen sich überall als Grundton die Worte lesen, die seine während der Wahl veröffentlichte Mahnung enthält: „Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“

Trotz der Bemühungen Frankreichs und Schwedens war doch die Wahl nach alter Weise wieder dem Hause Oesterreich zugewendet, ohne daß die Fürsten sich diesmal der Politik der fremden Mächte willenlos hingaben; Brandenburg vor allen Dingen hatte im Gegensatz zu den geistlichen Fürsten den Ausschlag für Oesterreich gegeben, und der Kurfürst hat sich immer gerühmt, Leopold die Krone auf das Haupt gesetzt zu haben. Doch nicht in blinder Zustimmung hat der Hohenzoller ihm beigepflichtet, sondern erst nach ausdrücklicher Sicherstellung des Friedens und unter der Bedingung, daß die Hülfe des Reiches nicht den Hausinteressen Oesterreichs und Spaniens zu Dienst verpflichtet sei. Eine solche Uebereinkunft mit Oesterreich unterschied sich wesentlich von der im Zeitalter der Joachime befolgten Politik Brandenburgs; nur ein freiwilliger und ehrlicher Bund dieser beiden Mächte konnte Deutschland fortan den fremden Kronen gegenüber erhalten, und es hatte sich schon bei zwei Wahlen gezeigt, wie wichtig auch dem stolzen Habsburg die Unterstützung des aufstrebenden Brandenburg sein konnte. Im engsten Zusammenhange mit dem Ausgange der letzten Wahl stand nun auch das Verhältnis Friedrich Wilhelms einerseits zum Rheinbunde, der sich im Anschluß an Frankreich und Schweden hauptsächlich gegen ihn und Oesterreich richtete, und andrerseits die Unterstützung Dänemarks

gegen Schweden. Wohl ging er seinen eignen Weg, weder den Rheinbund für geeignet zur Wohlfahrt des Reiches haltend, noch die Ohnmacht des ihm verbündeten Kaisers übersehend, aber doch schließlich in beiden Angelegenheiten wieder ohne Rückhalt gelassen; nachdem er die schmähliche Vollstreckung der Acht über Erfurt durch französische Truppen nicht hatte hindern können, mußte er dem Bunde nothgedrungen beitreten, wußte aber dessen Zweck auch gründlich zu vereiteln.

Allgemein bekannt ist der patriotische Eifer, den Friedrich Wilhelm weiterhin zu wiederholten Malen allein zur Rettung des Ansehns von Kaiser und Reich bewies, der aber Dank der lässigen Unterstützung des Kaisers erfolglos blieb und ihm trotz des glänzenden Erfolges seiner Waffen nach keiner Seite hin zu einem ehrenvollen Frieden verhalf. So ist es geschehen, daß auch dieser Hohenzoller trotz seiner verdoppelten Machtentfaltung den schon so sehr geschwächten Zusammenhang des Reiches nicht wiederherstellen konnte, und nothgedrungen der weiteren Vertheilung deutschen Landes an Frankreich zustimmen mußte. Zwar sein eignes Land vermochte er durch die denkwürdige That von Fehrbellin zu retten, aber die damals wirklich vorhandene Möglichkeit, Deutschland von Schweden und Frankreich und allen Folgen des westfälischen Friedens zu erlösen, wurde durch Oesterreichs undeutsche Aussichten und seine von vier Kurfürsten genährte Eifersucht auf Brandenburgs wachsende Macht vereitelt; man zog die Fremdherrschaft dem Einfluß einer neuen Kraft innerhalb des Reiches vor, und gab diese zu Nymwegen völlig Preis. Es ist nicht übertrieben, wie im Hinblick auf das prophetische Motto einer Denkmünze Friedrich Wilhelms Stimmung nach dem ihm aufgezwungenen Frieden von St.

Germain gewöhnlich geschildert wird, und selbst der behutsame Forscher vergleicht ihn dem zürnenden Achilles der homerischen Dichtung. Und welche Gedanken erfassen uns noch heute, wenn wir hören, daß er sich mit Recht beklagen durfte, nicht durch Krieg, sondern durch den Frieden ruinirt zu sein, und daß d e r unglücklich sei, der seine Kräfte für das Wohl des Vaterlandes anstrenge!

Unter diesen Umständen erklärt sich die völlige Wendung seiner Politik nach der antiösterreichischen Seite hinlänglich, nicht so sehr vielleicht der noch in demselben Jahre mit Frankreich geschlossene und lange geheim gebliebene Vertrag, worin er diesem sogar seine Mitwirkung zur Erlangung der Kaiserwürde zusichert. Dieser gerade bei Friedrich Wilhelm so unvermuthete Schritt ist der beste Beweis für die unerträgliche Haltung Oesterreichs in der deutschen Frage, darf aber dessen ungeachtet nicht mit der ähnlichen Wendung Joachims I. gleichgestellt werden; denn damals diktirten Ehrgeiz und momentane Aufwallung gegen Habsburg den für die Hohenzollern neuen Entschluß, jetzt aber lag weit größerer Grund zur Feindschaft gegen den Kaiser vor, und doch neigte sich der Kurfürst nur in der Noth der Selbsthülfe zu Frankreich. Bezeichnend genug für seine Beurtheilung ist, daß man sich bei ihm über eine Handlung ungewöhnlich verwundert, die andere Fürsten Deutschlands schon längst ohne Scheu begangen hatten, und um so ergreifender bleibt seine Hülflosigkeit, die ihn gerade zur Bundesgenossenschaft mit der Macht drängte, die er verabscheute und nach Kräften bekämpft hatte. Aber die positive Erlangung der Kaiserwürde durch Frankreich war doch in viel zu weite Ferne gerückt, als daß das Hauptgewicht des Vertrages auf dieser Bestimmung beruht hätte, vielmehr war sein Zweck negativ und bezeugt nur

die bestimmte Absicht, Oesterreich in Zukunft vom Throne auszuschließen, da es sich dessen unwürdig gezeigt und zur Behauptung desselben nicht fähig schien.

Friedrich Wilhelm hat die Reunionen Ludwigs XIV. nach Kräften zu hindern gesucht, dessen neuen Einfall aber nicht mehr erlebt, doch hat er noch selbst die Truppenstärke des Reiches bei dem nach den schwebenden Türkenkämpfen bevorstehenden Angriff auf Frankreich berechnet; so geschah es, daß er seine Politik zuletzt ausschließlich auf Anbahnung vielseitiger Bündnisse richtete und sich nothgedrungen von der aktiven Politik in das System des Gleichgewichts gedrängt sah, in dem er zu Ende seines Lebens, gleich stark durch seinen unleugenbaren Scharfblick, wie durch sein stattliches Heer geachtet, in unbestrittener Selbständigkeit dastand. So war auch das einseitige Bündnis mit Frankreich bald gehaltlos geworden und am wenigsten die Bestimmung hinsichtlich der Kaiserwahl von längerem Bestand geblieben. Als er noch einmal in dieser Angelegenheit den Wünschen Oesterreichs entgegentrat, war Frankreich vollständig schon dadurch befriedigt, daß er nur die Wahl Josefs zum Römischen König wegen seiner Jugend mißbilligte, und ebenso dem Anspruch des Hauses auf die Polnische Krone seinen direkten Beistand versagte. Allerdings hing die Wahlfrage mit der Angelegenheit des Schwiebuser Kreises eng zusammen, die im Grunde nur eine doppelte Täuschung des Kurfürsten und seiner Räthe durch Oesterreich ist, ebenso sehr fußend auf der augenblicklichen Meinungsverschiedenheit zwischen dem Kurfürsten und dem Kurprinzen Friedrich wie auf der Ueberzeugung Oesterreichs, daß die Macht Brandenburgs nur ein hinfälliges Werk sei, das den Tod des kräftigen Herrschers nicht überdauern werde. Gelegentlich der wiederholten Geltendma-

chung der Ansprüche Brandenburgs auf Jägerndorf hatte der Kaiser 1686 einen Allianzvertrag mit dem Kurfürsten geschlossen, dessen eigentliche geheime Bestimmungen nur wenige Räthe, wie Fuchs, erfuhren, daß nemlich Brandenburg für die Abtretung von Schwiebus allen Rechten auf Schlesien entsagen sollte, während dem ahnungslosen Kurprinzen wiederum eine geheime Verschreibung abgedrungen wurde, daß er Schwiebus einst gegen Entschädigung zurückgeben wolle. Der Kurfürst verpflichtete sich in jenem Vertrage hauptsächlich zur Abgabe seiner Stimme bei der nächsten Wahl für Oesterreich, glaubte aber dadurch den sichersten Rückhalt gegen Frankreich und zwar auf eine seiner deutschen Stellung würdige Weise gefunden zu haben. Er wurde indessen wie mancher Hohenzoller überlistet und hätte Schlesien wohl unwiderruflich verloren, wenn nicht die allzukluge Sicherung Oesterreichs mit dem Kurprinzen später von diesem als erzwungen zurückgewiesen und damit erst die ganze Streitfrage durch Friedrichs II. entschlossene That nach Wunsch geregelt werden konnte.

Von bleibender Bedeutung trotz seiner schon 1667 erfolgten Abfassung ist aber bis zuletzt das s. g. politische Testament des Großen Kurfürsten, das seine innersten Gedanken über das Reich und die fremden Mächte enthüllt. Er ermahnt darin seinen Nachfolger, im Verhältnis zum Kaiser vornehmlich auf des Reiches, der Evangelischen und seine eigne Wohlfahrt zu achten und dem Kaiser Nichts einzuräumen, was dawider, zu des Reiches und der Evangelischen Untergang und zur Benehmung der deutschen Freiheit gereichen könne. Im Verhältnis zu Frankreich solle er jedoch als Kurfürst mehr Rücksicht auf das Reich als auf fremde Kronen nehmen und der goldenen Bulle und

dem kurfürstlichen Verein nicht zuwider handeln, überhaupt der Vorfahren rühmlichem Exempel folgen. Es sind bis ins Einzelne gehende Rathschläge für alle Fälle hinzugefügt, die recht eindringlich die weitausschauenden Pläne des großen Staatsmannes kennzeichnen; und hier wie in dem Entwurf zur Erwerbung Schlesiens wird der Hauptnachdruck auf ein tüchtiges Heer gelegt, welches ihm selbst alle Erfolge und unbestreitbares Ansehn eingebracht hatte, und das er bei seinem Tode in einer Stärke von etwa 30,000 Mann zum Grundstock der Preußischen Armee und zur allzeit bereiten Stütze des neuen Staates hinterließ. So erscheint sein Ausspruch recht verständlich: Allianzen sind zwar gut, aber eigene Kräfte noch viel besser.

Um so mehr muß es Wunder nehmen, daß die letzten Bestimmungen Friedrich Wilhelms die alte Tradition seines Hauses bezüglich der Untheilbarkeit des Landes gerade nach so schwer erreichter Einigung außer Acht gelassen haben. Er, der auch die angetragene Polnische Krone gleich seinen Vorfahren meinte zurückweisen zu müssen, um nicht seine Religion um einer Krone willen zu verlassen, und der damit mehr Verständnis für die wahre Stellung seines Hauses in Norddeutschland bewies als später Sachsen, ließ sich doch im Widerstreit mit seiner politischen Einsicht und der hausväterlichen Fürsorge für alle Söhne zu einer Theilung bestimmen. Nicht wenig hat seine zweite Gemahlin Dorothea für ihre eignen Kinder dies gewünscht, doch auch schon früher hegte Friedrich Wilhelm denselben Gedanken, wobei er freilich ängstlich bemüht blieb, dem Erstgebornen die Kurwürde, Souverainetät und den Heeresbefehl zu wahren. Doch der nicht zu leugnende Mangel haftet den verschiedenen Abfassungen des Testamentes gleichmäßig an, und selbst die mannigfachen Intriguen des

Kaisers, die ihn in den letzten Jahren umgaben, erklären seine eigne Absicht nicht hinreichend, die offenbar mit den Staatsinteressen und den Hausgesetzen der Hohenzollern im Widerspruch stand, wiewohl er doch noch 1684 den seit Antreten der Nürnberger Burggrafschaft in Vergessenheit gerathenen Titel eines Grafen von Hohenzollern wieder angenommen hatte zur Erneuerung der alten Stammesgemeinschaft mit der schwäbischen Linie.

Und wie gewaltig stand nunmehr das Hohenzollernhaus da, als auch Friedrich Wilhelms Nachfolger die Theilung glücklich vermied und sich die Königskrone auf das Haupt setzte! Der letzte Kurfürst des Stammes aber hat in seiner thatenreichen Regierung erst ermöglicht, daß Brandenburg ein staatliches Ganze bildete, für welches er die Hingebung des Herrschers ebenso forderte wie die Aufopferung des einzelnen Unterthanen im Gegensatz zu der früheren lässigen Theilnahme der Stände. Er hat aber nicht nur seine zerstreuten Ländermassen zu einem europäischen Reiche umgestaltet, sondern auch die Rücksicht auf Deutschland stets in erster Linie im Auge behalten und des Vaterlandes Ansehn bei den Völkern mit starker Hand wieder zu heben begonnen. Wenn es wahr ist, daß er als Landesherrscher eine Gründung für alle Zeiten vollbracht hat, so gebührt ihm auch das Lob, der entschieden größte deutsche Mann des siebzehnten Jahrhunderts gewesen zu sein.

4. Kapitel.

Die Könige von Preußen als deutsche Wahlfürsten.

Friedrich I.

Der Sohn des Großen Kurfürsten hatte durch die Bestimmungen des Testaments eine schwierige Stellung, die er aber mit Beihülfe Danckelmanns und andrer Räthe ohne Zaudern überwand, und dadurch schon gestaltete sich sein Regierungsantritt zu einer denkwürdigen Thatsache für die weitere Kräftigung Brandenburgs. Unter Zurückweisung jedes Einflusses oder der Bestätigung des Kaisers entschied er die Angelegenheit als eine innere seines Hauses allein, indem er das Testament auf Grund des Hausgesetzes Albrechts und des Geraer Vertrages verwarf und erklärte, die Einheit als den Grund- und Eckstein seines Hauses nicht verrücken zu wollen, zugleich die Bestimmung seines Vaters durch dessen vielfache anderweitige Sorgen als übereilt entschuldigend. Es gelang leicht, die Brüder in Güte abzufinden und so das Hohenzollernhaus abermals in seiner eigenthümlichen Entwickelung wider Erwarten glücklich zu fördern.

Nicht weniger Thatkraft und volles Bewußtsein seiner Aufgabe bewies Friedrich bei dem erneuten Einfalle Ludwigs XIV. in das Reich; mit unerhörter Einigkeit zeigten sich diesmal die deutschen Fürsten dem übermüthigen Feinde gegenüber zur Abwehr entschlossen, und besonders wirksam wurde das von Brandenburg in Norddeutschland veranlaßte Bündnis, das auch noch Sachsen, Hannover und Hessen umfaßte und merkwürdiger Weise den Kaiser erst zur Unterstützung des Reiches aufrufen mußte. Die thätigste Unterstützung bereits allseitig geschätzter brandenburgischer Truppen erhielt aber auch Wilhelm von Oranien bei seinem Zuge zur Stärkung der Protestanten nach England, ohne daß der Kaiser diesen ungewöhnlichen Beweis eigner Kraft zu ändern vermochte. Die Thaten der Brandenburger bei Kaiserswerth, Mainz und Bonn reihen sich den glänzenden Erfolgen Friedrich Wilhelms würdig an, nur daß Friedrich sie jetzt in Verbindung und ebenbürtiger Stellung mit dem Kaiser und europäischen Verbündeten errang; aber eine inzwischen eingetretene Veränderung in der Stellung der Großmächte und private Entzweiung mit dem Kaiser drängten ihn beim Friedensschluß von Ryswick so in den Hintergrund, daß der Kaiser die Verhandlungen nun ohne ihn zu Ende führte und Friedrich dadurch so verletzte, daß er die Kurfürsten zum Protest aufrief und versicherte, die schmachvolle Behandlung werde ihm zur Warnung dienen, den Alliirten seine Dienste nicht zu eifrig anzubieten.

Das Verhältnis zum Kaiser war von Anfang an durch die Schwiebuser Angelegenheit ein peinliches gewesen, da Friedrich die ihm angethane Täuschung durchschaut hatte und bemüht blieb, das Anrecht seines Hauses auf Schlesien zu retten. Aber selbst bei der einzigen Angelegenheit,

bei welcher wohl Oesterreich sonst Zugeständnisse machte, der Wahl eines Römischen Königs 1690, blieb es diesmal den dringendsten Forderungen Friedrichs gegenüber in stolzer Zurückweisung; wenn er mit Preisgabe aller andern Forderungen nur die Rückgabe von Schwiebus zu vermeiden suchte und öffentlich die Geschichte seiner erschlichenen Unterschrift darlegte, zu deren Anerkennung er sich vielleicht weniger politisch als moralisch verpflichtet fühlte, so war Oesterreichs Beharrlichkeit nur noch abstoßender. Der Kaiser verweigerte jeden Ausgleich und forderte obenein die Stimme Brandenburgs für Josef als sein Recht, hergeleitet aus dem Vertrage von 1686. Wohl selten ist eine Wahl rücksichtsloser von Oesterreich betrieben als diese; man erklärte sie siegesgewiß als eine bloße Formalität, und die Berathung einer Kapitulation sei vollends unnütz oder höchstens nach der Wahl vorzunehmen. Unter diesen Umständen hätte auch die Stimmenthaltung Nichts ändern können, denn außer Sachsen und Brandenburg waren alle Kurfürsten persönlich in Augsburg erschienen und wetteiferten trotz der demüthigenden Behandlung, die sie vom Kaiser erfuhren, in Dienstbeflissenheit für seine Wünsche; die übrigen Fürsten aber, von dem Gedanken einer neu zu errichtenden Kurwürde geblendet, zeigten sich nicht minder gehorsam. Und doch durften nach seiner Anweisung Friedrichs Gesandte bis zum letzten Augenblick ihre einzige Forderung nicht aufgeben, und selbst noch auf eine vorherige Prüfung der Kapitulation sollten sie dringen, und nur gezwungen sich fügen, um nicht den Haß und die Mißgunst des Widerspruchs auf Brandenburg allein zu laden. Und der Hohenzoller mußte sich wirklich fügen nach eben so glänzend bewiesener Hingabe für das Reich und doppelt schimpflich nach dem noch in

frischer Erinnerung stehenden Ansehn Friedrich Wilhelms, aber verlassen von England und den Generalstaaten, verhöhnt von dem auf Täuschung allein fußenden Anspruch des stolzen Kaiserhauses. So ist es gekommen, daß der zwölfjährige Erzherzog Josef zum Römischen König erwählt wurde, ein erneuter Beweis für die Rücksichtslosigkeit, mit welcher Oesterreich seine eigenen Pläne durchsetzte, und für die alte nur noch gesteigerte Eifersucht der deutschen Fürsten auf das Hohenzollernhaus.

Durch die schließlich nicht zu vermeidende Auslieferung von Schwiebus traten aber die gleichzeitig aufgegebenen Ansprüche Brandenburgs auf Schlesien wieder in volle Gültigkeit, und Friedrich der Große hat auf diesen Zusammenhang hin dieselben nur erneuern können, sodaß die Zweideutigkeit Oesterreichs doch ihren wenn auch späten Rächer fand. Bei den Verhandlungen darüber ist auch zuerst der Plan Brandenburgs nach Erlangung der Königswürde erwähnt worden, und Österreich hat ihn mit Rücksicht auf die gleichzeitigen Erhebungen andrer Fürsten nicht ganz zurückweisen können, wie man wohl erwarten müßte. Nicht nur das Haus Oranien war eben zum englischen Königsthrone gelangt, sondern auch Hannover erlangte 1692 die neu errichtete neunte Kurwürde nicht ohne Beihülfe Friedrichs, der Mainz, Baiern und Sachsen für diesen Plan gewonnen und dadurch ermöglicht hatte, daß nach dem Anfall der Pfälzischen Kurwürde an die katholische Linie wieder ein protestantisches Haus in das Kurfürstencollegium eingeführt wurde. Auch Sachsen gelangte um diese Zeit zur polnischen Krone und verlor mit diesem Schritt, der den Hohenzollern schon öfters nahe gelegen hatte, ohne daß sie ihn hatten thun mögen, nach dem Confessionswechsel die Leitung der Evangelischen in

Deutschland, die nun naturgemäß auf Brandenburg übergehen mußte. Aber der Plan zur Erwerbung der Königskrone war durch diese Vorfälle in Friedrich nur bestärkt, angeregt indessen schon von Oesterreich bei den letzten Verhandlungen mit dem Großen Kurfürsten, und zum festen Vorsatz geworden erst durch das engere Verhältnis, in welches Friedrich zu Baiern trat bei seiner Opposition gegen die spanische Succession Oesterreichs. Unter Anerkennung der bairischen Ansprüche auf Spanien vereinbarte er nun bestimmt für Baiern und Brandenburg die Erwerbung der Königskrone, doch ohne Beeinträchtigung der Reichsverfassung hinsichtlich ihrer Kurwürde, und ließ sich weiterhin in consequenter Verfolgung dieses Zieles zu bedenklichen und sonst ganz unerklärlichen Concessionen an Oesterreich hinreißen. Nicht mit Unrecht ist bemerkt worden, daß Friedrich sich die Krone nicht durch eine so heimliche und nachgiebige Politik vom Kaiser hätte zu erringen brauchen, wenn er sie nur im Hinblick auf seine Wehrkraft im Augenblick des europäischen Kampfes selbständig hätte ergreifen wollen; denn daß dem Wunsche nicht bloße Eitelkeit zu Grunde lag, sondern neben dem Zuge der Zeit auch das Bewußtsein wirklicher Kraft ihn mit zur Vollendung trieb, ganz abgesehen von dem eigenthümlichen von dem Reiche unabhängigen Besitzstande in Preußen, ist nicht zu verkennen. Und doch hat die trotz aller Störung des Lieblingsplanes stets festgehaltene Rücksicht auf den Kaiser etwas Rührendes neben ihrer demüthigenden Seite; sie ist vielleicht nur bei einem so reichstreuen Geschlecht möglich gewesen, wie es die Hohenzollern in wichtigen Fragen immer gewesen waren. Und auch der Vorwurf, daß ein einseitiges Streben nach einem bloßen Titel ohne Machtzuwachs ein thörichtes sei, hat sich gerade in der Folge

als unrichtig erwiesen, wie auch Leibnitz nicht nur als Hofmann oder Philosoph bemerkt hat, daß zur Erfüllung des Wesens allezeit auch der Name gehöre; denn wenn die Stellung des Kurfürsten von Brandenburg beim Ryswicker Friedensschluß so demüthigend gewesen war und nicht ohne Einfluß auf Danckelmanns Sturz und die Verdoppelung der Absicht auf die Krone, so ist es ohne Zweifel von Bedeutung, daß dagegen im Rath der europäischen Mächte von nun an ein Preußischer König gehört zu werden fordern und erreichen konnte. Friedrich darf darum mit Recht seinen Platz in der Reihe der Hohenzollern beanspruchen, die sich vom Großen Kurfürsten bis zum Großen König so glücklich in ihren Bestrebungen zum Wohle Preußens ergänzen.

Die Stimmungen der Mächte über die Erhebung des viel gehaßten Brandenburg gehören so genau zur Würdigung der damaligen Stellung desselben in Europa, daß sie kurz erwähnt werden müssen. Frankreich zunächst hatte schon dem Vater Friedrichs den Rath gegeben, die Königskrone anzunehmen, wenn auch in der Absicht, ihn dem Kaiser zu verfeinden; es blieb jedoch auch jetzt aus ähnlichen Gründen dem Plane nicht abgeneigt. Rußland, Dänemark und der eben erhobene sächsische Polenkönig waren der Absicht nicht nur nicht entgegen, sondern benutzten sie auch zur Erlangung der Neutralität Brandenburgs gegen Schweden, ein hinreichender Beweis für die Rücksicht, die Brandenburg in den nordischen Kämpfen bereits fordern konnte. Und doch war Friedrich weit entfernt, das Ziel auf die Weise Augusts von Sachsen zu erreichen, wie ihm die Jesuiten mit Hinweis auf die Hülfe des Papstes und selbst auf die Kaiserwürde vorstellten: auch nach dieser Seite hin ist also Friedrichs Rücksicht auf den

Kaiser ehrenvoll zu nennen, und der Abfall vom Protestantismus war vollends bei seinem Hause nimmermehr zu erwarten. Es ist keine Redensart und wirft ein helles Licht auf sein vielgeschmähtes blindes Streben nach der Krone, daß er die Bedingung des Confessionswechsels schroff abwies und erklärte, lieber das ganze Werk fallen zu lassen und sich statt der irdischen mit der ewigen Krone begnügen zu wollen. England und die Niederlande endlich sahen sich von ihrer anfänglichen Weigerung bald durch die drohende Gewalt Frankreichs und die Nöthigung zum Zusammenhalten aller protestantischen Mächte zum Gegentheil getrieben. So blieb nur die Verhandlung mit dem Kaiser übrig und zu dieser hat Friedrich sich erst nach eingehenden Gutachten seiner Räthe Fuchs, Ilgen und Bartholdi und nach eigner sorgfältiger Erwägung aller Möglichkeiten entschlossen. Nach Aufzählung der Nachtheile gelangte er zu dem Resultate, daß der Schritt für ihn nöthig, aber ohne jeden Nebenvortheil und nur mit dem Kaiser anzustreben sei; bezeichnend ist aber die Forderung, nur kraft seines reichsfreien Gebietes König zu werden und nur mit Zustimmung, nicht etwa unter Anerkennung des Kaisers. Den Ausschlag giebt die Erwägung, daß der Plan nur in der augenblicklichen Lage der europäischen Verhältnisse und der Hülfsbedürftigkeit des Kaisers schnell ausführbar sei, später aber vielleicht auf unübersteigliche Schwierigkeiten stoße. So muß man gestehen, daß der Entschluß keineswegs ohne reiflichen Vorbedacht vor den Kaiser gebracht wurde, der sich wirklich besonders dem letzten Grunde nicht verschließen konnte. Zwar erregte noch die religiöse Seite Bedenken, da ein mächtiger evangelischer Fürst leicht nach der Krone des Kaisers streben könne; doch die richtige Ahnung der kommenden Dinge wußten die durch einen

Zufall eingeweihten Jesuiten bald zu bannen, sodaß nur noch die politische Seite zu erwägen blieb. In dieser aber verstand Oesterreich bei seiner augenblicklich mißlichen Lage seinen Vortheil nicht eben schwer zu wahren; zu einer offnen Feindseligkeit war Brandenburg doch schon zu mächtig geworden, dagegen konnte es nach alter Weise für ein billiges Zugeständnis nun doppelt zu Gegenleistungen herangezogen werden, denn man war der Annahme aller Bedingungen ziemlich sicher. In demselben Augenblicke, als man auf die brandenburgische Kriegshülfe zählen konnte, durfte Oesterreich es sogar wagen, gegen Frankreich entschieden aufzutreten, wie es andrerseits dem Wunsche Friedrichs erst definitiv zustimmte auf die Nachricht von dem Tode des Königs von Spanien und dem für Frankreich günstigen Testamente desselben. So ist Friedrichs Beschleunigung ganz richtig gewesen, und er hat jedenfalls das Lob verdient, den richtigen Zeitpunkt für den doch einmal nöthigen Schritt erkannt und ihn sicherlich kräftiger benutzt zu haben, als mancher andere Hohenzoller gegenüber der klugen und hinhaltenden Politik Oesterreichs.

Die Wichtigkeit der erfolgten Rangerhöhung der Hohenzollern für ihr Haus können wir aber diesmal nicht besser zusammenfassen als mit den eignen Worten zweier Mitglieder desselben. Den gewaltigen Fortschritt erkannte schon der neue König selbst, wenn er gleichsam für immer von dem kurfürstlichen Standpunkte der Hohenzollern Abschied nehmend sich noch einmal als Kurfürst Friedrich III. fühlte, als welcher er gern die königliche Würde in sein Haus bringen wolle, da Kurfürst Friedrich I. demselben die Kurwürde gebracht habe. Und Friedrich der Große hat trotz seines anfänglich harten Urtheils den Kern der Wendung treffend mit dem Hinweis auf die Befreiung von

der Abhängigkeit zu Oesterreich gekennzeichnet: er nennt das Werk Friedrichs darum in seinen Folgen ein Meisterstück der Politik. Und wer den 18. Januar 1701 für berechtigt hält, in der Geschichte Preußens und Deutschlands auf immer denkwürdig zu bleiben, wird der nicht auch den 18. Januar 1871 als letzte und größte Folge jener That betrachten müssen? Wie haben sich in unsern Tagen die Worte des kaiserlichen Glückwunsches erfüllt, daß Friedrich die Früchte seiner neuen Würde bis zu den spätesten Nachkommen genießen möge! Und wie richtig hat damals allein Prinz Eugen die Nebenbuhlerschaft der neuen Macht vorausgesehen, die jetzt Oesterreich ebenbürtig zur Seite steht!

Unter den Bedingungen, zu denen sich Brandenburg verpflichten mußte, war der Wortlaut an mehrern Stellen von der größten Wichtigkeit, und es gelang Friedrich glücklich, den Doppelsinn doch schließlich zu entfernen. So setzte er die wichtige Fassung durch, er sei nicht „gemeint" gewesen (anstatt „befugt"), die Krone ohne Einwilligung des Kaisers anzunehmen; und ebenso wurde die anfängliche Forderung des Kaisers, die Oesterreich bei keiner Verhandlung jemals aus dem Auge verlor, bezüglich der Stimme bei zukünftigen Wahlen, in eine weniger bindende Form gebracht. Man hatte zuerst gefordert, daß Friedrich sich und seine Nachkommen verpflichten solle, bei künftigen Wahlen allezeit einem österreichischen Prinzen, so lange ein solcher vorhanden sei, seine Stimme zu geben; aber Friedrich wußte sich von der drohenden Abhängigkeit nach dieser Seite zu befreien und verstand sich nur dazu, seine Nachfolger testamentarisch zu erinnern, nicht vom Hause Oesterreich abzuweichen, falls sie nicht erhebliche Ursache hätten, anders zu verfahren — eine Klausel, die ein Vo-

tum künftiger Könige von Preußen für Habsburg als einen völlig freiwilligen Entschluß, Friedrichs II. abweichendes Verfahren aber ebenso als durchaus berechtigt erscheinen läßt. Und in der That hat der erste König von Preußen bei der nachmaligen Wahl ohne Rückhalt für Oesterreich gestimmt und in seiner väterlichen Vermahnung an den Sohn den Anschluß an das Kaiserhaus nachdrücklich gerathen, während schon sein Nachfolger in einem ähnlichen Schriftstück die bittersten Vorwürfe gegen Oesterreich aussprechen mußte und seinem Sohne eigne Bahnen zu wandeln überließ.

Folgenschwerer war, daß Friedrich die Bedingung nicht abzuändern vermochte, die ihn nicht nur zur angestrengten Hülfeleistung im spanischen Erbfolgekriege, sondern selbst außer Deutschland verpflichtete; hiermit schloß er sich nicht mehr dem Hause Oesterreich als deutschem Kaiserhause an, sondern begab sich ganz in den Dienst der Hausmachtspläne desselben und hat somit trotz der Erlangung der Königswürde sich in der That in eine Abhängigkeit fügen müssen, die größer war als je zuvor. Mochten auch seine Truppen wesentlich zum Erfolge der Schlachten beitragen, so durfte man ihn doch hinterher ungestraft bei Seite schieben; Wilhelm III. entzog ihm seine berechtigten Ansprüche auf die Oranische Erbschaft, und der Kaiserhof erhob immer neue Ansprüche an den willigen Verbündeten als angemaßten Tribut des Dankes für die geschehene Erhebung.

Josef I. folgte 1705 dem behutsameren Leopold ohne Widerspruch in Folge der schon längst erfolgten Wahl zum Römischen König auch in der Kaiserwürde, und sein Benehmen gegen Friedrich wurde nur noch schroffer, sodaß er sogar bisweilen gesonnen war, demselben im Namen

des Reiches alle Erbansprüche zu entziehen und selbst die Königswürde wieder aufzuheben. Es blieb dagegen nur ein Versuch, daß König Friedrich 1706 im Bunde mit Schweden und Hannover sich der evangelischen Sache annehmen wollte und dabei sogar die Kaiserkrone für erreichbar hielt, oder daß man daran dachte, mit Sachsen und Hannover zusammen wenigstens zu erzwingen, daß die Kaiserwürde zwischen Evangelischen und Katholischen abwechsele. Doch Hannover war vom Kaiser leicht gewonnen und scheute sich nicht, seine Eifersucht gegen Preußen selbst durch Abkehr vom evangelischen Bündnis zu bestätigen und die kleinlichsten Anschuldigungen Friedrichs in Wien vorzubringen. Nach alle dem begnügte sich auch Karl XII. von Schweden damit, Preußen mit der Obhut der schlesischen Protestanten beauftragt zu haben, ohne auf die weitere Stellung Friedrichs einzugehen. Dieser erntete so die unausbleiblichen Früchte seiner österreichischen Allianz, die ihm das Heer, die tüchtigste Stütze seines Ansehns, zu fernabliegenden Zwecken entzogen und das eigne Land im nordischen Kampfe wehrlos zurückgelassen hatte; das neue Königthum erwies sich nicht mächtig genug, sich selbst und seine Stellung in Norddeutschland zu stützen, und dem Kaiser galt Friedrich nicht einmal so viel, daß er als Kurfürst sich dem Verbleiben der Kaiserwürde bei Oesterreich jemals würde entgegensetzen können.

Um so merkwürdiger ist die Thatsache, daß die nächste Wahl 1711 wiederum zu Gunsten Oesterreichs und unter thätiger Mitwirkung des so demüthigend behandelten Preußenkönigs zu Stande kam. Oesterreich selbst glaubte nicht auf seine Zustimmung rechnen zu dürfen, wenn man auch wenig auf die Beweise gegeben haben mag, nach denen der Preußische Kronprinz angeblich nach der Kaiserwürde

trachten und in dieser Absicht katholisch werden sollte. Um so freudiger war man in Wien überrascht, als Friedrich von allen Fürsten zuerst und freiwillig seine bestimmte Absicht ausdrückte, Karl von Spanien zu wählen; er wurde laut gepriesen, als ob er damit allein den König Karl zum Kaiser gemacht hätte, und man versprach, ihm wie seinem Hause diesen Schritt nie vergessen zu wollen. Es ist ein schlagender Beweis für die Wichtigkeit der Wahl, daß man auch im Getriebe der großen europäischen Politik ängstlich auf die Zählung der Kurstimmen bedacht war und dieses Recht höher achtete als die tapferste Armee; aber auch die diesmal ausdrücklich hervorgehobene Verpflichtung Oesterreichs zum Danke gegen das ganze Haus Hohenzollern bietet eine Handhabe zur Prüfung der thatsächlich diesem Versprechen folgenden Behandlung Preußens. Und schon zeigte sich das alte Spiel mit leeren Worten von neuem, als Friedrich zugleich seine Wünsche in neunzehn Punkten vorlegte, die sämmtlich keine neuen Ansprüche oder ungerechtfertigten Forderungen enthielten, sondern nur die Erledigung schon lange schwebender und vom Kaiser stets hinaus geschobener Fragen über Entschädigungen, Privilegien und Rangverhältnisse betrafen. Waren dies kaum Forderungen zu nennen, da die wichtigste Frage wegen Schlesiens äußerst vorsichtig und bescheiden in Erinnerung gebracht wurde, so blieb die Haltung Oesterreichs trotz der drohenden Gefahr und bei allen Versprechungen gegen Preußen dieselbe. Denn in der That lagen die Verhältnisse jetzt so, daß durch diese Wahl nicht nur Deutschland, sondern ganz Europa betroffen wurde, denn Karl hätte dann die österreichisch-spanische Macht in einem Umfange erneuert, wie sie seine bisherigen Verbündeten nicht einmal wünschen konnten. Namentlich aber suchte Frankreich,

gegen welches die große Allianz gerichtet war, mit allen Mitteln dem Hause Oesterreich die Kaiserwürde zu entziehen und gerade in dieser Frage eine Annäherung an Preußen eifrig zu ermöglichen. Durch beschleunigte Botschaften wurde Friedrich dringend angegangen, das Kaiserthum vielmehr an sich zu bringen, und es wurden ihm dazu nicht nur die Stimmen von Köln und Baiern verbürgt, sondern außer den Oranischen Gütern eine Summe von mehreren Millionen zur Bestreitung der Wahlkosten und ein französisches Heer zur Deckung der Wahlversammlung zur Verfügung gestellt. Aber es überrascht nicht, daß Friedrich diesen Antrag kurz zurückwies und die Kaiserkrone selbst dem nunmehr königlichen Hause der Hohenzollern nicht zu erwerben suchte, da es im Kampfe gegen das bisherige Kaiserhaus und im Bunde mit dem verhaßten Frankreich hätte geschehen müssen, auch im Falle der Annahme nie zu einem gedeihlichen Ende für Deutschland und Preußen hätte führen können. Es war ganz richtig, daß es schlechterdings keinen andern Candidaten als Karl gab, aber ohne Zweifel hätte Friedrich nicht mit solcher Hast demselben entgegen kommen müssen, wenn er auch einsah, daß dieser Ausgang unvermeidlich sei. Wohl hat er mit England und den Niederlanden auch die Frage einer Theilung der spanischen Lande erörtert, doch zugleich die französischen Anerbietungen mit einer erneuten Versicherung seiner Treue in Wien offen dargelegt. Es ist einigermaßen erklärlich, daß Oesterreich selbst nach dem Erkennen der großen Gegenbemühungen Frankreichs noch nicht ernstlich auf Friedrichs Wünsche einging, eben weil er sich so überaus ergeben zeigte; andrerseits aber verdient der nichtssagende Bescheid Karls auf jene neunzehn Punkte bei der damaligen Lage eine nur noch schärfere Beurtheilung als in den lei-

der schon oft wiederholten Fällen zweideutiger Handlungen Oesterreichs. Wenn auch England in geheimen Absichten Preußen nur benutzte und zur Wahl in diesem Sinne trieb, so hat doch bei Friedrich ebensosehr patriotischer Eifer und die Hoffnung auf Erhaltung der Integrität des Reiches mitgewirkt zu der Entschließung für Oesterreich, wiewohl seine Räthe größere Ueberlegung der Folgen forderten. Dem entspricht auch, daß er schließlich in seinem Eifer gar nicht mehr auf Gewährleistung seiner Ansprüche bedacht war, und Formfehler wie die Abwesenheit der beiden geächteten Kurfürsten übersah, nur um desto schneller die Verwirklichung der Macht Deutschlands, wie er sie sich dachte, herbeizuführen. So wurde Karl VI. zum Kaiser gewählt, und Niemand hatte ein größeres Verdienst darum, als der König von Preußen.

Er sollte noch einsehen, daß der Kaiser nicht im Stande war, die Neutralität der schwedischen Reichslande aufrecht zu erhalten, und ebenso wenig Frankreich in seine Grenzen zurück zu weisen. Der plötzliche Wechsel der politischen Ansichten Englands trieb ihn noch zuletzt auf eine Seite, der er in seinen gesammten Bestrebungen bisher abgeneigt gewesen war; er starb, während noch über den Frieden verhandelt wurde und doch schon klar erschien, daß Preußen einen seinen Anstrengungen wenig entsprechenden Antheil daran nehmen werde. Aber dieser unfertige Abschluß seines Lebens, der doch so bald durch den Nachfolger ergänzt werden konnte, darf seine Beurtheilung im Zusammenhange nicht allein beeinflussen; war auch der vorläufige Gewinn für Preußen gering, und das Ansehn des neuen Königthums nirgends ein hervorragendes, so hat er doch an seinem Theile thätig dazu mitgewirkt, die Unabhängigkeit Deutschlands und zugleich Preußens von Frankreich

in einer Weise zu erreichen, wie sie zu Anfang seiner Regierung noch sehr in Frage stand. Oft hat er selbst einen nicht geringen Werth für seine dem Hause und Lande geleisteten Dienste beansprucht, und noch in den beiden Anweisungen für seinen Nachfolger entwirft er eine klare Darlegung seiner Grundsätze, die neben landesväterlicher Fürsorge doch ein stetes Eingehen auf die großen Fragen Europas zeigt; er empfiehlt ferner die Fürsorge für die evangelische Religion und zugleich die engste Verbindung mit dem Kaiser, gleichwie die Erhaltung einer starken Armee gerade dazu dienen müsse, dauernden Frieden zu erhalten. Nicht zu unterschätzen ist schließlich der Umstand, daß er in der Mitte zwischen zwei anders gearteten Herrschern steht und nur im Verhältnis zu ihnen an Wichtigkeit verliert. Doch bleibt sein dauerndes Verdienst für die Hohenzollern die Behauptung der Primogenitur und die Erwerbung der Krone, eine mit Bewußtsein eingehaltene Fortsetzung der uralten Haustradition, eine nothwendige Stufe für das größere Wirken thatkräftigerer Nachfolger. —

Friedrich Wilhelm I. war unmittelbar nach Antritt der Regierung bei den Friedensverhandlungen betheiligt und hat allerdings durch sein zweifelloses Verhalten und seine entschiedene Sprache in kurzer Zeit mehr erreicht, als Friedrich I. in langen Jahren voller Kämpfe und Unterhandlungen. Aus beiden Kriegen, die zu Anfang seiner Regierung noch unentschieden waren, ging er selbständig und nicht ohne glückliche Wahrung seines Rechtes hervor: der Utrechter Friede brachte die Anerkennung des Königsranges durch die europäischen Mächte und eine theilweise Entschädigung für die oranische Erbschaft, doch weit wichtiger war der im nordischen Friedensschluß endlich er-

langte Besitz Stettins und der Odermündungen. Es war nicht nur ein Erfolg der Einzelkraft Preußens, größer als Alles, was der Große Kurfürst und der erste König hatte erreichen können, sondern auch für das Reich die langersehnte Befreiung von dem Joche Schwedens seit den Zeiten Gustav Adolfs und dem westfälischen Frieden. Was Deutschland durch Schuld des Kaisers an Frankreich verlor, erhielt es durch einen Reichsfürsten im Norden von Schweden zurück, und es war nur eine natürliche Folge der Thatsachen, daß die Früchte in erster Linie Preußen zum Nutzen gereichten, denn nun erst war die geographische Lage des Landes einigermaßen abgerundet und der Entwickelung eines geschlossenen Staates fähig. Und dieser Staat war schon damals der eigentlich und einzig deutsche, denn zu keiner Zeit haben Deutschlands Fürsten so viele außerdeutsche Throne eingenommen wie zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts, wo England, Schweden, Polen und Rußland deutsche Herrscherhäuser hatten; die kleineren Fürsten Deutschlands blieben bei dem kläglichen Reichszustande ohne jede Bedeutung, und daß Oesterreich ohne Rücksicht auf Deutschland seine europäischen Pläne verfolgte, war nach seinen letzten Erfolgen doppelt erklärlich. Nachdem der Einfluß Frankreichs und Schwedens auf die innern Angelegenheiten des Reiches beseitigt war, fielen dem bewußten Streben nach der Erblichkeit der Kaiserwürde besonders die Wahlkapitulationen und Reichstage beschwerlich, und die undeutschen Pläne des Kaiserhauses richteten sich darum in erster Linie gegen das allein noch selbstbewußte Preußen.

Friedrich Wilhelm hat wiederholt in spätern Jahren selbst erklärt, wie sehr er anfangs geneigt gewesen sei, dem Kaiser gegenüber sich nur als deutscher Kur- und Reichs-

fürst zu fühlen und ihm jeden Beistand in Deutschland gegen die verhaßten Einmischungen fremder Mächte zu gewähren. Genaue Nachrichten über die Ansicht von seiner Stellung zum Reiche lassen ihn in einer Art ehrerbietigen Vasallentreue und von einem fast rührenden Glauben an die alte Macht und Herrlichkeit des Reiches erfüllt erscheinen, sodaß er als einfachen Ausweg vorschlug, daß alle Fürsten mit dem Kaiser zusammenkämen und ohne lächerliche Förmlichkeiten persönlich ihre Angelegenheiten ordneten. Es war dies indessen nicht nur seine allgemeine Ansicht vom Kaiserthum, sondern sie schloß sich direkt an das Haus Oesterreich an; ein Haupt im Reiche müsse sein, und darum sei es das Beste, bei dem Hause Oesterreich zu bleiben und nicht Andern die kaiserliche Autorität in die Hände zu spielen; ein Schelm und kein ehrlicher Deutscher sei, wer nicht dazu beitrage. Es ist nicht zweifelhaft, auf wessen Seite in diesem Verhältnis gute Absicht und Ehrlichkeit vorwaltete, und doppelt schimpflich erscheint daneben die Stellung des Kaisers und seines Spions am Berliner Hofe, der jede Aeußerung des Königs wörtlich nach Wien meldete. So kannte also das Kaiserhaus die innersten Ansichten des Königs und brauchte sich um so weniger vor ihm zu sichern, aber es würde auch im andern Falle seiner gewohnten Politik gegen Preußen nicht untreu geworden sein.

Von besondrem Werthe war aber erst Friedrich Wilhelms Stellung für Oesterreich in der Wahl- und Successionsfrage, um so mehr als die Gelegenheit zur Schwächung Oesterreichs sich dessen Feinden seit Jahrhunderten nicht so günstig dargeboten hat, als bei der damals bevorstehenden Gefahr des Erlöschens der männlichen Linie Habsburgs. Es ist bekannt, wie Karl VI. mit zäher Ausdauer von den Mächten Europas nach einander die Aner-

kennung seiner pragmatischen Sanktion zu erringen bemüht war; Preußen aber war mit seiner Kurstimme nicht weniger für den Plan geneigt zu machen, da natürlich auch der Fortbestand der Kaiserwürde für die weibliche Linie angestrebt wurde. Freilich war es nach der ausgesprochenen Ansicht des Königs nicht schwer, sich seiner Zustimmung zu vergewissern, aber doch hielt dieser es für seine landesherrliche Pflicht, nicht ohne Zurückkommen auf die alten Rechtsansprüche seines Hauses dem Kaiser seinen Beistand zuzusichern. Nach dieser Seite ließ er sich sogar 1725 von seinem Schwiegersohn Georg I. von England zu einem gemeinsamen Bunde mit Frankreich bewegen, hauptsächlich um sich seine vom Kaiser schlecht vertretenen Ansprüche gewährleisten zu lassen, ohne jedoch seine Stellung zum Reiche außer Acht zu lassen, die er vielmehr ängstlich dabei zu wahren suchte. Doch schon sehr bald bereute er diesen Schritt, zu dem ihn die unredliche Politik andrer Mächte bei seinem biedern Charakter um so leichter hatte verleiten können; bei seiner festen Ueberzeugung von dem Bestand des Reiches glaubte er bald, daß der Plan seiner Verbündeten im Grunde auf die Vernichtung Oesterreichs gerichtet sei, und eine solche Möglichkeit erschien ihm im höchsten Grade gefährlich. Er kam darum den Wünschen Oesterreichs bereitwilligst entgegen, und schloß mit dem Kaiser 1726 den Vertrag von Wusterhausen, in welchem er die österreichische Erbfolge anerkannte und zur Durchführung derselben seine militärische Hülfe versprach. Daß aber hierbei die patriotischen Absichten allein den Ausschlag gaben, zeigte sich deutlich, als bei Erneuerung des Bündnisses zwei Jahre später der ausdrückliche Zusatz aufgenommen wurde, daß der König dem „aus alter deutschen Reichsfürsten Geburt“ stammenden

Prinzen, welchen die österreichische Erbtochter heirathen würde, künftighin bei der Wahl eines Römischen Königs oder Kaisers seine Stimme geben wolle. Und selbst nach geschehenem Abschluß des Vertrages fügte Friedrich Wilhelm eine Deklaration jener Worte hinzu, die seine Absicht klar hervortreten läßt; er erklärt darin, nicht an den Vertrag gebunden zu sein, sobald der Kaiser seine Tochter einem französischen oder spanischen, wenn auch aus deutschem Geblüt entsprossenen Prinzen vermählen würde, denn keinen Spanier oder Franzosen wolle er, nur einen Deutschen. Zwar wies der Kaiser diese Erklärung als verspätet zurück, versicherte aber auf sein kaiserliches Wort, den Vertrag treulich und vollständig zu erfüllen und über die Heirath der Erzherzogin vorher den König befragen zu wollen.

Es war damit wieder eine enge Verbindung mit Oesterreich gerade zum Zweck der Wahl eingegangen, aber eine von früheren Verpflichtungen der Hohenzollern grundverschiedene; denn nicht würdigte sie Preußen nach Friedrich Wilhelms Ansicht zum willenlosen Werkzeuge der österreichischen Politik herab, sondern sie bezweckte in der ehrenvollsten Absicht die Selbständigkeit Deutschlands gegenüber allen fremden Mächten, und hätte bei ehrlicher Durchführung auf beiden Seiten ihres Erfolges sicher sein können. Doch der Kaiser hatte schon bei dem ersten Vertrage eine neue Täuschung Preußens begangen, indem er die Zusicherung der Cleve'sche Rechte zugleich im Geheimen dem Pfälzer Hause ertheilte, während er doch nur durch Anerkennung der Ansprüche Preußens auf dasselbe Land den Vertrag zu Stande brachte. Der König bestand beharrlich nur auf seinem Rechte und wies entrüstet anderweitige Entschädigungen zurück, konnte aber auch im

zweiten Vertrage nur eine unbestimmte Aussicht erlangen. Seine Politik erscheint durch das Fehlen jeder eigennützigen Absicht um so mehr echt deutsch und ehrlich, während Oesterreich durch Verfolgung seiner eignen Hausinteressen und das Widerstreben gegen die wachsende Macht des evangelischen Preußens sich zu einer ganz undeutschen und zweideutigen Handlungsweise erniedrigte.

Es gelang auch dem Einflusse Preußens, trotz des Widerspruchs der katholischen Kurfürsten von Baiern, Sachsen und Pfalz die Anerkennung der österreichischen Erbfolge seitens des Reiches durchzusetzen und dadurch namentlich die Aussicht auf den Fortbesitz der Kaiserwürde zu befestigen. Oesterreich hielt es seitdem nicht für nöthig, einmal im Besitz der gewünschten Anerkennung, auf Preußen auch nur äußerlich Rücksicht zu nehmen, trat vielmehr durch die polnische Königswahl in einen bis zur Nichtachtung gesteigerten Gegensatz zu seinem Bundesgenossen. August von Sachsen erfreute sich nemlich als Verwandter des Kaisers und Freund der pragmatischen Sanktion der Gunst Oesterreichs, welches gegen Frankreich und seinen Candidaten Stanislaus Leszynski zu Felde zog, in seinem Reichsheere durch Friedrich Wilhelm getreulich unterstützt. Aber von dem Abschluß des Friedens zu Wien 1735 wurde Preußen gar nicht benachrichtigt, während der Kaiser mit deutschen Ländern einen willkürlichen, gewissenlosen Tausch trieb, nur um seine Sanktion durchzusetzen; noch kränkender war aber die Behandlung Preußens, indem man ihm von der Vermählung Maria Theresias mit Franz von Lothringen gar keine Anzeige zukommen ließ, obwohl der Kaiser sich ausdrücklich verpflichtet hatte, auf Preußen in dieser für die Kaiserwahl so wichtigen Angelegenheit zu hören. Nun indessen war Friedrich Wilhelms Geduld

erschöpft und in seiner heftigen Weise äußerte er laut, daß er für seine redlichen Bemühungen nur Undank und selbst in plumper Form geerntet, obwohl er allein durch seinen Uebertritt zur kaiserlichen Partei Oesterreich gerettet und ihm die Nachfolge gesichert habe. In einem Schriftstück von 1736 entwickelt er seine Beziehungen zu Oesterreich ausführlich, und bedient sich darin bezüglich seiner Ansicht vom Kaiserthum der Aesopischen Fabel von den Fröschen, die einen Block zum Könige hatten, aber auf ihre Bitten um einen neuen den Storch erhielten, welcher einen nach dem andern von ihnen auffraß. Es wirft dieser etwas derbe und nicht gerade für Oesterreich schmeichelhafte Vergleich ohne Zweifel das hellste Licht auf Friedrich Wilhelms Reichsgesinnung; nicht blindlings Oesterreich ergeben, sah er doch keine Möglichkeit, einen Kaiser aus einem andern Hause zu nehmen, und die bittere Wahrheit für Oesterreich, nur in Ermangelung eines Bessern diese Würde behalten zu dürfen, ließ der kerndeutsche Schluß vergessen: Wir wollen keinen englischen noch französischen Kaiser, sondern einen von österreichischem Blut, deutscher Nation, haben und behalten und für denselben mit aller Macht streiten, so lang Preußen und Brandenburg den Namen behalten. Dieser Darlegung seiner frühern Ansicht schloß sich der fortlaufende Beweis an, daß Preußen vom Kaiser immer mehr vernachlässigt sei und in keinem Stück zu seinem Rechte gelangen könne; es solle dies aber für den Kronprinzen eine Warnung sein, wie er sich zu hüten habe, um nicht künftig auf gleiche Weise getäuscht zu werden.

Es sind fast dieselben Worte, die er drei Tage vor seinem Tode dem Sohne noch einmal ans Herz legte, und die ihm das Sterben durch die Aussicht zu erleichtern

schienen, daß das gesammte Streben seines Lebens nicht verfehlt sei, sondern noch durch den Sohn vollendet werden könne. In aller Munde ist sein Ausruf, den er einst über den Kronprinzen unter Thränen des Schmerzes und der Reue als ein untrüglicher Seher seines Hauses gethan: Dort steht Einer, der mich rächen wird! Diese Aussicht für die Zukunft hat ihm aber die letzten Tage nicht ungetrübt gelassen, und man hat sein Streben wohl dem Charakter des Helden verglichen, den Odin nach der Sage mit allem Guten begabte, sodaß er den besten Männern werth erschien, während Thor ihm kleine Mängel und Schwächen anhängte und schuf, daß er dem Volke verhaßt war.

Dieser Gegensatz zwischen Glück und Mißlingen hat Friedrich Wilhelms Beurtheilung lange Zeit in ungerechtfertigtster Weise beeinträchtigt; erst spät lernte man, daß er aus den Anekdoten der Diener und Spione in seiner wahren Gestalt nicht zu erkennen und ihm im historischen Bewußtsein des Deutschen Volkes noch immer nicht der rechte Platz angewiesen sei. Es ist richtig, daß seine Reichspolitik von ihm selbst schließlich als verfehlt erkannt wurde, aber er hat den Ruhm ehrlichen Wollens im vollsten Maße für sich; und daß er gegen Oesterreich diplomatisch unterlag, entsprang doch im Grunde nur aus der sonderbaren Doppelstellung, daß er als souverainer König auch zugleich Reichsfürst war. Eine Unterordnung unter ein echt Deutsches Kaiserthum wäre ihm nicht schwergefallen, aber dem größtentheils außerdeutschen Interesse Oesterreichs stand Brandenburg-Preußen nach lange gehemmter Entwickelung nun als eine Macht rein deutscher Art gegenüber. Immer mehr hat die Neuzeit auch Friedrich Wilhelms landesväterliche Verdienste schätzen gelernt und die

Ueberzeugung gewonnen, daß er Preußen als eigentlichen Staat im Innern erst geschaffen und daß gerade in seiner Persönlichkeit der Grund lag, warum das deutsche Wesen in dieser Zeit gerade in Preußen noch rein erhalten blieb. Es war also eine nothwendige Folge, daß sich die deutsche Geschichte fortan nicht mehr am Kaiserhofe vollzog, sondern in dem Staate der Hohenzollern, die endlich äußere Macht und innere Kraft genug gesammelt hatten, um an die Spitze der Evangelischen und damit der antiösterreichischen Partei zu treten; es war eingetreten, was Oesterreich gelegentlich der Jülichschen Ansprüche unter Johann Sigismund befürchtet hatte, daß der Kurfürst von Brandenburg das Haupt werden könne, das Lutherische und Calvinische längst gewünscht und erwartet hätten. Und auch die jüngsten Untersuchungen über Friedrich Wilhelms Thätigkeit nach dieser Seite beweisen von neuem, daß er sein bekanntes Verfahren gegenüber den Salzburgern auch sonst befolgt und den festen Grundsatz aufrecht erhalten hat, die Glaubensfreiheit unbedingt anzuerkennen, aber die kirchlichen Rechtsverhältnisse auch unbedingt den Staatsgesetzen zu unterwerfen.

Der Dualismus Preußens und Oesterreichs im Reiche war politisch und kirchlich bereits zur vollendeten Thatsache geworden; von Seiten Oesterreichs ist es erklärlich, daß es der selbständig aufstrebenden evangelischen Macht keine Sympathie entgegenbringen konnte, und der Grund lag schon in der Entwickelung mehrerer Jahrhunderte und war nach der Reformation nur verstärkt; aber es war auch das tragische Geschick Deutschlands, daß im Rahmen der alten Verfassung diese beiden Mächte nicht mehr neben einander Platz hatten. Niemals war indessen ein Hohenzoller weniger geeignet, die Eifersucht Oesterreichs herauszufordern,

als Friedrich Wilhelm I., denn er wollte nur gleichberechtigt in Europa dastehn, aber er ahnte auch die nothwendige Folge, daß Oesterreich nach seiner Weigerung und der Weiterbefolgung außerdeutscher Pläne dereinst seine Stellung in Deutschland räumen müsse, gezwungen von einem Hohenzollern.

Es war Friedrich Wilhelm noch nicht gelungen, den jungen Königstaat zu der gebührenden Stellung zu erheben, doch hat er die Mittel dazu in langen Jahren des Friedens und der Ordnung gewissenhaft gesammelt und ist dadurch zu einem nothwendigen Gliede in der seit dem Großen Kurfürsten aufsteigenden Reihe der Hohenzollern geworden, deren einzelne Verdienste er so treffend zu würdigen wußte, doch nicht ohne ausdrücklich zu bemerken, daß ein Preußischer König neben dem Emporkommen seines Hauses die Wohlfahrt seiner Unterthanen als Hauptziel vor Augen haben müsse; er selber aber, meint er, habe das Land und die Armee in Stand gesetzt, und an dem Nachfolger sei es nun, was die Vorfahren angefangen, zu behaupten. —

Friedrich der Große.

Der Ausgang des Vaters war keine leere Mahnung und nebelhafte Prophezeiung für den Nachfolger, der sich vielmehr von Anfang an nicht nur im Stande fühlte, sondern auch fest entschlossen war, in die Stellung Preußens zu dem Reiche und Oesterreich endlich volle Klarheit zu bringen. Trotzdem steht er nicht außer allem Zusammenhang mit der alten Tradition seines Hauses, und war nicht etwa unter allen Umständen von gewaltsamen Plänen erfüllt; sondern auch bei ihm bestätigt sich die merkwürdige Beobachtung, daß fast alle Hohenzollern zu An-

fang ihrer Regierung sich mit dem Kaiserhause in gutes Einvernehmen zu setzen suchten, später aber immer Grund genug hatten, dem Hause Oesterreich im eigenen und deutschen Interesse entgegen zu treten. Nur ist freilich Keiner dem Kaiserhause seit Jahrhunderten so schnell und kräftig entgegen getreten, wie Friedrich II.; er ist der Rächer geworden, den Urgroßvater und Vater ahnend erstehen sahen, der aber dem vorbereitenden Werke derselben ebenso sehr seinen Erfolg verdankt, wie der eignen ausführenden That.

Die harte Erziehung hatte Friedrich doch nie seinem Vater entfremdet, am wenigsten in jenen beiden Grundvorstellungen des Preußischen Herrschers, der Größe des Hauses und der Wohlfahrt der Unterthanen. Beide Bestrebungen erfüllen auch sein Leben in zwei gleich wichtigen Abschnitten, deren erster sich in dem Kampfe bewegte, der Preußens Existenz auf immer befestigte und ihm unsterblichen Ruhm erwarb, sodaß der zweite darüber leicht übersehen werden kann. Es war von unendlicher Bedeutung für Europa und noch mehr für Deutschland, daß die geplante Vermählung mit der englischen Prinzessin sich ebensowenig verwirklichte wie die mit der russischen oder Maria Theresia; wie der Große Kurfürst die Selbständigkeit Preußens rettete, als er die Hand der schwedischen Königin ausschlug, so hat auch der Große König durch die Heirath mit Elisabeth von Braunschweig wohl auf häusliches Glück verzichtet, aber desto mehr für die Unabhängigkeit Preußens gewonnen. Und nicht erst aus den letzten Ermahnungen des Vaters kannte er die Stellung Preußens zum Kaiser, sondern schon in Ruppin hatte er als Kronprinz eine Flugschrift erlassen, die nicht sowohl zur eigenen Klärung als vielmehr in der Absicht geschrieben

sein wird, der allgemeinen Meinung Europas und besonders den Seemächten die von Frankreich drohende Gefahr zu enthüllen, als es durch Fleurys Schlauheit Lothringen an sich riß. In diesem Aufsatze kam bereits die Ueberzeugung Friedrichs von der Schwäche des durch Oesterreich geleiteten Reiches zum Durchbruch; es wolle die Wahlfreiheit zerstören und die Kaiserkrone erblich machen, sei aber doch leicht zu durchschauen und auch zu besiegen, während die listige Politik der französischen Minister um Vieles gefährlicher sei. Es stand diese Betrachtung im engsten Zusammenhange mit der Frage der endlichen Erwerbung der Gebiete am Niederrhein, die Oesterreich und Frankreich gleichmäßig aus politischen und religiösen Bedenken Preußen mißgönnten, ohne daß dieses bei den Seemächten die natürliche Hülfe gefunden hätte. Wie in dieser Schrift, so hatte Friedrich auch schon in der bekannten Widerlegung Macchiavellis gleichsam einen Plan seiner eigenen Regierung entworfen, da nach ihr ein vollkommener Fürst die gemeinschaftlichen Angelegenheiten Aller selbst besorgen und selbst an der Spitze seines Heeres in den Kampf ziehen soll, denn nur hier würden die Streitigkeiten der Fürsten zu einer endlichen Entscheidung gebracht.

Im vollsten Umfange bestätigte er das System seines Vaters in der innern Verwaltung, nur noch bestimmter den Ministern erklärend, daß das Interesse des Landes auch sein eignes sein solle; nach außen aber trat er sofort der Auseinandersetzung mit Oesterreich mit großer Entschiedenheit näher, um jene alten Anrechte seines Hauses, die nun schon bei unzähligen Gelegenheiten dem Kaiser ohne Erfolg vorgetragen waren, endlich durchzusetzen. Doch auch sein Thatendrang stellte sich noch auf den Bo-

den des alten Reiches und suchte anfänglich durch gütliche Vorstellungen zum Ziele zu gelangen; aber sofort durchschaute er bei den ersten Ausflüchten des Kaisers die Absicht Oesterreichs, auch ihn nicht anders wie seine Vorfahren zu behandeln, und nun zeigte sich plötzlich, zu welcher Macht Preußen in der letzten Zeit herangewachsen war, und daß es nur einer entschlossenen Hand bedurfte, um dieselbe in Europa zur verdienten Geltung zu bringen.

In demselben Augenblicke zu Ende des Jahres 1740 ist der Mannesstamm des Habsburger Hauses erloschen und die lange eingeengte Kraft der Hohenzollern durch den Helden ihres Geschlechtes in freie Bahnen getreten — ein bedeutungsvolles Zusammentreffen für die Würdigung des Vergangenen und des Erwachenden. Es sank ein Haus dahin, das durch Deutschlands Fürsten einst erhoben, in Jahrhunderten sich durch alle Mittel im Besitz der Kaiserwürde erhalten und dadurch erst in die Möglichkeit versetzt gesehen hatte, die Europa umfassenden Erwerbspläne durchzuführen, allmälich aber durch seine confessionelle Stellung und europäischen Anschläge in eine von der ursprünglichen deutschen Bedeutung ganz verschiedene Lage gerathen. Es schien, als ob mit der veränderten Zeit auch das Geschlecht vergehen sollte, während zugleich ein neues entstand, das in kleineren Grenzen langsam erstarkt und nie seine deutsche Art aufgegeben hatte und wohl darum vor Andern die Ungunst des Kaiserhauses so beharrlich hatte erfahren müssen. So war es neben seiner eignen Jugendkraft eine ungemein günstige Gestaltung der Zeitverhältnisse, die Friedrichs Unternehmen zu befördern schien. Bekannt ist sein schneller Entschluß und die demselben folgende That, sich Schlesiens mit Gewalt zu versichern, doch hat er nicht ohne allseitige Ueber-

legung und Rechtfertigung diesen Schritt gewagt. Die einzige Bedingung, unter der sein Vater die Sanktion Kaiser Karls anerkannt, die Erwerbung von Berg, war absichtlich unerfüllt gelassen und darum der rechtliche Anspruch an Preußens Zustimmung verloren; nun aber ließ er diesen Anspruch ganz außer Acht und griff auf die alten Anrechte auf Schlesien zurück, das sein Haus nach der Schlacht am weißen Berge an Oesterreich verloren, jeder Herrscher aber seit dem Großen Kurfürsten zurückzuerlangen versucht hatte. Letzterer hatte, wie bemerkt wurde, schon einen vollständigen Angriffsplan aufgesetzt und die schmachvolle Schwiebuser Angelegenheit hatte den ersehnten Verzicht des Nachfolgers nicht gebracht, der aber noch bei den Wahlbedingungen 1711 nur begehrte, „daß seine Prätension auf Schlesien auf eine raisonable Weise erörtert werde" — jetzt jedoch lautete das Schreiben an die Generalstaaten ganz anders: „Kurfürst Friedrich Wilhelm habe einst dem Kaiser gedient und sei mit Undank belohnt worden, König Friedrich aber wolle zuerst seine Entschädigung in Besitz nehmen und dann Dienste leisten." Es war ein großer Wechsel der Politik in diesen wenigen Worten ausgedrückt. Friedrich fußte nur auf seinem Rechte und war überzeugt, durch Verhandlungen nimmermehr gleich seinen Vorfahren zum Ziele zu gelangen; er benutzte darum die Gunst des Augenblicks, sein Eigenthum selbst zu besetzen, doch nicht um das bedrängte Oesterreich eroberungslustig zu schwächen. Vielmehr glaubte er, nach dem Tode des Kaisers durch keine Rücksicht gegen ein Oberhaupt gebunden, dem Staate seiner Tochter gleichberechtigt gegenüberzustehen und mit ihr den Streit einfach beilegen zu können; dann wollte er mit ganzer Kraft für die Sanktion eintreten und die Kaiserwahl Franzs unterstützen. Und

diesen Gedankengang verfolgte er so beharrlich, daß er den von vielen Seiten gemachten Vorschlag verwarf, nach dem Aussterben des Habsburgischen Hauses die Kaiserwürde an den Hohenzollernstamm zu bringen; und obwohl man erwog, daß es kein Reichsgesetz gebe, welches Protestanten von dem Throne ausschließe, hat Friedrich selbst nie ernstlich an diese Möglichkeit gedacht und selbst die Aussichten Baierns damals noch zu Gunsten Oesterreichs nicht beachtet. Dieses Verhalten erscheint um so ehrenvoller, je allgemeiner sich damals in Preußen und Deutschland die Literatur mit der Frage der Preußischen Kaiserwürde beschäftigte, nicht am wenigsten beeinflußt durch die Lehninische Weissagung, welche eine kirchliche und nationale Einheit Deutschlands in Verbindung mit der Geschichte des brandenburgischen Hauses verhieß.

Es bleibt merkwürdig, wie sehr das Kaiserhaus sich durch ein solches Auftreten beleidigt fühlte, und durch keine Versprechungen Friedrichs bei seiner sonst doch mißlichen Lage sich zur Anerkennung der preußischen Ansprüche bewegen ließ; wohl war man erstaunt, als Friedrich die Grenze überschritt, man sah die Nebenbuhlerschaft Preußens im Reiche als fertige Thatsache vor Augen, und doch sträubte sich der alte Stolz vor einem Zugeständnis an den verhaßten Emporkömmling. Selbst der weibliche Sproß des Kaiserhauses verrieth die Abstammung durch eine fast männliche Unbeugsamkeit, und ihr Gemahl Franz war einem Nachgeben selbst in Aussicht auf die Kaiserkrone wenig geneigt, da er dieselbe ohnehin zu erwerben hoffte. Friedrich ließ sich noch einmal bestimmen, nur die Hälfte Schlesiens zu fordern, doch man verlangte erst die völlige Räumung Schlesiens und ging im Gefühl einer angestammten Würde so weit, ihn an den Gehorsam des Kurfürsten

gegenüber einem noch nicht einmal erwählten Kaiser zu erinnern und ihn der Verletzung aller göttlichen und menschlichen Rechte zu zeihen. Und wenn man seine Handlungsweise ermißt im Rückblick auf die lange Reihe seiner Ahnen, die um kleine Vorrechte oft lebenslang verhandeln und selten ohne Bitterkeit auf das wirklich Erreichte schauen mußten, wenn man ihnen öfter größere Entschiedenheit wünschen möchte bei aller Achtung vor ihrer strengen Gewissenhaftigkeit, soll man den Enkel tadeln, der endlich die lästigen und leeren Formen abwarf und im Vertrauen auf seine Kraft eben jene Entschlossenheit bewies?

Preußens Waffenruhm lockte bald die Vertreter der Großmächte als Verbündete oder Vermittler in Friedrichs Lager, der schließlich bei Maria Theresias beharrlicher Weigerung zu einer Vereinigung mit Frankreich und Baiern greifen mußte. Er hegte indessen nur die Absicht, sich dieses Ausweges gegen Oesterreich zu bedienen, um sein Recht zu erhalten und durch Uebertragung der Kaiserwürde an Baiern die Lage Deutschlands neu zu gestalten. Es mußte von nachhaltiger Wirkung sein, wenn nach Jahrhunderten das Haus Oesterreich bei einer Kaiserwahl einmal übergangen wurde; Friedrich war aber weit entfernt, die Wahl auf sich zu lenken, oder sich vom Reiche zu trennen, sondern nur bemüht, kein Reichsoberhaupt wählen zu helfen, welches die alte Politik der Demüthigung gegen Preußen fortsetzen könnte. Er trug darum kein Bedenken, Karl von Baiern zu unterstützen, ja durch seine Stimme gerade den Ausschlag zu geben, da er ihm schließlich eine bessere Stütze sein würde als Frankreich. Auf dem Wahltage zu Frankfurt mußte der böhmische Abgeordnete zuerst das Feld räumen, weil er keine männliche Stimme vertrat, und Friedrich beschleunigte nun die wie gewöhnlich

langen Verhandlungen über Nebensachen und Förmlichkeiten, um bald am Ziele zu sein. Er ging den Kurfürsten von Mainz um schnelle Erledigung an, damit die aus verschiedenen Gründen gerade günstige Stimmung der Kurfürsten nicht unbenutzt vorüber ginge oder ein neuer Feldzug für Oesterreich entschiede; letzteres mußte so den Wahlverhandlungen in peinlicher Unthätigkeit zusehen, und veranlaßte sogar durch sein anmaßendes Benehmen die frühere Ansetzung des Wahltages. Man berieth nicht erst eine eingehende Wahlkapitulation, sondern hoffte Alles künftig in Güte ordnen zu können, wenn erst der Krieg beendet und Oesterreich sich in das Unabänderliche gefügt hätte. Wohl glänzten die Gesandten der Kurfürsten durch mancherlei Aeußerlichkeiten, aber je einfacher die preußischen auftraten, um so größeren Einfluß übten sie aus; konnte doch der König bereits alle Kurstimmen einmüthig gegen Oesterreich in Bewegung setzen, mit dem er noch im offenen Kriege stand, auch der Billigung Frankreichs und Englands gewiß. Die Wahl Karls VII. 1742 war die erste folgerichtige Stufe der Preußischen Politik, als Oesterreich auch dem jungen König gegenüber sein Verhalten nicht ändern wollte; wenige Jahre hatten Friedrichs Bedeutung schon erkennen lassen, aber erst diese Wahl zeigte, daß Preußen mächtiger im Reiche dastand, als das alte Ansehn Habsburgs.

Es ist nicht Friedrichs Schuld, daß der neue Kaiser ohne bemerkenswerthe Leistungen für das Reich blieb und sich nicht von Frankreich befreite, denn nach beiden Seiten hin hat er ihn nach Kräften unterstützt; vorläufig aber mußte er seine eignen Angelegenheiten zu Ende führen, was bei der Erbitterung Maria Theresias über die Wahl, welche sie wegen des Ausschlusses der böhmischen Stimme

gar nicht anerkannte, doppelt schwierig fiel. Von seinen Bundesgenossen verlassen, behielt er aber doch das Feld und erweckte in Maria Theresia den Wunsch, sich des kräftigsten Feindes zunächst zu entledigen: der Breslauer Friede setzte ihn in Besitz seiner Forderungen und brachte ihm damit einen zweiten Triumph, mit dem er sich aber auch zu begnügen gedachte, um nun dem erwählten Kaiser in Verbindung mit den Fürstenhäusern eine friedliche Regierung des Reiches zu ermöglichen. Die Kurfürsten und der nach Frankfurt verlegte Reichstag beriethen gehobenen Muthes in der Erwartung, von einem Wittelsbachischen Kaiser andrer Maßregeln gewärtig sein zu können als von den Habsburgern.

Doch schon im Breslauer Frieden hatte Maria Theresia eine Neuwahl angeregt, da der mit Frankreich gewählte Kaiser kein rechter sei und man das Unrecht gegen Oesterreich wieder gut machen müsse. Natürlich schloß sich Friedrich dieser Beweisführung nicht an und trat bei der zunehmenden Ohnmacht des Kaisers in ein Bündnis mit Frankreich und Pfalz, zunächst um Karl VII. in sein Land zurückzuführen; mitten im Wechsel des Krieges starb dieser jedoch plötzlich, und dieser Umstand sowie ihr augenblickliches Uebergewicht ermöglichten Maria Theresia die Durchführung ihres Lieblingsplanes, die Wahl ihres Gemahls als Kaiser Franz I. 1745. Bezeichnend genug erklärte sie damals, daß auch das so schmerzlich entbehrte Kaiserthum eine leere Würde für sie sein würde, wenn sie nicht zugleich Schlesien zurückerlangt und Preußen gedemüthigt hätte.

So eng auch die Wahlen mit den politischen Verhältnissen zusammenhingen, so war doch Karls Wahl nur aus einer augenblicklichen Verbindung von Umständen hervor-

gegangen, die Oesterreich nicht zu hindern vermochte; ebenso befand sich nun Friedrich außer Stande, nachdem Baiern sich unterworfen, Frankreich geschwächt und England nur für ein österreichisches Kaiserthum war, unter den übrigen Kurfürsten eine Majorität zu erzielen. Die böhmische Stimme erhielt diesmal Zulassung, und man schritt trotz der von österreichischen Truppen bedrohten Wahlfreiheit zu einer beschleunigten Wahl; es zeigte sich aber bald, daß die geistlichen Kurfürsten jetzt wieder für Oesterreich stimmen würden, und daß sieben Stimmen entschlossen waren, den Protest Brandenburgs und der Pfalz außer Acht zu lassen. Man überging ihren Hinweis auf die Verstöße gegen die goldene Bulle, trat ohne Prüfung der Vollmachten in die Verhandlung ein und verweigerte den Bemerkungen der beiden andern Gesandten die Aufnahme in die übereilte Kapitulation. Und nicht wie bei früheren Handlungen fügte sich die Minorität diesmal, sondern verließ vor dem Abschluß der Wahl die Stadt unter Protest „gegen das turbulente Verfahren und die schismatische Wahl", die Verantwortung für alle Folgen von sich weisend.

Friedrichs Reichspolitik hatte mit dieser Wahl eine entschiedene Niederlage erlitten, aber schon zeigte sich, daß die Zeitverhältnisse in ihren Grundlagen andere geworden, daß die Kaiserwürde einen fast entbehrlichen Werth in sich schloß. Maria Theresia konnte mit gerechtem Stolz auf ihr Werk blicken, und ihre laute Freude in Frankfurt war der Ausdruck der Befriedigung, nach einer kurzen Pause nun doch dem Hause Lothringen-Toskana das alte österreichische Vorrecht übertragen zu haben. Aber die Macht, über deren Bestrebungen sie damit im Reiche siegte, war doch bereits in sich zu fest abgeschlossen, um gleich andern

deutschen Fürsten wie Sachsen und Baiern dem Uebergewicht zu erliegen; vielmehr behauptete Preußen im Dresdener Frieden sich gegen Oesterreich ohne Einbuße, einen bessern Gewinn sich sichernd als eine wesenlose Krone.

Die Behauptung, daß die Bildung des Preußischen Staates ein fortwährender Kampf gewesen, läßt sich zwar zu jeder Zeit in ihrer Berechtigung erkennen, doch war der Kampf seit dem Großen Kurfürsten grundverschieden von dem vor der Reformation geführten, und niemals vorher spitzte sich der Gegensatz zu Oesterreich in einen so offenen Kampf zu wie unter Friedrich II. Es handelte sich nicht mehr um die Existenz Preußens, sondern um die Gleichberechtigung mit Oesterreich, und mit dem Aufgeben des Jahrhunderte langen passiven Ringens traten auch sofort die Früchte der veränderten Politik zu Tage; nie hat Preußen seine großen Erfolge mit Zustimmung der großen und kleinen Mächte Europas errungen, sondern nur im Vertrauen auf seine eigne Kraft, die gleichzeitig vom Volke und dem Fürsten ausgeübt wurde, und zum ersten Mal von Friedrich II.

Es ist nicht ohne tiefere Bedeutung, daß nach den schlesischen Kriegen Friedrich schon als „der Große“ gefeiert und von den Ministern Englands und Frankreichs als Schiedsrichter von Europa anerkannt wurde; denn wohl war der dritte Krieg bei weitem heftiger, und die junge Macht mußte sieben Jahre lang der Uebermacht die Stirn bieten, aber der Ausgang brachte nicht die geringste Verschiebung der Stellung hervor. Preußen hatte die Feuerprobe als europäische Großmacht glänzend bestanden und im Reiche sich als mächtiges Gegengewicht gegen Oesterreich behauptet, und nicht nur das preußische Volk trat selbstbewußter auf, sondern ganz Deutschland

gewann das seit dem Westfälischen Frieden verlorne Nationalgefühl zurück; das „Jahrhundert der Aufklärung“ hat auf politischem Gebiete den größten Schritt gethan mit der Aufrichtung des preußischen Staates durch Friedrich II.

In der Natur der Eigenstellung Preußens lag aber, daß wohl das deutsche Nationalgefühl wieder erstarkte, gleichzeitig aber die Formen des alten Reiches immer mehr an Gestalt verloren; nur die Form des Kaiserreiches hatte man Oesterreich noch zugestanden, aber der eigentliche Kern für eine unvermeidliche Neugestaltung Deutschlands blieb fortan Preußen, ein durch mühsame Ausdauer seiner Fürsten von ständischen Wirren befreiter monarchischer Staat, ein Vorbild strenger Gewissenhaftigkeit und beharrlichen Strebens nach dem vorgesteckten Ziele, ein protestantischer Mittelpunkt und Hort der Toleranz, und nicht zuletzt eine Europas Achtung gebieterisch fordernde Militairmacht. Es war eine Bedingung des Hubertusburger Friedens, daß Friedrich dem Erzherzog Josef seine Stimme für die Kaiserwahl zusicherte, eine von Oesterreich bei den mannigfachsten Abmachungen nie vergessene Aussicht, für Friedrich aber bei weitem nicht mehr die Hauptsache. Josef II. wurde 1764 zum Römischen Könige erwählt und nach des Vaters Tode im folgenden Jahre auch zum Kaiser, aber bereits traten die leeren Aeußerlichkeiten allzusehr in den Vordergrund, wie genugsam aus Goethes Schilderung bekannt ist, der auch der allgemeinen Achtung des Preußischen Gesandten trotz seines spärlichen Aeußern bedeutsam erwähnt. Aller Augen waren auf ihn gerichtet als auf einen Helden des siebenjährigen Krieges; „so hoch stand der König und Alles, was ihm mit Leib und Seele er-

geben war, in der Gunst der Menge, unter der sich Deutsche aus allen Gegenden befanden!“

Das persönliche Verhältnis zwischen Friedrich und seinem nachahmenden Verehrer Josef II. wurde zwar durch wiederholte Zusammenkünfte befestigt und zu einer gegenseitigen Gewährleistung des Besitzstandes erweitert, aber als Oesterreich wieder die alten Bahnen seiner Reichspolitik einschlug, trat auch der König noch einmal entschlossen ihrer Fortsetzung entgegen. Neben Friedrichs Verdiensten um die Beruhigung und Kräftigung seiner Lande nach dem Kriege, der zweiten Aufgabe der Hohenzollern nach Friedrich Wilhelms Meinung, ist die letzte große Handlung seines Lebens den Zuständen des Reiches mit Eifer und Erfolg zugewendet gewesen. Preußens Theilnahme am bairischen Erbfolgekriege ging nicht aus dem eignen Bedürfnis hervor, sondern bezweckte eine Einschränkung der Erwerbungspläne des Kaisers in Süddeutschland; Friedrich zeigte sich entschlossen, die Verfassung des Reiches gegen die Uebergriffe des Kaiserhauses selbst mit den Waffen zu beschützen, und somit erschien Preußen bereits nicht mehr als Gegner Oesterreichs, sondern als direkter Beschützer der deutschen Fürsten. Was er im Teschener Frieden nicht vollständig erreicht hatte, mußte er aber gegen Josef abermals vertheidigen, als dieser nach dem Tode seiner Mutter noch rücksichtsloser den Tausch deutscher Länder zur Abrundung Oesterreichs betrieb.

Die Schöpfung des deutschen Fürstenbundes 1785 ist das eigenste Werk Friedrichs, und wenn nicht der erste Versuch der Hohenzollern in dieser Art, so doch der erste nachdrücklich betriebene und erfolgreich wirkende, ein gewaltiger Schritt der deutschen Politik Preußens. Denn an Stelle des Kaiserthums, welches Oesterreich noch immer

behauptete, trat Preußen mit der Mehrzahl der deutschen Fürsten zu einem neuen Bunde zusammen, nicht in der Absicht, aus dem Reiche auszuscheiden, aber gerade durch den Gegensatz gegen das alte Kaiserhaus unabänderlich auf eine Neugestaltung der Verfassung hingewiesen. Ohne Zögern schlossen sich ihm auch Sachsen und Hannover an und später Mainz, sodaß die kleineren Staaten kein Bedenken trugen, sich ebenfalls fast vollzählig in den Bund aufnehmen zu lassen; namentlich war die gesicherte Majorität der Kurstimmen für die Zukunft von großer Wichtigkeit, und Friedrich bemerkte mit Genugthuung, daß eine Wahl ganz in der Hand des Bundes liege. Gerade dadurch war das österreichische System in seinen Grundfesten erschüttert, denn ein Separatartikel des Vertrages setzte ausdrücklich zwei Möglichkeiten voraus bei einer Erledigung des Kaiserthrones; entweder wolle man berathen, ob überhaupt eine neue Wahl Statt finden solle, oder dieselbe nur im Sinne des Bundes vornehmen. Es war also bereits an ein Aufhören der Kaiserwürde gedacht, und dann wäre der Bund an die Stelle des Reiches getreten, oder die Neuwahl konnte nur ein Preußisches Kaiserthum gründen; jedenfalls aber wäre Preußen auch unter den verschiedenen Namen die thatsächliche Leitung der deutschen Angelegenheiten zugefallen. In Wien erkannte man die drohende Gefahr vollkommen, und versuchte mit Berufung auf das alte Recht und unter Drohungen den Folgen vorzubeugen, aber die preußische Widerlegung war zu schlagend in ihrer Aufdeckung des wahren Zieles der österreichischen Politik, und Friedrichs Ansehn in Deutschland noch ungebrochen. So lange er lebte, sah er die deutschen Fürsten einmüthig um sich geschaart und Oesterreichs Aussicht im Reiche vernichtet, die Wahl des Römischen Königs

als unmöglich aufgegeben. Friedrich II. starb nicht nur als Schöpfer der Preußischen Weltmacht, sondern auch als Schutzherr Deutschlands, und kein Hohenzoller vor ihm konnte erreichen, „daß von den Thronen bis in die Hütten nur wenige Menschen ohne ganz besondere Rührung das Wort seines Todes nachgesprochen!“ —

Friedrich Wilhelm II. liefert den Beweis, daß die Hohenzollern trotz der seltenen Reihe sich glücklich ergänzender Herrscher doch dem Gesetz der Natur unterworfen waren, daß den großen Erscheinungen wie im menschlichen Leben so in der Entwickelung der Staaten nicht allezeit ein ebenbürtiger Erbe folgt. Wie einst nach dem Tode des Großen Kurfürsten tritt auch nach Friedrichs Zeit ein Rückschlag in der preußischen Politik ein, jetzt aber auf dem im schärfsten Gegensatz gegen das Kaiserhaus erlangten Höhepunkte doppelt folgenschwer. Ueber weitschichtigen Plänen mit Holland und der Türkei, denen er nicht gewachsen war, versäumte Friedrich Wilhelm die energische Befolgung der begonnenen deutschen Politik, obwohl es nicht an Stimmen fehlte, die an das Wohl des Vaterlandes dringend erinnerten, und obgleich der Minister Hertzberg noch ganz den alten Ideen huldigte. Und wiederum nahte sich Oesterreich in der Wahlfrage, die der Fürstenbund so fest entschieden zu haben schien; doch nach Josefs Tode nahm Leopold die Pläne seines Hauses in einer Weise auf, daß er sogar wie zum Hohn seinen Beitritt zum Fürstenbunde ansagte, im Uebrigen stets bemüht, denselben zu sprengen und Preußen geschickt auf seine Seite zu ziehen. Es war aber ein vollständiger Bruch des Bundes, wenn es gelang, Preußen einer österreichischen Wahl geneigt zu machen und es zur Zustimmung ohne Vorwissen seiner Verbündeten zu bewegen. Mit listigen Worten

wurde Friedrich Wilhelm wieder gewonnen wie Mancher seiner Ahnen, was um so mehr zu beklagen ist bei der sichern von seinem Vorgänger geschaffenen Stellung, von welcher abzuweichen ihn keine Rücksicht auf außerdeutsche Verhältnisse hätte bestimmen sollen. Der Reichenbacher Vertrag 1790 bezeichnet eine tiefe Demüthigung Preußens, verbunden mit dem Verlust seines Einflusses und dem Vorwurf der Untreue gegen seine Bundesgenossen; um so größer war der Gewinn Oesterreichs, indem das gefürchtete Preußen sich gutwillig in die Kaiserwahl Leopolds II. fügte und damit seine deutsche Stellung vollständig wieder aufgab. Wohl ist auch bei dieser Wahl und der Wahlkapitulation eingehend verhandelt worden über Einschränkungen der Befugnisse des Kaisers und Verstärkung der Rechte der Wähler, aber gerade über die Preußen besonders angehenden Fragen wurde keine Verständigung gesucht, weil Hertzberg angeblich die Kaiserkrone für werthlos hielt und den um sie geführten Verhandlungen keine Aufmerksamkeit schenkte. Andrerseits wird aber versichert, daß er gerade den von Mainz unterstützten Plan, auch zugleich den Erzherzog Franz zum Römischen König zu wählen, hintertrieben habe, weil sonst die Kaiserwürde für Oesterreich auf ein halbes Jahrhundert erblich würde.

Und doch ist Franz II. 1792 zur Kaiserwürde gelangt, aber freilich ein halbes Jahrhundert später zeigten Deutschland und Oesterreich ein ganz anderes Gepräge — es ist die letzte Wahl des alten deutschen Reiches gewesen. Noch einmal fiel sie für Oesterreich aus unter Zustimmung Preußens, das mit seinem System auch Hertzberg geopfert hatte und nun in eine Politik des Schwankens gerieth, die ihm nach keiner Seite hin Ehre einbrachte.

Das Reich befand sich bereits in völliger Auflösung, und nach dem vergeblichen Versuche, im Bunde mit Oesterreich der französischen Revolution Einhalt zu thun, fielen zuerst Preußens linksrheinische Besitzungen an Frankreich. Bei der allgemeinen Ländervertheilung erlangte es zwar anderweitige Entschädigungen, die den Staat in Verbindung mit bedeutenden Theilen Polens zu einer abgerundeten Einheit erhoben, zumal auch damals das alte Stammland Ansbach-Baireuth an Preußen abgetreten wurde; aber ungeachtet dessen war Preußens Rolle in Deutschland eine immer bescheidnere geworden, seitdem es sich zur Neutralität entschlossen hatte. Schon war es nicht mehr unerwartet, daß Franz II. sich zum österreichischen Erbkaiser erklärte und bald darauf das Ende des Deutschen Reiches formell bestätigte, und am wenigsten widersetzte sich Preußen der Auflösung des Reiches. Ganz vereinzelt fiel es dafür noch in demselben Jahre um so tiefer; ob jemals wieder ein Deutsches Reich entstehen würde, lag aber ebenso sehr allein an Preußen. Es war die Frage, ob sein Volk sich ermannen und ein Hohenzoller die deutsche Politik kräftig wieder aufnehmen würde!

5. Kapitel.

Preußen an der Spitze Deutschlands.

Ein fast tausendjähriges Reich für immer zu stürzen konnte selbst die Revolution und ihr Erbe Napoleon nicht erreichen, so veraltet und schwach auch Form und Zusammenhang dieses Reiches sein mochten; zunächst war mit dem Aufhören der Einheit natürlich auch eine Trennung der Glieder des Reiches verbunden, die indessen noch immer auch ohne das Band der Verfassung durch das stille Gefühl nationaler Zusammengehörigkeit vor völliger Zerstreuung bewahrt wurden. Es konnte wohl nie zweifelhaft sein, daß eine Anzahl deutscher Fürsten sich wieder zu einem ausschließlich deutschen Bunde vereinigen würde, nur mit dem Unterschiede gegen früher, daß der Umfang des neuen Deutschlands nicht mehr derselbe bleiben würde. Vor Allen hatte das bisherige Kaiserhaus beim Ausgange des Reiches eine Haltung gezeigt, die zwar nur die Fortsetzung und der regelrechte Abschluß seiner gewohnten Politik war, für die Neugestaltung Deutschlands aber insofern von Bedeutung wurde, daß das nunmehrige Kaiserthum Oesterreich mit seinen vom Reiche losgetrennten Ländern einer rein deutschen Entwickelung dauernd

fern stehen mußte. Die kleineren Staaten des Reiches waren bei der Lockerung des Reichsverbandes dem ersten Ansturm des Feindes erlegen und zu einer mehr oder weniger freiwilligen Abhängigkeit von demselben verurtheilt, aus welcher sie sich selbst mit vereinten Kräften schwerlich selbst befreien konnten. Der einen Ausweg suchende Blick fällt also einzig auf Preußen, und es ist ebenso merkwürdig wie erklärlich, daß erst Preußens Sturz allgemein als der Untergang des deutschen Reiches angesehen, seine Zurückdrängung bis hinter die Elbe aber als für die Dauer unhaltbar erkannt und von ihm allein eigne Kräftigung und Deutschlands Erneuerung ahnend erwartet wurde. Selbst in der tiefsten Erniedrigung zeigte es sich also als Mittelpunkt des nationalen Gedankens, als moralisch an der Spitze der Deutschen stehende Macht, und dies ist bei aller Schmach von 1806 doch ein Grund zum Stolze für Preußens Stellung; es war ein wenn auch später Erfolg der preußischen Politik, wenigstens bei dem Zerfall des Reiches den Vorrang zu behaupten und den einzigen Grund zur Hoffnung für die Zukunft zu gewähren. Wie es aber möglich gewesen, daß Preußen aus seiner ringenden, nur geduldeten Stellung zum positiven Vorrange im Reiche gelangte, ist kurz im Zusammenhange noch einmal zu vergegenwärtigen.

Es ist nicht nöthig, in der Geschichte Preußens weit zurückzugreifen, um die Anfänge einer größeren, über die Grenzen einer Territorialmacht hinausreichenden Bedeutung für Deutschland constatiren zu können. Es liegt im allgemeinen Bewußtsein die richtige Vorstellung, daß Brandenburg weder in der Reformation noch im Religionskampfe des siebzehnten Jahrhunderts irgendwie vor den übrigen Fürstenthümern Deutschlands hervorragte, daß es

wohl sich eines ununterbrochen blühenden Fürstenhauses zu erfreuen hatte, welches in fortgesetzter Nachfolge die Länder friedlich erweiterte, aber in staatlicher Entwickelung und religiöser Erkenntnis seine deutsche Aufgabe noch nicht verstanden hatte, und nicht über die Anfänge hinausgekommen war. Um so schneller und glänzender gestaltete sich der Aufschwung seit dem Großen Kurfürsten nach allen Seiten hin zunächst durch innere Kräftigung, denn sein Versuch einer Union nach den Plänen Waldecks 1653 war nicht ausführbar, da Brandenburgs Führerschaft noch Widersacher fand, selbst als es sich um die Erhaltung des Protestantismus handelte. Die Stellung der ersten Könige wurde an und für sich zwar selbständiger, jedoch war bei ihrem Verhältnis zu Oesterreich noch keine Möglichkeit geboten, sie an die Spitze einer Partei im Reiche zu stellen, die nothwendig gegen die Politik des Kaiserhauses hätte gerichtet sein müssen; die Rolle, welche Friedrich Wilhelm I. im englischen Bündnisse spielte und die bald mit dem Vertrage zu Wusterhausen endigte, ist dafür Beweis genug. Erst Friedrichs Selbstbewußtsein beseitigte die letzte Schranke für Preußen, sodaß er bereits nach dem ersten schlesischen Kriege; nachdem Oesterreich seine Freundschaft zurückgewiesen, nicht nur die Kaiserwürde nach dreihundert Jahren an ein anderes Haus zu bringen vermochte, sondern auch auf die einfachste Weise ohne jeden Sonderbund Preußen in der Lage war, den neuen Kaiser und das Reich zu schützen und zu kräftigen. Aber der Tod des Kaisers und die erneuten Anstrengungen Oesterreichs, verbunden mit der Mißgunst der deutschen Fürsten, trieben ihn erst noch zweimal in den Kampf um die eigne Existenz, bevor er auf die Ordnung der deutschen Angelegenheiten bedacht sein konnte. Näher schon brachte ihn

der Erbfolgekrieg einer unbedingt hervorragenden Stellung unter Deutschlands Fürsten, doch erst der Fürstenbund von 1785 zeigt ein greifbares Resultat der Preußischen Politik in Deutschland.

Schon seit Kaiser Josef Preußen bei Rußland verdrängt hatte, war Friedrich von der Ueberzeugung erfüllt, daß dies auch seine Absicht in Deutschland sei; auf die Aeußerung von Kaunitz hin, daß Oesterreich die preußische Macht vertilgen müsse um zu herrschen, hatte er für jeden Preußen und besonders ihren Fürsten als hauptsächlichste Pflicht erkannt, sich nicht in Sicherheit einwiegen zu lassen. Bei den wiederauftauchenden Plänen Oesterreichs auf Baiern, die auch Frankreich und Rußland billigten, setzte er dann selbst 1784 einen Entwurf auf zu einem Bunde deutscher Fürsten zur Abwehr gegen den Kaiser, der die Reichsgewalt mißbrauche und geistliche Stifter wie weltliche Fürstenthümer an sein Haus zu bringen trachte. Und die Stimmung der Fürsten war jetzt bei weitem günstiger für Preußen, da sie sich aus gemeinsamer Gefahr und Geistesverwandtschaft zu einer Macht hingezogen fühlten, der sie nach den letzten Thatsachen Vertrauen schenken mußten; besonders lebhaft betheiligte sich Karl August von Weimar an den Berathungen, und in Berlin war neben dem Minister Hertzberg Niemand eifriger für ihre Verwirklichung als der Kronprinz Friedrich Wilhelm. Doch sollte es nicht ein Bund mit protestantischer Tendenz bleiben, obwohl Friedrich selbst ihn anfangs mit dem Schmalkaldischen verglich; vielmehr vereinigte sich die erste protestantische Macht auch mit katholischen Fürsten gegen den Kaiser, und der Erbe Baierns rief Preußen direkt zu seinem Schutze auf. Es war aber für Friedrich doppelt nothwendig zu handeln, als er in den Ab-

sichten Oesterreichs nicht nur eine Demüthigung Preußens in Deutschland, sondern auch eine Erneuerung des europäischen Einverständnisses wie im siebenjährigen Kriege sah, und zur Abwehr dessen eine schon lange angestrebte Vereinigung der Interessen des Reiches und Preußens verwirklichte. Der Fürstenbund bezeichnet also einen doppelten Fortschritt, insofern er auf dem direkten Vorschlage Friedrichs beruhte, und über confessionelle Rücksichten hinaus die Reichsstände ohne Unterschied unter Preußens Führung gegen die Eingriffe Oesterreichs in die Reichsverfassung aufbot; er ist darum wohl dem Passauer Vertrage Moritzs von Sachsen verglichen worden, freilich nur nach seiner innern Verwandtschaft hin.

Nun ist aber ein positiver Vorrang Preußens auch hier noch in Abrede gestellt worden, weil die kleinen Fürsten zum Anschluß an ein solches Bündnis unter Preußischer Führung nicht zu bewegen gewesen wären. Allein gerade Friedrichs Persönlichkeit und die den kleinen Fürsten von Oesterreich drohende Gefahr lassen es als unabweisbare Thatsache erscheinen, daß Preußen nicht nur moralisch sondern auch politisch und militärisch an der Spitze der deutschen Fürsten stand, zum ersten Mal seitdem die Hohenzollern Brandenburg betreten. Freilich war Friedrich nicht darauf bedacht, die Mitglieder des Bundes sich zu unbedingtem Gehorsam zu verpflichten und eine wirkliche Herrschaft über dieselben anzustreben, denn er selbst fühlte sich noch durchaus als Reichsstand wie die übrigen Verbündeten, und doch konnte er sehr wohl der Erste unter Gleichen sein. Für den damaligen Zeitpunkt ist also der Fortschritt ein kaum beachtenswerther, nur gewinnt die Thatsache um Vieles an Bedeutung in der zusammenhängenden Betrachtung der Reichspolitik der Hohenzollern als

eine erste Stufe der so lange angebahnten Preußischen Führung des Reiches. Es hat auch damals schon nicht an Stimmen in Deutschland gefehlt, die eine bedenkliche Abhängigkeit von Preußen mit Besorgnis voraussahen, wie selbst in Preußen die Meinung laut wurde, man solle sich nicht durch die Angelegenheiten des Reiches von der selbständigen Entwickelung ableiten lassen; jene aber wurden durch die Pflicht der Selbsterhaltung zum Schweigen gebracht, nachdem der Gedanke einer rheinbundähnlichen Vereinigung nicht am guten Willen des Reichserzkanzlers sondern an der Macht der Thatsachen gescheitert, während diese der König selbst beseitigte, der eine gedeihliche Entwickelung Preußens nur in Deutschland suchte. Haben so die andern Fürsten sich nothgedrungen unterordnen müssen, so hat auch Preußen ein Opfer gebracht, indem es freiwillig seine eigne Entfaltung an ihre Interessen knüpfte und anfing, Preußen in Deutschland aufgehen zu lassen.

Auch die Frage nach einem künftigen Oberhaupte des Reiches ist nicht nur in dem Sinne angeregt worden, daß man die Kaiserwürde Oesterreich entziehen oder vielleicht ganz aufhören lassen wollte, sondern Kronprinz Friedrich Wilhelm ist ausdrücklich für die Wahl eines Römischen Königs vorgeschlagen worden. Mainz knüpfte hieran freilich die Erwartung, er werde katholisch werden, aber obwohl man erwarten mußte, daß Preußens Herrscher diesen Schritt niemals thun werde, ist doch diese Anregung mehr als eine leere Form; daß sie nicht erfüllt wurde, hat vielmehr seinen Grund in den frühen Todesfällen Friedrichs und Josefs, sowie in den persönlichen Anschauungen Friedrich Wilhelms. Friedrich zunächst glaubte, daß der Fürstenbund auch für die Zukunft unverändert weiterbestehen und namentlich von seinen Nachfolgern in

gleicher Weise gepflegt werden müsse; er freute sich am meisten über das erlangte Uebergewicht im Kurfürstencollegium, und trotz des vorsichtigen Ausdruckes des Vertrages betont der erste Separatartikel, daß „eine künftige Römische Königswahl von vorzüglich großem Bedenken und hoher Wichtigkeit“ sei. Und beruhte diese Wichtigkeit nur im Ausschluß Oesterreichs, oder deutete Friedrich nicht etwas positiv Neues an mit den Worten „Dieser Bund in Deutschland kann zu etwas Furchtbarem gedeihen?“ Es war ihm ein Leichtes, wieder einen Kaiser wie Karl VII. durch den Bund erwählen zu lassen, aber schwerlich hatte er dessen erfolglose Wirksamkeit vergessen; einen Fingerzeig für seine Absichten und zugleich einen merkwürdigen Vergleich mit der gegenwärtigen Stellung Preußens in Deutschland geben vielmehr seine Bemühungen um den Abschluß von Militairconventionen mit Hessen und Braunschweig, die er vor seinem Tode freilich unvollendet lassen mußte. Er starb jedoch als Haupt des Fürstenbundes und nicht ohne höhere Hoffnungen für sein Haus, und wohl hatte der Kaiser vom Standpunkte Oesterreichs Recht, wenn er wünschte, daß Friedrichs Tod dreißig Jahre früher eingetreten wäre.

Auch in Wien zweifelte man keinen Augenblick an dem faktischen Uebergewicht Preußens im Bunde und war um den nahen Verlust der Kaiserwürde in so großen Sorgen, daß man in die heftigsten Drohungen ausbrach und zu dem leidenschaftlichen Schlusse gelangte, daß Oesterreich entweder Oberhaupt oder — wenn ein andres Haus den Thron einnehme — tödtlichster Feind des Reiches sein müsse. Der preußischen Entgegnung hierauf ist auch von dem besonnensten Beurtheiler der Vorzug zugestanden worden, und im direkten Gegensatz zu Friedrich zeigt Kaiser

Josefs Ausgang wirklich nur Mißlingen der geplanten Königswahl und trübe Aussichten für die Zukunft seines Hauses.

Es war jedoch nicht ohne Folgen für den Fürstenbund, daß nach dem Tode seines Stifters und seines Feindes in Oesterreich und Preußen ein Meinungswechsel eintrat, welcher deutlich beweist, daß der Fürstenbund hervorragend durch die Persönlichkeiten Bestand behalten hatte, die entweder eine beharrliche Wachsamkeit übten oder andrerseits dauernd Grund zur Besorgnis gaben. Beides kam unter den neuen Beherrschern beider Staaten in Wegfall, und besonders war es König Friedrich Wilhelm II., der von einer Fortführung des Bundes im alten Sinne absehen zu müssen meinte, so sehr er auch als Kronprinz sich für sein Zustandekommen interessirt hatte. Aber schon damals hatte er gezeigt, daß auch ohne den geforderten Confessionswechsel das Kaiserthum nicht sein Ziel war, denn er hatte erklärt, er wolle das Reich gegen alle Anfälle auf seine Freiheit und Verfassung schützen und sich überhaupt als ein patriotischer Reichsfürst beweisen. Dieses ist auch im Allgemeinen sein Ziel geblieben, und man ist in dieser Hinsicht erst neuerdings bemüht gewesen, besonders den Anfang seiner Regierung gegenüber der üblichen absprechenden Beurtheilung zu entlasten. In der Wahl Dalbergs zum Coadjutor von Mainz war er noch direkt mit Karl August von Weimar für die Befestigung des Bundes thätig, und nach den durch Kaunitz vereitelten Absichten Josefs auf eine Annäherung beider Staaten war sogar ein feindliches Einschreiten Preußens gegen die europäische Stellung Oesterreichs nicht mehr fern, als die Nachfolge Leopolds eine Wendung der Politik herbeiführte; Friedrich Wilhelm trat den Plänen Hertzbergs, der wie Kaunitz

seinerseits von keiner Annäherung hören wollte, immer mehr entgegen und zeigte sich schon während der Verhandlungen des Reichenbacher Congresses den Bewerbungen Leopolds um die Kaiserkrone geneigt. Seine Zustimmung verstieß schon gegen die Grundidee des Fürstenbundes, die eigenmächtige Verpflichtung für Oesterreich aber widersprach dem Wortlaut desselben direkt, denn alle Mitglieder sollten im gemeinsamen Einvernehmen über eine Wahl entscheiden. Der Bund fiel somit durch Preußens Gleichgültigkeit und mit ihm Hertzberg, wenn auch statt dessen die Bekämpfung der französischen Revolution ein würdiges Ziel zu sein schien. Auch hier zeigte sich bald kein nachhaltiges Einvernehmen mit Oesterreich, vielmehr von dieser Seite neue Eifersucht und Anbahnung neuer Schwierigkeiten im Rücken Preußens wegen Polen, so daß auf Haugwitzs Rath Preußen in die abwartende Stellung und bald mit dem Frieden zu Basel unter Preisgabe eigner und deutscher Länder in die völlige Neutralität übertrat. Der Fürstenbund schien nun gänzlich vergessen, im Grunde aber war er schon seit dem Tode Friedrichs inhaltslos gewesen, und darin konnte eine Mahnung liegen, daß es eines entschlossenen Herrschers bedurfte, um Preußens einmal gewonnene Stellung in Deutschland bewahren zu können.

Oesterreich zeigte im Frieden zu Kampo Formio, daß es lediglich in selbstsüchtigen Absichten und nicht für Deutschland den Krieg ohne Preußen fortgesetzt hatte, und nun folgte die rücksichtslose aber im Grunde unausbleibliche Vertheilung der kleinen Reichsgebiete, wobei Preußen nicht leer ausging, aber sich auch in keiner Weise im Stande zeigte, dem Andrängen Frankreichs entgegen zu treten. Eine unter andern Umständen so wichtige Veränderung,

daß die alten Kurfürstenthümer Köln und Trier aufgelöst wurden, war damals ohne Bedeutung, denn offenbar hatten die neu ernannten vier Kurfürsten von Hessen, Baden, Würtemberg und Salzburg keine Macht, die Reichsverfassung zu erhalten, und noch weniger sollten sie jemals an einer Kaiserwahl mitwirken. Schon stießen ihre Truppen zum Heere Napoleons, und aus seinen Händen nahmen Baiern und Würtemberg die Königswürde, während Preußen unschlüssig dem Zerfall des Reiches und der Niederwerfung Oesterreichs zusah. Nach solchen Vorgängen war die Bildung des Rheinbundes nicht überraschend, eine in den rheinischen Fürstenthümern durchaus nicht neue Idee, die nur 1806 weit schneller und nachdrücklicher von Frankreich betrieben wurde als 1653 oder 1785; es hätte nicht der Anzeige an den Reichstag zu Regensburg bedurft, daß man keinen Kaiser mehr anerkenne, denn das Kaiserhaus war vollständig gedemüthigt und in Süddeutschland kein Fürst übrig geblieben, der die äußere Zusammengehörigkeit des Reiches auch nur in Gedanken aufrecht erhalten hätte. Unter diesen Umständen konnte Franz II. wohl persönlich der Kaiserwürde entsagen, aber er war eben so wenig berechtigt, die deutschen Länder Oesterreichs vom Reiche zu trennen wie die Kaiserwürde für immer erloschen zu erklären. Noch bestand ein beträchtlicher Theil des Reiches in Norddeutschland unangefochten weiter, und nach langem Zögern schien sich dort wenigstens der Rest des Reiches um einen festen Mittelpunkt sammeln zu wollen.

In aller Stille hatte Friedrich Wilhelm III. bereits früher mit den Prinzen seines Hauses und patriotischen Rathgebern den Plan des Fürstenbundes wieder aufgenommen und sogar schon in dem fertigen Entwurf eines

Norddeutschen Bundes im Juli 1806 an jene Vereinigung anknüpfend als Ziel einen Bund mit Sachsen und Hessen bezeichnet, dessen Oberhaupt Preußen sein sollte. Merkwürdigerweise ist dieser Plan bis 1830 völlig unbekannt geblieben, obwohl er doch schwerwiegend für Preußens Stellung und die Beurtheilung seiner Pläne im Augenblick der Auflösung des Reiches sein muß; auch aus dem Grunde darf der Plan nicht als unbedeutend übersehen werden, weil er nicht wirklich ins Leben treten konnte, denn Preußen trägt hieran keine Schuld, vielmehr muß die Idee als nothwendiger Schritt zum Verständnis seiner deutschen Politik beachtet werden, da die Verhandlungen darüber mit Vorbedacht geführt sind und jener Ueberhebung entbehrten, die in militairischen Dingen so unheilvoll dem Tage von Jena voranging.

Seit der Trennung Preußens von Oesterreich im Frieden zu Basel war die Neutralität Norddeutschlands die unmittelbare Ursache für die Entstehung eines Planes, der an Friedrichs Fürstenbund anknüpfte, aber die Grenzen des Bundes viel enger zog und Preußens Führerschaft weit bestimmter aussprach. In einer Denkschrift von 1801 kamen schon die Sätze vor: „Der König von Preußen wird als Erb-Kaiser des nördlichen Deutschlands proklamirt; die geistlichen Kurfürsten hören auf; überhaupt verschwindet der Name Kurfürst, weil die Wahl eines Kaisers nicht mehr stattfindet.“ Daneben war die wichtigste Forderung, daß nur deutsche Länder beitreten und die Streitkräfte des Bundes von Preußen einheitlich geleitet werden sollten. Aber allen Vorschlägen und der im gleichen Sinne laut werdenden öffentlichen Meinung gegenüber beharrte Friedrich Wilhelm III. auf der Politik des Abwartens, die Haugwitz so lange zur Geltung brachte, bis endlich

Napoleon durch die Stiftung des Rheinbundes einen Entschluß herbeiführte, ja sogar selbst in Berlin auf die Gelegenheit hinweisen ließ, die Kaiserkrone an das Haus Brandenburg zu bringen. Somit gebührt keineswegs Napoleon die Ehre, diesen Gedanken zuerst gefaßt und Preußen an die Hand gegeben zu haben, sein Antrag zeigt vielmehr eine richtige Beurtheilung der Stellung Preußens und bezweckte zunächst nur die Anerkennung des Rheinbundes. Friedrich Wilhelm aber weigerte sich noch damals, die Kaiserwürde an sein Haus zu bringen, weil Oesterreich noch dem Namen nach im Besitz dieser Würde sei; selbst früher aber hatte er es abgelehnt, sich gleich Franz zum Kaiser in seinen Erblanden zu machen, nur allein bemüht „den Rang zu behaupten, zu dem die Vorsehung sein Haus erhoben." Diese streng rechtliche und zartfühlende Anschauung erscheint auch hier als Eigenthümlichkeit der Hohenzollern, aber freilich jener bewegten Zeit wenig angemessen, doch hielt sie endlich nach der Abdankung Franzs ihre Zeit zum Handeln für gekommen. In wenigen Tagen fügte man sich den Ansprüchen Hessens auf Erwerb neuer Titel und Länder bereitwilligst, obwohl diese Bedingungen dem ersten Plane direkt widersprachen und die zu stiftende Vereinigung dem Rheinbunde fast gleichstellten; wenn auch Sachsen verschiedene Bedenken hatte, so hielt doch Preußen zunächst an einer Vereinigung mit diesen beiden Staaten unbedingt fest und legte schließlich bei der wachsenden Gefahr einen dritten Entwurf vor, in welchem den Gelüsten der beiden Bundesgenossen volle Rechnung getragen und Preußen allein ohne gleiche Erweiterung blieb; Vorrang und Aussicht auf die Kaiserwürde mußte aber auch das Mißtrauen der Andern diesmal zugestehen, die freilich dafür Könige werden sollten. Doch nicht genug

damit, denn die partikularistischen Gelüste Sachsens ruhten auch in diesem kritischen Moment nicht, obwohl sie so unzeitig wie möglich hervortraten; die von Frankreich doppelzüngig genährte Abneigung, sich einem kaiserlichen Preußen zu fügen, meinte noch eine Rettung in einem sächsisch-thüringischen Sonderbunde zu finden und ließ Preußens Drängen leichtfertig außer Acht, sodaß der bloße Anschluß Hessens den ganzen Plan erfolglos bleiben ließ. Preußen erlangte zwar nicht die Kaiserkrone und erlitt den tiefen Fall von Jena, und mit ihm Hessen, aber auch Sachsen sollte keinen Vortheil aus seiner undeutschen Sonderpolitik ziehen, die es seit Moritz und der Polnischen Angelegenheit nie aus eignem Antriebe verlassen hatte; zum Handeln gezwungen fiel es mitten im Kampfe zu Napoleon ab, aus dessen Hand es zwar die Königskrone aber auch die Mitgliedschaft des Rheinbundes erhielt, um später verdiente Schmach und Verkleinerung zu erfahren, als es sich erst mitten im Kampfe um Leipzig wieder der deutschen Sache zugewendet hatte. Preußens Stellung in diesen Verhandlungen vor Jena ist aber klar und sicher gekennzeichnet, ein bewußtes Fortschreiten auf der Bahn seiner deutschen Politik, wohl verspätet und vom übrigen Deutschland verlassen, aber auch in diesem Unterliegen mit dem einzigen Genossen Karl August des deutschen Andenkens werth.

Mit dem Tage von Jena war der Schlachtenruhm des Großen Königs erblichen und mit dem Tilsiter Frieden schien das Ziel erreicht, welches die zahlreichen Feinde des Hohenzollernhauses schon seit Jahrhunderten offen und im Geheimen erstrebt hatten: ein wieder kleines, schwaches Kurfürstenthum Brandenburg. Nur war es bezeichnend, daß zugleich Deutschland darniederlag und ohne eine

Erhebung Preußens nicht wieder aufzukommen hoffen durfte; denn indem Preußen anscheinend unerbittlich von Deutschland ausgeschlossen war, fand es volle Gelegenheit in der Abgeschlossenheit die begangenen Fehler zu erkennen und in ernster Selbstprüfung seine Aufgabe, die Befreiung Deutschlands, fest ins Auge zu fassen. Auch in diesen Jahren des Elends haben sich die Hohenzollern, vor Allen die Königin Louise, ihrem deutschen Berufe voll und ganz hingegeben und alle Männer, die an der Wiedergeburt Deutschlands arbeiteten, sind in Preußen thätig gewesen, gerade als es am kleinsten war; Preußen stand an der Spitze der Kämpfe, und doch heißen sie mit Recht deutsche Freiheitskämpfe, denn keine Schranke trennte Beide in der Zeit der Noth mehr. Und wenn auch der mächtig wachsende Ruf des Vaterlandes nach Kaiser und Reich sich in dichterischer Begeisterung mehr der mittelalterlichen Kaiserherrlichkeit erinnerte und Oesterreich auf seine Ahnen hinwies, so waren es nicht mehr engherzige Gesichtspunkte, denen die Seufzer entsprangen:

Wenn der Kaiser doch erstände!
Ach! er schläft zu lange Zeit — . . .
Deutscher Kaiser! Deutscher Kaiser!
Säumst Du? schläfst Du? Auf, erwache!

Selbst Schenkendorf sprach nicht nur die Einheit, sondern auch die Gleichstellung der ersten Glieder Deutschlands aus:

Haus Oestreich und Haus Preußen,
Ihr Beiden seid es doch!
Ihr könnt uns schnell entreißen
Dem letzten Schimpf und Joch.
Die Andern werden wollen,
Wenn Ihr es redlich wollt!

Es ist bekannt, wie dem patriotischen Eifer der endliche Ausbruch des Kampfes schon verspätet schien, aber in Anbetracht der kurzen Frist der Sammlung nach dem Sturze kann die Erhebung sogar noch als verfrüht bezeichnet werden; denn nach dem unaufhaltsamen Siegeslaufe war zwar der gemeinsame Feind vertrieben, aber bei der Regelung der deutschen Verhältnisse trat zu Tage, daß eigentlich nur Oesterreichs Stellung eine selbständige geworden, sodaß es die Wiederannahme der Kaiserwürde verschmähen konnte. Trotzdem zog die Metternichsche Politik ihre Hand nicht aus Deutschland zurück, das sie freilich sonst dem Einfluß Preußens hätte überlassen müssen. Letzteres aber zeigte eben, daß es noch nicht Kraft genug hatte sammeln können, um die ihm gebührende Führerschaft schon damals anzutreten. So war es vielleicht ein Glück, daß man noch keinen neuen Kaiser wählte und sich noch mit einem Bundesstaate behalf, der nur einen vorläufigen Charakter tragen konnte. Wohl dünkt Manchem die Zeit des Frankfurter Bundestages als zu lange bemessen, aber in dem halben Jahrhundert seines Bestehens erwies er sich eben immer mehr unerträglich und gleichzeitig erstarkte Preußen in friedlicher Entwickelung zu der 1815 noch nicht erlangten Reife.

Es thut wenig zur Sache, in wie viel Perioden man die Wirksamkeit des Bundestages theilen soll, denn die Ergebnisse derselben blieben negativ; erst mit der Errichtung des Zollvereins, von dem Oesterreich sich ausschloß, wendete er sich zu einer Entwickelung in aufsteigender Linie, die in einen immer stärkeren Gegensatz zwischen Preußen und Oesterreich überging, besonders seitdem Friedrich Wilhelm IV. die Pläne Radowitzs auf eine gründliche Umgestaltung des Bundes nachdrücklich betrieb. Nach den März-

tagen 1848 schien die Haltung des Königs eine derartige, daß ihm die Frankfurter Reichsversammlung am 28. März 1849 die erbliche Kaiserwürde übertrug. Der preußische Staat hatte in kurzer Zeit einen festen Grund durch seine Verfassung erhalten, aber Deutschland war der schwierigen Lösung noch nicht gewachsen, und selbst die Begeistertsten übersahen damals, daß nothwendigerweise erst die Auseinandersetzung mit Oesterreich vorhergehen mußte, ehe man das Preußische Kaiserthum mit Erfolg durchführen konnte. Wohl war es eine in der Nation weit verbreitete Ansicht, die Arndt in die Worte kleidete

Kaiserschein, Du höchster Schein,
Bleibst Du denn in Staub begraben?...
Nein! Kyffhäusers Fels wird springen,
Durch die Lande wird es klingen:
Frankfurt holt den Kaiser ein!

aber die Frankfurter Versammlung selbst mit ihren Parteiungen, der offene Haß der Großdeutschen, endlich die ungewisse Haltung der Fürsten waren Gründe genug für Friedrich Wilhelm, am 3. April der Deputation unter Anerkennung der Stimme des Volkes zu erklären, daß er die Kaiserwürde ohne freies Einverständnis der deutschen Regierungen nicht annehmen könne. Der Vorrang Preußens war wieder einmal glänzend ausgesprochen, die Kaiserkrone wurde ihm ohne eignes Zuthun angetragen, aber freilich unter Umständen, die einen kühnen Entschluß erheischten und einen ernsten Kampf mit Oesterreich nicht vermeiden ließen. Die Ablehnung Friedrich Wilhelms ist darum recht eigentlich aus der Hohenzollerntradition zu erklären, die sich stets streng an ihr Recht gebunden hat und gewaltsamen Neuerungen abhold blieb; am wenigsten aber wird man die Haltung der Hohenzollern bei dieser Kai-

serfrage aus bloßer Zaghaftigkeit herleiten dürfen, wiewohl der damalige Vertreter ihres Hauses eine ganz besondere Berücksichtigung seiner Individualität in Anspruch nimmt. Trotzdem die zweite Preußische Kammer auf Annahme der Kaiserkrone bestand, suchte Friedrich Wilhelm doch einen andern Weg zur Anbahnung eines neuen Zustandes in Deutschland; ähnlich den Bündnissen von 1785 und 1806 schloß er mit Sachsen und Hannover den Dreikönigsbund, um sich auf eine weniger gewaltsame Weise ein Uebergewicht in Deutschland zu sichern. Aber es war natürlich, daß Oesterreich auch diesen Schritt Preußens hinderte, wie es ohne Zweifel ein Kaiserthum Preußens unerbittlich gedemüthigt haben würde; wie einst Kaunitz, so verfolgte auch Schwarzenberg jetzt den alten Grundsatz Oesterreichs: Man muß Preußen demüthigen und dann zerstören! Erst kamen die geheimen Gegenmittel, die Abziehung der Verbündeten von dem Interesse Preußens, und dann der Gegenbund mit Baiern und Würtemberg und die Rüstung zum offenen Kampfe; Preußen sah sich in seinen Bestrebungen wieder ganz vereinzelt und mußte auch schließlich den letzten Rest der Union wieder aufgeben und sich bei Bronzell und in Olmütz dem Uebergewicht Oesterreichs wieder beugen. Es war für seine Stellung in Deutschland eine schlimmere Niederlage als die von Jena, aber auch die letzte!

Was nun für Ereignisse in Preußen und Deutschland folgten, liegt erst wenige Jahre hinter der Gegenwart zurück; unter andern Umständen wäre eine Beurtheilung darum verfrüht, aber in diesem Falle haben sich so großartige und unerschütterliche Thatsachen vollzogen, daß man auch sie bereits zum geschichtlich Gewordenen und Bleibenden rechnen darf. Wie steht nach wenigen Jahren nun

Deutschland geeint und ohne die schädliche Rivalität der beiden Gegner da, und wie klar liegt nun die zu Ziel und Schluß gelangte Politik Preußens vor Augen, die noch zu Ausgang der fünfziger Jahre kleinmüthig und unentschlossen erscheinen mußte! Und doch sehen wir bereits in zahlreichen damals geschlossenen Betrachtungen die sichere Zuversicht ausgesprochen, daß dereinst die Lösung kommen werde und kommen müsse, genau wie wir sie jetzt erlebt haben. Preußens Bestimmung, trotz aller vergeblichen Anläufe doch endlich an die Spitze Deutschlands zu treten, war auch nach den letzten Demüthigungen nicht erloschen, das Mißlingen schien nur zu kräftigern Anstrengungen treiben zu müssen. Und wir, die wir die Entwickelung in nie geahnter Schnelligkeit von Stufe zu Stufe zum Gipfel steigen sahen, müssen wir nicht jetzt erst jene frühern Versuche als nothwendige Vorstufen erkennen, ohne die keine Erhebung in einem einzigen Jahrzehnt denkbar gewesen wäre?

Es bedarf nicht der Anführung der äußern Thatsachen, sie werden nur nach unserm Gesichtspunkte von einer nicht ganz gewohnten Seite erscheinen, ein nach Betrachtung des mühsamen Ringens nicht genug zuschätzender Erfolg. Und vor Allem wird nach der so plötzlich eingetretenen Wendung die persönliche Mitwirkung des Preußischen Herrscherhauses hier in ihrer vollen Wichtigkeit noch einmal hervortreten, die um so siegreicher eingreifen konnte, als es nur einer kräftigen Hand bedurfte, um die Früchte einer Politik unweigerlich zu ernten, die das rastlose Streben der Ahnen nicht immer hochstrebend, aber auf desto sichererem Grunde vorbereitet hatte.

König Wilhelms Proklamation bei seiner Thronbesteigung enthält bereits den ganzen Plan, den er in we-

nig Jahren zu Ende geführt hat; neben der Stärkung der Wehrkraft Preußens stellte er in Aussicht, an der Tradition seines Hauses festhalten und Preußen zu neuen Ehren führen zu wollen, und nicht zuletzt verdient die Versicherung Beachtung, daß seine Pflichten für Preußen mit denen für Deutschland zusammenfielen. Der Erfolg mußte solchen Vorsätzen sicher erscheinen, doppelt sicher aber unter Mitwirkung Bismarcks, der die Stellung Preußens zu Oesterreich in Frankfurt nur zu gut kennen gelernt hatte und auf die ersten Spuren eignen Handelns hin sofort den von Oesterreich einberufenen Fürstentag auf nichts Anderes hinwirken sah, als Preußen aus Deutschland zu verdrängen, oder unbedingt zu unterwerfen. Da bot der Krieg mit Dänemark noch einmal eine Ableitung der Feindschaft, wobei bereits die merkwürdige Erscheinung hervortrat, daß Oesterreich sich von Preußen und mit ihm zu einer Handlung treiben ließ, die ihre beiderseitige Stellung in ein völliges Gegentheil verwandelte. So wurde Schleswig-Holstein dem Reiche wiedergewonnen und Oesterreich gleichsam zur Mithülfe gezwungen, das seit Jahrhunderten um eignen Vortheils willen Deutschlands Grenzen fremden Mächten widerstandslos preisgegeben hatte. Aber bald trat der Gegensatz wieder schroff hervor, und diesmal fügte sich Preußen nicht wieder, sondern forderte in seinem Reformvorschlag vom 9. April 1866 vor Allen für sich Gleichstellung mit Oesterreich, und als es hierin auf Widerstand stieß, beantragte es am 10. Juni kühn eine neue Bundesverfassung mit Ausschluß Oesterreichs. Das war die offene Kriegserklärung, und in überaus schnellen Schlägen folgten die Siege Preußens in Böhmen und Mitteldeutschland, die mit dem Prager Frieden nur zwei Monate nach jenem Vorschlag Preußens ein Ziel erreichten,

welches in Jahrhunderten vergeblich angestrebt war: Oesterreichs Ausscheiden aus Deutschland.

Wie der letzte Vorschlag Preußens sich unmittelbar an die Union von 1849 angeschlossen hatte, so griff die deutsche Politik Wilhelms nun auf den Plan von 1806 zurück mit der Stiftung des Norddeutschen Bundes von 1866, in dem Preußen zwar nicht die Kaiserwürde annahm, wohl aber an Landgebiet bedeutend erweitert eine Macht entfaltete, die alle souverainen Gelüste ihm gegenüber als thöricht erscheinen ließ. Noch konnte auch von keinem fertigen Zustande Deutschlands die Rede sein, doch war schon hinreichend an eine nähere Verständigung mit den süddeutschen Staaten gedacht; auch gelangte der Norddeutsche Bund inzwischen zu festen Institutionen und gewährte eine sichere Bürgschaft des Bestandes nach außen, ohne daß Preußens Suprematie doch im Innern die freie Bewegung der Glieder hinderte. Und nicht allein die klugberechneten Militairkonventionen Preußens mit Süddeutschland, sondern das wachsende Bewußtsein der nothwendigen Einigung hatten die Mainlinie im deutschen Bewußtsein bereits beseitigt, als Frankreich die Dauerhaftigkeit der neuen Schöpfung durch sein Ankämpfen dagegen nur zu deutlich kennen lernte.

Ganz Deutschland hat 1870 eine Haltung gezeigt, wie sie seit dem dreißigjährigen Kriege keine fremde Macht, und am wenigsten Frankreich erwartete, und Preußens Leitung führte durch die ebenso großen wie schnellen Erfolge der Waffen zu dem ehrenvollsten Frieden, den das Reich je mit Frankreich abgeschlossen, und zwar ohne jede fremde Einmischung. Ebenso schnell klärten sich die Verhältnisse Deutschlands, das zu einem neuen Reiche aus einstimmiger Vereinbarung seiner Fürsten und freien Städte

erstand; für Preußen aber erfüllten sich die Worte Friedrich Wilhelms IV.: „Eine Kaiserkrone kann nur auf dem Schlachtfelde erobert werden!“

Der von Oesterreich vertriebene Kurfürst Max Emanuel von Baiern hat einst, zuerst dem Streben Friedrich Wilhelms I. zustimmend, die Hoffnung einer künftigen Belohnung Preußens ausgesprochen — König Ludwig II. von Baiern beantragte am 9. Dezember 1870 für Preußen die Annahme des Kaisertitels. Die Proklamation der erblichen Deutschen Kaiserwürde der Hohenzollern am 18. Januar 1871 zu Versailles ist wohl von Allen als ein welthistorischer Moment gewürdigt, allein erst ein Rückblick auf die lange Reihe der Kaiserwahlen Deutschlands, in deren Wirren auch ein hochstrebendes Geschlecht nur ringend zur Geltung kam, zeigt die Thatsache in ihrer einfachen Großartigkeit. Ohne Kurfürsten, ohne Wahlkapitulation, ohne Zustimmung fremder Gesandten und des Papstes erkannten Deutschlands Fürsten Preußens Führung an, und das siegreiche Volk in Waffen jauchzte dem neuen Kaiser zu. Wilhelm, der erste Kaiser aus dem Hause der Hohenzollern, durfte an diesem Tage die Frucht der Politik seines Hauses ernten, die in Jahrhunderten mühevollen Strebens gereift war; er fühlte die Pflicht gegen das gesammte Vaterland, dem Rufe Folge zu leisten, und erflehte von Gott, mit seinen Nachfolgern allzeit Mehrer des Reiches zu sein — im Sinne der Hohenzollern!

Anmerkungen und Nachweise.

1. Kapitel.

Die deutschen Königswahlen bis zur goldenen Bulle.

Quellen. Die Schriften über die deutschen Königswahlen bis zur goldenen Bulle von Rospatt 1839 und Phillips 1858 waren auf keine Weise zu erlangen. Das Material mußte deshalb zusammengetragen werden besonders aus Waitz, Deutsche Verfassungsgeschichte, Walter, Deutsche Rechtsgeschichte, Giesebrecht, Geschichte der deutschen Kaiserzeit, Aſſmann-Meyer, Geschichte des Mittelalters, Ranke, Jahrbücher des deutschen Reiches unter dem Sächsischen Hause, Sybel, die deutsche Nation und das Kaiserreich. Einiges war auch aus Luden, Geschichte des teutschen Volkes, Sugenheim, Geschichte des deutschen Volkes und seiner Cultur, zu entnehmen, desgleichen aus Wattenbach und Lorenz, Deutschlands Geschichtsquellen im Mittelalter. —

Seite 2. Der Anfang der deutschen Geschichte wird sehr verschieden angesetzt mit Ludwig, Arnulf, Konrad oder Heinrich, doch war nach 843 keine Einigung des ganzen fränkischen Reiches mehr möglich, noch weniger nach 870. Auch heißt Ludwig 844 zum ersten Male in den annal. Bertin.: rex Germanorum.

Seite 3. Ueber das altgermanische Wahlrecht und die Entstehung des Königthums nach Luden I, 510 besonders Waitz I, 284. — Für Karls Nachfolgeordnung bei Aſſmann I, 151, A. 6 die Nachweise. — Karls des Dicken Absetzung bezweifelt Waitz V, 24,4. — Ueber die Erhebung Arnulfs gehen Waitz V, 28 und Dümmler Geschichte des ostfränkischen Reiches II, 303 in der Beurtheilung der Quellen auseinander; Giesebrecht I, 146 stellt die Wahl schon als zweifellos hin. — Konrads Wahl bei Ranke Jahrbücher I, 1 (von Waitz) Seite 9 und Excurs 5 gegen Luden; dann

Waitz V, 58,5, Giesebrecht I, 763. Ueber die Stammesherzogthümer besonders Waitz V, 33—56 und die Nachweise 34, A. 3; VII, 96 ff.

Seite 4. Sugenheim II, 4 geht zu weit, wenn er fünf Königreiche annimmt, die sich nur zum Zweck der Abwehr der Magyaren verbunden hätten, ebenso in seiner Polemik gegen Giesebrecht I, 174. Vergl. Sybel 25.

Seite 5. Die Geistlichkeit in ihrer Stellung zum deutschen Königthum bei Sybel, 44. Walter I, 174. Lorenz giebt in dem Aufsatze über Reichskanzler und Reichskanzlei in Deutschland, Preuß. Jahrbb. 1872, XXIX, 478 Aufschluß über die Anfänge des Mainzer Vorrechtes.

Seite 6. Die eigenthümliche Verbindung von Wahl- und Erbrecht treffend gekennzeichnet bei Ranke Jahrbb. I, 1,38, A. 1. Strenges Wahlreich ohne Ausnahme nach Walter I, 178. — Uebrigens ist Heinrichs Wahl als einstimmig geschildert nur bei dem Continuator Reginonis, aber unwahrscheinlich. Giesebrecht I, 764. Waitz V, 64,3; Verhältnis zur Geistlichkeit auch bei Sugenheim II, 11. Sybel 29. Excurs über die Weigerung Heinrichs, die Salbung anzunehmen, in Rankes Jahrbb., 139. — Ueber die Verfassungsänderung unter Heinrich sind die Ansichten von Waitz V, 70,2 und Giesebrecht verschieden.

Seite 7. Endresultat über Heinrichs Regierung bei Aßmann I, 234. — Die Art der Nachfolge Ottos wird deutlich durch die in Rankes Jahrbb. I, 1,123,1 gesammelten Ausdrücke der Quellen.

Seite 8. Die Entstehung der Erzämter kurz bei Pütter Staatsverfassung I, 114 und Häberlin Staatsrecht I, 281; nach Luden VI, 637 zweifelhaft, der jede persönliche Dienstleistung leugnet, ebenso Köpke in Rankes Jahrbb. II, 1,6, A. 1, der hier nur die ersten Spuren der Erzämter findet; dagegen Waitz VI, 265 nach Widukind (Vgl. Wattenbach I, 244,3.). Walter I. 307. Giesebrecht I, 226.

Seite 9. Ueber die Kaiserpolitik Ottos handelt ausführlich Maurenbrecher in der Historischen Zeitschrift 1861, V, 111. Ueber das nationale Princip Sybel, Vorrede S. V—XI und 32, gegen die Ansicht Fickers. Ueber die Römerzüge zusammenfassend Dümmler in den Preuß. Jahrbb. 1869, XXIV, 296.

Seite 10. Die Nachfolge Ottos II. und III. erscheint vollständig auf dem Erbrecht beruhend nach Ranke Jahrbb. I, 3,82 und II, 2,2 A. 2. — Die Aufzählung der Wähler Heinrichs II. (so ist im Text zu lesen!) nach Thietmar bei Waitz V, 106,1. Giesebrecht II, 543. Ueber die Wahlkapitulationen s. u. zu Seite 22.

Seite 11. Wahl Konrads II. nach der Schilderung Wipo's in der vita Chuonradi imperatoris 2,31. Wattenbach II, 13 sagt bei Würdigung Wipos, daß ihm schon allein die Schilderung der Wahl Konrads unsere Dankbarkeit sichere.

Seite 12. Die Geistlichkeit hier zum ersten Male hervorragend bei der Wahl, Aribo von Mainz giebt zuerst seine Stimme (sententia) ab nach Wipo, vergl. Aßmann I, 273,5. Lorenz erwähnt hier keine Veränderung in der Stellung des Reichskanzlers. Giesebrecht II, 206.

Seite 13. Die Unternehmungen der Salischen Kaiser gegen den Papst wurden besonders nach der Reformation gepriesen, wie von den Protestanten auf dem Reichstage von 1597, und erschienen dann erst in ihrer für die Gesammtgeschichte der Nation umfassenden Bedeutung. Ranke, Zur deutschen Geschichte, 143.

Seite 14 Für Gregors Forderungen ist die Darlegung in Rankes Jahrbb. I, 3, 205—7 zu vergleichen, wo die Unechtheit des schon Otto I. zugeschriebenen Eides erwiesen ist; Sturz des Kaiserthums durch die Kirche, Sybel 57. — Der Tag von Forchheim bei Giesebrecht III, 421, in seinen Folgen auch gewürdigt bei Sugenheim II, 249. Waitz VI, 400 giebt die Genesis des Rechts zur Aufstellung eines Gegenkönigs.

Seite 16. Lothars Wahl bei Giesebrecht IV, 7. 417. Vgl. Wattenbach II, 176,1, und daselbst 170 heißt diese Wahl „die erste große Niederlage des Kaiserthums."

Seite 17. Für die Hohenstaufenwahlen sind die Nachrichten zusammengestellt von Albrecht, de electionibus regum Suevicorum, Beuthen 1875. Ueber die Unregelmäßigkeiten bei Konrads Wahl daselbst Seite 5; Luden X, 236. Giesebrecht IV, 171.

Seite 18. Konrads Gründe, mit Uebergehung des Sohnes einen Neffen vorzuschlagen, dargelegt bei Albrecht 14, A. 8. Wahl Barbarossas bei Giesebrecht IV, 381. — Seite 19. Den Kern der Barbarossasage entwickelt u. A. eingehend G. Voigt, die deutsche

Kaisersage in Historischer Zeitschrift 1871, XXVI, 131 und Braun, Naturgeschichte der Sage II, 302.

Seite 19. Die spärlichen Nachrichten von Heinrichs Wahl sammelte Albrecht, 21. Vgl. den betreffenden Abschnitt bei Winkelmann, Kaiser Heinrich VI., in Historischer Zeitschrift 1867, XVIII, Seite 2—6. — Der Plan, das Kaiserthum erblich zu machen, gewürdigt von Sugenheim II, 436. Albrecht, 23 gelangt für die Hohenstaufen zu dem Resultate: domum Stauffensem una principum factione favente regnum adeptam, cum ius eligendi remaneret, principum voluntate ac favore ter in eius possessione mansisse. Sybel 64 führt aus, wie in der letzten Zeit der Hohenstaufen die deutsche Monarchie schon wesenlos geworden und ihr Streben von Deutschland hinweggewendet war. Die allgemeine Meinung jener Zeit und besonders Walthers von der Vogelweide patriotische Bestrebungen charakterisirt Pabst, zur Geschichte des patriotischen Liedes, Arnstadt 1855, I.

Seite 21. Die Kurfürsten zum ersten Male bei Rudolfs Wahl der Zahl nach bestimmt, ähnlich aber schon bei Richards Erhebung nach Walter I, 318,6: septem principes ius in electione regis Romani habentes. Ueber die Entstehung des Kurfürstenkollegiums s. Mittheil. a. d. hist. Litter. III, 129. V, 15.

Seite 22. Die goldene Bulle nach Pütter I, 237 besprochen von Walter I, 319 und Droysen, Preußische Politik I, 167. Vgl. Lorenz Geschichtsquellen II, 268. — Die Wahlkapitulationen rechnet man staatsrechtlich erst seit Karl V., nach Pütter I, 351. Brunner in Holtzendorffs Encyclopädie, 204. —

---

2. Kapitel.

Die ältesten Beziehungen des Hauses Zollern zum Reich.

Quellen. Für diesen Abschnitt bietet am meisten Material Riedel, Geschichte des preußischen Königshauses, Bd. I, und ein Aufsatz aus seinem Nachlaß in der Zeitschrift für preußische Geschichte X, 415, der indessen nur eine kurze Zusammenfassung ohne neue Resultate ist. Droysen, Geschichte der Preußischen Politik, und

Ranke, Zwölf Bücher Preußischer Geschichte, geben für die Vorgeschichte der Hohenzollern nur wenige, oft unsichere Nachrichten Stenzel und Heinel, fast Nichts Eberty. Kurz aber zuverlässig nur noch F. Voigt, Geschichte des brandenburgisch-preußischen Staates. —

Seite 25. Den Namen der Hohenzollern behandelt Riedel I, 8 und danach Schwebel, Sagen der Hohenzollern, 5. — Die reichstreue Politik des Hauses nach Droysen I, 126 und Riedel I 499. Rankes Urtheil s. u. zu Seite 40. Auch Sugenheim urtheilt ähnlich und mit Recht, sodaß die Bemerkung gegen ihn in Historischer Zeitschrift XVIII, 444, daß er nur die Hohenzollern einigermaßen pardonnire, keinen Tadel enthalten kann.

Seite 26. Den Einfluß des Hauses bei den Walen giebt selbst Ranke I, 78 ausdrücklich zu. — Die Grafen Friedrich I.—III. bei Riedel I, 34—46. Die ältere Linie Hohenberg behandelt besonders Schmidt, Geschichte der Grafen von Zollern-Hohenberg.

S. 28. Die Nürnberger Burggrafschaft schildert Riedel I, 445 ff. im Zusammenhange, die politische Bedeutung der jeweiligen Burggrafen 496, im gleichen Sinne Droysen I, 120 und 187. Die Eigenthümlichkeit des Zollernhauses verdient aber unter den allgemeinen Umständen noch besondere Beachtung (S. 29).

S. 30. Riedel hat den Unterschied zwischen dem amtlichen und privaten Grundbesitz klar gelegt; die ganze Frage behandelt Lancizolle, Geschichte der Bildung des preußischen Staates, die meranische Erbschaft speciell S. 117. Trotzdem meint Ranke I, 77, A. 1, nicht weiter darauf eingehen zu können; derselbe vermißt auch, um Heinels und Stenzels zu geschweigen, noch den historischen Nachweis für die schwäbische Herkunft der Burggrafen, der doch sonst für gesichert gilt nach Riedel I, 80 und dessen Abh. der Berl. Akad. 1854, deren Resultat auch Droysen I, 119, 3 adoptirt. — Das Jahr 1341 ist fälschlich in den Text gerathen nach der unrichtigen Angabe bei Eberty I, 11, die in der Zeitschr. für Preuß. Gesch. V, 118 mit Recht zurückgewiesen wird; auch oben S. 48 ist der Vertrag richtig dargestellt. Als erstes Jahr der Erbverbrüderung beider Linien muß vielmehr 1488 genannt werden, vergl. Riedel I, 80 und Schnell, das Reichserzkämmereramt, S. 30.

S. 31—32. Der Wechsel in der Politik Konrads wird von Riedel I, 107 zu einseitig nur auf religiöse Bedenken zurückgeführt.

S. 33 ff. Die Wahl Rudolfs von Habsburg berührt zunächst dessen verwandtschaftliches Verhältnis zu den Zollern, das trotz der Zweifel Rankes (I, 78, 1) für gesichert gelten kann; auch die zweifelnde Bemerkung desselben über die Stellung der Burggrafen bei der Wahl muß in der S. 35 angedeuteten Weise verstanden werden. Es ist nicht abzusehen, warum Eberty I, 12 bei der Wahl Rudolfs die Wirksamkeit Friedrichs ganz übergeht und nur Albrecht von Zollern-Hohenberg erwähnt. — Die Nachricht S. 36 stammt nach Droysen aus den Denkwürdigkeiten des Ludwig von Eyb, über deren Glaubwürdigkeit Lorenz I, 132 sehr günstig urtheilt, und die auch Ranke I, 79, 1 benutzt; der S. 37 und 38 genannte Chronist ist Ottokar von Horneck, während Schwebel, 103, die Worte dem Gottfried v. Ensmingen zuschreibt.

S. 38. Die weibliche Succession erwähnt Heinel II, 500 ohne Kenntnis des eigentlichen Zusammenhanges, den Riedel darlegt. Die Sage vom Tode der Söhne erster Ehe nur bei Riedel I, 124.

S. 39. Ennen, die Wahl Adolfs von Nassau; vgl. Histor. Zeitschr. 1866, XVI, 183, kürzer bei Riedel und Droysen. Die Angaben über die Verschwägerung mit den Zollern schwanken zwischen dem Sohne und dem Vetter Adolfs.

S. 41 a. E. Ranke I, 78.

S. 42. Die Neuwahl besonders bei Droysen I, 155, doch ohne nachweisliche Theilnahme des Burggrafen, die für die Mühldorfer Schlacht desto mehr feststeht. Ueber die absichtlichen Verunstaltungen Neuerer vgl. Riedel, I, 209; 222, 3. Daselbst 253 die S. 44 erwähnte Beschuldigung des Giftmordes.

S. 45. Zur Beurtheilung der luxemburgischen Kaiser vgl. Lorenz, II, 266, der ihre Reichswirksamkeit in Schutz nimmt und Karl IV. als den Gründer des neuen Reichs und Fürstenrechts hervorhebt. Des Burggrafen Uebertritt zu Karl motivirt Droysen I, 164, 183 und eingehender Riedel I, 256; wenn Jener dahingestellt sein läßt, ob Gewinn oder Ueberzeugung den Ausschlag gaben, so war ersterer doch positiv zu gering. — Theilnahme des Burggrafen an den Berathungen zur goldenen Bulle Riedel I, 273. Der Kanzler Berthold das. 230.

S. 48. Der Vertrag von 1341 zwischen den Brüdern bei Riedel I, 237; vgl. oben zu S. 30. — Die Sage von der Weißen

Frau bespricht überzeugend Riedel 281—290, auch Ranke findet einen historischen Gehalt darin.*)

S. 50. So urtheilt Riedel über Albrechts Entsagung, 281.

S. 51—52. Die Erhebung in den Fürstenstand scheint nach Ranke 79 bedeutungslos; Stenzel I, 164 erwähnt sie kurz, Heinel II, 502 theilt die ausführliche Urkunde mit, ohne noch das wahre Motiv Karls zu kennen, doch sind hier die wichtigen Folgen treffend hervorgehoben.

S. 53. Der Wohlstand des burggräflichen Hauses und seine Finanzlage am besten bei Riedel I, 333 ff., wo alten Mißverständnissen entgegen getreten wird. Ueber die Theilung des Landbesitzes vergl. schließlich das. 353, 375. —

Drittes Kapitel.

Die Kurfürsten von Hohenzollern und die Kaiserwahlen.

Quellen. Für diese Periode kommen Ranke und Droysen fast ausschließlich in Betracht, für die Geschichte der Erwerbung Brandenburgs noch Riedel, Zehn Jahre a. d. Gesch. der Ahnherrn des Preuß. Königshauses, „ein Buch von Verdienst für diese Ereignisse", und Bd. II der Gesch. des Preuß. Königshauses (bis 1440). Für die betreffenden Zeiten geben jedoch Ranke, deutsche Gesch. im Zeitalter der Reformation; Zur deutschen Geschichte (von der Wahl Rudolfs II. bis zur Wahl Ferdinands II.), sowie Raumer, Geschichte Deutschlands von der Abdankung Karls V. bis zum Westf. Frieden, Histor. Taschenbuch II, oft überraschende Aufschlüsse. —

Friedrich I.

S. 56. Wenzels Absetzung wird bei Droysen I, 221 als übler Handel, die Stellung Friedrichs 227 als moralisch zweideutig bezeichnet; Ranke und Riedel urtheilen milder, und das Richtige er-

---

*) Doch nur im Bezug auf den Anfall der meranischen Besitzungen. Schwebel 186. Krauß old im Archiv für Gesch. von Oberfranken II, 1.

giebt sich wohl erst nach Berücksichtigung der verwandtschaftlichen Stellung in der S. 58 dargelegten Weise.

S. 58. Die Wahl Ruprechts berühren Riedel I, 392, Droysen I, 230 nur kurz, gar nicht Ranke, der I, 79 nur erwähnt, daß die Burggrafen damals nicht nach der Krone gestrebt hätten. Droysen 226 nimmt eine Lücke in den Quellen an, da für Friedrich kein Vortheil ersichtlich sei und er doch seinem spätern Verhalten nach nicht ohne größern Plan gehandelt haben könne.

S. 59. Friedrichs Verhältnis zu Sigismund gegenüber der bairischen Darstellung vertheidigt Riedel, Zehn Jahre, 1—4, dem Ranke I, 79, 1 im Ganzen zustimmt. Die Motive zur Aufstellung der Candidatur Sigismunds beleuchtet ausführlich Droysen I, 271, dem auch das Urtheil S. 60 entnommen ist. — Die Wahl Sigismunds in ihrer Kleinlichkeit verspottete das Volkslied bezeichnend in den Versen: Zu Frankfurt hinterm Chor Haben gewählt einen König Ein Kind und ein Thor — ohne Erwähnung Friedrichs. Vergl. für diese Wahl auch Voigt, 99. — Ueber den Zwist mit Sigismund finden sich nur dürftige Andeutungen bei Riedel und Droysen, auch Stenzel I, 162. 166, während Ranke die Frage ganz übergeht; doch ist eine Erklärung (S. 61—63) für die abweichende Haltung Friedrichs nothwendig.

S. 63 ff. Für alle Einzelheiten der Erwerbung Brandenburgs und der Kurwürde ist hauptsächlich zu verweisen auf Riedel, Zehn Jahre. Es schien nöthig, diese Frage eingehender zu berühren, da alle Umstände klar gelegt sein müssen bei der Gründung einer Stellung, auf der die nachmalige Macht der Hohenzollern fußt. Der „anstößige Irrthum" von der Geldspekulation Friedrichs ist von Riedel schlagend widerlegt, und ihm haben sich Droysen I, 297, 1; 346, 1 und Ranke I, 82—84 angeschlossen. Die Quelle des Mißverständnisses war Windeck nach Riedel, S. 325; die spätern Geschichtsschreiber sind namentlich Thomas Kanzow und Hafftitz, denen auch Sebastian Münster hinzuzufügen ist (Schwarz in Zeitschr. für Preuß. Gesch. XIII, 393). *)

*) Stenzel I, 166 sagt noch ganz mißverständlich trotz ausdrücklicher Erwähnung der Urkunde: Der König befahl ihm in der Mark zu huldigen und gehorsamen, bis er dem Friedrich 100,000 Goldgulden gezahlt haben werde. Auch Heinel II, 506, 1 theilt noch die Ansicht Lancizolles, daß die Uebertragung nur eine schonende Form für den erlauchten Schuldner gewesen sei. Das richtige Resultat bei Voigt 101 u. 116.

S. 67–68. Eberty I, 17 nennt Riedels Darlegung einen Versuch, das Geschäft als einen dem Königthum von Gottes Gnaden unwürdigen Ausgangspunkt fortzuinterpretiren, ohne jedoch ein Wort der Widerlegung zu widmen. Dasselbe gilt für ihn S. 21 von der Urkunde vom 30. April 1415. Aber ohne Gründe bleibt die ganze Ansicht nicht maßgebend, vgl. Zeitschr. für Preuß. Gesch. V, 118.

S. 69. Johanns Statthalterschaft s. o. S. 44; das. die S. 73 erwähnte Forderung Kärnthens.

S. 72. Die Belehnung in Constanz ausführlich und mit Abbildungen bei Riedel, Zehn Jahre. Vgl. über die Quellen auch Ranke I, 96, A.

S. 74. Die Nachricht, daß Friedrich die Mark geradezu gefordert habe, nur bei Ranke I, 91, wo aber die im Texte angedeutete Nachweisung unten fehlt; das. die angeführte Schlußbetrachtung.

S. 75. Schnell, das Reichserzkämmereramt der Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg, stellt die Nachrichten über diese Seite der Reichsstellung der Hohenzollern zusammen und giebt von S. 23 für die Krönungen von 1486—1792 an, wann das Amt persönlich oder durch die stellvertretenden Erbkämmerer ausgeübt wurde. Ueber das Kämmereramt vgl. Walter, 308 und Lebeburs Allg. Archiv 12, 351.

S. 75. Der romanhaften Auffassung Klödens von den damaligen Zuständen der Mark tritt Ranke I, 67, 1 entgegen, ebenso Riedel II, 192, 3a und Zehn Jahre, Vorwort, V.

S. 77. Für den Zwist mit Sigismund giebt Eberty I, 23 einen nicht zutreffenden Grund an; eingehender Droysen I, 468.

S. 79. Tragisch findet Dove bei Besprechung Droysens den Ausgang der Politik Friedrichs, Zeitschr. für Preuß. Gesch. VI, 132. — Das Verhalten Friedrichs bei der Wahl Albrechts schildert Heinel II, 576 noch in der hergebrachten Weise; dagegen diesmal Eberty I, 24, besonders Droysen I, 599, 617 nach Windeck, und Riedel II, 550—560. Ranke I, 103 hält dafür, daß Friedrich die Nachfolge Albrechts selbst in Gang gebracht habe und beruft sich auf Gundling wie auch I, 160, 170, obwohl er zugeben muß, daß die von demselben angezogenen Urkunden nirgends aufzufinden gewesen sind. Droysen und Riedel weisen daher in den Vorreden ihrer Werke Gundlings Autorität wohl mit Recht zurück, ersterer auch I,

617, 1. II, 1, 183 A. Selbst Heinel wies schon falsche Angaben Gundlings nach II, 512 A. 574 A.

S. 84. Die veränderte Stellung der Kurfürsten zum Kaiserthum kennzeichnet Ranke, Reformation I, 39.

S. 85—87. Die Wahl Kaiser Friedrichs III. erfährt wieder eine abweichende Auffassung bei Ranke I, 104, 152, als ob Friedrichs Beistimmung den Ausschlag gegeben habe, „wenn wir den Nachrichten (Gundlings) glauben dürfen" und „nach einigem Bedenken." Der nur formelle Beitritt zur Majorität, den Riedel II, 567, 6 aus zahlreichen Quellen belegt und Droysen I, 643 aufrecht erhält, kann indessen kaum diese Bedeutung gehabt haben.

Friedrich II. und Albrecht Achilles.

S. 89. Die reichspolitische Stellung Friedrichs II. ist in Kürze nicht leicht zu übersehen, sie war im Grunde aber mehr passiv mit Ausnahme des Verhaltens bei der geplanten Wahl Podiebrads. Ranke I, 127. Droysen II, 1, 249.

S. 91. Die treffende Bemerkung über Achilles findet sich bei Ranke I, 135 A. Seine Bedeutsamkeit hebt nach Aeneas Silvius hervor Droysen I, 1, 143. 163, 2. Ranke, Reformation, I, 53. Albrechts geplante Wahl: Droysen 191.

S. 93. Albrechts Stellung in der burgundischen Angelegenheit nimmt besonders Droysen in Schutz II, 1, 433.

S. 94. Die bedeutsame erste Heeresmusterung u. A. bei Voigt 168. Ranke I, 138. — Die dispositio Achillea findet in allen Geschichtswerken ihre gebührende Berücksichtigung, eingehend bei Droysen II, 1, 476, den Kern betont Ranke I, 141.

S. 96. Man verzeihe die Abschweifung gerade bei dieser Wahl, da hier die widersprechenden Nachrichten dazu drängten, besonders die abweichende Ansicht Rankes über die Theilnahme der Hohenzollern bei den drei ersten habsburgischen Wahlen. Der Hauptgrund scheint in der zwiefachen Beurtheilung Gundlings zu liegen, der im Auftrage König Friedrichs I. schrieb zu einer Zeit, als dieser sich dem Hause Oesterreich in jeder Beziehung willfährig zeigte. Schöne (polit. Theorien in 2. Hälfte des 17. Jahrh., Ratibor 1878) weist 20—24 auch einen absichtlichen Widerspruch einer ganzen Coterie gegen die antiösterreichischen Vorschläge Pufendorfs nach.

S. 97. Maximilians Wahl schildert noch in alter Weise

Heinel II, 677. Droysen vermißt eine eingehende Untersuchung II, 1, 501, ebenso Lorenz II, 284, 4; aber Ranke (Reformation I, 66 und Zwölf Bücher Preuß. Gesch., I, 141) nimmt eine hervorragende Wirksamkeit Albrechts an, die sich im Weitern freilich nur äußerlich zeigt. Vorsichtig: Voigt, 145. — Krönung bei Schnell, 23.

S. 99. Die österreichische Politik und die Rudolfinischen Privilegien: Sybel, 97—100. Droysen I, 179, 1. Kürschner, Mittheilungen aus d. histor. Liter. I, 216. — S. 101. Die Beurtheilung Maximilians bei Ranke, Reformation, I, 93: Man muß sich wundern, daß man ihm den Ruhm, die Reichsverfassung begründet zu haben, so lange und so allgemein beigemessen hat.

S. 101. Johann Cicero schließt sich eng an die Partei Bertholds von Mainz an, Ranke, Reformation, I, 100: das Brandenburger Protokoll vom Reichstage zu Freiburg. — Die Erneuerung des Zusammenhanges mit der schwäbischen Linie bespricht Schnell, 30. Johanns Ausgang bei Droysen II, 1, Schluß.

Joachim I. und II.

S. 104. Das Zeitalter der Joachime ist im Allgemeinen öfter gekennzeichnet, aber mit wenig erfreulichem Resultat. Zeitschr. für Preuß. Gesch. VI, 131 und VIII, 10. — Ein eigentlicher Grund für die völlige Unterordnung unter Oesterreich ist nicht klar zu erkennen, auch Droysen II, 2, 44 vermag keinen Aufschluß zu geben. S. 105—108 ist der Versuch einer wahrscheinlichen Erklärung unternommen.

S. 104—110. Albrecht von Mainz ist von May monographisch behandelt, doch das Verhältnis der Hohenzollern zu Habsburg dabei nicht zutreffend geschildert, vgl. Zeitschr. für Pr. Gesch. VI, 38.

S. 109. Die Wahl Karls V. kennzeichnet Droysen II, 2, 97 genügend dahin, daß sie drei Jahre lang die Könige, Fürsten, Räthe — und Geldmäkler des christlichen Abendlandes beschäftigt habe. Besonders über Joachims Habsucht sind die Ausdrücke der Gesandten äußerst scharf; er heißt der Vater aller Habgier, das Laster des Geizes verdunkele seine guten Eigenschaften, und die Franzosen berichten: il est un homme diabolique pour besoigner avec lui en matière d'argent. Ranke I, 152 sehr kurz, wo der schon eingeklammerte Zwischensatz über die Theilnahme des Hauses Branden-

denburg an den frühern Wahlen fehlen könnte; ausführlich: Gesch. der Reformation I, 274 ff. Es ist eine Streitfrage, ob die bei der Wahl gehaltenen Reden der Kurfürsten echt seien (Droysen), oder nicht (Ranke, Zur Kritik neuerer Geschichtsschreiber, 62—68). Vgl. oben S. 114, Zeitschr. für Preuß. Gesch. VI, 38. Histor. Zeitschr. XVIII, 192. Ganz ungerechtfertigt noch Heinel II, 720: Die goldene Last der Kaiserwürde scheint keinen Reiz für Joachim gehabt zu haben. Die sonst zutreffende Darstellung bei Voigt, 156, leitet Joachims eigne Pläne hauptsächlich daher, daß nach Maximilians Tode die von ihm gegebenen Versprechungen zurückgenommen seien; s. dagegen ausdrücklich Ranke I, 292, wonach die oben S. 113 gegebene Darstellung allein richtig ist.

S. 115. Die Nachricht über die Krönung in Aachen bei Schnell, 23 ist unklar. — Daß die Wahlkapitulationen erst mit dieser Wahl ihre Bedeutung erhalten, ist schon zu S. 22 bemerkt. Droysen II, 2, 126.

S. 116. Daß Joachim ein zweites Mal an die Krone wirklich dachte, wird dargethan von Droysen, 175, 181; auch Voigt 157 erwähnt den Plan; Ranke übergeht diesen Punkt ganz, obgleich erst der zweite Mißerfolg Joachims vollen Anschluß an Oesterreich erklärt.

S. 118. An Joachims Stellung zur Reformation knüpft David Müller in Zeitschr. f. Preuß. Gesch. VIII, 10 die Bemerkung, daß die Hohenzollern sich dadurch von der tiefern Einwirkung auf Zeit und Vaterland ausschlossen. Heinel II, 715 ff. schildert das Verhältnis ohne Schonung Joachims gut; sein versuchtes Einwirken auf Luther in Worms nach eignen Worten bei Droysen 142, 1. Ranke erwähnt dessen in beiden Werken nicht.

S. 120. Die Wahl Ferdinands I. unter Anführung von Joachims Brief bei Droysen II, 2, 218, 223. Ranke VI, 251.

S. 123. Das persönliche Verhältnis Joachims zum Kaiserhause hebt Ranke, Zur deutschen Geschichte, 17, besonders hervor, doch vgl. dazu Heinel II, 785.

S. 124. Joachim II. ist von Ranke im Ganzen überall sehr milde beurtheilt, ganz anders von Droysen, z. B. II, 2, 329, 395 und danach von Andern in Zeitschr. f. Pr. Gesch. VI, 131. VIII, 10. Doch gelangt auch Ranke I, 166 zu dem oben S. 126 mitgetheilten mehr negativen Resultate.

S. 127. Die Wahl des Römischen Königs Ferdinand zum

Kaiser wird überall nur kurz erwähnt, auch Raumer, 3. Die Kapitulation bei Droysen, II, 2, 387 und sonst; die Krönung dagegen nur bei Ranke I, 166, bei Schnell nicht.

S. 128. Ueber Maximilians II. Wahl finden sich auch meist nur kurze Notizen, die sich aber gegenseitig ergänzen. Die Scene von Joachims Empfang hat nur Heinel II, 785, die Krönung nur Stenzel I, 343 und Schnell, 23, doch wird hier der Kurfürst von Brandenburg pocillator genannt anstatt camerarius.

S. 129. Die Charakteristik Maximilians giebt Raumer, 7, und ähnlich Ranke, Zur deutschen Geschichte, 47.

S. 130. Joachims getäuschte Hoffnungen nach seinen eignen Worten bei Droysen II, 2, 421. 448.

Johann Georg.

Vgl. Hassel, Studien zur Gesch. des Kurfürsten Johann Georg, Zeitschr. f. Preuß. Gesch. V, 81 ff. Danach sei die bisherige Tradition über diesen Fürsten in allen Geschichtswerken unzulänglich, denn seine Regierung leite eine neue Epoche in der Entwickelungsgeschichte des frühern Territorialstaates ein. Von weitgreifender Bedeutung ist aber die Klage, deren Berechtigung nicht abzuweisen ist, daß sich seit lange Niemand berufen fühlte, den gewohnheitsmäßig umschriebenen Kreis geschichtlicher Einzelheiten in der Preußischen Geschichte durch neue Gesichtspunkte zu erweitern, namentlich in Hinsicht auf das Verhältnis zum deutschen Reiche; auch selbst neuen Resultaten gegenüber bewahre die Tradition eine beschämende Zähigkeit, und besonders habe Droysen mit hartnäckigem Widerstand zu kämpfen. Es sei gestattet, diese Bemerkung hier zu wiederholen, die sich schon oben S. 96 aufdrängte. — Uebrigens giebt eine Würdigung der neuern Arbeiten für die Preußische Geschichte Foß, das. S. 1—12.

S. 130. Bezüglich der vermiedenen Landestheilung wird Eberty (I, 127) beinahe an das Walten eines besondern Schutzgeistes erinnert, der dem hohenzollernschen Hause seine politischen Fehler zum Guten ausschlagen ließe. Einfacher ist es, sich der ganz besondern Energie zu erinnern, welche sowohl Joachim Friedrich als Friedrich I. den Theilungsplänen ihrer Väter gegenüber bewiesen haben, stets unter Berufung auf ihre Familientradition.

S. 131. In mehrfacher Hinsicht bemerkenswerth ist die Schilderung von dem damaligen blühenden Zustande Deutschlands bei Ranke, Zur deutschen Geschichte, 29 ff. — Die Wahl Rudolfs II. wird auch von Hassel, 93, im Anschluß an Droysen geschildert; Einiges daneben nach Ranke, 107.

Joachim Friedrich.

S. 137. Eberty I, 157 führt selbst erst „das menschliche Begehren" nach dem Ganzen anstatt des Theiles als Motiv für Joachims Handlungsweise ein, kann sich aber doch tiefern Gründen nicht verschließen.

S. 138. Der Sessionsanspruch für Magdeburg besonders bei Ranke, 140, 1, die Denkschrift 266 (vgl. Preuß. Gesch. I, 179, 1) und für das Weitere: 148. Joachims Stellung zur Union bespricht Droysen II, 2, 573.

S. 140. Eberty I, 177 erhebt den Vorwurf „Zu spät!" mit Unrecht gerade gegen Joachim Friedrich, den Ranke I, 184 in seiner Bedeutung würdigt.

Johann Sigismund.

S. 141. Die ganze Gefahr, in der Brandenburg damals nach den Plänen Oesterreichs schwebte, enthüllt das Strahlendorfsche Gutachten, Droysen II, 2, 580. Histor. Zeitschr. V, 525. Vgl. u. zu S. 212.

S. 142. Der Confessionswechsel wird von den verschiedensten Beurtheilern schließlich zu gleichen Theilen auf religiöse und politische Rücksichten zurückgeführt, Ranke I, 189; Eberty I, 189; Droysen II, 2, 611 scheint ihn mehr als Gewissenssache aufzufassen. Er wird schlechthin für den ersten Schritt zu einer Preußischen Politik erklärt, Zeitschr. f. P. G. VI, 129 u. VIII, 10 mit Berufung auf das Urtheil Friedrichs des Großen.

S. 145. Ueber Brandenburgs Theilnahme an der Union finden sich nur zerstreute Notizen bei Droysen II, 2, 622, 625.

S. 146—152. Die Stellung Brandenburgs zur Wahl des Matthias erhellt genau aus dem Protokoll bei Ranke, 288, während Droysen und Raumer sich hier nur kurz fassen. Das. 300 die Originalrelationes über die Wahl Ferdinands II., für welche das Resultat lautet Preuß. Gesch. I, 195: Brandenburg accedirte diese Wahl, weil es dieselbe nicht verhindern konnte.

Georg Wilhelm.

S. 153. Daß Schwarzenberg schon früher auf Georg Wilhelm eingewirkt habe, nimmt Droysen II, 2, 633 als sicher an. Vgl. Voigt, 266.

S. 155. Winterfelds Auftreten zu Regensburg erwähnt Droysen III, 1, 38, Heinel III, 470, die Sachlage auch Ranke I, 198, Raumer, 171 mit den Nachweisen.

S. 156. Den Plan der Führerschaft Brandenburgs berührt Ranke I, 200 und die weitern Verhandlungen Droysen III, 1, 42 ff.

S. 157. Es sind viele Klagen von Georg Wilhelm überliefert, so bei Droysen II, 2, 640; III, 1, 52. — Die Forderung einer kühnern Politik erhebt Droysen II, 2, 635, doch müssen wir der Darlegung Rankes beipflichten, der alle Schwankungen in der Politik des Kurfürsten eingehend erörtert.

S. 158. Der Wortlaut ist bei Droysen an den angeführten Stellen nicht gleichlautend, vgl. Heinel III, 495. Daß das hieran geknüpfte Urtheil Eberty's (I, 235), der nur engherzigen Egoismus darin sieht, ein schiefes sei, wird Zeitschr. f. P. G. V, 120 mit Recht bemerkt.

S. 159. Die eigne Behauptung Gustav Adolfs, Brandenburg vor dem völligen Ruin gerettet zu haben, findet Ranke I, 207 gerechtfertigt.

S. 161. Bei der Wahl Ferdinands, die nach Raumer, 238 schon 1630 versucht war, ist von Bedeutung, daß das Aufgeben der Amnestieforderung wohl Schwarzenberg allein zuzuschreiben ist, Droysen III, 1, 166. Im Uebrigen s. auch Heinel III, 611 und Ranke I, 214.

Friedrich Wilhelm d. G.

S. 167. Brandenburgs Anträge von 1641 und 1643 bei Droysen III, 1, 225 und 276 ff.

S. 169. Friedrich Wilhelms Antheil am westfälischen Friedensschluß hat allseitige Würdigung erfahren, s. auch Zeitschr. f. Pr. G. V, 21. VI, 130. VIII, 12. Besondere Beachtung verdient aber seine eigenhändige Aufzeichnung über die zu nehmende Partei, Ranke I, 240, 1. Droysen III, 1, 321 A.

S. 173. Die Wahl Ferdinands IV. bei Droysen III, 2, 91 ff. Ranke I, 246.

S. 178—9. Brandenburgs Politik auf dem Reichstage 1653 ist neuerdings als ein wichtiger Unionsversuch, betrieben von Waldeck, beachtet worden, Preuß. Jahrbb., XXIV, 599. Schöne, polit. Theorien im 17. Jahrh., 6. Ranke, Fürstenbund, I, 239.

S. 180—2. Für die Wahl von 1658 giebt Schück in Zeitschr. f. Pr. G. VI, 609 urkundliche Beiträge, welche die Darstellung Droysens III, 2, 383 ff. zum Theil ergänzen. Eingehender als sonst schildert sie auch Ranke I, 261—265. Eberty (I, 463) legt zu viel Werth auf die vom französischen Standpunkte aus unternommene Darstellung Grammonts, daß der Kurfürst sich für Geld verpflichtet habe, nach dem Wunsche Mazarins zu stimmen, vgl. Droysen 408, A., der übrigens noch eine gründliche Bearbeitung dieser Wahlverhandlungen vermißt. — Den Vorschlag, Friedrich Wilhelm zu wählen, berühren nur kurz Ranke, 265; Droysen, 364. Das. 404 sein Aufruf an die Deutschen.

S. 183. Der Rheinbund von 1658 ist besonders behandelt von Böhm, Zeitschr. f. Pr. G. V, 217—252. Die Besetzung Erfurts VIII, 97 ff., wofür die Schuld nicht Brandenburg, sondern Sachsen zugeschoben wird.

S. 184. Des Kurfürsten deutsche Stellung hebt auch Sybel, 104 hervor. — Das bekannte Motto aus Vergil trägt eine Denkmünze von 1679: Droysen III, 3, 687, A. Dem zürnenden Achilles vergleicht ihn Ranke I, 335.

S. 185. Der geheime Vertrag mit Frankreich vom 20. Okt. 1679 ist selbst Pufendorf unbekannt gewesen und bis in unsere Tage, wie ein Artikel desselben besagt, dans un extrême secrèt geblieben, vgl. Ranke I, 335. Droysen III, 3, 694, A.

S. 186. Der Widerstand gegen Josefs Wahl nach Ranke I, 374. In der Schwiebuser Angelegenheit und dem österreichischen Bündnis giebt Droysen III, 3, 802, A. 2 eine Berichtigung zu Ranke.

S. 187. Das s. g. politische Testament Friedrich Wilhelms theilt Ranke vollständig mit in den Analekten zu Bd. I. — Das eigentliche Testament in seinen verschiedenen Abfassungen ist oft besprochen, am strengsten getadelt von A. Schaefer, Histor. Zeitschr. XVI, 457. Die Aktenstücke bei Droysen IV, 4, 129 ff.

Viertes Kapitel.

Die Könige von Preußen als deutsche Wahlfürsten.

Quellen. Droysen reicht nur bis 1745, Ranke wenig weiter, doch schließen sich fast unmittelbar daran: Der Ursprung des siebenjährigen Krieges; Die deutschen Mächte und der Fürstenbund. Einiges zur Vergleichung geben die Fortsetzungen Heinels von Kugler und Menzel, sowie Manso, Geschichte des Preußischen Staates von 1763—1815. Für Friedrich Wilhelm I. speciell wurde Förster benutzt, dem Ranke „mancherlei willkommene Mittheilungen" nachrühmt. —

Friedrich I.

S. 190. Die Behauptung der Primogenitur rechnet Ranke I, 482 dem ersten König als besonderes Verdienst an, ebenso sein Auftreten gegen Frankreich.

S. 192. Josefs Wahl nur bei Droysen IV, 1, 87, Brandenburgs Forderungen das. 89, A.

S. 193 ff. Die Art und Weise der Erlangung der Königswürde hat im Zusammenhange mit der Politik Friedrichs die schärfste Verurtheilung erfahren von C. v. Noorden in Histor. Zeitschrift XVIII, 297 ff., oft über Droysen hinausgehend. Schonender Ranke I, 431—450. Aktenstücke dazu bei Droysen IV, 4, 218.

S. 200. Ilgen entwarf 1706 den Plan zu einer Tripelallianz nach Droysen IV, 1, 325. Noorden, 328. — Die Wahl von 1711 auch das. 374 (IV, 4, 297) und 343.

S. 203. Von den Beurtheilern Friedrichs ist Eberty am maßlosesten, so daß ihm jede Unbefangenheit abgesprochen wird, Z. f. P. G. V, 121. Vgl. dagegen Ranke I, 480 ff.

Friedrich Wilhelm I.

S. 204. Preußens Stellung beim Utrechter Frieden legt nach den wesentlichsten Artikeln dar Förster II, 6 ff.

S. 206. Das Verhältnis zum Kaiserhause bespricht Förster wiederholt II, Vorrede S. XIII, 10 und Urkundenbuch, 63.

S. 207. Die Verträge von Herrenhausen und Wusterhausen bei Förster II, 55 und 60; der Berliner Vertrag das. Urkundenbuch, 215 mit der Einschränkung Rankes II, 71, A. 2. Vgl. Droysen IV, 2, 424. IV, 3, 36.

S. 210. Die species facti von 1736 giebt im Wortlaut Droysen IV, 4, 434, s. besonders Punkt 13.

S. 211. Das Resultat nach Ranke II, 241. Im Ganzen ist die Beurtheilung Friedrich Wilhelms neuerdings übereinstimmend eine positiv anerkennende geworden, gegenüber der Verurtheilung seines Vorgängers auch bei Noorden und Eberty. Zusammenfassend David Müller, Z. f. P. G. VIII, 14.

S. 212. Vgl. oben zu S. 141 und Förster II, 73. — In diesen Tagen erschienen die Schriften von Lehmann und Stadelmann über die katholische Kirche und die Landeskultur unter Friedrich Wilhelm I.

Friedrich der Große.

S. 214. Duncker, eine Flugschrift des Kronprinzen Friedrich, Z. f. P. G. VIII, 23. Droysen das. 81. Maurenbrecher, Die Politik Friedrichs, Preuß. Jahrbb. XXVII, 543.

S. 217. Das Schreiben an die Generalstaaten erwähnt Ranke II, 337. Vgl. Friedrichs Anschauung in dem Schreiben bei Droysen V, 1, 153, A.

S. 218. Der Plan, die Kaiserkrone für Brandenburg zu erwerben, ist damals ganz bestimmt aufgetaucht, von Friedrich aber selbst zurückgewiesen, s. Ranke II, 326. Schmidt, Preußens deutsche Politik, 11. Ueber die Lehninische Weissagung vgl. Z. f. P. G. XV, 368. Mittheilungen a. d. hist. Literatur V, 84.

S. 219. Die Wahl Karls VII. ohne nähere Details bei Ranke III, 6 und Droysen V, 1, 389. Carlyle, Geschichte Friedrichs, deutsch v. Neuberg, III, 369. 550.

S. 221. Franz's Wahl: Ranke III, 185. Droysen V, 2, 541.

S. 223. Preußens Bildung ein fortwährender Kampf: Ranke II, 249.

S. 224. Ranke, siebenj. Krieg, 2, führt das religiöse Bekenntnis als eine der drei Hauptgrundlagen der preußischen Macht an. — Goethe XX, 170.

S. 225. Ueber den bairischen Erbfolgekrieg s. Eberty V, 185, 1. — Der Fürstenbund kurz bei Manso I, 104 — 6 und Kugler IV, 772. Ueber das Einzelne s. u. zu S. 233.

Friedrich Wilhelm II.

S. 227. Die Beurtheilung dieses Königs ist erst durch Ranke eine im Allgemeinen günstigere geworden, vgl. Z. f. P. G. VIII, 241. 275. Aber in der Wahlfrage erscheint er nicht ohne Vorwurf. Die Wahl von 1790 bei Menzel V, 121. Schmidt, 69 und Ranke, Fürstenbund II, 216. — Die letzte Wahl von 1792 wird überall nur kurz erwähnt.

Fünftes Kapitel.

Preußen an der Spitze Deutschlands.

Quellen. Neben Rankes Fürstenbund kommen nur A. Schmidts Schriften in Betracht: Geschichte der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen (1785, 1806); Preußens deutsche Politik (1785, 1806, 1849, 1866). —

S. 233. Der Entwurf Friedrichs von 1784 bei Schmidt, Union, 105; vgl. Politik, 35. Das Urtheil Rankes: Fürstenbund I, 240. — Eberty V, 252 bestreitet den Vorrang Preußens, dagegen Schmidt, Politik, 57.

S. 235. Friedrich Wilhelm vorgeschlagen nach Ranke I, 219.

S. 236. Die Ansicht Friedrichs entwickelt Schmidt, Politik, 52 sehr wahrscheinlich. — Die zwischen Wien und Berlin gewechselten Streitschriften scheinen nicht so unwichtig, wie Ranke I, 258 A. will; Schmidt 60, auch schon Manso I, 106, f.

S. 240. Schmidt, Politik, erörtert im Anhang, warum der Plan des Norddeutschen Bundes von 1806 so lange unbekannt geblieben ist. Die Vorgeschichte und Entwickelung des Projektes das., 82. Der dritte Vertragsentwurf: Union, 470.

S. 244. Die Perioden des Bundestages gliedert Schmidt, Politik, 178. Das. die weitere Entwickelung Preußens und Deutschlands bis 1866. Das Buch schloß 1867 mit den Worten: Die Nation kann den Kaiserprunk entbehren, aber den Kaiser nicht; das nationale Kaiserthum bildet die sicherste Brücke über den Main. — Wie bald haben wir die Erfüllung erlebt! —

Druckfehler.

Nachstehend sind nur die sinnstörenden Fehler, die bemerkt wurden, verzeichnet. Kleine Schwankungen in der Orthographie bittet Verfasser, mit der Entfernung vom Druckort entschuldigen zu wollen.

S.	1	Z.	3	v. u.	ist zu lesen:	**am** ursprünglich**en**.
„	10	„	15	„ o.	„ „ „	Heinrich II. (S. Anh.)
„	17	„	14	„ o.	„ „ „	**Akk**lamation.
„	19	„	6	„ u.	„ „ „	Ganz**en**.
„	26	„	13	„ u.	„ „ „	Heinrich**s**.
„	29	„	11	„ u.	„ „ „	**W**age.
„	30	„	9	„ u.	„ „ „	1341 zu tilgen. (S. Anh.)
„	31	„	10	„ o.	„ „ „	Friedrich**s**.
„	„	„	7	„ u.	„ „ „	den**en**.
„	41	„	13	„ o.	„ „ „	**h**ierbei.
„	48	„	14	„ u.	„ „ „	**V**orkaufsrecht.
„	62	„	10	„ o.	„ „ „	berechtigt**s**ter.
„	76	„	14	„ u.	„ „ „	Gegen**s**atz.
„	77	„	11	„ o.	„ „ „	That**s**ach**e**n.
„	123	„	12	„ u.	„ „ „	daß er **den Kaiser in** dem F.
„	129	„	12	„ o.	„ „ „	**heißt** statt war.
„	144	„	14	„ u.	„ „ „	**nimmt** statt gewinnt.
„	148	„	15	„ u.	„ „ „	1619.
„	151	„	15	„ o.	„ „ „	allmäh**l**ich.

Druck von C. Schulze u. Co. in Schmiedeberg, Prov. Sachsen.

In unserm Verlage erschienen im Vorjahre:

Die Sagen der Hohenzollern

von Oskar Schwebel.

Prachtband mit Goldschnitt. 4 *M.* 50 *Pf.*

Dieses werthvolle Buch, dessen Titel schon jeden Preußen und jeden Deutschen anheimelt, hat in den bedeutendsten Preßorganen, wie: „Reichs-Anzeiger", „Blätter f. liter. Unterhaltung", „National-Zeitung", „Kreuz-Zeitung" 2c. ungetheilte Anerkennung gefunden. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung" schließt ihre Kritik mit den Worten: „Se. Kaiserl. und Königl. Hoheit der Kronprinz des Deutschen Reiches und Preußens hat den Verfasser durch Annahme der Widmung dieses Buches geehrt — und damit beredter über den hohen Werth des Buches Sich ausgesprochen, als wir es hier vermögen. Die Verlags-handlung hat für eine würdige Ausstattung der Sagen Sorge getragen. Es ist damit ein Buch geworden, das der besten Empfehlung werth ist."

Friedrich der Große und die Deutsche Literatur

von Dr. Heinrich Proehle.

Zweite Ausgabe. 4 *M.*

Der gelehrte Verfasser löst unter Benutzung handschriftlicher Quellen in mustergiltiger Weise eine der ersten Aufgaben der Literatur-wissenschaft. Er hat ein Werk geschaffen, das jedem Gebildeten, vor Allem der studirenden Jugend die genußreichste Anregung und Be-lehrung bietet. —

Ferner wurden von uns verlegt:

Barsewisch, C. F. N. v., Meine Kriegserlebnisse während des siebenjährigen Krieges 1757—1763. Zweite Auflage. 2 *M.*

Froelich, A., Die Verwaltung des Deutschen Heeres. Heer-wesen und Oekonomie. Vierte Auflage. 20 *M.*

Petsch, Wilhelm, In Schleswig-Holstein. Gedichte. Pracht-band mit Goldschnitt. 2 *M.* 70 *Pf.*
Sr. K. H. dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen gewidmet.

Schmidt, Paul v., Vaterländische Geschichte. Ein Lesebuch für den preußischen Soldaten. 2 *M.* 40 *Pf.*

Streifzug, ein, der Lützow'schen Reiterschaar und der Ueberfall bei Kitzen. Von einem alten Lützower. 1 *M.* 75 *Pf.*

Tafel sämmtlicher preußischer Orden, Ehrenzeichen 2c. Sechste Auflage. In Gold- und Silberdruck. 2 *M.*

Berlin W. **Liebel**sche **Buchhandlung.**

Druck von C. Schulze u. Co. in Schmiedeberg, Prov. Sachsen.

BUCHBINDEREI
VON
AUGUST WERZ
MÜNCHEN

BSB Bayerische StaatsBibliothek
MDZ Münchener DigitalisierungsZentrum Digitale Bibliothek

Walter, Emil

Die Politik der Hohenzollern bei den deutschen Kaiserwahlen Im Zusammenhange dargest

Berlin 1879

J.publ.g. 869 e
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11389949-7